

Zeitschrift für angewandte Chemie.

1904. Heft 37.

Alleinige Annahme von Inseraten bei der Annoncenexpedition von August Scherl G. m. b. H.,
Berlin SW. 12, Zimmerstr. 37—41

sowie in deren Filialen: **Breslau**, Schweidnitzerstr. Ecke Karlstr. 1. **Dresden**, Seestr. 1. **Düsseldorf**, Schadowstr. 59. **Elberfeld**, Herzogstr. 38. **Frankfurt a. M.**, Zeil 63. **Hamburg**, Neuer Wall 60. **Hannover**, Georgstr. 89. **Kassel**, Obere Königstr. 27. **Köln a. Rh.**, Hohestr. 145. **Leipzig**, Königstr. 88 (bei Ernst Keile Nachf. G. m. b. H.). **Magdeburg**, Breitweg 184. **München**, Kaufingerstr. 28 (Domfreiheit). **Nürnberg**, Kaiserstraße Ecke Fleischbrücke. **Stuttgart**, Königstr. 11, I

Der Insertionspreis beträgt pro mm Höhe bei 45 mm Breite (3 gespalten) 15 Pfennige, auf den beiden äußeren Umschlagseiten 20 Pfennige. Bei Wiederholungen tritt entsprechender Rabatt ein. Beilagen werden pro 1000 Stück mit 8—10 M. für 5 Gramm Gewicht berechnet; für schwere Beilagen tritt besondere Vereinbarung ein.

INHALT:

Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Mannheim am 25.—28. Mai 1904: 1. Sitzung des Gesamtvorstandes am 25. Mai 1297; — 2. Festzitung am Donnerstag den 26. Mai; Ansprachen 1334; — Hofrat Dr. H. Caro: Die Entwicklung der chemischen Industrie von Mannheim-Ludwigshafen a/Rh. 1343; — 3. Geschäftliche Sitzung am 26. Mai Nachmittags 1362.

Referate:

Pharmazeutische Chemie 1375; — Agrikultur-Chemie 1380; — Chemie der Nahrungs- und Genussmittel 1381; — Apparate und Maschinen 1382; — Anorganisch-chemische Präparate und Großindustrie 1384.

Wirtschaftlich-gewerblicher Teil:

Tagesgeschichtliche und Handels-Rundschau: Neu-York 1385; — Russland; — Handels-Notizen 1386; — Die VII. Konferenz der internationalen Vereinigung der Lederindustriechemiker (I. V. L. I. C.); — Personal-Notizen; — Neue Bücher; — Bücherbesprechungen; — Patentlisten 1389.

Verein deutscher Chemiker.

Prof. Dr. A. Laubenheimer † 1391; — Hermann Rueben † 1392.

Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Mannheim am 25.—28. Mai 1904.

Der Vorstand trat am 25. Mai vormittags 9 Uhr zu einer Sitzung im Parkhotel in Mannheim zusammen, um nochmals Stellung zu nehmen zu den Gegenständen der Tagesordnung für die geschäftlichen Verhandlungen.

1. Sitzung des Gesamtvorstandes am 25. Mai

im Parkhotel zu Mannheim, nachm. 2 Uhr.
Anwesend vom Vorstande:

Medizinalrat Dr. E. A. Merck, Vorsitzender,
Dir. Prof. Dr. C. Duisberg, stellvertr. Vorsitzender,

Geh. Regierungsrat Prof. Dr. M. Delbrück,
Geh. Hofrat Prof. Dr. E. Beckmann, Dir. Dr. Krey.

Als Abgeordnete der Bezirksvereine:
Dr. Paul Redenz und Dir. Dr. S. Kapff für den Bezirksverein Aachen,
Dir. Dr. A. Zanner für den Bezirksverein Belgien,

Dr. H. Kast für den Bezirksverein Berlin,
Prof. Dr. M. Freund für den Bezirksverein Frankfurt,

Dr. C. Ahrens und Dr. Rothe für den Bezirksverein Hamburg,

Dr. R. Hase für den Bezirksverein Hannover,
Dr. O. Klenker, für den Bezirksverein Mittelfranken,

Dr. R. Woy für den Bezirksverein Mittelniederschlesien,

Dr. August Lange für den Märkischen Bezirksverein,

Hofrat Dr. H. Caro für den Bezirksverein Oberrhein,

Dir. Fr. Russig für den Bezirksverein Oberschlesien,

Dir. J. Creutz für den Bezirksverein Pommern,
Dr. M. Ullrich und Th. Kyll für den Bezirksverein Rheinland,

Dr. E. Wirth und Dr. K. Goldschmidt für den Bezirksverein Rheinland-Westfalen,
Ferd. M. Meyer für den Bezirksverein an der Saar,

Dir. Prof. Dr. Precht und Dir. Dr. Höland für den Bezirksverein Sachsen-Anhalt,

Dr. Wilhelm für den Bezirksverein Sachsen-Thüringen,

Dr. Dorn für den Bezirksverein Württemberg.

Der Bezirksverein Neu-York war nicht vertreten.

An den Verhandlungen nahmen weiter teil:

Der Geschäftsführer Dir. Fritz Lüty und der Redakteur der Vereinszeitschrift Prof. Dr. Rassow.

Der Vorsitzende, Medizinalrat Dr. E. A. Merck eröffnet die Sitzung um 2½ Uhr und heißt die anwesenden Mitglieder des

Vorstandsrates im Namen des Vorstandes willkommen. Der Vorsitzende konstatiert, daß die Einladung zu der Versammlung und die Tagesordnung derselben an die Vertreter der Bezirksvereine und deren Stellvertreter rechtzeitig versandt worden sei.

Die Feststellung der Stimmenzahl ergibt, daß von den anwesenden Abgeordneten der Bezirksvereine stimmberechtigt sind:

mit 4 Stimmen Herr Dr. Kast (Berlin), mit je 3 Stimmen: Herr Hofrat Dr. H. Caro (Oberrhein), Herr Dr. M. Ulrich (Rheinland) und Herr Dir. Prof. Dr. Precht (Sachsen-Anhalt),

mit je 2 Stimmen: Herr Prof. Dr. M. Freund (Frankfurt), Herr Dr. R. Hase (Hannover), Herr Dir. Dr. August Lange (Märkischer Bezirksverein), Herr Dir. Fr. Russig (Oberschlesien), Herr Dr. Karl Goldschmidt (Rheinland-Westfalen), Herr Dr. Wilhelm (Sachsen-Thüringen).

Die übrigen stimmberechtigten Mitglieder der nicht über 100 Mitglieder zählenden Bezirksvereine, die Herren: Dr. P. Redenz (Aachen), Dr. A. Zanner (Belgien), Dr. C. Ahrens (Hamburg), Dr. O. Klenker (Mittelfranken), Dr. R. Woy (Mittel-Niederschlesien), Dir. J. Creutz (Pommern), Ferd. M. Meyer (Saar) und Dr. Dorn (Württemberg) geben bei Abstimmungen und Wahlen je eine Stimme ab.

Es wird nunmehr in die Tagesordnung eingetreten.

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.

Der Geschäftsbericht ist den Mitgliedern des Vorstandsrates unter dem 21. Mai gedruckt zugesandt worden. Es wird daher auf die Verlesung desselben verzichtet. Der Geschäftsbericht hat den folgenden Wortlaut:

Die Entwicklung des Vereins deutscher Chemiker war im Jahre 1903 sehr zufriedenstellend.

Die Gesamtzahl der Mitglieder betrug am 1. Januar 1902 2756

Neu gemeldet wurden vom 1. Januar bis 31. Dezember 1903 357 zusammen 3113

Ausgeschieden sind:

a) Gestorben	19
b) Ausgetreten	187 206

Daher Mitgliederbestand am 31. Dezember 1903 2907

gegen 2756 am 31. Dezember 1902, 2587 am 31. Dezember 1901, 2406 am 31. Dezember 1900, 2096 am 31. Dezember 1899, 1781 am 31. Dezember 1898 und 1393 am 31. Dezember 1897.

Seit dem 1. Januar sind an neuen Mitgliedern bis zum 1. Mai gemeldet und aufgenommen 170, während 9 verstorben und 59 ausgeschieden sind. Der Verein zählte daher am 1. Mai d. J. 3009 Mitglieder gegen 2825 Mitglieder am 1. Mai 1903.

Seit dem 1. Mai ist die Zahl der Mitglieder weiter angewachsen, so daß sie jetzt 3035 beträgt.

Die Zahl der Bezirksvereine ist im Geschäftsjahre 1903 unverändert geblieben.

Von den Mitgliedern des Vereins gehörten am 1. Mai d. J. 2500 den Bezirksvereinen an oder 83,02 % gegen 85,73 % im Jahre 1902, 87,28 % im Jahre 1901, 88,08 % im Jahre 1900, 88,40 % in 1899 und 87,50 % in 1898. Der Prozentsatz der Zahl der Mitglieder, welche Bezirksvereinen angehörten, ist also im letzten Jahre wieder, wie in den vorhergehenden drei Jahren, um ein geringes zurückgegangen.

Die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Bezirksvereine ist die folgende:

	1904	1903	1902	1901	1900	1899
Aachen	42	41	39	40	42	45
Belgien	69	69	66	62	57	45
Berlin	305	369	409	466	450	466
Frankfurt	148	148	141	141	135	120
Hamburg	99	91	87	71	76	70
Hannover	120	122	120	109	110	107
Märkischer	190	151	95	—	—	—
Mittelfranken	73	65	58	43	42	—
Mittel-Niederschl.	65	66	68	73	69	—
New York	144	116	98	75	34	—
Oberrhein	249	191	167	149	133	104
Oberschlesien	125	131	127	136	136	142
Pommern	34	37	43	43	38	—
Rheinland	235	233	210	207	180	160
Rheinl.-Westfalen	149	146	135	119	114	90
Saar	30	22	22	22	20	22
Sachsen-Anhalt	206	220	217	206	199	191
Sachsen-Thüringen	161	144	155	149	135	104
Württemberg	63	60	63	68	70	65

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Entwicklung bei der Mehrzahl der Bezirksvereine ebenfalls als eine befriedigende zu betrachten ist.

Außer den oben angeführten ordentlichen Mitgliedern haben einzelne Bezirksvereine noch außerordentliche Mitglieder. Die nachfolgende Tabelle zeigt, in welcher Weise sich die Zahl der außerordentlichen Mitglieder bei den einzelnen Bezirksvereinen entwickelt hat.

	1903	1902	1901	1900
Aachen	12	9	7	10
Frankfurt	23	20	20	26
Hannover	62	48	42	42
Mittelfranken	4	4	1	1
Mittel-Niederschlesien	45	37	24	17
Oberschlesien	36	30	21	6
Rheinland	34	39	33	31
Rheinl.-Westfalen	15	6	7	5
Württemberg	40	37	46	40

Es waren daher den Bezirksvereinen im Jahre 1903 noch 271 außerordentliche Mit-

glieder angegliedert gegen 230 im Jahre 1902, 201 im Jahre 1901 und 170 im Jahre 1900.

Die Zahl der außerordentlichen Mitglieder zeigt demnach von Jahr zu Jahr eine ziemlich bedeutende Zunahme.

Der Berliner Bezirksverein hat Ende des Jahres 1903 beschlossen, ebenfalls außerordentliche Mitglieder aufzunehmen.

Der Verein deutscher Chemiker umfaßt also am 1. Mai 1904 3296 Chemiker, Institute und Firmen der chemischen Industrie gegen 3080 zur gleichen Zeit 1903.

Die Jahresberichte der Bezirksvereine geben ein erfreuliches Bild des regen Vereinslebens.

Aus diesen Berichten seien die folgenden Daten angeführt.

Der Bezirksverein Aachen führt aus, daß, obgleich die eigenartigen Verhältnisse des Bezirks ein besonders reges Vereinsleben nicht erwarten lassen, dennoch das Jahr 1903 für den Verein ein vorteilhaftes und seiner weiteren Entwicklung günstiges gewesen sei. Es wurden vier ordentliche Vereinsversammlungen abgehalten und mehrere Exkursionen ausgeführt, die das Interesse der Mitglieder anregten.

Der Bezirksverein Belgien hat eine erfreuliche Weiterentwicklung genommen. Im Laufe des Jahres haben 12 Versammlungen stattgefunden, davon 6 in Brüssel und 6 in Antwerpen. An die Oktoberversammlung schloß sich ein Ausflug mit Damen, der zu aller Befriedigung verlaufen ist.

Vorträge wurden nicht gehalten, dagegen bewährte sich die Institution der Referate auf das beste. Es wurden im Laufe des Jahres 11 Referate gehalten, an die sich stets eine angeregte Diskussion schloß.

Die seit Oktober 1902 allmonatlich erscheinenden gedruckten Mitteilungen für den Bezirksverein haben den Beifall der Mitglieder gefunden. Ebenfalls hat sich die Einrichtung der freien Zusammenkünfte der Mitglieder von Brüssel und Umgegend bewährt.

Der Bezirksverein Berlin hielt allmonatlich eine ordentliche Sitzung ab. Es wurden 11 Vorträge gehalten und 4 Exkursionen ausgeführt. Geselligkeitsabende und gemeinsame Ausflüge, an welchen häufig die Damen teilnahmen, wurden veranstaltet.

Der Verein hat im Dezember 1903 beschlossen, für die Folge außerordentliche Mitglieder aufzunehmen.

Die Hilfskasse des Vereins war in der Lage, mehrfach Unterstützungen zu gewähren.

Der Bezirksverein Frankfurt ist in das zweite Dezennum seines Bestehens eingetreten.

Der Verein hielt im Laufe des letzten Vereinsjahres 8 Monatsversammlungen ab,

während der Vorstand zweimal zu Sitzungen zusammen trat. In den Sitzungen wurden 9 Vorträge gehalten, welche meistens zu regen Diskussionen Veranlassung gaben. Der im November 1902 begonnene Vortragszyklus des Herrn Prof. Dr. Bredig, welcher im ganzen aus 7 Vorträgen bestand, gelangte im Februar 1903 zum Abschluß.

Der Bezirksverein Hamburg berichtet über das 13. Geschäftsjahr. Der Vorstand trat zu 4 Sitzungen zusammen, um die geschäftlichen Sitzungen des Bezirksvereins vorzubereiten. Diese letzteren, 7 an der Zahl, dienten der Aufnahme neuer Mitglieder und der Erledigung sonstiger geschäftlicher Angelegenheiten.

Die 9 wissenschaftlichen Sitzungen wurden wie bisher gemeinsam mit dem Hamburger Chemikerverein abgehalten und brachten 11 Vorträge. Außerdem wurde die biologische Abwasserreinigungsanlage in Wilhelmsburg einer Besichtigung unterzogen. Die Beteiligung der Mitglieder an den Vereinsabenden war eine sehr rege.

Der Bezirksverein Hannover beschloß am 31. Dezember das 14. Jahr seines Bestehens. Der Vorstand des Vereins trat zu 7 Sitzungen zusammen.

Die ordentlichen Versammlungen fanden in jedem Monat statt, mit Ausnahme der Monate Juni, Juli und August. Außerdem mußten im Mai zur definitiven Beratung der Liebgefeier und im Monat Oktober zur Beendigung über die Gründung eines Verbandes technisch-wissenschaftlicher Vereine in Hannover außerordentliche Versammlungen abgehalten werden. — Nach längeren Verhandlungen und eingehenden Erwägungen wurde dieser Verband gegründet und gehören demselben der „Hannoversche Bezirksverein deutscher Ingenieure“, der „Hannoversche elektrotechnische Verein“ und der „Bezirksverein deutscher Chemiker“ an. Damit sind die freundschaftlichen Beziehungen, welche bislang zwischen den genannten Vereinen gepflegt wurden, fester geknüpft, und steht zu erwarten, daß ein reger Besuch der gemeinsamen Sitzungen die Ziele der einzelnen Vereine fördern wird.

In den Sitzungen des Vereins wurden 8 größere Vorträge gehalten, und viele Mitteilungen von allgemeinem und speziellem Interesse gemacht. An der vom Elektrotechnikerverein im Januar 1903 veranstalteten Feier zum Gedächtnis Rühmkorffs, eines Sohnes der Stadt Hannover, nahm der Verein offiziell teil, während im Mai die Hundertjahrfeier des Geburtstages von Liebig dem Verein eine willkommene Gelegenheit bot, die sämtlichen naturwissenschaftlichen und

verwandten Vereine in Hannover sowie die Dozenten der technischen und tierärztlichen Hochschule zu einem Liebigkommers einzuladen, der unter zahlreicher Beteiligung einen sehr würdigen Verlauf nahm.

Der Besuch der Versammlungen war im allgemeinen ein zufriedenstellender.

Der Märkische Bezirksverein blickt mit großer Befriedigung auf das zweite Jahr seiner Vereinstätigkeit zurück, da die Zahl seiner Mitglieder ganz wesentlich zugenommen hat und dieselben sich lebhaft an dem Vereinsleben beteiligten.

Der in Berlin abgehaltene fünfte internationale Kongreß für angewandte Chemie und die gleichzeitig abgehaltene Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker stellten an die Mitglieder außerordentlich hohe Anforderungen, deren Erfüllung deutlich zeigt, welches schöne Gefühl der Zugehörigkeit unter den Vereinsmitgliedern besteht.

Sitzungen des Vorstandes fanden jeweils vor den ordentlichen Vereinssitzungen und im Bedarfsfalle, wenn dringliche Beratungsgegenstände vorlagen, auch in der Zwischenzeit statt.

In den 9 ordentlichen Sitzungen wurden 9 Vorträge gehalten.

Der vom Märkischen Bezirksverein dem Verein deutscher Chemiker und dem 5. internationalen Kongreß gegebene Kommers fand allgemeinen Beifall und hat dazu beigetragen, dem jungen Vereine auch in weiterem Kreise Freunde zu erwerben.

Der Verein veranstaltete auf Grund einer Einladung des Pommerschen Bezirksvereins einen zweitägigen größeren Ausflug nach Stettin und Heringsdorf, an dem sich eine große Zahl von Mitgliedern und Gästen beteiligte. Die Beziehungen der beiden Bezirksvereine dürften durch den Ausflug und die hierdurch geförderte persönliche Bekanntschaft zweifellos sich besonders innig gestalten.

Der Bezirksverein Mittelfranken hielt im vierten Jahre seines Bestehens 2 Vorstandssitzungen und 4 Wanderversammlungen ab. Auf den Wanderversammlungen wurden 4 Vorträge gehalten.

Die technische Kommission tagte zweimal und beriet über die Wasserverhältnisse der Pegnitz, über Abwasserfragen usw., ferner über die Genehmigungsbedingungen für Sauggasanlagen.

Der Bezirksverein für Mittel- und Niederschlesien hat sich auch im abgelaufenen Berichtsjahr zufriedenstellend weiter entwickelt. Es wurden 8 ordentliche Sitzungen abgehalten; im Monat Dezember fand ein sehr gelungenes Winterfest statt. Ge-

legentlich der Sitzungen wurden 12 Vorträge gehalten, außerdem fanden zahlreiche Demonstrationen von neuen chemischen Präparaten, Apparaten u. dgl. sowie lebhafte Diskussionen über aktuelle Themen statt.

Der Bezirksverein New York sieht auf eine erfolgreiche dreijährige Tätigkeit zurück und auf ein Vereinsjahr, das in jeder Beziehung den Erwartungen des Vereins entsprochen hat.

Während des Jahres hielt der Vorstand 4 Sitzungen ab. Die wissenschaftlichen Sitzungen des Vereins wurden mit Ausnahme der Januarsitzung in Gemeinschaft mit der New Yorker Sektion der Society of Chemical Industrie abgehalten. Im Januar 1902 hielten alle akademischen Chemikervereine eine gemeinschaftliche Sitzung ab. In den wissenschaftlichen Sitzungen wurden 10 Vorträge gehalten.

Den Glanzpunkt des Geschäftsjahres bildete die am 12. Mai abgehaltene Liebigfeier, zu welcher der Bezirksverein die American Chemical Society, die American Elektro-Chemical-Society, die Society of Chemical Industrie und den Chemists-Club eingeladen hatte. An der Feier nahmen zwei alte Schüler Liebigs, Prof. Ira Remsen und Prof. Brewer, sowie der zweite Vorsitzende des Hauptvereins, Direktor Dr. Duisberg teil.

Der Bezirksverein hatte das Vergnügen, im Laufe des Geschäftsjahres eine größere Zahl von Mitgliedern des Hauptvereins bei sich zu Gast zu sehen.

Der Bezirksverein Oberrhein hat eine glänzende Entwicklung genommen, indem die Zahl seiner Mitglieder überraschend schnell gestiegen ist.

Im abgelaufenen Vereinsjahr wurden 5 Versammlungen abgehalten, auf welchen 7 größere Vorträge gehalten wurden. Außerdem fanden 3 Vorstandssitzungen statt.

Der Bezirksverein unternahm es, den Hauptverein für 1904 nach Mannheim einzuladen.

Innerhalb des Bezirksvereins dienen die Ortsgruppen Darmstadt und Mannheim-Ludwigshafen der Pflege des Vereinslebens.

Die Ortsgruppe Darmstadt hielt 8 Sitzungen mit 3 Vorträgen.

Die Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen veranstaltete wie in den beiden vorangegangenen Jahren einen Vortragszyklus, in welchem in je zwei Vorträgen die Herren Direktor W. Wittack und A. Fröhlich von der Mannheimer Ingenieurschule über „Die neuere Entwicklung der Motorentechnik“ sprachen.

Die Beteiligung an den Zusammenkünften des Bezirksvereins war im allgemeinen eine zufriedenstellende.

Der Bezirksverein Oberschlesien hatte auch im verflossenen Vereinsjahre unter den nachteiligen Einflüssen wirtschaftlicher Art zu leiden.

Der Vorstand hielt 11 Sitzungen ab, während 4 Wanderversammlungen und ein Wintervergnügen stattfanden. Bei den Versammlungen wurden 4 größere Vorträge gehalten und fanden zwei Besichtigungen größerer industrieller Werke statt.

Der Bezirksverein Pommern hielt außer den regelmäßigen monatlichen geselligen Zusammenkünften noch eine ordentliche Versammlung sowie zwei Vorstandssitzungen ab. Im Februar und September wurden technische Ausflüge unternommen, im September gemeinsam mit den Mitgliedern des Märkischen Bezirksvereins.

Der Bezirksverein Rheinland berichtet, daß die Wanderversammlungen, die zum Teil in Gemeinschaft mit dem Rheinisch-westfälischen Bezirksverein und anderen Vereinen abgehalten wurden, gut besucht waren. Im Laufe des Jahres wurden 4 Wanderversammlungen abgehalten, die zum Teil mit Besichtigungen industrieller Etablissements verknüpft waren, und interessante Vorträge boten. Die Teilnahme an den Veranstaltungen des Vereins war eine recht rege. Dennoch klagt der Vorstand über das geringe Interesse, welches die Mitglieder den Veranstaltungen und Anregungen des Bezirksvereins entgegenbringen.

Der Bezirksverein Rheinland-Westfalen hat im abgelaufenen Vereinsjahre seine Mitgliederzahl erhöht. Es wurden 7 Versammlungen abgehalten, denen 7 Vorträge ein erhöhtes Interesse gewährten.

Die Ortsgruppe Dortmund wurde dem Bezirksverein angegliedert und eine neue Ortsgruppe in Essen gegründet.

Der Bezirksverein an der Saar versammelte seine Mitglieder sehr regelmäßig jeden Sonnabend in Saarbrücken zu geselligen Zusammenkünften, woselbst zahlreiche Fragen von allgemeinem Interesse behandelt wurden. Ein größerer Vortrag wurde gehalten. Der Besuch der geselligen Zusammenkünfte war ein ziemlich reger. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß die Mitgliederzahl des kleinsten Bezirksvereins eine erkleckliche Zunahme zeigt.

Der Bezirksverein Sachsen und Anhalt hat auch im abgelaufenen Vereinsjahr in den bewährten Bahnen weiter gearbeitet. Der Vorstand hielt 8 Sitzungen ab, während der Verein 3 größere Wanderversammlungen abhielt, und ein vorzüglich gelungenes Winterfest veranstalte. Neben den bewährten Monatszusammenkünften in Halle sind versuchsweise monatliche Zusammenkünfte der Mitglieder

in Staßfurt, Magdeburg und Dessau veranstaltet worden. Gelegentlich der Versammlungen wurden 6 Vorträge gehalten und mehrere Besichtigungen ausgeführt.

Der Bezirksverein Sachsen-Thüringen muß auch im vergangenen Jahr die bedauerliche Tatsache verzeichnen, daß seine Vereinszwecke durch den Todesfall eines der Mitglieder des Vereinsvorstandes beeinträchtigt wurden.

Im verflossenen Jahre wurden nur 2 Wanderversammlungen abgehalten, während der Vorstand zu 8 Sitzungen zusammentrat. Die Versammlungen boten den Mitgliedern 2 größere Vorträge.

Die Ortsgruppe Dresden hat durch regelmäßige Monatsversammlungen, die meistens interessante Vorträge boten, die Zwecke des Vereins wesentlich gefördert.

Der Bezirksverein Württemberg hielt 8 Sitzungen ab, in welchen insgesamt 21 Vorträge gehalten wurden. Die Sitzungen waren meistens gut besucht.

Die Finanzlage der Bezirksvereine ist als eine gute zu betrachten.

Um den Mitgliedern der Bezirksvereine die Zahlung der Bezirksvereins-Sonderbeiträge zu erleichtern, hat die Geschäftsstelle im Jahre 1903 versuchsweise auch die Sonderbeiträge für die Bezirksvereine Berlin, Frankfurt, Hannover, Märkischen, Mittel-Niederschlesien, Oberrhein und Württemberg erhoben. Es wurde bei diesem Versuch den Mitgliedern freigestellt, die Sonderbeiträge entweder an die Geschäftsstelle oder an den Kassenwart der Bezirksvereine abzuführen. Bei diesem ersten Versuch wurden im ganzen 1686 Mk. Sonderbeiträge erhoben. Da diese Neueinrichtung bei den Mitgliedern der Bezirksvereine Anklang gefunden hatte, wurde im laufenden Vereinsjahr die Beitragserhebung auch für die Bezirksvereine Oberschlesien, Sachsen-Anhalt und Sachsen-Thüringen übernommen, derart, daß die Geschäftsstelle die gesamten Beiträge für die Bezirksvereine von den ordentlichen Mitgliedern erhob. Zur Erhebung gelangten in 1904 bis zum 1. Mai 2641 Mk.

Die Einrichtung der außerordentlichen Mitglieder hat sich bewährt, wie sich aus dem ständigen Anwachsen der Zahl der außerordentlichen Mitglieder ergibt.

Der Verein hat im verflossenen Jahre sehr schwere Verluste durch den Tod erlitten. Im Jahre 1903 sind die folgenden 19 Mitglieder gestorben:

Arthur Baermann, Berlin,
Dr. Paul Drosbach, Freiberg,
Dr. L. Dulck, Berlin,

Hofrat Dr. C. Finckh, Stuttgart,
 Kom.-Rat Dr. Kurt Geitner, Schneeberg,
 Dr. Wilhelm Giulini, Ludwigshafen,
 Dr. A. Haagen, Köln,
 Dr. Ernst Hantke, Milwaukee,
 Dr. Kempf, Gießen,
 Dr. Eugen Lucius, Frankfurt a. M.,
 E. Mockath, Königsberg i. Pr.,
 Dr. Max Pröpper, Nachterstedt,
 Dr. Gust. Ritter, in Firma Dr. Lorenz &
 Ritter, Gleiwitz,
 Dr. L. Röder, Wien,
 Dr. R. Rüters, Charlottenburg,
 Dr. F. Schulte, Löhne,
 Prof. Dr. Saare, Berlin,
 Dr. Felix Weger, Berlin,
 Dr. Paul Zipperer, Darmstadt.

Seit dem 1. Januar 1904 sind weiter die folgenden 9 Mitglieder dahingeschieden:

Dr. Karl Bissinger, Mannheim,
 Dr. Karl Brandt, Fürfurt,
 Generaldirektor Fr. Bremme, Gleiwitz,
 Dr. F. Dürr, Schöttentobel,
 Gustav Köster, Verden,
 Dr. M. Landsberg, Idaweiche,
 Dr. ing. E. W. Meyer, Dresden,
 A. Spiermann, Hamburg,
 Dr. Richard Stein, Warschau.

Der Verein wird seinen dahingeschiedenen Mitgliedern ein dankbares Andenken bewahren.

Der Rechnungsabschluß für 1903 weist per 31. Dezember einen Überschuß von 1969,52 Mk. auf, wodurch sich das Vereinsvermögen auf 45073,83 Mk. erhöht.

Der Gewinnanteil des Vereins aus dem gemeinsamen Zeitschriftunternehmen mit der Firma Julius Springer beträgt pro 1903 4101,19 Mk.. Die Rückstellung dieses Gewinnes zum Zeitschrift-Reservefond wird vom Vorstande beantragt werden.

Der Zeitschrift-Reservefond erreicht mit dieser Zuweisung die Höhe von 22879,87 Mk.

Im Jahre 1903 wurden bei der Lebensversicherungs- und Ersparnisbank in Stuttgart auf Grund des bestehenden Vertrages von Mitgliedern des Vereins deutscher Chemiker 27 Polices mit Mk. 450000 Versicherungssumme abgeschlossen. Insgesamt wurden seit dem Jahre 1884 234 Polices mit 3244500 Mk. Versicherungssumme ausgefertigt. Die Abschlußziffer der letzten Jahre hat sich in erheblichem Maße gegen früher gesteigert, und es steht zu hoffen, daß diese erfreuliche Tatsache auch weiter andauern wird.

Mit der Frankfurter Unfall-Versicherungs-Aktiengesellschaft wurden im Jahre 1903 34 Versicherungen abgeschlossen mit zu-

sammen 663550 Mk. für den Todesfall und 1700500 Mk. für Invalidität. Dieses Resultat ist das beste, welches bislang erreicht worden ist.

Die Stellenvermittlung des Vereins hat im Jahre 1903 gute Fortschritte gemacht, indem bei der Besetzung einer größeren Reihe von Stellungen die Hilfe des Vereins in Anspruch genommen wurde, nämlich bei 66 Stellungen gegen 54 im Vorjahr. Es gelang eine große Zahl dieser Stellungen durch den Verein zu besetzen. Vor allen Dingen erscheint es erfreulich, daß Stellengeber, welche einmal die Hilfe des Vereins in Anspruch genommen haben, bei Neubesetzungen auf den Verein zurückgreifen.

Die Geschäftsführung war bestrebt, sowohl den Stellengebern wie den Stellennehmern möglichst Erleichterungen zu bieten.

Die Stellenvermittlung wurde auch vielfach von Nichtmitgliedern benutzt. Der Überschuß der Stellenvermittlung hob sich infolge dieser Benutzung durch zahlende Stellensucher von 750 Mk. am 1. Januar 1903 auf 1026 Mk. am 31. Dezember 1903. Zurzeit beträgt derselbe 1180 Mk.; dabei ist in Betracht zu ziehen, daß die Stellenvermittlung ihre Kosten selbst getragen hat.

Nachdem die Hauptversammlung in Berlin den Satzungen der Hilfskasse die Zustimmung erteilt hatte, galt es, die Kasse so zu organisieren, daß sie möglichst mit Beginn des Jahres 1904 ihre Tätigkeit eröffnen konnte. Der Hauptverein hatte für die laufenden Ausgaben der Hilfskasse im Jahre 1904 1000 Mark bewilligt, doch war es klar, daß diese Summe voraussichtlich nicht ausreichen würde, um den Anforderungen zu genügen. Daher veranstaltete der Geschäftsführer, durch drungen von dem Gedanken, daß nur eine sichere Zinseinnahme Bürgschaft dafür bieten könnte, daß die Kasse stets ihre Zwecke erfülle, unter den Bezirksvereinen und den vermögenderen Mitgliedern des Vereins eine Sammlung für ein unangreifbares Stammkapital, dessen Zinsen für die einzelnen Jahre zur Verfügung stehen sollten. Diese Sammlung ergab bis Ende 1903 abzüglich der Unkosten die Summe von 21920,56 Mark. Durch weiter eingegangene Beiträge ist diese Summe inzwischen auf 25133,96 Mark angewachsen.

Die Bezirksvereine haben zu diesem Ergebnis ungefähr 5000 Mark beigetragen. Ein Teil der Bezirksvereine hat auch Beiträge zu den laufenden Ausgaben des Jahres 1904 geliefert, so daß aus diesen Zuwendungen der Hilfskasse für 1904 ca. 920 Mark zur Verfügung stehen.

Das Stammkapital ist in mündelsicheren Papieren angelegt.

Der Vorstandsrat hat entsprechend den Satzungen der Hilfskasse ein dreigliedriges Kuratorium gewählt, dem die Herren Direktor Dr. Kubierschky, Aschersleben, Direktor Dr. A. Lange, Niederschöneweide und Direktor Fritz Lüty, Halle-Trotha angehören. Das Kuratorium hat eine Geschäftsordnung für die Hilfskasse aufgestellt und einen Bericht über die Entwicklung der Hilfskasse im Jahre 1903 z. Hd. des Vorstandes erstattet.

Da die Hauptversammlung zu Berlin die vollständige Erwerbung der Zeitschrift für angewandte Chemie durch den Verein beschlossen hatte, lag es dem Vorstande und der Geschäftsführung ob, den Übergang der Zeitschrift in das Eigentum des Vereins so vorzubereiten, daß eine Störung beim Jahreswechsel nicht eintreten konnte. Es wurde in der Vorstandssitzung vom 15. August beschlossen, sofort eine wesentliche Erweiterung der Zeitschrift eintreten zu lassen, um den berechtigten Ansprüchen der Mitglieder Genüge zu leisten. Außerdem wurde die Überwachung der Herstellung der Zeitschrift der Geschäftsführung übertragen und das Anzeigenwesen der Firma Scherl vertraglich übergeben. Für die Redaktion wurde Prof. Dr. B. Rassow in Leipzig gewonnen.

Es steht zu erwarten, daß die gedeihliche Entwicklung, welche die Zeitschrift seit der Übernahme durch den Verein und unter der Redaktion von Prof. Dr. Rassow genommen hat, reiche Früchte tragen wird, nicht dadurch, daß bedeutende Überschüsse erzielt werden, sondern dadurch, daß noch recht viele abseits vom Verein stehende Fachgenossen für denselben gewonnen werden.

Unter dem 27. April 1903 hat der Verein an den Reichskanzler, die Reichsämter des Innern und der Justiz sowie an die Justizministerien der deutschen Bundesstaaten eine Eingabe gerichtet, in welcher eine Regelung der Gebühren chemischer Sachverständiger verlangt wurde. Der Wortlaut der Eingabe, sowie die bislang eingelaufenen Antworten der Behörden ist dem Geschäftsbericht als Anlage beigefügt.

Die der Hauptversammlung vorliegenden Anträge des Bezirksvereins Rheinland-Westfalen beweisen, daß die Frage der Regelung der Gebührenordnung nicht eher zur Ruhe kommt, bis eine Regelung im Sinne der beteiligten Kreise stattgefunden hat.

Die Arbeiten für das Technolexikon haben durch den plötzlichen Tod des Dr. Zipperer eine jähre Unterbrechung erfahren. Herr Direktor Dr. Scheithauer hat bereitwillig die Weiterführung der Arbeiten für das Technolexikon übernommen. Herr Direktor Dr. Scheithauer wird der Hauptversammlung einen

besonderen Bericht über den Fortgang der Arbeiten erstatten.

Der Bezirksverein Hannover hatte die „Ordnung der Reifeprüfung an den neunstufigen höheren Schulen in Preußen“ einer Besprechung unterzogen und den Beschuß gefaßt:

„Da der Unterricht in der Chemie, namentlich für die Schüler der oberen Klassen der Realanstalten von so allgemein bildendem Werte ist, ist diesem ganz besondere Fürsorge zuzuwenden. In erster Linie müßte demgemäß in der Reifeprüfungsordnung für die Oberrealschulen die Chemie ihrer ganzen Bedeutung entsprechend auch in bezug auf die mündliche Prüfung der Physik wieder als gleichberechtigt zur Seite gestellt werden, indem in § 11, 3^b dem Worte Physik — „und Chemie“ — hinzugefügt wird.“

Es dürfte dies auch aus dem Grunde angebracht erscheinen, als einmal den Versetzungsbestimmungen (§ 4^c) zufolge für die Oberrealschule in den oberen Klassen die Naturwissenschaften als Hauptfach gelten, und als ferner laut Reifeprüfungsordnung § 5^c für die schriftliche Prüfung die Bearbeitung einer Aufgabe aus der Physik oder aus der Chemie vorgeschrieben ist, hier also keine einseitige Betonung der Physik Platz greift, sondern eine gleichmäßige naturwissenschaftliche Durchbildung für wünschenswert gehalten wird.“

Auf Ersuchen des Hannoverschen Bezirksvereins wurde dieser Antrag den übrigen Bezirksvereinen zur Besprechung unterbreitet. Auf Grund der eingelaufenen Äußerungen der Bezirksvereine konnte der Vorstand nicht zu der Überzeugung gelangen, daß dem Antrage des Hannoverschen Bezirksvereins Folge zu geben sei, eine Eingabe an die Preußische Unterrichtsverwaltung zu machen.

Am 12. März 1903 fand in Darmstadt die große Feier des hundertsten Geburtstages von Justus v. Liebig statt. Der Verein war durch seinen Vorstand und eine große Zahl von Mitgliedern bei der Feier vertreten.

Der Verein beteiligte sich im vergangenen Geschäftsjahre in hervorragender Weise an den Arbeiten des 5. internationalen Kongresses in Berlin, indem zahlreiche seiner Mitglieder durch Vorträge zu dem großartigen Verlauf des Kongresses beitrugen.

Der Verkehr mit den befreundeten Vereinen war ein äußerst lebhafter. Der Verein war vertreten bei der Hauptversammlung des Verbandes selbständiger öffentlicher Chemiker in Hannover, beim 11. internationalen hygienischen Kongreß in Brüssel, bei der Hauptversammlung des Vereins deutscher Fabriken feuerfester Produkte in Berlin, bei der Hauptversammlung des Vereins deutscher

Ingenieure in München, bei der Hauptversammlung der freien Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker in Bonn, bei der Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenbahnhüttenleute in Düsseldorf, und bei der Hauptversammlung der deutschen Bunsengesellschaft und beim Kongreß für gewerblichen Rechtsschutz in Hamburg.

Am 20. Januar 1904 feierte Herr Dr. A. Frank, der verdiente Begründer der deutschen Kaliindustrie in Charlottenburg seinen 70. Geburtstag. Der Geschäftsführer überbrachte gemeinsam mit den Mitgliedern des Vorstandes des Märkischen Bezirksvereins dem Jubilar die Glückwünsche seiner Fachgenossen.

Am 13. Februar 1904 war der 70. Geburtstag des allbeliebten früheren Vorsitzenden des Vereins, Hofrat Dr. H. Caro in Mannheim. Der Vorstand, vertreten durch die beiden Vorsitzenden, überbrachte im Verein mit dem Geschäftsführer und dem Redakteur im Namen des Vereins dem Jubilar tiefempfundene Glückwünsche. Die großartige Feier, zu welcher von Nah und Fern Fachgenossen herbeigeeilt waren, verlief in der schönsten Weise. In der Anlage zum Geschäftsbericht befindet sich der Abdruck der Begrüßungsrede des Herrn Hofrat Prof. Dr. Bernthsen sowie die Antwort des Jubilars.

Bei der vom Reichs-Gesundheitsamt veranstalteten Neuherausgabe des Buches: „Deutschlands Heilquellen und Bäder“ ist der Verein durch seinen Vorsitzenden vertreten.

Im Berichtsjahr trat der Vorstand zu 4 Sitzungen zusammen. Ein reger schriftlicher Verkehr zwischen den Vorständen und der Geschäftsstelle war erforderlich, um die mannigfachen Aufgaben und Arbeiten zu erledigen.

Eine Diskussion über den Geschäftsbericht findet nicht statt.

Derselbe wird von der Versammlung einstimmig genehmigt.

2. Jahresrechnung für 1903, Bericht der Rechnungsprüfer.

Gemäß Satz 15 b der Satzungen wird die Jahresabrechnung gedruckt vorgelegt und von dem Vorsitzenden erläutert. Die Abrechnung ist von dem im vorigen Jahre bestellten Rechnungsprüfern Max Engelcke-Halle-Trotha und Paul Kobe-Halle geprüft worden. Über die Prüfung ist das folgende Protokoll aufgenommen:

Halle-Trotha, den 16. Mai 1904.

Am heutigen Tage revidierten die Unterzeichneten die Geschäftsbücher des Vereins deutscher Chemiker.

Es wurde die Übereinstimmung der Bücher mit dem aufgestellten Bilanzkonto und Abrechnungskonto konstatiert.

Durch zahlreiche Stichproben im Kassabuch und dem Journal, durch Vergleiche mit den Beilagen und Einzelkonten wurde die richtige Übertragung in das Hauptbuch festgestellt.

Das Abrechnungskonto ergab einen Überschuss von 1969,52 M, welcher richtig auf das Vermögenskonto übertragen ist.

Das Vermögenskonto schließt mit einem Saldo von 45073,83 M

Das Konto Reservefond der Zeitschrift mit 18778,68 ,

Das Totalvermögen beträgt also . 63852,51 M

Es ergibt sich demnach die nachfolgende Bilanz:

Conto des		Saldo Kas-
Bankh. . . 2893,11 M		sabuch . 2119,38 M
Vereinsver-		Anlagen-
mögen . 45073,83 ,		Wertpap. 63615,85 ,
Reservefond		Inventar-
d. Zeitschr. 18778,68 ,		konto . . 1,— ,
		KontoNeu-
		York . . 165,— ,
		KontoZeit-
		schrift . 844,39 ,
	66745,62 ,	66745,62 ,

Die Anlagewerte wurden nachgewiesen:

Das Stammkapital der Hilfskasse betrug am 1. Januar 1904 21920,46 M und wurde nachgewiesen durch das Sparkassenbuch der städt. Sparkasse zu Halle Nr. 103028.

Das Vermögen der Stellenvermittlung betrug am 1. Januar 1904 1026,— M und war angelegt im Sparkassenbuch Nr. 94413 der städt. Sparkasse Halle.

gez. Max Engelcke.
gez. Paul Kobe.

Die Versammlung beschließt auf Antrag des Vorstandes, den Überschuss des Jahres 1903 dem Vereinsvermögen zu überweisen.

Dem Vorstand und dem Geschäftsführer wird die Entlastung für die Kassenführung einstimmig erteilt.

3. Haushaltungsplan für 1905.

Der Haushaltungsplan, welcher ebenfalls gedruckt vorliegt, wird von der Versammlung ohne Debatte genehmigt.

**Abrechnung
des Vereins deutscher Chemiker für das Jahr 1903 im Vergleich zur Abrechnung 1902
und dem Haushaltplan 1903.**

Einnahme	1902	1903	Haushalt- plan 1903	Ausgabe	1902	1903	Haushalt- plan 1903
Beiträge d. Mitglieder	ℳ 54 348 94	ℳ 57 641 31	ℳ 53 000 —	Zeitschrift geliefert an d. Mitglieder	ℳ 34 106 25	ℳ 36 394 49	ℳ 33 125 —
Zinsen	2 279 95	2 605 47	2 415 —	Zeitschrift für den österreichischen Chemiker-Verein, Wien	12 50	12 50	12 50
				Beitrag zum deutschen Haftpflicht- schutzverband	25 —	25 —	25 —
				Beitrag zum Verband für Material- prüfungen der Technik	20 —	20 —	20 —
				Beitrag zum Verein für gewerb- lichen Rechtsschutz	30 —	30 —	30 —
				Beitrag zum V. internationalem Kongreß	— —	1 520 —	500 —
				Vorstands- und Ausschusssitzungen .	2 754 26	2 697 05	3 000 —
				Rückvergütung an Bezirksvereine .	7 000 50	7 326 —	7 200 —
				Liebig-Denkünze	— —	2 226 50	— —
				Zuschuß zur Hauptversammlung .	600 —	— —	600 —
				Stenograph zur Hauptversammlung .	343 —	205 15	400 —
				Drucksachen: Etat, Abrechnungen Sonderabzüge etc. zur Haupt- versammlung	625 70	351 30	350 —
				Bureauabdrücke des Vorstandes .	270 58	251 85	500 —
				Drucksachen: Kosten des Mit- gliederverzeichnisses, Satzungen, Berichte, Eingaben etc.	856 75	954 17	900 —
				Kosten der Geschäftsführung .	5 888 67	5 797 65	5 500 —
				Erweiterung des Inventars der Ge- schäftsstelle	220 60	134 —	— —
				Für unvorhergesehene Fälle	709 45	331 60	3 252 50
				Überschuß	3 165 63	1 969 52	— —
	ℳ 56 628 89	ℳ 60 246 78	ℳ 55 415 —		ℳ 56 628 89	ℳ 60 246 78	ℳ 55 415 —

Vereinsvermögen.

		ℳ	ℳ
1902	ultimo Dezember Bestand	43 104	31
	Zugang 1903	1 969	52
1903	ultimo Dezember Bestand	45 073	83

Reservefonds für die Zeitschrift.

		ℳ	ℳ
1903	ultimo Mai Bestand	18 778	68
	Zugang aus 1903	4 101	19
1904	ultimo Mai Bestand	22 879	87

Anlage des Vereinsvermögens gemäß den effektiv gezahlten Werten.

ℳ		ℳ	ℳ
10 000	3 0% deutsche Reichsanleihe	9 413	35
10 000	3 1/2% deutsche Reichsanleihe	10 410	20
9 000	3 1/2% preußische Zentral-Boden-Kredit	8 907	40
22 500	3 1/2% preußische Konsols	22 199	35
6 000	3 0% preußische Konsols	5 557	—
1 000	4 0% badische Eisenbahn-Anleihe	1 056	—
6 000	3 1/2% westfälische Provinzial-Anleihe	6 072	55
64 500		63 615	85

Haushaltungsplan
des Vereins deutscher Chemiker für das Jahr 1905 im Vergleich mit dem Haushaltungsplan
für das Jahr 1904.

Einnahme	1904		1905		Ausgabe	1904		1905	
	M	R	M	R		M	R	M	R
Mitgliederbeiträge, 3000 Mitglieder à 20 M	56 000	—	60 000	—	Zeitschrift für 3000 Mitglieder à 12.50 M	35 000	—	37 500	—
Zinsen d. Vereinsvermögens	2 500	—	2 600	—	Zeitschrift für den österreich. Chemiker- verein, Wien	12	50	—	—
					Beitrag zum deutschen Haftpflichtschutz- verband	25	—	25	—
					Beitrag zum internationalen Verband für Materialprüfung der Technik	20	—	20	—
					Beitrag zum Verein für gewerbl. Rechts- schutz	30	—	30	—
					V. internat. Kongreß für angewandte Chemie	—	—	—	—
					Vorstands- und Ausschusssitzungen	3 000	—	3 000	—
					Rückvergütung an die Bezirksvereine	8 000	—	8 500	—
					Zuschuß zur Hauptversammlung	600	—	600	—
					Stenograph zur Hauptversammlung	400	—	400	—
					Drucksachen: Etats, Sonderabzüge zur Hauptversammlung	550	—	550	—
					Bureaubedürfnisse des Vorstandes	500	—	500	—
					Drucksachen: Berichte, Mitgliederver- zeichnis etc.	900	—	950	—
					Kosten der Geschäftsführung	7 000	—	7 500	—
					Liebigdenkmünze	600	—	600	—
					Hilfskassen-Zuschuß bis zu	—	—	1 000	—
					Für unvorhergesehene Fälle und zur Ver- fügung des Vorstandes	1 862	50	1 425	—
	58 500	—	62 600	—		58 500	—	62 600	—

4. Wahl eines Ehrenmitgliedes.

Vorsitzender: Der Vorstand schlägt Ihnen vor, in diesem Jahre Herrn Prof. Dr. Ferd. Fischer zum Ehrenmitgliede zu erwählen. Prof. Dr. Ferd. Fischer, Mitbegründer des Vereins, war 17 Jahre im Vorstand und lange Jahre Redakteur und Herausgeber der Zeitschrift. Ich glaube daher, daß wir ihn mit gutem Gewissen zum Ehrenmitgliede vorschlagen können. Sind die Herren damit einverstanden?

Der Vorschlag wird unter allseitiger Zustimmung genehmigt.

5. Verleihung der Liebigdenkmünze.

Vorsitzender: Dieser Punkt gehört eigentlich nicht in die Tagesordnung des Vorstandsrates und der geschäftlichen Sitzung. Die Verleihung der Denkmünze hat nach der Bestimmung des Statuts in der Fest-sitzung der Hauptversammlung stattzufinden.

Vorstand und Redaktionsbeirat, die über die Verleihung der Liebigdenkmünze zu beschließen haben, schlagen vor, dieselbe in diesem Jahre Herrn Dr. Rudolf Knietsch aus Ludwigshafen zu verleihen. (Bravo!)

6. Vorstandswahl.

Vorsitzender: Nach unseren Satzungen ist in diesem Jahre neu zu wählen Herr

Dir. Prof. Dr. Duisberg und Herr Dir. Dr. Krey. Der Vorstand schlägt vor, diese beiden Herren wieder zu wählen. (Bravo!)

Da sich kein Widerspruch erhebt, erkläre ich, daß die Wahl von Ihnen einstimmig genehmigt worden ist.

7. Wahl von zwei Rechnungsprüfern.

Vorsitzender: Wir schlagen Ihnen die die Herren Max Engelcke in Trotha und Paul Kobe in Halle für das Jahr 1904 vor. Die Herren haben sich bereit erklärt, die Wahl anzunehmen.

Die Versammlung stimmt dem Vorschlage des Vorstandes zu.

8. Feststellung von Ort und Zeit der Hauptversammlung 1905.

Dir. Fritz Lüty: Auf Grund früherer Besprechungen habe ich bei dem Bezirksverein Mittel- und Niederschlesien angefragt, ob der Verein geneigt sei, die Hauptversammlung im nächsten Jahre nach Breslau einzuladen. Der Vorstand des Bezirksvereins hat darauf aufmerksam gemacht, daß in diesem Jahre die Naturforscherversammlung in Breslau tagen wird, und daß es infolgedessen wohl untnlich sei, die Hauptversammlung unseres Vereins für das nächste Jahr nach Breslau einzuladen, zumal die technische Hochschule

zu Breslau im nächsten Jahre noch nicht fertig sei.

Infolge dieses ablehnenden Bescheides habe ich mich an die Kollegen in Bremen gewendet, und der Bremische Chemikerverein hat mit Freude die Anregung aufgenommen und mir am 27. April das folgende Schreiben geschickt:

„Im Namen des Chemikervereins zu Bremen gibt sich der Unterzeichnete die Ehre, den Verein deutscher Chemiker einzuladen, seine im Jahre 1905 stattfindende Hauptversammlung nach Bremen zu verlegen.“

Der derzeitige Senatspräsident, Herr Dr. Barckhausen, hat erklärt, daß auf eine offizielle Begrüßung des Vereins deutscher Chemiker für den Fall seines Erscheinens seitens des Senates selbstverständlich zu rechnen sei.

Die hiesige Großindustrie wird es sich zweifellos zur Ehre anrechnen, den Mitgliedern des Vereins die Besichtigung ihrer Werke zu gestatten.

Ihrer geneigten Antwort entgegensehend, zeichnet

mit vorzüglicher Hochachtung

Der Vorstand.

gez. Dr. P. Knudsen.
gez. Dr. Joh. Pinnow.“

Nach einer mir gestern zugegangenen Mitteilung wird Herr Dr. Hensel aus Lesum die Einladung in der geschäftlichen Sitzung mündlich wiederholen.

Die Versammlung ist mit der Wahl von Bremen einverstanden und überläßt es dem Vorstande, den Zeitpunkt der Tagung festzulegen.

9. Berichte des Vorstandes.

a) Vereinszeitschrift, Abrechnung für 1903 und Bericht über die Entwicklung der Zeitschrift im Jahre 1904.

Direktor Fritz Lüty: Das Jahr 1903 ist das letzte gewesen, welches die „Zeitschrift für angewandte Chemie“ als gemeinsames Unternehmen der Firma Springer und des Vereins deutscher Chemiker kennt. Wir haben infolgedessen auch zum letzten Male dem Vorstandsräte eine dergartige Abrechnung vorzutragen.

Gemäß Aufstellung der Firma Springer vom 22. März hat die Zeitschrift einen Nettoertrag von 8202,38 M gebracht, von welcher Summe die Hälfte als Anteil dem Verein zufällt. Zu diesem Betrage treten noch 184,20 M welche nachträglich für Jahrgang 1903 eingegangen sind, so daß das Totalergebnis 8386,58 M beträgt, von welcher Summe 4193,29 M den Gewinnanteil des Vereins darstellen.

Wie in früheren Jahren beantragt der Vorstand, diese Summe dem Zeitschriftenreservefond zu überweisen und bittet Sie, hierzu Ihre Zustimmung zu erteilen.

Der Absatz der Zeitschrift hat sich auch im abgelaufenen Jahre gegenüber dem Vorjahr

wesentlich gehoben, indem 3728 Exemplare gegenüber 3545 Exemplare im Jahre 1902 verkauft wurden. Dieser Mehrabsatz ist, wie in früheren Jahren, in der Hauptsache bedingt durch das gleichmäßige Wachsen des Vereins.

Die erfreulichen Verhältnisse haben auch nach dem 1. Januar angehalten, so daß zurzeit die Zeitschrift an über 4000 Mitgliedern und Abonnenten versendet wird.

Dieses günstige Resultat ist zum Teil dadurch erreicht worden, daß die Zeitschrift durch die minutiöse und peinliche Arbeit des Herrn Redakteurs sich mehr und mehr den berechtigten Wünschen der Mitglieder unseres Vereins anpaßt. Die Fülle des vorliegenden Materials hat uns gezwungen, bedeutend verstärkte Hefte erscheinen zu lassen, damit die geehrten Kollegen und Mitarbeiter nicht allzulange auf die Veröffentlichung ihrer Manuskripte warten müssen. Der Vorstand hat in freigiebigster Weise die Mittel für diese verstärkten Hefte zur Verfügung gestellt.

Es ist in hohem Grade erfreulich, daß aus allen Kreisen des Vereins Mitarbeiter für die Zeitschrift entstanden sind. Doch ist zu wünschen, daß sich die Mitglieder des Vereins in noch viel höherem Maße an der Veröffentlichung in der Zeitschrift beteiligen. Ich kann namens des Redakteurs die Versicherung geben, daß Manuskripte unserer Mitglieder möglichst bevorzugt werden vor den Manuskripten von Nichtmitgliedern. Wir wollen aus der Zeitschrift wirklich „die Zeitschrift des Vereins deutscher Chemiker“ machen.

Auf die Einzelheiten der jetzigen Verhältnisse der Zeitschrift kann ich aus begreiflichen Gründen zur Zeit nicht eingehen. Ich bitte Sie aber im Namen des Vorstandes, Ihrerseits alles dasjenige zu tun, was der Zeitschrift von Vorteil sein kann. Namentlich bitte ich Sie, der Zeitschrift Anzeigen aller Art zuzuführen und damit die Bemühungen der rührigen Anzeigenfirma Scherl, welche den Anzeigenteil unserer Zeitschrift für eine Reihe von Jahren unter ihre Obhut genommen hat, zu unterstützen. Jede Anzeige, die Sie der Zeitschrift zuführen, erhöht die Lebenskraft derselben und kräftigt sie im Kampfe gegen ihre Widersacher.

Prof. Dr. Rassow: Seitdem ich die Ehre hatte, zum Redakteur der Zeitschrift für angewandte Chemie berufen zu werden, habe ich mich mit möglichster Energie der Sache angenommen und versucht, dasjenige aus der Zeitschrift zu machen, was die Mitglieder des Vereins schon längst von der Zeitschrift erwartet haben, nämlich ein Organ, das unbeschadet aller Spezialzeitschriften, die jeder, der auf einem Spezialgebiet in der Praxis tätig ist, doch halten muß, instande ist, das Bedürfnis der Chemiker an Lesestoff möglichst zu befriedigen. Wir bedürfen einer Zeitschrift, die neben Originalartikeln aus allen möglichen Gebieten der angewandten und technischen Chemie, enthält; Übersichtsartikel, ferner Einzelreferate und Patentreferate.

Ich bin in sehr angenehmer Weise überrascht gewesen, daß mir der Stoff aus den Kreisen

der Chemiker so reichlich zugeflossen ist; nur in einer Beziehung habe ich die Mitteilungen noch in zu knappem Maße bekommen, das sind die Mitteilungen aus der eigentlichen chemischen Technik und Praxis. Ich gebe zu, daß es sehr schwierig sein wird, in Deutschland derartige Artikel zu bekommen; es hängt dies mit unserem Patentgesetz und allen möglichen Sachen zusammen, und wenn ich den Herren das „Journal of the Society of chemical Industry“ vorhalte, so wird mir geantwortet: In England und Amerika stehen die Sachen anders, da können die Praktiker mehr publizieren. Ich möchte aber schon hier, und werde morgen, wenn ich dazu aufgefordert werde, es nochmals tun, dringend darum bitten, daß die Praktiker mit ihren Erfahrungen, soweit sie nicht direkt Fabrikgeheimnis sind, möglichst nicht hinter dem Berge halten, sondern auch Berichte schreiben. Ich kann von vornherein versprechen, daß derartige Aufsätze an erster Stelle berücksichtigt werden sollen, um den Praktikern Mut zu machen, der Redaktion Stoff zu senden, gerade wie ich mich auch schon bei den früher manchmal recht kümmерlich eingehenden Berichten der Bezirksvereine bemüht habe, sie vorweg zu drucken, um den Bezirksvereinen zu zeigen, daß die Zeitschrift ebensogut für sie da ist, wie für andere Publikationen, und daß sie darauf rechnen können, wenn sie schnell Berichte einschicken, daß die Sachen auch schnell gedruckt werden, und daß die Vortragenden in einem Bezirksverein nicht nur für diesen Bezirksverein, sondern für den Gesamtverein sprechen.

Der Herr Geschäftsführer hat schon aus geschäftlichen Gründen darauf aufmerksam gemacht, daß der Umfang der Zeitschrift noch wachsen muß; das wird manchen der in der Praxis stehenden Herren erschrecken; sie sagen: Wir haben schon genug Lesematerial. Aber eine Zeitschrift, die sich an mehr denn 4000 Leser wendet, die weit zerstreut in den verschiedensten chemischen Gebieten sind, kann natürlich nicht auf jeder Seite jedem etwas bringen. Es müssen da viele Artikel abgedruckt werden, die eine große Anzahl der Berufsgenossen überschlagen, indem sie sagen: Das geht uns nichts an. Die Sache muß so eingerichtet werden, daß wir mindestens in jedem Monat einen Spezialartikel bringen können, der für das einzelne Mitglied von Interesse ist, und das ist nur möglich, wenn der Umfang der Zeitschrift vergrößert wird. Wir hoffen ja, daß die Fortschrittsberichte und die Einzelreferate immer zu einem größeren Leserpublikum sprechen werden; aber auch wenn wir nur die Fortschrittsberichte und die Einzelreferate, vor allem auch die Patentreferate, in hinreichend schnellem Turnus publizieren wollen, da müssen wir in der Zeitschrift mehr Platz haben, es sei denn, daß unsere Zeitschrift eine rein referierende werden sollte. Darüber aber werden die Herren aber mit mir einig sein, daß Originalartikel, Berichte über Originalarbeiten, wenn sie auch in dieses oder jenes Spezialgebiet hineinschlagen, für die ganze Haltung der Zeitschrift als einer wissenschaftlichen Zeitschrift unentbehrlich sind. Sie müssen deshalb nicht

erschrecken, wenn die Zeitschrift allmählich noch dicker wird.

Direktor Fritz Lüty: Ich möchte an die Mitglieder noch eine Bitte richten.

Jedes einfache Heft der Zeitschrift kostet bei der jetzigen Versendung 195 M Porto, jedes Doppelheft 390 M. Um eine größere Ersparnis durchzuführen, wollen wir mit Ende des Jahres unsere Zuflucht zu der Postüberweisung nehmen, weil dieselbe uns gegenüber bei der jetzigen Versendung eine Ersparnis von ca. 3000 M bringen wird. Diese Summe können wir zur weiteren Ausstattung unserer Zeitschrift verwenden. Soll die Postüberweisung für den Verein nicht die Quelle von großen Verlusten abgeben, so ist es erforderlich, daß die Beitragszahlungen etwas korrekter erfolgen, als es bislang der Fall ist. Während die Satzungen bestimmen, daß der Beitrag im ersten Monat des Kalenderjahres zu leisten ist, waren doch am Ende des ersten Monats des Kalenderjahres erst 40% der Beiträge eingelaufen, während der Rest nach Aufwendung von viel Zeit und Arbeit seitens der Geschäftsstelle und von Kosten seitens des Vereins eingezogen worden ist.

Ich bitte die Herren Vertreter der Bezirksvereine im Vorstandsrat, in Ihren Vereinen dahin zu wirken, daß die Beitragszahlungen prompter erfolgen. Es wäre zu wünschen, daß im Interesse einer prompten Zustellung der Zeitschrift die Mitgliederbeiträge schon im November/Dezember für das folgende Jahr entrichtet werden.

Anderseits bitte ich dahin zu wirken in den Bezirksvereinen, daß dem Verein weniger Mitglieder verloren gehen, als es zurzeit der Fall ist. Es ist Aufgabe der Bezirksvereine, nicht nur neue Mitglieder zu gewinnen, sondern auch dafür zu sorgen, daß die gewonnenen Mitglieder dem Vereine erhalten bleiben.

Vorsitzender: Ich kann mich den Worten des Herrn Vorredners nur anschließen.

Auf der andern Seite möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß das, was der Herr Redakteur gesagt hat, zwar richtig ist, daß aber die Bewegungsfreiheit, die er für sich wünscht, uns viel Geld kosten wird. Wenn also voraussichtlich in den nächsten Jahren für den Verein aus der Zeitschrift kein Reingewinn erzielt wird, wenn der Verein sogar Geld zusetzen muß, so darf Sie das nicht Wunder nehmen.

9 b) Stellenvermittlung.

Vorsitzender: Da die Stellenvermittlung im Geschäftsbericht erwähnt ist, können wir auf den Bericht des Geschäftsführers heute verzichten.

9 c) Technolexikon.

Vorsitzender: Herr Dir. Dr. Scheithauer wird Ihnen morgen in der geschäftlichen Sitzung ein Referat erstatten.

9 d) Patentkommission.

Dir. Prof. Dr. Duisberg: Der Gegenstand ist auf die Tagesordnung gekommen, obgleich eigentlich zurzeit nichts vorliegt, worüber zu berichten wäre. Sie wissen, daß wir eine erfolgreiche Tätigkeit der Patentkommission insofern

ausgeübt haben, als wir durchsetzen, daß bei dem Patentamt mehr auf die Wünsche der Industrie Rücksicht genommen wird, und insofern auch zurzeit das Patentamt im Anmeldeverfahren mit Rücksicht auf den Anmelder selbst vorgeht. Wir haben ferner erreicht, durch Rücksprache, die seinerzeit Herr Dr. Klöppel genommen hat, daß nunmehr auch diejenigen Herren, die bei den Abteilungsbeschlüssen mitwirken, tatsächlich die Entscheidung der Abteilung mit unterschreiben. Wir haben eine ganze Reihe von Dingen, die in dem letztjährigen Bericht mitgeteilt sind, zur Durchführung gebracht. Zurzeit liegt keine Veranlassung vor, irgendwie auf die Art der Rechtsprechung, wie sie sich im Patentamt vollzieht, einen weiteren Einfluß auszuüben. Es tagt auch, wie Sie wissen, heute und die ganze Woche hindurch der internationale Kongreß für gewerblichen Rechtsschutz das erste Mal auf deutschem Boden; wir müssen, da wir jetzt an die Union angeschlossen sind, darauf bedacht sein, die Wünsche, die wir in bezug auf die Patentgesetzgebung haben, dort zur Durchführung zu bringen. Infolgedessen war keine Veranlassung, die Patentkommission tagen zu lassen, und etwas weiteres Ihnen zur Vorlage zu bringen.

10. Antrag des Bezirksvereins Rheinland-Westfalen zur Gebührenfrage: „Durch eine neue Eingabe und persönliche mündliche Vorstellung bei den maßgebenden Dezernenten den Justizminister zu bitten, auf dem Wege des Ministerialerlasses an die Gerichtsbehörden:

- a) Das Gesetz vom 9. März 1872 außer Kraft zu setzen, bzw. zu entscheiden, daß diese Vorschriften durch die Reichsgebührenordnung vom 30. Juni 1878 außer Kraft gesetzt sind.
- b) zu entscheiden, daß § 3 der Reichsgebührenordnung nur für die Fälle gilt, wo der Sachverständige lediglich in Erfüllung einer einfachen Zeugnissache bloß eine Aussage zu machen hat, die er als Sachverständiger ohne Umstände zur Verfügung hat, daß dieser § 3 daher bloß für sachverständige Zeugen gelten soll, während grundsätzlich die Beanspruchung jeder normalen Berufstätigkeit als schwierige Aufgabe nach § 4 anerkannt werden soll.“

Dr. Wirth: Vom Vorstande des Hauptvereins ist im April 1903 eine Eingabe an die verschiedenen Ministerien gemacht, deren Wortlaut Ihnen auf Seite 9 des Geschäftsberichtes vorliegt. Vom preußischen Ministerium des Inneren kam darauf bis heute nur eine Antwort, dahingehend, daß die Vorstellung des Vorstandes an den Herrn Reichskanzler (Reichsjustizamt) gesandt worden sei. In der Frage der Gebühren für gerichtliche Sachverständige ist also bisher kein Resultat erzielt worden. Es mag dies damit zusammenhängen, daß, wie in der allerletzten

Zeit bekannt wurde, in diesem Jahre der Entwurf einer Gebührenordnung für Medizinalbeamte aufgestellt worden ist, der jetzt, wie ich glaube, dem Hause der Abgeordneten vorliegt. Darin heißt es im § 12: „Der Minister der Medizinalangelegenheiten ist ermächtigt, im Einvernehmen mit den sonst beteiligten Ministerien an Stelle der Vorschrift in dem § 8 des Gesetzes vom 9. März 1872 die Gebühren des zu einer gerichtlichen oder medizinalpolizeilichen Feststellung zugezogenen Chemikers anderweitig festzustellen.“

In der Begründung dieses § heißt es:

„Im Hinblick auf die zurzeit schwebenden Verhandlungen über eine allgemeine Regelung dieser Frage erscheint der Zeitpunkt für eine sofortige Aufhebung des § 8 des Gesetzes vom 9. März 1872 und eine anderweitige Festsetzung der betreffenden Gebühr noch nicht gekommen. Erst mit dem Erlaß der vorgesehenen Verfügung würde der § 8 des genannten Gesetzes seine Geltung verlieren.“

Da wir also nicht weitergekommen sind, so möchte der Rheinisch-Westfälische Bezirksverein den Vorschlag machen, nicht, wie bisher, nur durch Eingaben an die betreffenden Ministerien und Reichsämter vorstellig zu werden, sondern womöglich durch persönliche Besprechung mit den betreffenden Dezernenten dahin zu wirken, daß durch Ministerialerlaß die Verhältnisse vorläufig geregelt werden, bis die in Aussicht genommene Gebührenordnung wirklich zustande gekommen ist. Schon seit acht Jahren ist ja davon die Rede, daß eine Gebührenordnung redigiert werden soll, aber es ist noch nicht viel geschehen. Wir wissen nicht, wie lange es noch dauern wird. Wir möchten deshalb darauf hinwirken, die Hauptpunkte, um die es sich handelt, speziell in Preußen zu beseitigen, weil dort die größten Notstände bestehen, und wenn einmal in Preußen vorangegangen sein wird, die anderen Staaten wohl folgen werden. Es handelt sich in Preußen hauptsächlich um zwei Punkte, die in unserem Antrag als a und b bezeichnet sind. Unter a wird beantragt, das Gesetz vom 9. März 1872 außer Kraft zu setzen. Wir möchten diesen Antrag etwas anders formulieren, nämlich: zu entscheiden, daß § 8 des preußischen Gesetzes vom 9. März 1872 durch die Reichsgebührenordnung vom 30. Juni 1878 außer Kraft gesetzt ist, indem dieser § keine Taxvorschrift im Sinne des § 13 der Reichsgebührenordnung enthält.“

Die Gebührenordnung von 1878 sagt in § 13:

„Soweit für gewisse Arten von Sachverständigen besondere Taxvorschriften bestehen, kommen nur diese in Anwendung.“

Nun ist in dem Gesetz von 1872 über Gebühren der Medizinalbeamten in § 8 erwähnt, daß ein Chemiker, welcher zugezogen wird, eine Maximalsumme von 75 M für die Untersuchung beanspruchen kann. In den Eingaben unseres Vereins von 1894 und 1895 sind verschiedene Fälle erwähnt, in denen die 75 M eine absolut ungenügende Entschädigung darstellen. Nach unserer Ansicht kann der § 8 des Gesetzes von 1892 überhaupt nicht als Taxvorschrift betrachtet

werden. Unter Taxvorschrift versteht man doch wohl Vorschriften mit bestimmten Preisen für einzelne Untersuchungen, aber nicht einfache Benennung einer Maximalsumme. Teilweise wird aber dieser § 8 auch in Rücksicht gezogen, wenn es sich bei der Untersuchung garnicht um medizinalpolizeiliche Feststellungen handelt.

So ist noch in letzter Zeit bei langwierigen anderweitigen Untersuchungen nicht mehr als 75 M vergütet worden, mit der Begründung, daß nach dem Gesetz eine höhere Festsetzung nicht zulässig wäre. Der § 8 steht aber auch im Widerspruch mit dem neueren Gesetz, betreffend die Sachverständigen. In § 413 der Zivilprozeßordnung und § 480 der Strafprozeßordnung heißt es:

„Der Sachverständige hat eine angemessene Vergütung für seine Mühwaltung und außerdem eine Entschädigung für seinen Zeitverlust zu verlangen.“

In der Einführung zur Gebührenordnung von 1878 ist auch ausdrücklich gesagt, daß dem Sachverständigen für seine Mühwaltung grundsätzlich die gleiche Vergütung zu gewähren ist, wie wenn die Leistung einem Privatmann gegenüber gemacht würde.

Soviel wegen Punkt a; wir beantragen also, dagegen vorstellig zu werden, daß dieser § 8 des Gesetzes vom Jahre 1872 noch in Anwendung kommt, da derselbe in Widerspruch steht mit der neueren Gesetzgebung, außerdem gar keine Taxvorschrift im Sinne des § 13 der G.-O. vom Jahre 1878 darstellt.

Unter Ziffer b beantragen wir, durch Eingaben usw. dahin zu wirken, daß entschieden werde:

„Daß § 3 der Reichgebührenordnung nur für die Fälle gilt, wo der Sachverständige lediglich in Erfüllung einer einfachen Zeugnissache bloß eine Aussage zu machen hat, die er als Sachverständiger ohne Umstände zur Verfügung hat, daß dieser § 3 daher bloß für sachverständige Zeugen gelten soll, während grundsätzlich die Beanspruchung jeder normalen Berufstätigkeit als schwierige Aufgabe nach § 4 erkannt werden soll.“

Ich will mir erlauben, die beiden §§ zu verlesen, um die es sich handelt.

§ 3 der Gebührenordnung vom Jahre 1878 lautet:

„Der Sachverständige erhält für seine Leistung eine Vergütung nach Maßgabe der erforderlichen Zeitversäumnis im Betrage bis zu 2 M für jede angebrochene Stunde. Die Vergütung ist unter Berücksichtigung des Erwerbsverhältnisses des Sachverständigen zu bemessen und für jeden Tag nicht mehr als 10 Stunden.“

§ 4 lautet:

„Für die Untersuchungen und Fachprüfungen ist dem Sachverständigen auf Verlangen für die aufgetragene Leistung nach dem üblichen Preise derselben und für die außerdem stattfindende Teilnahme an Terminen die im § 3 bestimmte Vergütung zu gewähren.“

Meistens werden die Gebühren nur nach § 3 berechnet. Die Herren werden einsehen, daß

eine Vergütung von 2 M pro Stunde für eine wissenschaftliche Arbeit eines Chemikers jedenfalls nicht genügend ist. Wir wünschen daher, daß die beiden Paragraphen eine sinngemäße Auslegung dahin erhalten, daß jede Leistung, die ein Chemiker nicht nur als sachverständiger Zeuge zu machen hat, sondern die eine unter Eid zu stellende wissenschaftliche Untersuchung in Laboratoriumstätigkeit bedingt, als eine schwierige Untersuchung anzusehen ist, die nach § 4, also nach den sonst üblichen Preisen zu vergüten ist.

In dem Paragraph heißt es: Außer den 2 M für Zeitversäumnis sind dem Sachverständigen die auf die Vorbereitung des Gutachtens verwendeten Kosten zu vergüten.“

Darin sind doch wohl die Untersuchungen, die der Sachverständige z. B. in seinem Laboratorium vor dem gerichtlichen Termine gemacht hat, mit einbezogen, während die mit 2 M pro Stunde zu vergütende Zeitversäumnis sich hauptsächlich auf den Termin bezieht, wie auch in § 4 gesagt ist, daß die Sachverständigen außer den üblichen Preisen noch ein Anrecht auf Vergütung für die Zeitversäumnis bei den Terminen nach § 3 haben. Es handelt sich also hauptsächlich darum, daß die Paragraphen in der Weise ausgelegt werden, daß eine wissenschaftliche Untersuchung stets als schwierig anzusehen und nach § 4 zu vergüten ist.

Der Rheinisch-Westfälische Bezirksverein würde vorschlagen, zu Punkt b von diesem Standpunkte aus die Eingabe zu machen und nochmals zu erwähnen, wie schon bei a geschah, daß nach § 413 der Zivilprozeßordnung der Sachverständige Anspruch auf angemessene Vergütung seiner Mühwaltung hat, und dies durch den Betrag von 2 M pro Stunde jedenfalls nicht genügend gewürdigt ist.

Prof. Dr. W. Fresenius: M. H.! Ich möchte hervorheben, daß die Forderungen, die der Rheinisch-Westfälische Bezirksverein jetzt stellt, nur ein Teil der Eingabe sind, welche im vorigen Jahr von seiten des Gesamtvereins an die Reichsregierung und an die verschiedenen Bundesstaaten ergangen ist, und daß, wenn wir jetzt einen Beschuß in dem Sinne fassen, wie der Rheinisch-Westfälische Bezirksverein vorschlägt, wir dann einen Erfolg der vorjährigen Eingabe vollständig unmöglich machen. Die vorjährige Eingabe geht dahin, daß in erster Linie angestrebt wird, eine vollständige Neuregelung der gesamten Gebührenordnung. Es sind nicht nur die Chemiker, es sind sämtliche sachverständige Ingenieure, Architekten und alle möglichen anderen Leute, die in gleicher Weise durch die bisherige Gebührenordnung benachteiligt sind. Es handelt sich dabei auch keineswegs allein darum, ob die Liquidation für die chemische Arbeit nach § 3 und 4 aufgestellt wird, es handelt sich auch um andere prinzipiell wichtige Dinge. Ich erinnere nur daran, daß, wenn man den Satz von 2 M pro Stunde für die Termine festhält, dies bei auswärtigen Terminen, wo eine Reihe von mehreren Tagen für den Sachverständigen in Betracht kommt, außerordentlich störend sich

geltend macht, und der Sachverständige durchaus ungenügend entlohnt wird. Ich erinnere weiter daran, daß die Vergütung für die Selbstkosten für Unterhalt und Übernachten bisher viel zu gering ist. In der Reichsgebührenordnung sind 3 M für Übernachten und 5 M Unterhaltungskosten pro Tag angesetzt. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß damit nicht auszukommen ist. Alle diese Dinge sind in der bisherigen Eingabe als verbessерungsbedürftig erwähnt, und wenn wir jetzt die vorjährige Eingabe gewissermaßen desavouieren, indem wir uns nur auf diese beiden Punkte beschränken, so tun wir doch einen falschen Schritt. Ich bin der Meinung, daß man eigentlich noch kaum erwarten kann, daß die Eingabe vom vorigen Jahr vollständig zur Wirkung gekommen ist. Es ist von der Reichsregierung eine Antwort überhaupt noch nicht gekommen, man kann also deswegen nicht sagen: es kann eine prinzipielle Neuregelung der Gebührenfrage jetzt nicht durchgesetzt werden, und deshalb gehen wir nur darauf aus, den schlimmsten Mißstand zu beseitigen.

Darin bin ich mit den Herren vom Rheinisch-Westfälischen Bezirksverein durchaus einverstanden, daß man jetzt nicht warten und die Hände in den Schoß legen soll, sondern man soll auf die vorjährige Eingabe wieder eingehen und den Weg persönlicher Fühlungsnahme betreten und in energetischer Weise vorgehen.

Was die Forderungen betrifft, die in der vorjährigen Eingabe geltend gemacht wurden, so weiß ich nicht, ob die den Herren samt und sonders bekannt sind oder nicht. Wir fordern:

1. In erster Linie um eine neue gesetzliche Regelung des ganzen Gebührenwesens unter spezieller Berücksichtigung der oben ausgeführten für die Chemiker in Betracht kommenden Verhältnisse.

Sodann heißt es in der Petition:

2. Sollte sich der Weg, die Materie durch ein neues Gesetz zu regeln, zurzeit nicht als durchführbar erweisen, so bitten wir zu erwägen, ob sich nicht dadurch die wesentlichsten Schwierigkeiten beseitigen ließen, daß man auf dem Verwaltungsweg für die Chemiker entsprechend § 13 der Gebührenordnung eine besondere Taxvorschrift erließe, und wenn dieser Weg angängig erscheint, bei seiner Durchführung ebenfalls die oben vorgetragenen Wünsche zu berücksichtigen und die Regelung, wenn irgend angängig, in ganz Deutschland einheitlich eintreten zu lassen.

Es würde das auch im wesentlichen darauf hinauskommen, daß man nicht durch Gesetz, sondern durch Verfügung eine Taxvorschrift macht, die das ganze Gebührenwesen für Chemiker, einschließlich die Vergütung für Übernachten und Reisekosten regelt. Das ließe sich nach meiner Ansicht doch ebensogut erreichen, wie die Vorschläge, die der Rheinisch-Westfälische Bezirksverein gemacht hat.

Endlich heißt es in der Eingabe:

3. Wenn endlich der Erfüllung dieses Wunsches zurzeit Schwierigkeiten im Wege stehen sollten, so möchten wir schließlich bitten, wenigstens die Gerichte anweisen zu wollen, daß

bei der Kostenfeststellung der Arbeiten der Chemiker durchweg an Stelle des Stundentarifs § 3 die Berechnung nach dem üblichen Preise § 4 trete, und daß dabei die Entschädigung für Zeitversäumnis bei auswärtigen Arbeiten mit 5 M pro Stunde als üblicher Preis anzusehen ist.

Das ist das, was die Herren vom Rheinisch-Westfälischen Bezirksverein diesmal allein wünschen. Gerade auf diesen Punkt beziehen sich aber fast allein die Antworten, die von den einzelnen Bundesregierungen eingegangen sind. Es wird darin übereinstimmend betont, daß es nicht möglich sei, daß die Minister verfügen könnten, der § 4 sei überall anzuwenden, denn, wie auch der klare Wortlaut der Gebührenordnung vom Jahre 1878 ergibt, es ist Sache der Gerichte, die Gebühren festzusetzen, und es kann, wie die einzelnen Ministerien mit Recht geantwortet haben, den Gerichten nicht vorgegriffen werden in der Entscheidung darüber, welche Arbeiten schwierig sind oder nicht. Man wird nicht generell sagen können: § 3 ist so gemeint, daß sämtliche chemischen Arbeiten schwierig sind. § 3 sagt sogar ausdrücklich: es sind den Chemikern die zur Vorbereitung notwendigen Ausgaben inklusive Reagenzien und Werkzeuge zu vergüten; das ergibt sich von selbst, daß man auch noch praktische Arbeiten ausführen kann, die nach § 3 zu vergüten sind. Wie die wirkliche Handhabung des § 3 zurzeit ist, kann man, wie die Herren, die mit derartigen Untersuchungen sich häufiger zu beschäftigen haben, mir werden bestätigen können, keineswegs sagen, § 3 muß unter allen Umständen zu einem zu niedrigen Satze führen. Der § 3 geht aber von einem ganz unrichtigen Prinzip aus, nämlich die Vergütung von 2 M pro Stunde festzusetzen. Es ist nicht festzusetzen, welche Tätigkeit dabei stundenweise zu bemessen ist. Wenn die sämtlichen Arbeiten, das Abdampfen, Filtrieren, Trocknen eines Niederschlages in ihrer ganzen Dauer hinzugerechnet werden, so könnte man unter Umständen nach dem Tarif von 2 M zu Preisen kommen, die weit über den üblichen Preis hinausgehen. Wenn man geschmacklos sein wollte, könnte man dann sagen: der Gerichtschemiker muß dafür sorgen, daß er möglichst schlechtaufendes Filtrierpapier usw. verwendet. Ich will auf solche Torheiten nicht eingehen, aber Sie sehen, wohin man kommen könnte, wenn man den § 3 gewissenlos ausnutzen wollte. Tatsächlich bleibt bei seiner Heranziehung ein anderer Weg nicht übrig, als daß man die Marksumme, die man haben will, durch 2 dividiert und das Resultat als die Zahl der Stunden betrachtet, die anzurechnen sind.

Es ist also nicht richtig, daß man mit § 3 für Laboratoriumsarbeiten in der Regel zu einem niedrigeren Satz käme, es ist aber etwas moralisch außerordentlich Unangenehmes darin, daß man in dieser Weise die Stunden festsetzen soll, denn die erforderliche Zeit wirklich genau aufschreiben, das kann man gar nicht. Außerdem kommt in Frage, ob man mehrere Sachen nebeneinander machen darf. Ob man z. B. zwei gerichtliche Analysen in derselben Stunde machen darf usw. Kurzum, das würde zu großen Schwierigkeiten

führen. Prinzipiell richtig ist, wie auch die Eingabe vom vorigen Jahr sagt, anzustreben die Gebühren nach dem üblichen Satz. Damit der übliche Satz gerechnet werden kann, ist zurzeit notwendig der Nachweis, daß die Untersuchung eine schwierige ist. Das scheint den Herren hier ganz einfach und ist auch in einem Kreise von Fachleuten einfach zu erledigen; ich habe aber im Augenblick einen Fall, wo es sich darum handelte, nachzuweisen, ob in der Luft einer Flußäurefabrik Fluorwasserstoff nachzuweisen wäre oder nicht. Da mußte ich erst in ziemlich ausführlicher Darlegung dem Gerichte auseinandersetzen, daß diese Arbeit eine schwierige sei, und ein solcher Nachweis ist in vielen anderen Fällen durchaus nicht so leicht, wie er in diesem war. § 4 krankt noch an einem anderen Punkt. Es heißt: Bei schwierigen Untersuchungen ist der übliche Preis festzusetzen. Wenn man einen üblichen Preis hat, so wird es sich hauptsächlich um solche Untersuchungen handeln, von denen man nicht ohne weiteres nachweisen kann, daß sie schwierig seien. Je schwieriger die Arbeit ist, um so weniger wird ein üblicher Preis vorhanden sein. Wenn man aber gerade für solche den üblichen Preis nachweisen soll, so kann man nur nach Pflicht und Gewissen abschätzen, wie Privatpersonen gegenüber gerechnet würde, und kann sagen: ich bin auf Grund meiner Schätzung zu dem und dem Preise gekommen. Das würden unter Umständen die einzelnen Gerichte dem Chemiker ganz gerne glauben, denn die Nachfrage nach der Berechtigung der Liquidation, wie sie von den Gerichten gefübt wird, ist nicht darin begründet, daß die Gerichte etwa prinzipiell voraussetzen, daß die Sachverständigen in ihren Liquidationen ungerechtfertigte Einsätze machen, die Frage liegt vielmehr so, daß die Gerichte in letzter Linie die Monita der Oberrechnungskammer fürchten und die Oberrechnungskammer glaubt auf keinen Fall, daß man ohne weiteres von selbst anständig und richtig liquidiert. Die will das bewiesen haben. Solange also ein Tarif nicht vorliegt, aus dem man nach Position so und soviel sagen kann: für die Untersuchung ist der Preis der übliche, solange werden wir immer Schwierigkeiten haben. Es würde deshalb außerordentlich dankenswert sein, nicht nur für Nahrungsmitteluntersuchungen, wo wir einen solchen Tarif haben, sondern auch für andere Dinge einen Tarif aufzustellen, der, wenn nicht offiziell, so doch wenigstens offiziös wäre, einen Tarif, mit Hilfe dessen man auch die praktische Handhabung von § 4 leicht durchführen könnte. Wo aber die Sachen besonders schwierig sind, und wo es sich darum handeln würde, den üblichen Preis nachzuweisen, da versagt jeder Tarif, und da bleibt schließlich kein anderer Weg, als daß man ihn durch einen Sachverständigen feststellt. Ich habe in dem vorhin erwähnten Falle, wo es sich um eine Liquidation handelt, die seit dem 10. 7. vor J. schwebt, und von der noch heute keineswegs abzusehen ist, wann sie erledigt werden wird, dem Gerichte vorgeschlagen, man möchte Sachverständige darüber vernehmen, wenn man glaube, ich hätte eine unrichtige Schätzung angesetzt. Das Gericht kann aber Sachverständige

nur dann annehmen, wenn diese Sachverständigen etwas liquidieren dürfen, und das Gericht hat keinen Fonds, aus dem die Gebühren dieser zu vernehmenden Sachverständigen berichtigt werden könnten, falls sie meine Sätze als richtig anerkennen, deswegen nimmt das Gericht hier Anstand, Sachverständige zu verneinen.

Damit steht in engem Zusammenhang der überhaupt auch sonst geäußerte Wunsch, es mögen die Feststellung der gerichtlichen Gebühren für Chemiker in irgend welchen Streitfragen nicht durch den Regierungspräsidenten, d. h. durch den Regierungs- und Medizinalrat, sondern durch den Chemiker erfolgen. Der Wunsch ist außerordentlich gerechtfertigt; wenn man ihn aber durchführen will, muß man irgendwie sorgen, daß ein solcher Chemiker zur Verfügung steht, ohne daß dem Gerichte besondere Kosten erwachsen. Das könnte entweder in der Weise geschehen, daß bei den Regierungen Chemiker vorhanden wären, oder man könnte den Behörden eine chemische Kraft zur Verfügung stellen, die die Aufgabe hätte, solche Liquidationen nachzuprüfen, wenn das Gericht es verlangt. Die Aufgabe würde nicht gering sein, denn sobald ein solcher Chemiker zur Verfügung wäre, würden die Gerichte jede Liquidation eines Chemikers, sobald sie nicht ganz einfacher Art ist, an die betreffenden Stellen schicken. Also daß etwa das Reichsgesundheitsamt oder das Reichsschatzamt eine derartige Arbeit übernehmen könnte, scheint völlig ausgeschlossen, ob etwa, wie es von Seiten der Ingenieure und Architekten angeregt wurde, die Fachvereine, — ich nenne beispielsweise unseren Verein, die freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker oder den Verband selbständiger öffentlicher Chemiker — ob solche Vereine in der Lage sind, diesem Bedürfnisse abzuholzen, wage ich nicht zu entscheiden. Die Frage wäre ja ernsthaft einmal zu diskutieren, aber heute ist sie nicht spruchreif. Ich will nur einmal den Gedanken anregen, ob es etwa die Aufgabe solcher Vereine, wie des unserigen sein könnte, zu sagen: wir stellen die Kosten oder eine Kraft zur Verfügung, um derartige Prüfungen im Bedarfsfalle zu machen. Ich will das keineswegs als einfach und leicht empfehlen, ich möchte aber doch an der Sache nicht vorbeigehen.

Das wäre das, was die allgemeinen Dinge im deutschen Reiche betrifft. Ich möchte in dieser Hinsicht dem Vorschlage des Rheinisch-Westfälischen Bezirksvereins zustimmen, daß man unsere Wünsche nicht einfach durch die vorjährige Eingabe als erledigt betrachtet, sondern sie energisch mit allen Mitteln weiter betreibt, ich möchte aber nicht, daß wir uns bloß auf die Punkte beschränken, die der Rheinisch-Westfälische Bezirksverein genannt hat, die wir schließlich als letzte und äußerste Eventualität schon in dem vorjährigen Entwurf genannt haben, und hinsichtlich derer sich in der Durchführung besondere Schwierigkeiten ergeben würden; wir wollen die vorjährige Eingabe dringend und energisch wieder in Auseinandersetzung bringen und versuchen, in erster Linie die ganze Gebührenfrage, in zweiter Linie, wenn das nicht geht, eine Tax-

vorschrift für Chemiker überhaupt durchzusetzen.

Hinsichtlich der Punkte, die für Preußen speziell in Betracht kämen, ist erwähnt worden, daß § 8 des Gesetzes vom 9. 3. 1892 vielfach noch für alle beliebigen chemischen Arbeiten angewendet wird. Ich kann das aus eigener Erfahrung sagen, daß mit energischer Gegenwehr man wohl in allen Fällen, wo die Sache sich wirklich als ein nicht medizinalpolizeiliches oder gerichtsärztliches Geschäft nachweisen läßt, man schon durchsetzen kann, daß sie nicht nach § 8 des Gesetzes von 1872 behandelt wird. Also wenn es sich darum handelt, ob ein Zement verfälscht ist, oder ein Sand zur Glasfabrikation sich eignet, oder wenn es sich um eine patentrechtliche Frage handelt, bei derartigen Dingen wird man sofort ohne Schwierigkeit das Gericht davon überzeugen können, daß das keine medizinalpolizeilichen oder gerichtsärztlichen Geschäfte sind. Aber auch bei Dingen, die hierher gehören, z. B. bei Vergiftungsfällen usw. ist es zweifellos ein vollkommener Anachronismus, dieses alte Gesetz mit der Maximalforderung von 75 M heute noch aufrecht erhalten zu wollen, da jetzt die ganze Materie, die in dem Gesetz von 1872 geregelt ist, doch einer neuen Regelung unterzogen werden soll. Es ist ja gerade jetzt dem Abgeordnetenhaus der Entwurf einer Regelung der Gebühren der Kreisärzte vorgelegt worden, und es wäre der Zeitpunkt gegeben, auf die Aufhebung des § 8 des Gesetzes von 1872 hinzuweisen. Ich verspreche mir davon gar nichts, daß wir verlangen, es solle durch Ministerialverfügung festgestellt werden, daß dieses Gesetz nicht zu Recht besteht. Gerade der Entwurf des Gesetzes für die kreisärztlichen Gebühren weist ja darauf hin, daß der Minister der Ansicht ist, es bestehe zu Recht, denn er will, trotzdem er die ganze übrige Materie regelt, diese Bestimmungen zurzeit noch bestehen lassen. Wir können ja zwar sagen: Es ist nach unserer Meinung gegen den Geist des Gesetzes, und nach unserer Meinung ergibt sich, daß nur die späteren, nicht die früheren Taxvorschriften gemeint sind. Das können wir sagen, die Praxis beweist aber, daß bisher immer die gegenteilige Meinung vorhanden war, und ich glaube, daß wir unsere Meinung nicht durchsetzen werden. Dagegen können wir wohl sagen: Ihr ändert das ganze Gesetz von 1872, so hebt doch den § 8 auch auf; dann würden einstweilen auch die für gerichtliche und medizinalpolizeiliche Geschäfte dem Chemiker zu gewährende Gebühren nach dem Gesetze von 1878 erledigt werden, wie die Herren vom Rheinisch-Westfälischen Bezirksverein das auch wollen. In dem § 12 des dem Abgeordnetenhouse vorgelegten Entwurfs ist ausdrücklich noch erwähnt, daß hinsichtlich der Festsetzung der Gebühren es bei § 8 des neuen Entwurfs bleiben soll, d. h. daß er von dem Regierungspräsidenten endgültig festgestellt werden soll. Gerade hinsichtlich dieses Punktes sind die verschiedenen Minister verschiedener Meinung, und das zeigt auch wieder, wie schwierig es ist, überhaupt sich mit Ministerialverfügungen abzugeben. Im Jahre 1895 ist eine Ministerialverfügung vom Kultusminister erlassen

worden, welche besagt: die Taxvorschrift vom Jahre 1872 gilt ja, aber die Festsetzung durch den Regierungspräsidenten gilt nicht, sondern die hat nach der Reichsgebührenordnung durch das Gericht zu geschehen. Als man sich aber auf diese Sache hat berufen wollen, hat sich herausgestellt, daß im Jahre 1879 der Justizminister verfügt hatte, es sei endgültig nach dem Gesetz vom 9. 3. 1872 zu verfahren. Das ist eine Sache, die vielleicht noch nicht in die Öffentlichkeit gedrungen ist; mir ist sie ganz kürzlich erst vorgekommen. Also mit den Ministerialverfügungen ist das ein schlimmes Ding, die können heute so und morgen so aussehen. Ich würde ganz entschieden der Meinung sein, daß wir dafür einreten, es möge jetzt, wo doch die ganze Materie der kreisärztlichen Vergütungen geregelt werden soll, endgültig der § 8 des Gesetzes vom 9. 3. 1872 aufgehoben werden. Wenn dagegen in § 12 dieses Entwurfs dem Minister die Befugnis zugesprochen wird, da Taxvorschriften für Chemiker auszuarbeiten oder zu erlassen, so wollen wir angesichts dessen, was wir im vorigen Jahre schon erlangt haben, wieder den Wunsch aussprechen, es mögen bei Aufstellung dieser Taxvorschriften die Grundsätze geltend gemacht werden, die dem Gebührenentwurf, der unter Mitwirkung des Reichsgesundheitsamts ausgearbeitet worden ist, zugrunde liegen. Damit würden, glaube ich, dieselben Zwecke erreicht, die der Rheinisch-Westfälische Bezirksverein auch will; dagegen wird nicht das erreicht, daß wir unsere Eingabe vom vorigen Jahr direkt desavouieren und direkt veranlassen, wenn etwa jetzt schon infolge der Eingabe der Stein ins Rollen gekommen wäre, daß er nun wieder still gehalten wird. Dem möchte ich aufs Entschiedenste widersprechen. Ich bitte, im Sinne dessen, was die Herren vom Rheinisch-Westfälischen Bezirksverein wollen, nicht ihrem Anfrage Folge zu geben, sondern zu sagen, es soll mit allen Mitteln dahin gestrebt werden, der ausführlichen Eingabe vom vorigen Jahr möglichst Geltung zu verschaffen.

Dr. Hohmann: Sachlich bin ich mit dem Herrn Vorrredner durchaus einverstanden, möchte aber besonders darauf hinweisen, daß uns aus praktischen Gründen besonders daran liegt, diese Eingabe an den preußischen Justizminister und nur an diesen zu richten. Unsere früheren Eingaben und diejenigen der anderen Vereine richten sich zunächst an den Reichskanzler, und gleichzeitig wurden die Eingaben an die Ministerien zu wohlwollender Berücksichtigung gegeben. Wir haben es bei derartigen Eingaben mit einer ganzen Reihe verantwortlicher Persönlichkeiten zu tun, seitens deren die Initiative von einem dem andern zugeschoben wird, so daß es uns so geht, wie es bisher gegangen ist, daß die Sache nicht weiter rückt. Wir stellen uns in dieser Eingabe auf den einfachen Standpunkt, daß wir nicht erst ein neues Recht zu bekommen, nicht erst neue rechtliche Grundlagen zu schaffen haben, sondern daß wir ein klar ausgesprochenes Recht haben, das zur Geltung zu bringen, was in Preußen die Aufgabe des Justizministers ist. Wir haben in dem preußischen Justizminister, indem wir zunächst nur die Verhältnisse in

Preußen ins Auge fassen, eine Persönlichkeit vor uns, die wir dafür verantwortlich machen können, daß ein gegebenes Recht auch richtig zur Anwendung komme. Hierzu ist aber eine Interpretation der Reichsgebührenordnung erforderlich, weil diese allgemeine Gebührenordnung derart an Unklarheiten und Widersprüchen leidet, daß man sich auf keine ihrer Bestimmungen mit Sicherheit stützen kann und z. B. nicht in der Lage ist, festzustellen, was unter schwierigen Aufgaben zu verstehen ist. Wir müssen daher zurückgehen auf die Bestimmungen der Zivil- und Strafprozeßordnung, in denen gleichzeitig mit den Vorschriften für die Verpflichtung, als Sachverständiger zu wirken, auch das Anrecht der Sachverständigen auf eine Vergütung ausgesprochen ist, und zwar gemäß dem allgemeinen Grundsatz, daß eine berufsmäßige Arbeit in der im Berufe üblichen Weise bezahlt wird. Dem widerstreitet nun unter allen Umständen die preußische Praxis, die dahin geht, daß in Preußen praktisch die Gebührenordnung von 1878 nicht mehr gilt, sondern der Chemiker auf die Verordnung für Medizinalbeamten vom März 1872 verwiesen wird. Die Hauptschwierigkeit liegt dabei darin, daß in dieser Verordnung von 1872 die höchste Summe, die für solche Arbeiten bezahlt wird, auf 75 M festgesetzt ist. Es ist eine weitere Ministerialverfügung da, daß dieser Satz mehrmals angesetzt werden kann, wenn die Untersuchungen sich auf verschiedene Beweistsachen richten. Mit dieser Berücksichtigung von verschiedenen Beweistsachen wird aber in die ganze Gebührenfrage ein Element hereingetragen, was mit der Gebührenfrage gar nichts zu tun hat. Die Chemiker stehen dadurch, daß sie auf die Gebührenordnung für Ärzte und Medizinalbeamte verwiesen werden, in vollständiger Rechtsunsicherheit, sie sind namentlich gegenüber allen anderen technischen Sachverständigen im Nachteil. Die Hoffnung, daß jetzt allgemein die Verhältnisse der Sachverständigen geordnet werden würden, wird dadurch vollständig illusorisch, daß der Kultusminister jetzt wieder eine Vorlage an den Landtag gebracht hat, die im wesentlichen eine wörtliche Wiederholung der alten Verfügung von 1872 ist. Wenn man die Eingabe sieht, muß man zweifeln, ob überhaupt ein höherer Regierungsbeamter damit befäst gewesen ist, und ob nicht bloß irgend ein Sekretär die Sache zurechtgestutzt hat.

Wir haben im Justizminister jedenfalls eine Instanz vor uns, die verpflichtet ist und sich am ersten veranlaßt sehen wird, die Ungerechtigkeiten, die in der Handhabung der Gebührenordnung und des ganzen Gebührenwesens liegen, tunlichst zu mildern. Unser Antrag verfolgt daher den Weg, den Justizminister zu veranlassen, selbst die allgemeine Reorganisation des Gebührenwesens in die Hand zu nehmen und ev. den Reichskanzler zu einer Revision der Reichsgebührenordnung zu veranlassen, statt daß wir uns umgekehrt an den Reichskanzler als Vater des Ganzen wenden und von ihm erwarten, daß er die Ministerien zu irgend welchen Schritten veranlaßt. Der bislang eingeschlagene Weg hat uns bis jetzt keinen Schritt weiter geführt, im

Gegenteil, der jetzt dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Gesetzentwurf beweist, daß im Ministerium entweder eine ausgesprochene Tendenz vorliegt, die Sache beim Alten zu lassen, oder daß man die Sache nicht ernst genug behandelt. Es steht durchaus im Widerspruch mit dem Geist der Gebührenordnung und Zivilprozeßordnung, daß das gänzlich veraltete Gesetz von 1872, welches tatsächlich noch viel älteren Datums ist, auf unsere Chemiker angewendet wird. Wir haben das Interesse, daß die Chemiker nicht lediglich als Hilfsbeamte der Mediziner erscheinen, sondern als selbständiger Stand. Es muß unsere Aufgabe sein, den Chemiker mit dem Ingenieur, dem Mediziner, dem Techniker als gleichberechtigt hinzustellen.

Th. Kyll: Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Prof. Dr. Fresenius nicht verschließen. Wir haben die Resolution vom vorigen Jahre und können nicht behaupten, daß dieselbe bis heute gar keine Früchte getragen habe. Auch ich würde nach jeder Richtung drängen, aber ich bin nicht sicher, daß dadurch der vorjährigen Eingabe irgend welcher Schaden gebracht wird. Ich bin aber der Ansicht, daß der heutige Antrag des Rheinisch-Westfälischen Bezirksvereins wirklich schädlich gegenüber der vorjährigen Eingabe wirken wird und bin nach den Ausführungen des Herrn Dr. Hohmann in dieser Ansicht noch bestärkt worden. Dr. Hohmann sagt: „Wir wollen in Preußen etwas extra haben, denn wir stehen ganz besonders schlimm“, und darin gebe ich ihm recht; die preußische Regierung ist hier fiskalischer und weniger gerecht, als es in dieser Frage die anderen deutschen Regierungen sind, das ist keine Frage. Aber, m. H., wenn wir wissen, daß der Stein im Rollen ist, und wenn wir in unserer vorjährigen Eingabe eine reichsgesetzliche Regelung angestrebt haben, dann glauben Sie doch nicht, daß die Herren in Berlin dazu übergehen werden, heute Sonderbestimmungen für Preußen zu machen.

Dazu kommt, daß der Justizminister mehrere Male hat durchblicken lassen: Ich werde die Sache nicht machen, ohne daß die Reichsgesetzgebung mit ins Auge gefaßt wird. Es wäre daher unverständlich, wenn wir dazu übergehen wollten, zu beantragen, einzelne Paragraphen der Reichsgebührenordnung zu ändern, ohne abzuwarten, was die Reichsgesetzgebung macht.

Was Herr Prof. Fresenius ausgeführt hat, kann ich jedoch nicht allenthalben als richtig anerkennen; wenigstens die rheinische Praxis steht seinen Ausführungen nicht zur Seite. Er glaubt, an dem § 8 würde man, wenn es nicht Medizinalsachen wären, vorbeikommen. Die rheinische Rechtsprechung ist jedoch anders.

Ich halte es nicht für richtig, daß der Verein deutscher Chemiker gerade eine rein preußische Angelegenheit zu der seinigen machen soll. Wenn ein preußisches Gesetz geändert werden soll, so halte ich es für zweckmäßiger, wenn unsere preußischen Bezirksvereine in dieser Angelegenheit zusammenwirken, damit man nicht behaupten kann, der Verein deutscher Chemiker kümmere sich um Sachen, die ihn nichts angehen.

Dr. R. Woy: Sie können versichert sein, daß ich alles unterstützen werde, was irgendwie Aussicht bietet, unsere Forderungen durchzubringen; aber gegen diese Resolution muß ich mich scharf wenden. Der erste Satz schon ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Es ist ganz ausgeschlossen, daß ein Gesetz durch eine ministerielle Verfügung außer Kraft gesetzt wird.

Sodann sind in Absatz b die Begriffe durcheinander geworfen worden. Es wird der Anschein erweckt, als ob „Sachverständiger Zeuge“ etwas weniger wäre als „Sachverständiger“. „Sachverständiger Zeuge“ ist eine burokratische Mißgeburt, ein Verlegenheitsausdruck. Man will jemand als Zeuge und Sachverständigen vernehmen, ihm aber nicht die Gebühren der Sachverständigen zubilligen; dann zitiert man ihn als „Sachverständigen Zeugen“. In dem Absatz b sind so viele Zweideutigkeiten, daß wir die Resolution in dieser Form morgen nicht vorlegen können. Es ist kaum ein Wort, das nicht angegriffen werden könnte.

Die Sache an sich liegt aber noch viel schlimmer. Wie den meisten Herren bekannt, ist kürzlich die Gebührenfrage im Reichstage wieder zur Verhandlung gekommen oder, besser gesagt, besprochen worden. Auf die Anfrage eines Zentrumsabgeordneten hat ein Vertreter der Justizbehörde geantwortet, es wäre jetzt eine ungelegene Zeit, die Gebührenfrage aufzunehmen, da die Finanzen sehr schlecht bestellt seien, und man dem Staat nicht zumuten könne, hier noch größere Aufwendungen zu machen. Diese Antwort muß berechtigtes Erstaunen erregen, nachdem Ende der neunziger Jahre auf eine Eingabe unseres Vereins geantwortet worden war, es schwelten schon Verhandlungen zwischen den einzelnen zuständigen Behörden. Man scheint gar keine Ahnung zu haben, daß wir hauptsächlich dafür kämpfen, daß die Gebühren in Zivilprozessen den Leistungen entsprechend erhöht und nicht an die Stundengebühr von höchstens 2 M gebunden werden. Aus diesem Fall, wie auch aus anderen Andeutungen geht hervor, daß man in den Ministerien nicht das geringste Verständnis für das hat, was wir eigentlich wollen. Das sieht man auch daraus, daß in der neusten Taxvorschrift, die in der vorigen Session als Entwurf dem Abgeordnetenhaus vorgelegt worden ist, und nur aus Mangel an Zeit nicht erledigt wurde, auch wieder Bestimmungen enthalten sind, wonach z. B. für Untersuchungen an Leichenteilen 25—75 M in Ansatz gebracht werden können. In dem Entwurf der alten Gebührenordnung stand als § 4 bloß: „Auf Verlangen kann der Sachverständige nach den üblichen Preisen liquidieren.“ Die Kommission hat sich bemüßigt gefunden, die Sache etwas abzuändern, und hat in den mündlichen Verhandlungen eingesetzt: „in schwierigen Fällen“. Wie sie das gemeint hat, und aus welchen Gründen das geschehen ist, weiß man leider nicht, denn über diese Sitzung liegt kein Protokoll vor. Die Ordnung ist im Plenum mit der Korrektur angenommen worden. Unter dieser Einschließung, über die sich damals niemand Gedanken gemacht hat, leiden wir nun. Wenn

§ 4 die alte Form hätte, „auf Verlangen kann der Sachverständige wie üblich liquidieren“, dann wären wir aus allen Schwierigkeiten heraus.

Was nun den besten Weg für unser weiteres Vorgehen betrifft, so halte ich es für sehr wichtig, einen Landtagsabgeordneten oder Reichstagsabgeordneten zu gewinnen, der unsere Sache in den Parlamenten zur Sprache bringt. Wenn da ein energischer Mann eine Auskunft verlangt, warum das und das nicht geändert wird, so kann nicht flüchtig darüber hinweggegangen werden, da müssen die Herren Regierungsvertreter Farbe bekennen. Vielleicht wäre es angebracht, Herrn Böttinger für die Frage zu interessieren. Am besten wäre es, wenn wir uns durch eine Deputation mit dem Dezernenten direkt in Verbindung setzen und ihm mündlich unsere Wünsche vortrügen.

Die Ministerien sind sicher dermaßen mit Eingaben belastet, daß die meisten wahrscheinlich einfach in den Papierkorb wandern. Wenn man mündlich verhandelt, so muß man uns wenigstens ein paar Minuten anhören.

Mein Bezirksverein hat mich ermächtigt, dafür zu stimmen, daß der Antrag in der Form, wie er hier vorliegt, abgelehnt werde, daß man dagegen versucht, mit Hilfe von Abgeordneten und nach Rücksprache mit ihnen und durch persönliche Vorstellung in den Ministerien zu wirken.

Dr. Goldschmidt: Zunächst möchte ich konstatieren, daß wir wohl alle darin einig sind, daß ein außerordentlich schwerer Mißstand vorliegt, unter dem eine erhebliche Zahl unserer Mitglieder leiden, und daß wir unsere Bemühungen fortsetzen müssen. Die bestehende Differenz ist nur eine Frage der Taktik. Seitdem unser Bezirksverein die Resolution auf die Tagesordnung gesetzt hat, hat die Sache sich außerordentlich verschoben; seitdem ist uns der Entwurf eines Gesetzes wegen der Gebühren der Medizinalbeamten bekannt geworden, der der Beschußfassung des Abgeordnetenhauses unterliegt. Dieses Gesetz handelt ausschließlich von Medizinalbeamten, hat aber in § 12 Absatz 3 folgende Bestimmung:

„Der Minister der Medizinalangelegenheiten ist ermächtigt, im Einvernehmen mit den sonst beteiligten Ministern an Stelle der Vorschrift in dem § 8 des Gesetzes vom 9.3. 1872 die Gebühren des zu einer gerichtlichen oder medizinalpolizeilichen Feststellung zugezogenen Chemikers anderweitig festzusetzen.“

Nun kommt ein Satz, der mir unklar ist. „Die Vorschrift in dem § 8 dieses Gesetzes findet auch in diesem Falle Anwendung.“

§ 8 lautet: „Werden in den Fällen, in denen der Tarif einen Mindest- und Höchstsatz vorsieht, Bedenken gegen die Angemessenheit des geforderten Betrages erhoben, so entscheidet, so weit nicht für gewisse Verrichtungen ein anderes bestimmt ist, der Regierungspräsident, innerhalb des der Zuständigkeit des Polizeipräsidenten von Berlin unterstellten Bezirks dieser, endgültig.“

Wenn das gelten soll, wären wir auf dem alten Fleck.

Prof. Dr. Duisberg: Das ist ein Irrtum. Es ist gemeint: „Des neuen Gesetzes“. (Widerspruch; Zurufe: „Des alten“.)

Dr. Goldschmidt: Darnach ist der Minister für Medizinalangelegenheiten derjenige, welcher ermächtigt ist, im Einvernehmen usw. die Gebühren festzusetzen; und zunächst sollten wir uns an diesen Minister für Medizinalangelegenheiten wenden, um ihn zu bewegen, eine vernünftige Taxvorschrift für die Chemiker herauszugeben.

Die Bedenken des Kollegen Kyll halte ich nicht für durchschlagend, daß wir als Verein deutscher Chemiker nicht berufen wären, preußische Angelegenheiten zu besprechen. Preußen ist der größte Bundesstaat, und wenn Preußen die Sache regelt, dann haben die Kollegen in den anderen Bundesstaaten einen festen Rückhalt und können sagen: „Regelt ihr das ebenso, wie es in Preußen geregelt ist, damit wir nicht schlechter gestellt sind, als unsere Kollegen dort.“

Ich möchte vorschlagen, daß in erster Linie der Vorstand, ev. unter Zuziehung von Sachverständigen aus den Kreisen der Mitglieder, sich mit dem Minister in Verbindung setzt, um festzustellen, was er zu tun gedenkt; in zweiter Linie müssen wir uns in Verbindung setzen mit der Kommission des Abgeordnetenhauses. Sachverständige sitzen in der Kommission garnicht. Es sind vorwiegend Gutsbesitzer, außerdem zehn Juristen und ein Arzt, der vielleicht der einzige ist, den wir als Sachverständigen ansehen können. Es wird in der Kommission außerordentlich schwer halten, einmal darüber Klarheit zu schaffen, daß eine chemische Untersuchung anders behandelt werden muß, wie eine ärztliche.

Dann ist es sehr bedenklich, daß wir mit den Kreisärzten zusammengeworfen werden. Das sind Beamte, bei denen es sich um eine Nebeneinnahme handelt, während der Chemiker von den Gutachten leben muß, die er erstattet. Es wird schwer halten, den Ministern und den Abgeordneten klar zu machen, daß ein Chemiker mehr erhalten soll, als ein Arzt; das ist auch darum bedenklich, weil in dem Entwurf schon der Satz von 25—75 M festgelegt ist.

Ich möchte daher beantragen, daß die Resolution, wie sie hier vorliegt, zurückgezogen werde, und beantrage statt dessen, der Vorstand möge unter Zuziehung von drei Mitgliedern ev. bei dem preußischen Minister für Medizinalangelegenheiten in erster Linie, nachher bei der Kommission des Abgeordnetenhauses dahin vorstellig werden, daß eine angemessene Gebührenordnung nach § 12 des Gesetzentwurfs vorgelegt werde.

Prof. Dr. W. Fresenius: Ich möchte erstens konstatieren, daß die Eingabe des Vereins deutscher Chemiker nicht nur an den Reichskanzler, sondern gleichzeitig an die Ministerien der Bundesstaaten gegangen ist. Oldenburg hat in der gleichen Weise lakonisch geantwortet wie Preußen, während die anderen Staaten etwas ansführlicher geantwortet haben. Aus diesen Antworten geht hervor, daß die Sache in der Weise nicht durchführbar ist, in bezug auf die allgemeine Behandlung der Gebührenordnung, wie man im Rheinisch-

Westfälischen Bezirksverein das gedacht hat. Die zutreffendste Antwort dürfte die sein, die von Baden gekommen ist. Es heißt da:

Karlsruhe, den 20. Juni 1903.

Auch wir erkennen an, daß die in § 3 der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige für letztere aufgestellten Vergütungssätze an sich in den meisten Fällen nicht eine ausreichende Entlohnung für chemische Untersuchungen gegenüber dem üblichen Preis bilden, und daß die dort normierte Berechnungsart bei diesen zu Schwierigkeiten und Differenzen führen kann; wir möchten aber auch glauben, daß bei richtiger Auslegung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in der Praxis der Gerichte in allen Fällen eine ausreichende Vergütung der Sachverständigen bei entsprechender Anwendung des § 4 a. a. O. gewährleistet ist. Wir halten es jedoch nicht für angezeigt, durch Anweisungen oder Ermächtigungen dem Ermessen der Gerichte darüber vorzugreifen, ob im Einzelfall eine Sachverständigengebühr nach § 3 oder nach § 4 der Gebührenordnung zu bestimmen sei, wir weisen aber darauf hin, daß den Beteiligten, die sich benachteiligt fühlen, durch § 17 Absatz 3 der Gebührenordnung in der Beschwerde ein Mittel in die Hand gegeben ist, durch welches sie selbst auf möglichst gleichmäßige Auslegung und Handhabung der Bestimmungen der Gebührenordnung hinwirken können.

Wir müssen es daher dorthin anheimgeben, hierauf die Beteiligten aufmerksam zu machen, und durch eigenes Vorgehen etwaigen unter Zugrundelegung der im freien Wettbewerb gebildeten mittleren Preissätze aufgestellten Privatgebührennormen gerichtliche Anerkennung zu verschaffen. Ein Bedürfnis zur Erlassung allgemeiner Taxvorschriften gemäß § 18 a. a. O. neben den bisherigen für die Gutachten der öffentlich bestellten Sachverständigen getroffenen Bestimmungen scheint uns zurzeit nicht zu bestehen.

Wir sind indessen den dortigen Wünschen nach Möglichkeit insofern entgegengekommen, indem wir die uns unterstellten Gerichte und Staatsanwaltschaften von dem Inhalte der dortigen Eingabe amtlich in Kenntnis gesetzt haben.

gez. Umhauer.

An den Verein deutscher Chemiker

E. V. in Halle a. S.

Aus dieser Antwort geht hervor, daß unsere Eingabe doch nicht bloß in den Papierkorb gewandert ist. Wir haben im übrigen scharf zu unterscheiden einerseits die deutsche Gebührenordnung, an der kann kein einzelner Minister etwas Wesentliches ändern, als daß sie, wie wir in unserer Eingabe sagen, den Gerichten anheim geben, ob nach § 3 oder § 4 zu liquidieren ist; und das alte Gesetz von 1872 hinsichtlich dessen in § 12 des jetzt vorliegenden Gesetzentwurfs in dem vorderen Teile steht: „Die Bestimmungen des Gesetzes betreffend die den Medizinalbeamten für die Besorgung gerichtsärztlicher, medizinal- oder sanitätpolizeilicher Geschäfte zu gewährenden Vergütungen, vom 9./3. 1872 und der Verordnung vom 17./9. 1876 treten in Beziehung auf

die unter dieses Gesetz fallenden Personen außer Kraft.“

Das sind also gerade die Chemiker nicht. Der auf die Chemiker bezügliche § 8 des alten Gesetzes soll noch in Kraft bleiben, und in der Begründung steht bei § 12: „Gegenüber dem in den Kreisen der Beteiligten wiederholt betonten Bedürfnis nach einer Abänderung der Vorschrift in dem § 8 des Gesetzes vom 9./3. 1872 bezweckt die in dem Absatz 3 enthaltene Bestimmung, die Befriedigung dieses Bedürfnisses in der Weise herbeizuführen, daß der Minister der Medizinalangelegenheiten ermächtigt wird, im Einvernehmen mit den sonst beteiligten Ressorts die Gebühr im Wege der Verfügung anderweitig festzusetzen. Im Hinblick auf die zurzeit schwebenden Verhandlungen über eine allgemeine Regelung dieser Frage, erscheint der Zeitpunkt für eine sofortige Aufhebung des § 8 des Gesetzes von 1872 und eine anderweite Festsetzung der betreffenden Gebühr noch nicht gekommen. Erst mit dem Erlaß der vorgesehenen Verfügung würde der § 8 des genannten Gesetzes seine Geltung verlieren.“

Es ist also beabsichtigt, a) eine anderweitige Regelung der Gebühren für Chemiker in den durch dieses Gesetz berührten Fällen herbeizuführen und damit den § 8 des Gesetzes vom 9./3. 1872 zu beseitigen. Wir würden also einfach in Wiederholung dessen, was wir im vorigen Jahr gesagt haben, die dringende Bitte aussprechen, und an alle Beteiligten die Anregung geben müssen, daß hierbei den Prinzipien Rechnung getragen werde, die in der Gebührenordnung, die unter Mitwirkung des Reichsgesundheitsamts zustande gekommen ist, verkörpert sind. Das war ursprünglich der ganze Zweck der vorjährigen Eingabe, welche ja auf Grund eines Beschlusses der Düsseldorfer Versammlung gemacht worden ist.

Geh. Rat Prof. Dr. E. Beckmann: Wenn ich von dem Vorstand beauftragt bin, Dolmetscher seiner Ansichten zu sein, so ist es wohl nicht deswegen geschehen, weil ich besonders kompetent dazu wäre, sondern wohl nur deshalb, weil ich das jüngste Mitglied des Vorstandes bin und auch meine Aufgabe haben sollte.

Ich kann mich sehr kurz fassen.

Ich glaube, ebenso wie der Herr Vorredner, mich dahin aussprechen zu sollen, daß wir die Eingabe, die wir im vorigen Jahr gemacht haben, nicht einfach als ad acta gelegt betrachten dürfen. Wir können nicht, nachdem wir an den Reichskanzler gegangen sind, nun wieder ohne weiteres an den Minister eines einzelnen Landes gehen und ihn in der gleichen Sache in Anspruch nehmen. Es ist uns ja gar keine abschlägige Antwort zu teil geworden auf die Eingabe an den Reichskanzler; wir haben nur mitgeteilt bekommen, daß die Eingabe weiter gegeben würde und in Behandlung sei. Wir können also auf einen Erfolg dieser Eingabe jedenfalls noch nicht verzichten; wir müssen nochmals, wenn wir überhaupt uns regen wollen, energisch darauf dringen, daß die Sache nicht verschleppt werde; und vielleicht gestatten Sie mir in dem Sinne die Vorschläge des Vorstandes Ihnen zu unterbreiten.

Ich möchte vielleicht noch hinzufügen: Bei einem Zurückgreifen auf die Paragraphen, die hier angeführt worden sind, §§ 4 und 5, würden wir wieder auf ein altes und unzweckmäßiges Gesetz zurückgreifen, statt etwas Neues und Bleibendes an die Stelle zu setzen. Die Unterscheidung, die gemacht werden sollte zwischen schwierigen und nicht schwierigen Arbeiten, würde ja die Sache nur komplizieren. In bezug auf die Schwierigkeit und Nichtschwierigkeit stehe ich auf einem ganz anderen Standpunkt, als er vorhin vertreten wurde. Ich halte für das Unbequemere und daher in diesem Sinne Schwierigere eigentlich den Termin; ich bin daher den Terminen mit Vorliebe aus dem Wege gegangen und habe lieber Analysen gemacht; ich weiß nicht, ob andere Herren auch ihre Zeit lieber im Laboratorium verbringen, als beim Gerichte, doch das sind persönliche Anschauungen.

Der Vorstand schlägt Ihnen vor, ihn zu beauftragen, sich bei den ihm gewordenen Antworten nicht zu beruhigen, sondern durch schriftliche und mündliche Anregungen darauf zu dringen, eine Besserung der Gebühren im Sinne der im vorigen Jahre eingereichten Eingabe herbeizuführen. Dabei mögen die Grundsätze zur Geltung gebracht werden, die bei dem Reichsgesundheitsamt für ähnliche Fragen schon in Anwendung sind.

Dir. Fritz Lüty: Ich bitte Sie, diesem Antrage des Vorstandes zuzustimmen, da ich Ihnen mitteilen darf, ohne allerdings den Namen meines Gewährsmannes zu nennen, daß der Kultusminister mit dem Gedanken umgeht, auf Grund unserer Eingabe den § 8 des Gesetzes zu ändern, und zwar ist dabei in Aussicht genommen, die Anträge zugrunde zu legen, die der Verein deutscher Chemiker gestellt hat. Damit würde der Minister anerkennen, eine Erhöhung der täglichen Gebühren und die Forderungen, welche wir unter Zugrundelegung der gelben Hefte, die unserer Eingabe beigelegt waren, gemacht haben.

Dir. Prof. Dr. C. Duisberg: M. H.! Zuerst zur tatsächlichen Feststellung die Bemerkung, daß Herr Geheimrat Beckmann nicht nur ein bedeutender Chemiker, sondern auch ein hervorragender Vertreter der angewandten Chemie ist und aus diesem Grunde dazu gekommen ist, in dieser Sache zum Vertreter des Vorstandes ernannt zu werden.

Zur Sache selbst möchte ich die dringende Mahnung an Sie alle richten, daß Sie ein Interesse an dem vorliegenden Antrag haben, daß Sie sich an die Abgeordneten ihrer Bezirke wenden und darauf drängen, daß diese nun mehr, wo das Eisen geschmiedet werden soll, sich der Sache annehmen. Nach meiner Erfahrung liegt bei einem Spezialgesetze, wenn es der Kommission überwiesen, alles bei den Kommissionsmitgliedern. Wenige Herren einer solchen Kommission, die zu arbeiten verstehen, werfen oft ganze Regierungsvorlagen um und setzen in solchen rein spezialistischen Fragen, die kein politisches Interesse beanspruchen, ihre Meinung im Parlament ganz schlank durch. Ich bitte deshalb, daß Sie an ihre Abgeordneten in Preußen herantreten und darauf drängen, daß diese bei

dem betreffenden Paragraph des vorliegenden Gesetzes in unserem Sinne tätig sind.

Ferner möchte ich in Ergänzung der Resolution des Vorstandes beantragen, daß Sie eine Kommission wählen, bestehend aus drei Herren, vielleicht Herr Prof. Dr. Wilhelm Fresenius aus Wiesbaden, Herr Dr. Karl Hohmann aus Düsseldorf und Herr Dr. Rudolf Woy aus Breslau, die auf diesem Gebiete Sachverständige sind. Diese sollen allein für sich und zusammen mit dem Vorstand die Kommission, den Landtag und nicht zuletzt auch das Reichsjustizamt mündlich bearbeiten, um auch den Referenten im Ministerium für unsere Anträge zu gewinnen.

Prof. Dr. W. Fresenius: Ich wollte nur zu dem Antrage des Vorstandes in der Form, wie Geheimrat Beckmann ihnen denselben vorgebracht hat, bemerken, daß in dieser Form wenigstens nicht ausdrücklich gesagt wird, daß speziell auf die Regelung bezüglich der preußischen Verhältnisse hingearbeitet werden soll. Wenn das aber implizite so verstanden sein soll, so ist ja die Sache richtig.

Dr. Karl Goldschmidt: Ich halte es für selbstverständlich, daß die Sache zunächst in Preußen angegriffen werden soll.

Vorsitzender: Wenn niemand mehr sich zum Wort meldet, so frage ich, ob sie mit dem Vorschlage des Vorstandes einverstanden sind?

Es erhebt sich kein Widerspruch, dann ist die Resolution in der nachfolgenden Fassung angenommen, und wir können zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergehen.

Der Vorstand wird beauftragt, sich bei den ihm gewordenen Antworten auf die Eingabe an die deutschen Ministerien nicht zu beruhigen, sondern durch schriftliche und mündliche Anträge darauf zu dringen, eine Besserung der Gebühren im Sinne dieser im vorigen Jahre gemachten Eingabe herbeizuführen.

Dabei mögen die Grundsätze zur Geltung gebracht werden, welche beim Reichsgesundheitsamt bei der Gebührenfrage bereits in Anwendung sind.

Zur Förderung wird folgende Kommission eingesetzt:

Prof. Dr. W. Fresenius, Wiesbaden,
Dr. Hohmann, Düsseldorf,
Dr. Woy, Breslau.

11. Antrag des Bezirksvereins Rheinland-Westfalen:

„Studium der Ausländer an deutschen Hochschulen“:

- Die Ausländer haben gleiche Vorbildung (Reifezeugnisse) nachzuweisen, wie die deutschen Studierenden.
- Die Ausländer müssen an Studienhonorar die gesamten Auslagen decken, die das Studium eines Schülers der betreffenden Hochschule dem Staate kostet, so daß die Staatszuschüsse nicht zum Studium der Ausländer dienen.

- Die Ausländer können nur so weit zugelassen werden, als die Plätze nicht von deutschen Studierenden beansprucht werden.“

Dr. Karl Goldschmidt: An Stelle dieses Antrages, wie er hier in der Tagesordnung gedruckt vorliegt, legt Ihnen unser Verein folgenden Wortlaut vor:

Der Verein deutscher Chemiker erkennt in der übermäßig großen Zahl ausländischer Studierender nicht deutscher Zunge eine Gefahr für die Erziehung auf den deutschen Hochschulen und für die Zukunft des deutschen Wirtschaftslebens. Der Verein deutscher Chemiker bittet die Regierungen der deutschen Bundesstaaten nach gemeinsamen Grundsätzen Vorkehrungen zu treffen gegen den übermäßigen Zuzug dieser Elemente, im besonderen fordert der Verein:

1. daß die Ausländer nur so weit zugelassen werden, als die Plätze nicht von deutschen Studierenden beansprucht werden.

2. daß diese Ausländer eine Vorbildung nachweisen, welche einmal den Anforderungen gleichwertig ist, welche wir an die Zulassung als ordentliche Studierende stellen, und welche ferner im Heimatlande dieser Ausländer zum Studium an einer technischen Hochschule oder an einer Universität als ordentlich Studierende berechtigt.

3. daß die Ausländer an Studienhonorar die gesamten Auslagen decken, die das Studium eines Schülers der betreffenden Hochschule dem Staate kostet, so daß die Staatszuschüsse zu den Studienkosten der Ausländer nicht verwendet zu werden brauchen.

Es unterscheidet sich diese Fassung von der zuerst vorgeschlagenen dadurch, daß wir in erster Linie das Ziel, das wir fordern, der Regierung mitteilen.

Es ist nicht unsere Sache, die Wege zu diesem Ziel der Regierung an die Hand zu geben; wir geben nur als Mindestforderung einige von diesen Wegen an.

In der letzten Zeit ist die Frage in der Presse und im Parlament mehrfach besprochen worden. Ich halte es für selbstverständlich, daß wir bei unserer Diskussion alle politischen Beziehungen ausschließen. Die beiden so berühmt gewordenen Studenten Mandelbaum und Silberstamm haben mit uns nichts zu tun. Darüber sind wir wohl alle einig, daß solche Ausländer, die in ihrem Studium nur einen Vorwand sehen, um politische Agitation zu treiben, und zwar meist in einer sehr radikalen Richtung, an deutschen Hochschulen nichts zu suchen haben.

Die Frage der studierenden Ausländer ist in unserem Verein schon einmal berührt worden, und zwar in der Vorstandsratssitzung zu Düsseldorf im Jahre 1902. Damals wurde das Thema von der Tagesordnung abgesetzt, einmal weil das vorliegende Material noch nicht gesichtet und geordnet war, zweitens, weil man damals annahm, daß die Regierungen bereits auf den Übelstand aufmerksam geworden waren, der uns aus der großen Zahl auswärtiger Studierender erwächst, und weil man annahm, daß das genügen würde, um Remedur zu schaffen. Nun ist die Tatsache

richtig, die Regierungen sind auf die Gefahr aufmerksam geworden; es haben sowohl die Regierungen, wie die Verwaltungen der technischen Hochschulen Vorkehrungen getroffen, gegen einen übermäßigen Andrang, und es ist auch in der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses die Mitteilung gemacht worden, daß Verhandlungen schwelen zwischen den einzelnen deutschen Regierungen, um eine gemeinsame Behandlung der Ausländerfrage herbeizuführen. Es könnte hiernach scheinen, als wenn unsere ganzen Verhandlungen hier überflüssig wären; daß möchte ich aber doch nicht sagen; im Gegenteil, gerade weil jetzt Verhandlungen schwelen, halte ich es für angezeigt, daß wir den Regierungen sagen, welches unsere Wünsche sind. Es kommt dazu, daß die Regierungen zweifellos mit einer gewissen Scheu, einer übergrößen Vorsicht an die Regelung der Sache herantreten. Aber der Berichterstatter in der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses Dr. von Savigny hat am 12. April im Abgeordnetenhaus gesagt, daß nach der Auskunft des Vertreters der Regierung in der Budgetkommission diese Frage eine politische Frage wäre, die mit außerordentlicher Vorsicht angefaßt werden müßte, daß daher das Kultusministerium mit dem auswärtigen Amte darüber verhandele. Wie diese Auskunft im Abgeordnetenhaus gewirkt hat, darüber möchte ich die Worte vorlesen, die Herr Abgeordneter Felisch dem Referenten von Savigny antwortete. Er sagte: „Der Herr Berichterstatter hat schon gesagt, daß diese Frage in der Budgetkommission angeschnitten worden ist, und daß man deswegen Bedenken gegen den Wunsch habe, weil dadurch — politische Verwicklungen wäre vielleicht zu viel gesagt, — sagen wir politische Unbequemlichkeiten entstehen könnten“.

M. H., ich muß offen gestehen, ich kann einfach nicht begreifen, warum wir für die große Zahl von Exotikern Sitzplätze an unseren höheren Lehranstalten freihalten und dann auch noch die fremden Studenten zu denselben Bedingungen aufnehmen sollen wie die Inländer; das kann ich nicht verstehen, daß durch eine Änderung in der Beziehung eine ernste politische Ungequenlichkeit entstehen könnte.

Ich glaube, wir tun gut, wenn wir in dieser Beziehung hinter den Herrn Abg. Felisch treten und zum Ausdruck bringen, daß wir mit einer derartigen allzugroßen Angstlichkeit nicht einverstanden sind. Was bisher in dieser Beziehung geschehen ist, ist sicherlich nicht genügend. So ist z. B. auf der technischen Hochschule in Berlin bereits eingeführt, daß Plätze nur vergeben werden an Ausländer, wenn sie von Inländern nicht in Anspruch genommen werden. Das gleiche gilt für Stuttgart. Ich habe vor kurzem gelesen, daß in Darmstadt ähnliche Maßnahmen eingeführt worden sind. Aber allgemein sind solche Grundsätze noch nicht durchgeführt.

Nach einem Bericht der Kölnischen Zeitung studierten am 10. März 1904 auf den deutschen Universitäten 3114 Ausländer, darunter 972 Russen. Ich habe mir dann, soweit

es mir möglich war, die Zahl der ausländischen Studierenden an den technischen Hochschulen in Berlin, Hannover, Aachen, Darmstadt, Braunschweig, Stuttgart, München und Dresden zusammengestellt; daß waren im Jahre 1900/01: 1994, bis 1902/03 waren sie auf 2096 gestiegen. Ich glaube, aus diesen Zahlen werden wir wohl die Berechtigung hernehmen können, die Frage hier eingehend zu besprechen.

Das erste, was uns entgegentritt, ist das erzieherische Moment. Ich erachte es für eine außerordentliche Unbilligkeit, die wir unseren jungen Studenten zufügen, wenn wir ihnen nichtdiejenigen Lehrmittel zur Verfügung stellen, auf deren Vorhandensein hin sie ihr Studium ergriffen haben, wenn wir ihnen sagen müssen: ihr könnt die Plätze im Laboratorium oder im Zeichensaal nicht bekommen, sie sind von Ausländern besetzt. Es ist nun freilich zu hoffen, daß in dieser Beziehung Remedy eintritt. Der Ministerialdirektor Althof hat erklärt, daß in dieser Beziehung Verhandlungen zwischen den deutschen Regierungen schwelen, und zwar ist das im Abgeordnetenhaus am 12. April 1904 gesagt worden. Aber m. H., diese eine Forderung genügt sicherlich nicht. Es sind unsere Universitäten, unsere Hochschulen nicht nur Schulen, in denen unseren jungen Leuten ein bestimmtes Quantum von Wissen eingeprägt werden soll, sie sind Erziehungsanstalten im höchsten Sinne des Wortes. Der junge Student tritt im allgemeinen aus gebundenen, engen Verhältnissen der Schule und des Elternhauses heraus in unsere akademische Freiheit, die vollkommene Freiheit des Lernens und der Bewegung, und da ist es in erster Linie von Wichtigkeit, in welche Kreise wir den jungen Studenten einzufügen. Daß wir auf unseren Hochschulen junge Leute aufnehmen, die das Abiturientenexamen nicht gemacht haben und sie als Hörer zulassen, das ist eine ganz andere Sache. Die jungen Deutschen, die die volle Maturität nicht besitzen, stehen doch in ihrem ganzen Ideenkreise den übrigen nicht so fern, daß sie ein störendes Element auf der Schule sein sollten, wenigstens soweit ihre Zahl nicht über groß wird.

Ganz anders ist es bei den Ausländern. Der an und für sich bereits erhebliche Unterschied in den Anschauungen wird dann störend, wenn sie mit mangelhafter Vorbildung zur Hochschule zugelassen werden. Es ist das eine der ersten Forderungen, die wir stellen sollten, daß solche ausländische Hörer, wie sie schon von einzelnen Hochschulen ausgeschlossen sind, von allen deutschen Hochschulen ausgeschlossen sein sollten. Nur müßten die Regierungen einheitlich vorgehen, sonst wird eintreten, was wir jetzt beobachten, daß solche Studenten von der einen Schule fortgeschickt und zur anderen hingedrängt werden, im großen und ganzen aber nichts gebessert wird. Es muß ferner gefordert werden, daß die jungen Leute in ihrem Heimatlande zum Hochschulenstudium berechtigt sind. Es genügt nicht der Nachweis, ein Gymnasium, Realgymnasium oder eine Realschule des Heimatlandes absolviert zu haben; es stehen diese Lehranstalten zweifellos hinter

unseren deutschen Lehranstalten wesentlich zurück. So gibt in Rußland das Zeugnis der Reife von einem Realgymnasium noch nicht die Berechtigung zum Studium an einer russischen Hochschule, es muß außerdem ein besonderes Examen abgelegt werden, und das Examen soll sehr schwer sein, nur ein Viertel oder Fünftel der Bewerber sollen bestehen, die übrigen Dreiviertel fallen durch, wenden sich zum Studium nach Deutschland, und wir erhalten diese ungeeigneten Elemente. Das Prinzip, derartige Leute nur zuzulassen, wenn sie in ihrem Heimatlande hochschulberechtigt sind, ist bereits durchgeführt in Berlin und Stuttgart. Also auch diese Forderung enthält nichts prinzipiell Neues.

Eine weitere Forderung muß unbedingt sein, daß die Ausländer nicht in allzugroßen Massen auf der einzelnen Hochschule zugelassen werden. Jetzt ist der Zustand derartig, daß große Haufen, möchte ich sagen, von Ausländern an einzelne Hochschulen kommen; ich möchte auch da einige Zahlen vorlegen. An der Universität Berlin befinden sich 440 Russen, in Leipzig 132, in München 193, an der technischen Hochschule in Darmstadt 330. In Aachen 56 Holländer, in Hannover 47 Norweger, in Freiberg 174 Russen und Rumänen, gegenüber 180 Deutschen.

Ich erachte unter gewissen Bedingungen die Anwesenheit der Fremden auf unseren Hochschulen für außerordentlich segensreich. Es wird der deutsche Student immermehr im Verkehr mit dem Ausländer seine eigenen Anschauungen klären, er wird lernen, seine Anschauung zu festigen, seine Überzeugung durchzusetzen und zu verteidigen. Das ist erzieherisch von höchstem Wert! Umgekehrt ist es für den Ausländer von höchstem Wert, die Anschauung des deutschen Studenten kennen und verstehen zu lernen. Jetzt ist der Zustand aber einganz anderer: die Ausländer ballen sich zu großen Haufen zusammen und sind ein fremder Körper in unseren nationalen Hochschulen, eine gegenseitige Achtung, ein Sichkennenlernen wird nicht erzielt, es wird das Gegenteil von dem erzielt, was bei einer vernünftigen Durchmischung der Hochschule mit Ausländern erreicht werden könnte. Wir müssen deshalb fordern, daß die Zahl der ausländischen Studierenden jeder Nationalität auf ein bestimmtes Maß beschränkt werde. Wie groß die Beschränkung sein soll, kann ich nicht angeben, das würde abhängen von der Nationalität der Ausländer. In erster Linie möchte ich sagen: alle Ausländer deutschen Volkstums sind an unseren Hochschulen keine Fremden. Es käme weiter in Betracht, daß natürlich Ausländer germanischen Stammes, z. B. Norweger und Schweden ein sehr viel weniger störendes Element sind und sich viel leichter anschließen, als etwa Slaven oder Japaner. Man hat vielfach gesagt, durch dieses Studium der Ausländer an deutschen Hochschulen würde erreicht, daß die Leute uns kennen und lieben lernten. Ich meine, das Gegenteil ist der Fall. Ein großer Teil der Leute kommt schon her mit Mißachtung oder Haß gegen die Deutschen in ihrem Herzen.

und die lernen die Deutschen nicht kennen. Ich glaube nicht, daß der Japaner, der in Deutschland studiert hat, eine allzugroße Liebe zu Deutschland mit nach Hause bringt, noch weniger der Magyare oder Slave, die vielfach nur zu uns kommen mit dem Wunsche, uns abzugucken was wir gelernt haben.

Ich komme zu dem zweiten Punkt: das sind die wirtschaftlichen Nachteile. Wir müssen zunächst mit der Tatsache rechnen, daß die Abschließung der wirtschaftlichen Gebiete in der Welt eine immer schärfere wird.

Von dem alten China abgesehen, das jetzt, der Not gehorrend, nicht dem eigenen Triebe die Pforten öffnet, haben wir das große amerikanische Wirtschaftsgebiet, was sich nach Möglichkeit abschließt, nicht nur durch hohe Zölle, sondern durch eine chikanöse Zollbehandlung. Wir haben das große russische Reich mit seiner hohen Schutzzollmauer, das deutsche Vaterland hat vor 25 Jahren ein Schutzzollsystem eingeführt und in den letzten Jahren noch wesentlich verschärft. Es ist nicht anzunehmen, daß das in absehbarer Zeit anders wird. Ich mache aufmerksam auf die Bestrebungen in England, wo eine mächtige große Partei unter Führung des hervorragendsten und rücksichtslosesten der englischen lebenden Politiker eine ähnliche Abschließung des ganzen englischen Besitzes anstrebt. Aus diesen wirtschaftlichen Abschließungen resultiert, daß die Nationen gegenseitig heftig um die Absatzmärkte ringen. Unter diesen Nationen ist Deutschland verhältnismäßig ungünstig gestellt. Wir besitzen nicht, wie Amerika oder Rußland, fast alle Rohprodukte, die wir veredeln; wir sind im großen und ganzen darauf angewiesen, ausschließlich von der Veredelung ausländischer Stoffe zu leben: wir beziehen einen großen Teil des Rohmaterials, veredeln es und schicken das Produkt wieder ins Ausland. Deutschlands größter Reichtum ist zweifellos die Intelligenz und Erwerbsfähigkeit seiner Bevölkerung, und damit müssen wir rechnen. Ich erachte es für höchst unklug, wenn wir ganz wahllos den Ausländern bekannt geben, wie wir fabrizieren; wenn wir sie lehren, wie wir unsere Maschinen konstruieren, unsere Analysen anfertigen, unsere Synthesen herstellen usw.; ganz wahllos sollte das nicht geschehen. Tausende von jungen Leuten kommen alljährlich über unsere Grenze, lernen bei uns technische Fertigkeiten, gehen dann wieder in ihre Heimat und bemühen sich bei ihren Regierungen, die Schutzzollmauern noch höher zu ziehen, damit sie in den Stand gesetzt werden, dort Fabriken zu errichten, und Arbeiten, die bisher der deutsche Ingenieur, Chemiker und Arbeiter verrichtet hat, innerhalb ihrer Grenzen selber zu verrichten. Damit entgeht uns ein Unmaß von Arbeit. Es kann nicht eingewendet werden, daß die Regierungen des Auslands deutsche Chemiker, deutsche Ingenieure kommen lassen würden, um die Fabriken zu betreiben. Zunächst fehlt die treibende Kraft, nämlich die Geldleute, welche von den in Deutschland ausgebildeten Chemikern und Ingenieuren veranlaßt werden, die Fabriken zu errichten, und wenn nötig

hinter neuen Schutzzollmauern. Ferner ist es nicht denkbar, daß eine so massenhafte Auswanderung von Chemikern und Ingenieuren nach den verschiedenen außerdeutschen Ländern stattfände. Soweit es doch geschieht, würde uns immerhin der Vorteil bleiben, daß ein Deutscher dann den Gehalt bezieht, nicht ein Ausländer, und daß er wohl einen Teil seines Erwerbes nach der Heimat zurückbringen wird. Jedenfalls halte ich es für einen außerordentlichen Schaden, den wir im Auge behalten müssen, wenn wir unbesehen ungeheure Mengen von Ausländern in unser technisches Können einweihen.

Ich komme noch zu einem anderen Punkte, das ist der finanzielle. Wir zahlen für unsere Hochschulen aus der Steuerkraft des Landes ganz erhebliche Zuschüsse. Wie hoch die sind, habe ich nicht feststellen können, ich habe aber aus dem Etat des preußischen Abgeordnetenhauses für 1904/05 entnommen, daß wir für unsere technischen Hochschulen allein ausgeben im Ordinarium 3272000 M und im Extraordinarium 2973000 M, zusammen $6\frac{1}{4}$, Millionen rund. Ich habe dann festgestellt, wie viele Studenten und Hospitanten wir an den preußischen technischen Hochschulen haben, es waren im Semester 1902/03 zusammen 6348, also es kommen fast genau 1000 M auf einen Studenten. Davon müssen wir freilich abrechnen, was die Studenten an Studiengelder bezahlen. Das habe ich nicht feststellen können, aber es ist höchstens die Hälfte. In dem Bericht der Budgetkommission sind die Zuschüsse bei den Universitäten angegeben, sie betragen 467 M in Bonn, 1173 in Königsberg, also kann man doch wohl mindestens 500 M als Zuschuß für einen Studenten annehmen. Nach meinem Empfinden ist es eine Forderung der Billigkeit, wenn man von den Ausländern, die hier studieren, fordert, daß sie wenigstens die Kosten voll bezahlen, und das ist kein Novum. Ich möchte daran erinnern, daß in den meisten Gemeinden die Kinder von nicht in der Gemeinde wohnenden Eltern ein höheres Schulgeld zu bezahlen haben, als die Kinder der Gemeindemitglieder; im Prinzip ist das auch anerkannt an der technischen Hochschule in Berlin; da bezahlt der Ausländer für die Diplomprüfung das Doppelte wie der Inländer, 120 M statt 60 M. Es ist anerkannt in Darmstadt, wo das Minimalkollegien-geld für die Inländer 80 M, und für die Ausländer 120 M beträgt; im Prinzip ist es anerkannt bei den Fachschulen. An der Fachschule für Textilindustrie in Aachen zahlt der Inländer 200 M und der Ausländer 1000 Mk. An der Königlichen Webeschule in Krefeld wird auch ein wesentlich höherer Satz von den Ausländern genommen. Das ist nur eine Frage der Gerechtigkeit. Auch diese Frage ist im Abgeordnetenhaus besprochen worden. Dort haben nun der Ministerialrat Althof wie der Geheimrat Dr. Naumann sich ablehnend oder wenigstens sehr kühl verhalten; man hat gesagt, es würde bei der Sache finanziell nicht viel herauskommen. Wenn wir 6000 Ausländer haben, und jeder davon 500 M mehr bezahlen müßt, so würden das schon 3 Millionen sein. Wenn ich aber selbst annehme, daß ein Teil der Ausländer in-

folge der höheren Kosten nicht mehr zu uns kommen wird, so wird immer die Summe erheblich sein, und eine Million bei weitem überschreiten. Nach dem Maßstab des preußischen Budgets ist eine Million freilich nicht viel; wenn man aber einmal um 10000 oder 20000 M bei der Regierung petioniert für einen Zuschuß für irgend einen wissenschaftlichen Zweck, dann ist der Maßstab ein ganz anderer. Die Professoren an den technischen Hochschulen sind abschlägig beschieden worden mit ihrer Eingabe auf eine höhere Pension und bessere Reliktenversorgung, weil es an Mitteln fehle. Ich glaube, die Mittel wären aus den höheren Beiträgen der Ausländer zum Studium sehr wohl aufzubringen.

M. H., ich bin mit meinen Ausführungen zu Ende. Ich möchte nur vor einem Mißverständnis mich und meine Genossen in dem Bezirksverein Rheinland-Westfalen bewahren, als hätten wir irgend welche Feindschaft gegen die Ausländer, als wollten wir sie von den deutschen Hochschulen fern halten. Das ist keineswegs der Fall. Wir erkennen vollkommen an, daß aller Fortschritt in der Kultur beruht auf dem geistigen Austausch der Völker untereinander. Ebenso wie Deutschland alle Jahre seine jungen Leute hinausschickt, wie die Künstler nach Frankreich, Italien, Spanien gehen, um dort zu studieren, die jungen Kaufleute alljährlich in Scharen hinüberziehen nach England, um dort die Beziehungen und die Organisation des Weltverkehrs und die englische Sprache zu erlernen, alljährlich unsere Ingenieure und Chemiker aus den Vereinigten Staaten heimkehren, dankerfüllt für die liebenswürdige Aufnahme, die sie bei den dortigen Ingenieuren gefunden haben, wie wir selbst von unseren nordischen Vetttern befruchtet werden durch ihre literarische Tätigkeit, so wollen auch wir den Ausländern geben, was wir können; ich halte das für eine hohe schöne Pflicht. Wir meinen aber, daß wir auch dabei Ordnung schaffen sollen und diejenigen ausschließen, die nicht hergehören, daß wir nur die aufnehmen sollten, die genügend vorgebildet sind, und die herkommen mit dem guten Willen, deutsche Arbeit und deutsches Wesen kennen zu lernen.

Dr. A. Zanner: Ich möchte anfragen, ob der Antrag in der modifizierten Form, wie er von den Vertretern von Rheinland und Westfalen jetzt gestellt wird, überhaupt zur Debatte gestellt werden kann. Einzelne Vertreter haben jedenfalls gebundene Marschrouten, und wird es daher das beste sein, wenn mir uns an den Wortlaut halten.

Vorsitzender: Wir haben im Vorstandsrat das Recht, die Anträge umzuändern; es ist dies noch in fast jedem Jahre geschehen. Übrigens ist die neue Fassung mit der hier abgedruckten beinahe identisch. So streng gebunden kann ihre Marschroute unmöglich sein, sonst würden die Verhandlungen hier keinen rechten Zweck haben.

Prof. Dr. M. Freund: Es haben sich wohl unzweifelhaft Mißstände ergeben daraus, daß eine große Zahl von Ausländern bei uns studieren.

Aber soweit mir die Verhältnisse bekannt sind, beruht das wohl hauptsächlich darauf, daß Ausländer bei uns zum Studium zugelassen werden, die in bezug auf ihre Vorbildung nicht dem entsprechen, was wir hier als Maß festgesetzt haben, um zur Hochschule zugelassen zu werden, Diesem ersten Punkt, der in dem Antrag des Bezirksvereins Rheinland-Westfalen vorhanden ist, würde der Bezirksverein Frankfurt zustimmen, daß nämlich die Ausländer die gleiche Vorbildung nachzuweisen hätten, wie die deutschen Studierenden, und wenn sich das nicht ermitteln läßt, wie weit die ausländischen Anstalten die nötige Vorbildung erteilen, so könnte man zu dem Ausweg schreiten, der in England gang und gäbe ist, daß man ein Aufnahmeexamen einführt und nur solche zum vollen Studium oder später zum Examen zuläßt, die diese Bedingungen bei dem Vorexamen erfüllt haben.

Dagegen glaubt der Bezirksverein Frankfurt, daß die Vorschläge unter b und c nicht so zweckmäßig sind, um das zu bewirken, was eigentlich bewirkt werden soll.

(Zuruf: Der Antrag ist modifiziert!)

Der modifizierte Antrag liegt nicht im Druck vor, und es ist schwer, sich an diesen Antrag zu halten, wenn man den Vorlaut nicht vor sich hat; wenn es aber im wesentlichen auf dasselbe hinauskommt, so ist das ja gleich.

Es will mir scheinen, als wenn die Honorarfrage ziemlich nebensächlich erscheint, wie dies bei den sogen. Fachschulen, die für die Ausländer ein höheres Honorar vorsehen, als für die Inländer bewiesen worden ist. Der Ausländer, der das höhere Honorar bezahlt, glaubt umso mehr ein Recht zu haben, die betreffenden Plätze einzunehmen, und die deutschen Studenten sind dann erst recht herausgedrängt. Die geringen Mehreinnahmen können schwerlich ins Gewicht fallen.

Die praktischen Übungen im Laboratorium, die Übungen im Zeichensaal sind eigentlich privatissime gehaltene Vorlesungen, wo der betreffende Prof. ohne weiteres die Leute zulassen oder abweisen kann. (Widerspruch.) Mir ist wenigstens nicht bekannt, daß der Vorsteher eines Laboratoriums verpflichtet wäre, die Studenten in der Reihenfolge, in der sie sich melden, auch anzunehmen. Er kann sehr wohl gewisse Plätze, für bestimmte Personen reservieren. Auf keinen Fall ist er gezwungen, sein ganzes Laboratorium mit Russen und anderen ausländischen Studierenden füllen zu lassen.

Die große Befürchtung, daß wir den hohen Stand in der Technik, den wir jetzt erreicht haben, verlieren könnten, wenn wir in Zukunft auch ausländische Studenten zulassen, teilen wir nicht. Fabrikgeheimnisse werden auf den Hochschulen und in den Laboratorien nicht verraten; was der Studierende bekommt, ist die allgemeine Ausbildung, mit der er austritt, und die ihn vielleicht gerade dann später wieder auf deutsche Bezugssquellen zurückgreifen läßt. Ich möchte nur bemerken, daß in der Lage, in der wir momentan sind, andere Nationen früher auch gewesen sind; wie sind unsere Vorfahren nach Frankreich gepilgert und haben sich dort ihre

Kenntnisse geholt! Ich erinnere an die glänzende Stellung, die die Wiener medizinische Fakultät vor 30 oder 40 Jahren erlangt hatte, wo Studierende aller Nationen hingekommen sind, um sich dort ihr Wissen zu holen. Wir glauben daher, daß wir eine Kulturaufgabe erfüllen, wenn wir auch Leute aus anderen Staaten hier bei uns aufnehmen und studieren lassen.

Ich fasse daher die Ansicht des Bezirksvereins Frankfurt dahin zusammen: Wir stimmen vollkommen bei, daß die Ausländer, die bei uns studieren wollen, eine Vorbildung haben müssen, äquivalent derjenigen, die unsere jungen Leute haben. Dagegen möchte ich den anderen Punkten des Rheinisch-Westfälischen Antrages meine Zustimmung versagen.

Dr. A. Zanner: Der Antrag des Bezirksvereins Rheinland-Westfalen hat im Bezirksverein Belgien Anlaß zu großen Debatten gegeben. Wenn der Hauptverein diese Frage in die Hand nimmt, so stellt er gewissermaßen seine Bezirksvereine im Auslande bloß. Wir leben als Bezirksverein des großen Hauptvereins z. B. in Belgien in Freundschaft mit den dortigen Vereinen und müssen darnach trachten, uns auch ferner mit ihnen in Harmonie zu befinden.

Bezüglich der Vorbildung der ausländischen Studierenden stehen wir mit Rheinland-Westfalen auf dem gleichen Standpunkte, glauben jedoch, daß die einzelnen Hochschulen schon jetzt in der Lage sind, dies zu verlangen.

Die Erhöhung der Honorare für Ausländer würden wir als eine Polizeimaßregel betrachten. Wir meinen, daß die deutschen Hochschulen in der Lage sind, sich selbst gegen die vorhandenen Mißstände zu schützen.

Die deutsche Wissenschaft ist im Auslande hochgeachtet, nicht nur in bezug auf ihren inneren Gehalt, sondern auch wegen ihrer Liberalität, und ich meine, diesen Ruf sollten wir uns zu erhalten suchen.

Schließlich möchte ich betonen, daß wir uns Repressalien aussetzen könnten, die in erster Linie die Deutschen zu erdulden hätten, welche im Auslande wohnen.

Dr. O. Klenker: Im Auftrage des Mittelfränkischen Bezirksvereins erlaube ich mir auszuführen, daß wir mit dem Punkt a des ursprünglichen Antrages, wonach die Ausländer gleichwertige Vorbildung mit dem Inländer nachzuweisen haben, einverstanden sind, ebenso mit dem Punkte c, wonach Ausländer nur insoweit zugelassen werden, als die Plätze nicht von deutschen Studierenden beansprucht werden.

Dagegen sind wir nicht einverstanden mit dem Punkt b, weil auch ein großer Teil deutscher Studierender an die Hochschulen des Auslandes geht.

Dir. Dr. A. Lange: Im Namen des Märkischen Bezirksvereins habe ich zu erklären, daß wir einverstanden sind mit den Forderungen unter a und c; daß aber von Ausländern die gesamten Auslagen gedeckt werden sollten, das erscheint uns erstens kaum durchführbar, weil es nicht festzustellen sein wird, und dann auch als eine Polizeimaßregel, für die wir nicht stimmen können.

Ferd. M. Meyer: Wir stehen im Bezirksverein an der Saar auf dem Standpunkt, daß wir es für das günstigste halten, wenn nur ein Beschuß in dem Sinne gefaßt würde, durch die Zulassung der Ausländer dürfen keine wesentlichen Belästigungen der Inländer entstehen. Alles, was darüber hinausgeht, würde dem germanischen Geiste total widersprechen. Wir müssen uns doch klar sein, was wir durch unsere Schulen leisten, hängt doch im wesentlichen ab von dem Geiste, den der Schüler in die Schule mit hineinbringt, und diesen Geist kann uns ein Ausländer doch nicht nachmachen. Infolgedessen kann auch von einer großen Gefahr für das nationale Leben der Studierenden aus der Zulassung von Ausländern keine Rede sein. Anderseits wissen wir sehr gut, welche großen Dienste der deutschen Wissenschaft auch von ausländischen Hochschulen geleistet worden sind. Im Mittelalter gingen unsere Studenten nach Italien, um Medizin und Architektur zu studieren. Was hat Liebig alles von Paris mitgebracht, und was haben A. W. Hofmann und H. Caro von England bekommen! Wir können nicht wissen, ob nicht morgen wieder Talente auftauchen, die es wünschenswert machen, daß Deutsche in möglichst großer Zahl zu ihnen strömen. Da verlangt es zum mindesten die Vorsicht, daß wir nicht unhöflich gegen die Ausländer sind, wo wir jeden Augenblick in die Lage kommen können, die Lehrmittel des Auslandes benutzen zu müssen. Ein berechtigter Kern liegt in dem Antrag: Wir müssen selbstverständlich auch an uns denken und wollen nicht, daß unsere jungen Leute gegen die Ausländer zurückgesetzt werden, aber darüber hinaus wollen wir nicht gehen.

Dr. R. Hase: Ich möchte mich den Worten des Herrn Meyer anschließen. Es kommt wohl hauptsächlich darauf an, daß die Ausländer in diejenige Stellung verwiesen werden, die ihnen gegenüber unseren deutschen Studierenden gebührt. Ich möchte besonders auf die Art hinweisen, wie die Sache an der technischen Hochschule in Hannover gehandhabt wird. Bei solchen Kollegien, die schon als Privatissima bezeichnet werden, nämlich Zeichnen, chemisches und physikalisches Laboratorium, ist die Handhabung so, daß der Ausländer, der meistens Hospitant ist, einen Anspruch auf einen Platz erst dann hat, wenn die deutschen Studierenden bis zum letzten Tag der Immatrikulation Plätze in den Laboratorien und Zeichensälen belegt haben. Erst dann ist der Hospitant in der Lage, auch noch Platz zu beanspruchen. Dieser Weg erscheint auch gangbar für andere Hochschulen.

Ein zweiter Weg ist auch schon angedeutet worden. Es werden beispielsweise in Charlottenburg von den Ausländern für die Diplomprüfungen die doppelten Taxen erhoben. In Hannover liegt es so, daß bei dem Vorexamen der Inländer 60 M., der Ausländer 120 M. entrichtet, und bei dem Diplomexamen 120 M. und 240 M.

Dr. H. Kast: Ich vermisste in den Ausführungen des Herrn Dr. Goldschmidt eine Darlegung, wie denn die deutschen Studenten im Auslande behandelt werden. Das scheint mir ein wesentlicher Punkt zu sein. Die Ausländer

dürfen bei uns nicht anders behandelt werden als wie die Ausländer die Deutschen in ihrem Vaterlande behandeln. Der Berliner Bezirksverein ist der Ansicht, daß es angebracht erscheine, das Prinzip der Reziprozität bei dieser Frage gelten zu lassen.

Dir. Fr. Russig: Als Vertreter des ober-schlesischen Bezirksvereins, der an der Grenze dreier Reiche liegt, möchte ich konstatieren, daß unser Verein unter seinen Mitgliedern eine große Anzahl Ausländer zählt, die zwar in Deutschland studiert haben, aber nur zum Teil deutscher Zunge sind, anderseits aber auch eine Anzahl von Ausländern deutscher Zunge, die in Deutschland nicht studiert haben.

Von den Herren Vorrednern ist in der Hauptsache nur der kulturelle Gesichtspunkt betont worden, daß die Wissenschaft frei sei, und daß jede Belästigung und Beengung des Studiendranges auch der Ausländer in Deutschland als eine unwürdige Maßregel, die uns ev. Repressalien aussetzen würde, angesehen werden müsse. Ich glaube, daß die größere Wichtigkeit in der wirtschaftlichen Bedeutung der Frage liegt, wie sie auch der Referent Dr. Goldschmidt in dem zweiten Teil seiner Ausführungen dargelegt hat. Wenn das deutsche Volk ein eminentes Interesse daran hat, daß die deutsche Wissenschaft und die Anwendung der deutschen Wissenschaft auf die Veredelung der Rohstoffe uns erhalten bleibt, so daß wir mit dem Auslande konkurrieren und unser Absatzgebiet im Auslande aufrecht erhalten können, dann ist es eine Selbsterhaltungspflicht, daß wir den Zuzug der Ausländer zu unseren Hochschulen möglichst zu beschränken suchen. Wie der militärische Landesverrat von staatswegen streng bestraft wird, so sollte der wirtschaftliche Landesverrat aus ähnlichen Erwägungen ebenso von staatswegen bestraft werden. Die wirtschaftliche Bedeutung der ganzen Frage müßte daher mehr berücksichtigt werden.

Dir. Dr. S. Kapff: Gestatten Sie, daß ich als Leiter einer Fachschule kurz das Wort ergreife. Wir haben an der Textilfachschule in Aachen ein erhöhtes Schulgeld für Ausländer eingeführt, und zwar von 1000 M pro Jahr für Ausländer gegenüber 200 M für Deutsche. Dies ist aber im Auslande immer als eine kleinliche Maßregel bezeichnet worden, und, wenn man weiß und selbst schon erlebt hat, wie der Deutsche an ausländischen Schulen aufgenommen, und wie ihm in entgegenkommender Weise alles gezeigt wird, so kann man sich eines gewissen beschämenden Gefühles nicht erwehren, wenn wir in Deutschland Prohibitivmaßregeln gegen die Ausländer ergreifen. Die Erhöhung des Schulgeldes an unseren Anstalten ist als ein Entgegenkommen gegen die Industriellen anzusehen, welche zur Gründung und Unterhaltung der Schule beträchtliche Beiträge zahlen. Diese Industriellen fürchteten, daß speziell auf dem Gebiete der Textilindustrie die ausländischen Schüler gewisse, für einzelne Industriebezirke charakteristische Fabrikationsmethoden genau kennen lernen, wodurch der Export nach den betreffenden Ländern geschädigt würde. Man hat deshalb einzelne Kurse

vollständig für Ausländer geschlossen. Aber wenn ich mir das auf technische Hochschulen und Universitäten übertragen denken sollte, so muß ich auch sagen, daß wir auf diesem Gebiete eine solche Maßregel nicht einführen sollten, zumal die soeben genannten Befürchtungen hier ja wegfallen.

Die Ausbildung von Ausländern an unseren Hochschulen hat zweifellos gewisse Nachteile im Gefolge, aber noch mehr Vorteile, denn ich kann nach den Erfahrungen mit unseren Schülern nur bestätigen: Die Ausländer, die unsere Schulen besuchen, nehmen nicht bloß unsere Wissenschaft mit hinweg, sie sehen auch unsere Industrie, sehen unsere Maschinenfabriken, sehen, wie bei uns gearbeitet wird, und knüpfen geschäftliche Beziehungen an. Sie kaufen nicht bloß Waren, sondern auch Maschinen und ganze Fabrikeinrichtungen und bleiben in ständiger Beziehung zu den liefernden Fabriken. Wir erzielen durch die Ausbildung von Ausländern daher auch wirtschaftliche Vorteile für Deutschland, und dieser wirtschaftliche Vorteil überwiegt jedenfalls den Vorteil einer höheren Schulgeldeinnahme. Herr Dr. Goldschmidt hat den Mehrbetrag, der durch Erhöhung der Studiengelder erzielt werden könnte, auf ungefähr eine Million Mark berechnet. Ich glaube, daß die in Deutschland studierenden Ausländer schon für ihren eigenen Lebensunterhalt vielmehr ausgeben und später durch ihre Bestellungen viel größere Summen nach Deutschland bringen. Aufhalten können wir den Fortschritt der Wissenschaft und die wissenschaftliche und technische Entwicklung des Auslandes doch nicht. Dazu genügen solche Maßregeln unter keinen Umständen.

Prof. Dr. C. Duisberg: Der Vorstand hat sich heute morgen mit dem Antrag des Rheinisch-Westfälischen Bezirksvereins eingehend beschäftigt und steht, wie ich sofort konstatieren möchte, auf demselben Standpunkte, wie die Mehrzahl der Bezirksvereine, die ihre Ansicht hier zur Geltung gebracht haben. Als Referent des Vorstandes betone ich, daß wir im Verein deutscher Chemiker als Vertreter der deutschen chemischen Industrie, die keines Schutzzolles bedarf, und darauf angewiesen ist, den Weltmarkt zu versorgen, diesen Antrag von einer höheren Warte aus ansehen müssen. Wir dürfen einen Schutzzoll für deutsche Bildung nicht einführen, anderseits verkennt der Vorstand nicht, daß es angezeigt ist, Übelstände zu beseitigen, welche sich insofern herausgestellt haben, als der Ausländer bei uns im allgemeinen günstiger gestellt wird, als in seinem eigenen Lande, — das gilt z. B. für russische Studierende — oder als der inländische Studierende zurücktreten muß hinter dem Ausländer. Als Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker haben wir uns eigentlich nur um die Chemiestudierenden zu kümmern und zu fragen: Wieviel ausländische Chemiestudierende in dem letzten Jahr ihr Verbandsexamen abgelegt haben. Diese Zahlen sind allerdings nur Minimal- nicht Maximalzahlen, denn nicht alle Ausländer werden sich dem Verbandsexamen unterziehen. Wie Herr Geheimrat Beckmann mir jedoch soeben mitgeteilt hat, sind prinzipiell alle Ausländer zu

diesem Examen zugelassen, und eine große Zahl derselben macht von dieser Einrichtung Gebrauch.

Nach dieser Statistik ergibt sich folgendes:

Im Wintersemester 1902/03 waren von 279 Kandidaten, die sich zum Verbandsexamen meldeten, 48 oder 17% Ausländer. In den Semestern vorher waren Ausländer 18%, 16, 18, 19, 18, 20, 20, 20%; daß geht zurück bis zum Sommersemester 1898, also 6 Jahre rückwärts, und wir können sagen, daß durchschnittlich 20% der Chemiestudierenden an deutschen Hochschulen Ausländer gewesen sind. (Zuruf: Ein Fünftel!)

Wollen wir uns nun nicht auf die Chemiestudierenden beschränken, sondern allgemein, entsprechend dem Antrage, wie er von dem Rheinisch-Westfälischen Bezirksverein eingereicht worden ist, auf ausländische Studierende ausdehnen, so müssen wir wenigstens solche Ausländer ausnehmen, welche ausschließlich der Vorlesung eines Professors beiwohnen, wo also eine Bevorzugung derselben ausgeschlossen ist, denn solange dort noch Platz und Raum genug vorhanden ist, und keine Beschränkung der inländischen Studierenden eintritt, ist meiner Ansicht nach überhaupt keine Einwendung zu machen. Wenn es sich aber um die praktische Ausbildung im Laboratorium handelt, wo eine bestimmte Zahl von Plätzen vorgesehen ist, wo es gute und schlechte Plätze gibt wie in den Zeichensälen, im physikalischen Institut, im mineralogischen Institut usw., da können natürlich nicht die Ausländer bevorzugt werden, da müssen die Inländer in erster Linie berücksichtigt werden und die Ausländer in zweiter. Deshalb haben wir im Vorstande den vorliegenden Antrag modifiziert oder besser in eine Resolution umgewandelt, die wir der heutigen Vorstandsratssitzung zur Beschußfassung vorlegen, um sie morgen der Hauptversammlung zu unterbreiten. In derselben ist vor allem die Bezugnahme auf die Gefahren fortgeblieben, die die Erziehung von Ausländern an deutschen Schulen unseren Studierenden und unserem deutschen Wirtschaftsleben bringen sollen. Wir im Vorstand wenigstens fürchten nach der Richtung hin die ausländischen Studierenden durchaus nicht. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das schönste Recht, das schon die alten Germanen getübt haben, und wir weiter üben sollten, das Gastrecht ist. Wenn wir sehen, und das hat jeder von uns erfahren, der im Auslande, speziell in Amerika, gereist ist, wie wir dort freundlich und gastlich aufgenommen werden, und uns alles Sehenswerte gezeigt wird, so müssen wir uns ja geradezu schämen, wenn wir so engherzig sein wollen, den Ausländern das Studium in Deutschland zu erschweren.

Von diesem Gesichtspunkte aus schlägt Ihnen der Vorstand vor, den ersten Satz des Antrages ganz zu streichen und den Rest in Form folgender Resolution unter Fortlassung der Honorarfrage anzunehmen:

„Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker beauftragt den Vorstand, in einer Eingabe an die Reichsregierung und an die Regierungen der deutschen Bundesstaaten darauf hinzuwirken, daß nach gemeinsamen Grundsätzen Vorkehrungen ge-

troffen werden gegen den übermäßigen Zuzug ausländischer Studierender der Chemie an deutschen Hochschulen, welche eine nicht genügende Vorbildung besitzen und zwar durch die Forderung:

1. Daß Ausländer nur so weit zugelassen werden, als die Plätze nicht von deutschen Studierenden beansprucht werden.

2. Daß die Ausländer eine Vorbildung nachweisen müssen, welche für die Zulassung der ordentlichen Studierenden Bedingung ist, und welche ferner im Heimatlande dieser Ausländer zum Studium an einer technischen Hochschule oder an einer Universität als ordentliche Studierende berechtigt.“

Wir müssen verlangen, daß die Ausländer eine genügende Bildung besitzen, damit sie einerseits nicht verderblich auf unsere Studierenden einwirken, indem die Betreffenden in ihren Fortschritten gehindert werden, anderseits weil wir überhaupt dahin streben müssen, die Bildung des Chemikerstandes generell mehr und mehr zu heben.

Die Anforderungen, die wir an die Zulassung der studierenden Ausländer stellen, sollen aber auch gleichwertig sein denen, welche im Heimatlande des Ausländers zum Studium an einer technischen Hochschule oder einer Universität als ordentlicher Studierender berechtigen. Selbstverständlich können diese Ausländer nur so lange zugelassen werden, als die Plätze nicht von deutschen Studierenden beansprucht werden. Daß die Ausländer nicht den Vorzug bekommen, sondern in erster Linie die Deutschen, bedarf keiner weiteren Begründung. Die Bezugnahme auf die Geldfrage bitten wir ganz fallen zu lassen. Dem Ausländer der bei uns studieren will, kommt es auf ein paar hundert Mark mehr oder weniger nicht an; wir erreichen also durchaus nichts. Auch ist es ein kleinlicher Standpunkt, wenn man durch Erhöhung des Honorars gewissermaßen einen Schutzzoll, einen Ausfuhrzoll auf die deutsche Bildung, legen will.

Und nun die Hauptsache. Wenn wir uns auf diesen hohen Standpunkt dem Auslände gegenüberstellen, so wäre es Zeit, auch einmal wieder an die eigene Brust zu schlagen und zu sagen: Wie steht es mit uns selbst? Hat sich denn das Niveau der Chemikerausbildung gehoben? Ist, als wir damals die Forderung des Chemikerexamens nicht durchsetzen konnten, und der Verband der Laboratoriumsvorstände zusammengrat und das Privatexamen einführt, auf diese Weise eine Besserung der Verhältnisse herbeigeführt worden? Haben sich vor allem die Verhältnisse in der letzten Zeit geändert? Ich habe auch darüber eine Statistik aufgestellt, die ich mir für eine demnächst zu machende Publikation über diesen Gegenstand vorbehalte. Für heute kann ich nur sagen, daß nach der mir vorliegenden Statistik der Zustand unverändert ist. Heute sind von den Chemikern, welche das Verbands-examen ablegen, 52% Abiturienten, früher waren es 57%. Doch darüber nächstens mehr, heute ist hierfür keine Zeit. Ich empfehle also im Auftrage des Vorstandes die Annahme der Resolution, wie ich sie verlesen habe.

Geh.-Rat Prof. Dr. Beckmann: Es hat mich nicht überrascht, daß die Zahl der Abiturienten durch die Einführung des Verbandsexamens nicht gestiegen ist. Die Einführung des Verbandsexamens hat das auch nicht beabsichtigt. Das Verbandsexamen ist eingeführt worden, um ein Staatsexamen überflüssig zu machen, weil das Bedürfnis nach einem Examen kundgegeben wurde. Das Verhältnis der Kandidaten mit und ohne Abiturientenexamen ist dasselbe an Universitäten und an technischen Hochschulen. Bei den Promotionen erst, die aber von dem Verband der Institutsvorstände nicht von Anfang an registriert sind, kann es zum Ausdruck kommen, wie die Vorbildung der vollständig fertigen Chemiker sich im Laufe der Zeit verändert hat. Ich glaube, daß da die Sache wohl etwas anders geworden ist, wenn auch nicht sehr bedeutend, denn an den verschiedenen Hochschulen wird bei der Promotion bisher sehr verschiedenartig verfahren. An der Universität in Leipzig besteht die Tendenz, strenger und strenger zu werden, und ich habe bis vor kurzem überhaupt keine Nichtabiturienten unter den Doktoranten gehabt. Aber ich habe auch die Erfahrung gemacht, daß die Tüchtigkeit des Chemikers nicht allein davon abhängt, welche Vorbildung er besitzt, sondern habe vielfach gefunden, daß die eifrigsten und strebsamsten unter denjenigen waren, welche irgend ein Manko in ihrer Vorbildung hatten. Es kommt natürlich darauf an, daß der betreffende so weit vorgebildet ist, daß er die Aufgaben, die ihm zugemutet werden, erledigen kann.

Während der Besprechung der Resolution ist mir noch etwas eingefallen, was mir heute morgen bei der Diskussion im Vorstande nicht zum Bewußtsein kam. Ich meine, es liegt eine Gefahr darin, daß wir in der Resolution aussprechen, die Ausländer sollen nur so weit zugelassen werden, als die Plätze nicht von deutschen Studierenden beansprucht werden. Wir wollen ja die Ausländer nicht prinzipiell ausschließen, wenn wir aber diesen Passus zum Beschuß erheben, so wird die Folge sein, daß weniger und weniger Ausländer an den deutschen Hochschulen Platz finden können, denn der Zugang aus Deutschland wird entsprechend der Zunahme der Bevölkerung größer und größer, und sehr bald wird es dahin kommen, daß bei dieser Vorberücksichtigung der Inländer überhaupt keine Ausländer mehr auf den Hochschulen Platz finden können. Die Regierungen werden sich dann erst bereit finden lassen, unsere Institute zu erweitern, wenn Deutsche keinen Platz mehr finden können. Es wäre daher die Frage, ob wir nicht vielleicht von diesem ganzen Passus absehen sollten und uns bloß dafür aussprechen, daß wir eine gleiche oder entsprechende Vorbildung von den Ausländern verlangen wie von den Deutschen.

Bei der Diskussion ist gesagt worden: „es müsse so gemacht werden, daß erst nach der beendigten Immatrikulation an Ausländer Plätze vergeben werden“. Jeder, der mit der Handhabung der Immatrikulation vertraut ist, wird darin eine äußerst strenge Maßregel gegen die Ausländer erblicken. Es ist doch jetzt tatsächlich Gebrauch,

daß die Plätze in den Laboratorien bereits vor den Ferien festgelegt werden. Wenn einer erst nach Beginn oder nach Beendigung der Immatrikulation noch einen Platz verlangt, dann kommt er schon zu spät, es müßte mindestens verlangt werden, daß er bis zum 1. April oder 1. Oktober seine Einschreibung für eine Universität oder ein Laboratorium bewirkt, und sich daraufhin einen Platz sichert. Jeder Ausländer will auch im voraus sich einen Platz für sein nächstes Semester sichern; wenn die Leute aber den Termin der letzten Immatrikulation abwarten sollen, dann haben sie ein Drittel des Semesters schon verpaßt, die Einleitungen zu den Vorlesungen sind vorüber, und der Rest des Semesters hat nur noch einen beschränkten Wert. Ich frage mich, ob es angesichts dieser Schwierigkeiten nicht vielleicht zweckmäßiger wäre, den erwähnten Passus wegzulassen und uns darauf zu beschränken, daß wir nur gleichwertigen Ausländern unsere Gastfreundschaft gewähren wollen.

Dr. M. Ulrich: Herr Geh.-Rat Beckmann wünscht anscheinend, die gestellten Anträge etwas abzumildern. Wenn wir von den Inländern das Maturum fordern, so können wir dies folgerichtig auch bei den Ausländern tun. Wenn der Herr Geheimrat aber sagte, daß gerade die Studenten, die ihr Maturum nicht haben, durch Eifer und Arbeitsfreude das ausgleichen würden, so mag dies für ihre Berufstätigkeit in ihrem späteren Leben richtig sein, aber für die soziale Hebung des Standes hilft es wenig. Da können wir mit der Hebung der Spezialbildung wenig machen, da müssen wir auf möglichst passende und allgemeine Bildung sehen.

Geh.-Rat Prof. Dr. Delbrück: Die Zahlen, die Herr Prof. Dr. Duisberg angegeben hat, wonach 20 % der Ausländer das Verbandsexamen gemacht haben, wurden als niedrig bezeichnet. Mir scheinen sie sehr hoch zu sein. Wenn ich nun Herrn Geh.-Rat Beckmann richtig verstanden habe, so meint er, daß bei dem Doktor-examen die Sache ungefähr ebenso liegt. (Zuruf Nein!)

Dr. K. Goldschmidt: Ich war mir sehr wohl bewußt, als ich das Referat über die Frage übernahm, daß es sehr schwer wäre, die Frage zu behandeln, ohne mißverstanden zu werden. Ich habe in meinen Ausführungen ausdrücklich hervorgehoben, daß ich einen gewissen Prozentsatz von Ausländern an unseren Hochschulen sogar für wünschenswert erachte, als erzieherisches Moment. Es wird unseren jungen Leuten sehr gut tun, wenn sie einmal mit ganz anderen Anschauungen in Berührung kommen, als die sie in der Schule aufgenommen haben. Sie werden lernen, andere Ansichten zu würdigen und ihre eigenen zu modifizieren. Ich meine, daß wir die Ausländer sozusagen in einem reaktionsfähigen Gemisch haben wollen, nicht in großen Klumpen, sie müssen fein verteilt sein, dann werden sie gut wirken; wie es jetzt der Fall ist, wirken sie entschieden schlecht. Ich freue mich, daß die meisten Herren darin übereinstimmen, daß es eine erhebliche Kulturaufgabe Deutschlands ist, auch die Ausländer zuzulassen. Ich habe ausdrücklich hervorgehoben auch in meinen

Schlußworten, daß wir es für unsere Pflicht erachten, uns dankbar zu erweisen für die Anregungen, die wir vom Auslande bekommen; aber das kann nicht dahin führen, daß wir die Ausländer ordnungslos bei uns zulassen. Das gastfreieste Haus macht eine Tischordnung für seine Gäste, und die wollen wir auch machen und die Gäste so verteilen, wie wir es für richtig halten.

Gegen einzelne Punkte sind Bedenken erhoben worden. Zunächst von Herrn Geh.-Rat Beckmann dagegen, daß Ausländer nur so weit zugelassen werden sollen, als die Plätze nicht von deutschen Studierenden beansprucht werden. Herr Prof. Beckmann hat befürchtet, es könnten allmählich durch Anwachsen der deutschen Studierenden überhaupt alle Plätze belegt werden. Ich mache darauf aufmerksam, daß man in Preußen im Begriff steht, zwei neue technische Hochschulen zu gründen, in Danzig und in Breslau, auch Bayern will eine neue Hochschule gründen.

Was die anderen Bedenken des Herrn Geh.-Rat Beckmann betrifft, es könnten die ausländischen Studierenden zu spät erfahren, ob sie Platz finden, so muß ich sagen, daß in erster Linie diese Plätze für die deutschen jungen Leute vorhanden sind. Es ist außerordentlich hart, einem jungen Mann zu sagen: Du kriegst keinen Platz; der junge Mann weiß oft wenige Tage vor Beginn des neuen Semesters, ob er sein Maturitätsexamen bestanden hat. Im allgemeinen sind die Leute nicht in der Lage, schon ein halbes Jahr vorher Plätze zu belegen. Im übrigen ist von der Zeit, bis zu welcher die Inländer bevorzugt sein sollen, nichts gesagt.

Besonders freue ich mich, daß unser Streben, nur die besten Elemente aus dem Auslande zuzulassen, eine allgemeine Billigung gefunden hat.

Ich kann ganz offen sagen, daß der Punkt, betreffend die höhere Honorarforderung im Rheinisch-Westfälischen Bezirksverein teilweise aus dem Wunsche hervorgegangen ist, ungeeignete Elemente fern zu halten. Man hat sich gesagt, wenn wir unser Studium verteuern, so wird die Folge sein, daß gewisse Elemente, die wir nun einmal nicht gern sehen, fern bleiben. Wenn ich auch diesen Punkt nicht zurückziehen möchte, so möchte ich doch nicht so entscheidenden Wert darauf legen, wie auf die anderen Punkte, die wir in der neuen Fassung vorangestellt haben. Eine kleinliche Polizeimaßregel möchte ich jedoch nicht darin sehen. Sie haben gehört, wir haben die Maßregel schon, wenn auch in unvollkommener Weise, an den Hochschulen in Hannover und Charlottenburg.

Was nun die Fassung anbetrifft, die der Vorstand vorschlägt, so habe ich auch dagegen nichts einzuwenden, daß unsere Fassung geändert werde. Es wäre vielleicht sogar sehr empfehlenswert, um die Bedenken des Herrn Dr. Zanner zu beseitigen, daß wir hervorheben, daß uns die Ausländer sehr willkommen sind, daß nur eine gewisse Regelung ihres Zuzuges erwünscht werde.

Dir. Prof. Dr. Duisberg: Im allgemeinen sind wir wohl einig. Wenn ich den Herrn Kollegen Goldschmidt richtig verstanden habe,

so schließt er sich dem modifizierten Vorschlage des Vorstandes an. Er hat aber den Wunsch ausgesprochen, daß wir noch hinzufügen sollten, die Ausländer seien uns willkommen, um damit der Resolution jede Schärfe zu nehmen. Im allgemeinen bin ich hiermit einverstanden, aber in die Resolution paßt es nicht hinein. Wir können nicht auf der einen Seite sagen: Ausländer sind uns willkommen, auf der anderen Seite aber: Sie sind nur willkommen, soweit Platz vorhanden ist. Das kann in der Begründung zur Resolution eingefügt werden; da kann das zum Ausdruck kommen, und ich möchte betonen, daß wir unseren ausländischen Kollegen, soweit als es möglich ist, Entgegenkommen zeigen wollen, nicht nur den Kollegen in Belgien, auch denjenigen in Amerika. Wir wollen aussprechen, daß wir durchaus keinem Ausländerhaß huldigen und nicht einen Schutzzoll auf unsere Wissenschaft legen wollen. Der Ausländer soll dieselben Rechte haben wie wir, aber auch nicht mehr als wir.

Wir haben die Resolution absichtlich allgemein gehalten und sie nicht auf Chemiesstudierende beschränkt. Auch bei den Ingenieuren bestehen Mängel, daß weiß jeder, der die Klagen des Vereins deutscher Ingenieure gehört hat. Der Ingenieurverein hat entsprechende Wünsche geäußert, und die meisten derselben sind schon durch Entgegenkommen der Kultusministerien erfüllt worden.

Herr Geh.-Rat Delbrück hat nun gemeint, 20 oder 17 % Ausländer wären sehr viel. Das ist richtig, aber ich weiß aus meiner Studienzeit in Göttingen, daß es da von Amerikanern wimmelte, und zu Zeiten Viktor Meyers waren in Heidelberg oft mehr Ausländer als Inländer. Aber wenn Sie den Satz von 17 % als sehr hoch betrachten, so will ich nicht unerwähnt lassen, daß es sehr gut ist, wenn wir Deutschen, und speziell wir deutschen Chemiker in den Laboratorien mit den Ausländern in Berührung kommen, unsere Meinungen nach jeder Richtung hin austauschen und Fühlung mit den Ausländern nehmen können. Ich verdanke in meiner Göttinger Zeit dem Verkehr mit Amerikanern sehr viel und habe dadurch heute noch viele freundschaftliche Beziehungen, die mich mit den Herren in Amerika verbinden. Ich weiß aber genau, daß an einer großen Zahl von deutschen chemischen Laboratorien kein genügender Platz vorhanden ist; man muß sich schon ein oder zwei Semester vorher melden und bekommt selbst dann oft noch keinen Platz, weil schon alles besetzt ist. An einzelnen Universitäten sind daher Privatlaboratorien entstanden. Daß unter solchen Umständen Deutsche den Vorrang vor Ausländern haben sollen, finde ich berechtigt und begreiflich, und möchte ich doch bitten, daß wir uns in unserer Resolution auch darauf einlassen zu sagen, daß die Ausländer erst in zweiter Linie die Plätze bekommen.

Kurzum, ich glaube, es empfiehlt sich, daß sie sich der Resolutionsfassung des Vorstandes anschließen, die in milder Form das wiedergibt, was eigentlich in dem Antrag des Bezirksvereins von Rheinland und Westfalen zum Ausdruck

gekommen ist. Nicht der übermäßige Zuzug soll unterdrückt werden, sondern nur der Zuzug solcher ausländischer Studierender, die eine nicht genügende Bildung haben, und soweit Platz vorhanden ist. Auch die Herren vom Oberschlesischen Bezirksverein werden dem wohl zustimmen und nicht fürchten, daß man denjenigen eines Vaterlandsverrats zeiht, der die Bildung, die er in Deutschland empfangen hat, auch im Auslande verwertet. Wir sollten uns auch hier auf den Bismarckschen Standpunkt stellen: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt“.

Geh.-Rat Prof. Dr. Beckmann: Dem Herrn Referenten scheint ein Punkt entgangen zu sein, aus dem eine Gefahr droht. Wenn nämlich die Studierenden bloß auf den Hochschulen Platz finden können, wo Mangel an diesen Studierenden besteht und also noch Plätze frei sind, dann kommt es dahin, daß sich die Ausländer an bestimmten Hochschulen besonders häufen, und dann bekommen wir gerade den Block von Studierenden des Auslandes, den man nicht haben will. Die Deutschen werden sich auf diesen Hochschulen, die sie von vornherein nicht bevorzugen, erst recht unwohl fühlen, und es wird allmählich durch Auslese dahin kommen, daß wir Ausländerhochschulen und Inländerhochschulen haben.

Dr. K. Goldschmidt: Ich möchte auf die Bedenken des Herrn Geh.-Rat Beckmann nochmals zurückkommen. Man kann in einer Resolution nicht alles sagen, was man auf dem Herzen hat. Ich habe in meinen Ausführungen dargelegt, daß ich es für sehr bedenklich finde, daß sich die Ausländer in so kompakten Massen zusammenfinden, daß sie ihre eigenen Ausländervereinigungen haben und garnicht das Bedürfnis empfinden, mit Deutschen zusammenzukommen. Ich habe gesagt, wir sollten auch dagegen Maßregeln treffen: es sollte nur eine bestimmte Anzahl Ausländer einer Nationalität zu einem bestimmten Studium zugelassen werden, damit wir nicht schließlich russische Hochschulen in Deutschland bekommen; ich halte es für außerordentlich notwendig, aber ich will es nicht in die Resolution hineinbringen. Das ist Sache des Taktes der Universitätsleitungen und der Regierung, Vorschriften zu treffen, um einer Gefahr vorzubeugen.

Geh.-Rat Beckmann: Ich glaube, eine solche zwangswise Verteilung würde nicht durchführbar sein. Die Hochschulen würden dadurch geradezu teilweise zu Strafanstalten degradiert, auf die man die Ausländer verschickt.

Sie gestatten wir vielleicht im Einvernehmen mit Herrn Prof. Dr. Duisberg vorzuschlagen, daß wir die Vorbildung in den Vordergrund rücken und in erster Linie eine entsprechende Vorbildung von dem Ausländer verlangen, an zweiter Stelle könnten wir vielleicht in etwas gemilderter Form die Platzfrage schieben, indem wir z. B. sagen: „Soweit tunlich“, oder „soweit nicht anderweitige Bedenken entgegenstehen“.

Dr. K. Goldschmidt: Ich bedauere, daß ich so mißverstanden worden bin, als hätte ich dafür plädiert, Ausländer an andere Universitäten hinzuschicken. Das lag nicht in meinen Worten,

und kann niemals die Absicht irgend einer Universität sein. Es liegt gar nicht in der Befugnis einer Universität, jemand wo anders hinzuschicken. Wir wollen nur den Hochschulen das Recht geben zu sagen, wir haben genug Ausländer, wir wollen keine mehr annehmen.

Was die Änderung des vorgeschlagenen Antrages betrifft, so möchte ich nicht, daß wir die beiden Punkte umstellen. Das Wichtigste ist doch, daß wir die Hochschulen für unsere Söhne reservieren. An zweiter Stelle käme für mich erst die Vorbildung.

Prof. Dr. Duisberg: Ich schließe mich dem Wunsche des Herrn Geh.-Rat Beckmann an. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die Hauptversammlung des Vereins Deutscher Chemiker beauftragt den Vorstand in einer Eingabe an die Reichsregierung und an die Regierungen der deutschen Bundesstaaten dahin zu wirken, daß nach gemeinsamen Grundsätzen Vorkehrungen getroffen werden, gegen den Zuzug von solchen ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen, welche eine nicht genügende Bildung besitzen und zwar durch die Forderung, daß die Ausländer eine Vorbildung nachweisen, welche einmal den Anforderungen gleichwertig ist, welche wir an die Zulassung als ordentliche Studierende stellen, und welche ferner im Heimatlande dieser Ausländer zum Studium an einer technischen Hochschule oder an einer Universität als ordentliche Studierende berechtigt. Ferner sollen die Ausländer aber auch nur so weit zugelassen werden, als die Plätze nicht von deutschen Studierenden beansprucht werden.

Vorsitzender: Ich frage die Versammlung, ob sie mit dieser Fassung der Resolution einverstanden ist. Da kein Widerspruch erfolgt, werden wir die Resolution Rheinland-Westfalen morgen in der vorgelesenen Fassung der Hauptversammlung zur Genehmigung vorlegen.

12. Antrag des Märkischen Bezirksvereins:

- Der Verein deutscher Chemiker wolle dahin wirken, daß in den Ministerien die Bearbeitung der für die chemische Industrie und den Chemikerstand wichtigen Fragen Chemikern übertragen werde.
- Der Verein deutscher Chemiker wolle dahin wirken, daß die verantwortliche Leitung von behördlichen Anstalten zur Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln nur Chemikern, die den Ausweis als Nahrungsmittelchemiker haben, übertragen, und daß die Überwachung der Geschäftsführung solcher Anstalten nur von Nahrungsmittelchemikern ausgeübt werde.

Dr. A. Lange: Im Herbst vorigen Jahres hat Herr Dr. Schreib-Bremen ein Rundschreiben an sämtliche Bezirksvereine unseres Vereins erlassen, in welchem er ausgehend von dem dritten

Bericht des hygienischen Instituts über die Nahrungsmittelkontrolle in Hamburg 1898—1899 die an jenem Institute bestehenden Verhältnisse kritisiert und besonders darauf hinweist, daß der Direktor des Instituts, welchem man die chemische Untersuchung der Nahrungsmittel völlig unterstellt hat, ein Mediziner sei, und daß nicht ein einziger Chemiker an dieser Station angestellt ist.

Bei der Besprechung des Rundschreibens hat sich herausgestellt, daß derselbe Zustand, der in Hamburg besteht, auch in anderen Städten vorhanden ist, und daß überhaupt der Chemiker in den verschiedensten Beziehungen dem Arzte unterstellt ist. Es ist ja auch in der heutigen Verhandlung immer wieder darauf hingewiesen worden, daß seitens der Chemiker liquidiert werde nach der Vorschrift für Medizinalbeamte, und es ist in dem neuen Gesetz betreffend die Dienststellung des Kreisarztes speziell darauf hingewiesen, daß auch die Wasserversorgung, die Be seitigung der Abfallstoffe und die Reinhaltung der Wasserläufe dem Kreisarzt unterstellt ist.

§ 76 der Dienstanweisung lautet:

„Die Reinhaltung der öffentlichen Wasser läufe ist in gesundheitlicher Hinsicht von der gleichen Wichtigkeit, wie die des Untergrundes. Die Verunreinigung der Wasserläufe durch Zu führung schmutziger oder giftiger Abwässer aus gewerblichen Anlagen, aus Kanalisationseinrich tungen usw. muß durch aufmerksame Über wachung verhütet werden, eine Aufgabe, an deren Lösung der Kreisarzt nach Kräften mitzuwirken hat, und zwar nicht nur infolge einer amtlichen Beteiligung, sondern auch aus eigenem Antriebe, sobald Mißstände zu seiner Kenntnis gelangen.“

Es handelt sich also hier um eine Aufgabe, die wir wohl nicht dem Arzt, sondern dem Chemiker zusprechen müssen. Es haben sich also eine ganze Reihe von Punkten ergeben, bei denen der Chemiker in den Hintergrund gedrängt worden ist, und bei denen man wünschen muß, daß eine Wandlung dahin geschehe, daß der Chemiker in erster Reihe stehe. Wir haben nun zunächst daran gedacht, einzelne Abänderungs vorschläge, wie sie etwa in dem Antrage des Rheinisch-Westfälischen Bezirksvereins enthalten waren, vorzubringen, sind aber schließlich darauf gekommen, uns zu sagen, daß eine Veränderung zum Besseren immer wieder daran scheitern wird, daß an erster Stelle jemand entscheidet, der über chemische Untersuchungen, über die Tätigkeit des Chemikers nicht orientiert ist, und deswegen ist von uns der Antrag gestellt worden:

„daß in den Ministerien die Bearbeitung der für die chemische Industrie und den Chemiker stand wichtigen Fragen Chemikern übertragen werde.“

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß bei der Konzessionierung von Fabrikanlagen der Kreisarzt mitzusprechen hat, und wenn ich auch im allgemeinen aus eigener Erfahrung kein Beispiel anführen kann, daß der Kreisarzt über seine Funktion hinausgegangen wäre, so sind doch von anderer Seite Beanstandungen von Anlagen mitgeteilt worden, welche nur durch maßgebendes

Verständnis herbeigeführt werden konnten. Der Kreisarzt kommt zur Beurteilung von solchen Anlagen, weil kein Chemiker in der betreffenden Instanz vorhanden ist. Wir sind aber der Meinung, daß man entsprechende Chemikerstellungen nicht von unten herauf anstreben soll, sondern daß man möglichst weit nach oben greifen sollte, die Notwendigkeit der Besetzung an den untergeordneten Stellen wird sich dann von selbst ergeben. Wir sind überzeugt, daß unser Ziel nicht beim ersten Versuch erreicht werden wird, aber wir wollen auf alle Fälle einen Anstoß geben.

Der zweite Teil unseres Antrags schließt sich eng an das Schreibsche Rundschreiben an und sagt:

„daß die verantwortliche Leitung von behördlichen Anstalten zur Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln nur Chemikern, die den Ausweis als Nahrungsmittelchemiker haben, übertragen, und daß die Überwachung der Geschäftsführung solcher Anstalten nur von Nahrungsmittelchemikern ausgeübt werde.“

Das ist eigentlich ganz selbstverständlich. Man sollte meinen, das Examen für Nahrungsmittelchemiker wäre doch nur eingeführt, damit man geeignete Kräfte zur Überwachung solcher Anstalten habe; wenn aber in jenem Gesetz für die Dienststellung des Kreisarztes gesagt ist, daß der Kreisarzt die Geschäftsführung der Untersuchungsanstalten zu beaufsichtigen habe, daß er nur seinen Einfluß geltend machen solle, daß geprüfte Nahrungsmittelchemiker angestellt werden, ich meine, wenn das immer wieder dem Kreisarzt unterstellt wird, so seien die Nahrungsmittelchemiker wohl mit Recht eine Erniedrigung darin, unselbständig zu sein. Es ist besonders nicht zu verstehen, was die Bestimmung, wonach der Kreisarzt die Geschäftsführung dieser Anstalten zu beaufsichtigen hat, eigentlich heißen soll, ob das die kaufmännische Geschäftsführung oder die chemische Geschäftsführung betrifft, geht aus dem Paragraph nicht hervor, es soll aber schon zu verschiedenen Mißverständnissen Veranlassung gegeben haben.

Dr. C. Ahrens: Ich habe mir das Wort erbeten, weil gerade auf Hamburg in dem Schreibschen Rundschreiben Bezug genommen worden ist. Ich habe dem Hauptvorstande auf dessen Anfrage vom 13. November v. J. einen ausführlichen Bericht erstattet, wie sich die in Rede stehenden Verhältnisse in Hamburg entwickelt haben, der Ihnen dem Inhalt nach wiederzugeben hier zu weit führen würde. Ich möchte nur kurz darlegen, wie die Sache zur Zeit in Hamburg liegt. In Hamburg wurde bis zum Jahr 1892 eine Nahrungsmittelkontrolle nur in engen Grenzen ausgeübt: sie beschränkte sich im wesentlichen auf die Überwachung des Verkehrs mit Milch und Butter. Sommer 1892 kam die Choleraepidemie, und aus diesem Anlaß wurde das hygienische Institut gegründet. Etwa in dieselbe Zeit fiel das Abschiedsgesuch des damaligen Direktors des chemischen Staatslaboratoriums Prof. Wibel. Es war schon früher seine Absicht gewesen, die Nahrungsmittelkontrolle weiter auszudehnen; durch

seinen Rücktritt vom Amte wurde dieser Plan von ihm nicht verwirklicht. In dem Zeitraum zwischen seinem Rücktrittsgesuche und dem Amtsantritt seines Nachfolgers fiel der Übergang der Kontrolle der Nahrungsmittel vom chemischen Staatslaboratorium an das hygienische Institut. Dieses hat sich seit 1892 gewaltig entwickelt; es ist dasjenige Institut, welches für den ganzen Hamburger Staat die hygienische Überwachung nach den verschiedensten Richtungen zu besorgen hat. An der Spitze des hygienischen Instituts steht als Direktor ein Mediziner, unter diesem mehrere getrennte Abteilungen, eine Abteilung für Bakteriologie, eine für Überwachung des Importes von Fleisch, Fetten usw., eine für Nahrungsmittelkontrolle. Letztgenannte untersteht einem geprüften Nahrungsmittelchemiker, der seinerseits wieder mehrere Assistenten unter sich hat. Er ist fest angestellter Beamter, hat als nächsten Vorgesetzten den Direktor des hygienischen Instituts und hat die Nahrungsmittelabteilung unter seiner selbständigen Führung. Wenn Herr Schreib schreibt, aus dem Bericht des hygienischen Intituts sei ersichtlich, daß nicht ein einziger Chemiker an der chemischen Station als Beamter angestellt sei, so läßt sich daraus ein Vorwurf nicht herleiten; die chemische Station als solche hat überhaupt keine Beamtenstellen, sondern die Beamten der Nahrungsmittelkontrollstation sind eben Beamte des hygienischen Instituts. Zu diesem gehören Mediziner sowohl als Chemiker; zur Zeit sind am hygienischen Institut vier Chemiker als Beamte fest angestellt.

Wenn ferner Herr Schreib sagt: „Der Chemiker hat die Verantwortung für alle Analysen, der Mediziner in erster Linie die Ehre für neue Arbeiten“, so ist das nicht zutreffend. In der Zeitschrift für Untersuchung der Nahrungsmittel sind z. B. in der Zeit von 1898 bis 1903 von den Chemikern des hygienischen Instituts 17 verschiedene wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht worden, davon zwölf von dem Vorstand der Nahrungsmittelkontrollstation, fünf von deren Assistenten; alle diese Arbeiten wurden von den betreffenden Autoren lediglich unter ihrem eigenen Namen veröffentlicht, der Name des „Mediziners“ ist nicht erwähnt.

Der Hamburger Bezirksverein hat es seinerzeit mit Rücksicht auf den Gang der Entwicklung der beregten Verhältnisse abgelehnt, auf die ihm nahegelegte Besprechung derselben einzugehen; prinzipiell steht er genau auf demselben Standpunkt wie Herr Dr. Lange und wird für die Resolution des Märkischen Bezirksvereins seine Stimme abgeben.

Dr. Wilhelm: Im Königreich Sachsen ist die Nahrungsmittelkontrolle durch Ministerialverordnung vom 3. Mai 1901 geregelt. Nach § 2 derselben sind mit der Überwachung des Nahrungsmittelverkehrs in den 27 Amtshauptmannschaften 18 staatlich geprüfte Nahrungsmittelchemiker betraut, 16 davon sind Inhaber von Privatinstituten, 2 Vorsteher von staatlichen Untersuchungsanstalten. Nach § 6

werden die Laboratorien durch einen Beauftragten des Ministeriums des Inneren beaufsichtigt, der ebenfalls Nahrungsmittelchemiker ist.

Th. Kyll: Das sind Zustände, die sehr anzustreben wären, gegenüber den Gepflogenheiten, die in Preußen bestehen, mit der Anstellung des Kreisarztes verbunden sind und sich eingebürgert haben. Es ist richtig, daß der Kreisarzt bei uns in der Rheinprovinz der Vorgesetzte für Nahrungsmittelämter ist. Eine Beanstandung, die eine gerichtliche Folge hat, regelt das Visum des Kreisarztes. Diese Dinge sind bei uns zur Sprache gekommen auf den Bezirksversammlungen der rheinländischen geprüften Nahrungsmittelchemiker. Wir haben allerdings ein Interesse daran, hier Änderungen herbeizuführen. Eine solche Änderung dürfte auch im Interesse der Kreisärzte liegen, welche sich hier mit Angelegenheiten befassen müssen, welche ihrer sonstigen Tätigkeit fern liegen.

Dir. Prof. Dr. Duisberg: Ich darf darauf hinweisen, daß die Resolution nicht die Absicht verfolgt, diese Gewohnheiten abzustellen, die Resolution hat einen anderen Zweck.

Th. Kyll: Ich halte die Resolution auch nicht für besonders glücklich gewählt.

Dir. Prof. Dr. Duisberg: Nein, wir schließen uns der Resolution des Märkischen Bezirksvereins an.

Der Vorstand ist der Ansicht, daß es sehr erstrebenswert wäre, wenn wir durchsetzen könnten, daß in allen Ministerien, in denen Angelegenheiten der chemischen Industrie und des Chemikerstandes zur Verhandlung kommen, Berufsgenossen vorhanden sind, mit denen man sich in Verbindung setzen kann, wie dies jetzt schon im Reichsschatzamt oder im Reichsgesundheitsamt der Fall ist, so daß auf diese Weise unsere Angelegenheiten auch von Fachgenossen fachmännisch behandelt und bearbeitet werden. Der Antrag unter a) kann daher, wie er vorliegt, angenommen werden, nur empfiehlt es sich, auch hier wieder zu sagen: „Die Hauptversammlung beauftragt den Vorstand usw.“

Was den zweiten Absatz anbetrifft, so stelle ich mich auch auf den Standpunkt, daß die verantwortliche Leitung solcher Anstalten zur Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln nur Chemikern, die sich als staatlich geprüfte Nahrungsmittelchemiker ausweisen, übertragen werden sollte. Ich bin allerdings nicht der Ansicht, daß es nötig ist, zu verlangen, daß auch die Überwachung der Geschäftsführung solcher Anstalten nur von Nahrungsmittelchemikern ausgeübt wird; das kann auch ein Jurist sein; der Direktor des Reichsgesundheitsamtes ist bekanntlich ebenfalls Jurist; es kann auch ein Mediziner sein, kurzum ein Mann, der organisatorisches Talent besitzt. Infolgedessen sind wir der Meinung, daß wir vielleicht auf diesen letzten Passus verzichten.

Th. Kyll: Mir ist es auch hier lieber, wenn wir da Schlüß machen, und das übrige weglassen, als daß wir in der Resolution sagen,

dß es auch ein Jurist oder sonst jemand sein könnte.

Der Verein der geprüften Nahrungsmittelchemiker für Rheinland hat einen Bericht an das Ministerium gerichtet, worin gebeten wird, daß bei den Revisionen der Nahrungsmitteluntersuchungsämter ein Fachmann, ein geprüfter Nahrungsmittelchemiker beteiligt werde, wie ähnlich ja bei den Revisionen der Apotheken verfahren wird. Der Kreisarzt kann die Chemie und namentlich das Spezialgebiet der Nahrungsmittelchemie nicht in dem Maße beherrschen, daß er allein die Revisionen der Ämter sachgemäß vollführen könnte. Deshalb wünsche ich, daß sie diesen Nachsatz weglassen.

Prof. Dr. Freund: Dieser Paragraph bezieht sich auf viele städtische Gesundheitsämter und Untersuchungsämter, und da ist wohl gewöhnlich ein Kuratorium vorhanden, dem eine derartige Anstalt unterstellt ist; an der Spitze steht häufig ein Jurist.

Th. Kyll: Soviel mir bekannt ist, ist bei uns der Kreisarzt allein derjenige, der ein Nahrungsmittel-Untersuchungsamt zu revieren hat.

Prof. Dr. Duisberg: Ich glaube, wir sind alle einig, wenn wir diesen letzten Passus aus der Resolution streichen. Ich empfehle daher, daß wir den Antrag in der nachfolgenden Form annehmen.

Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker beauftragt den Vorstand, dahin zu wirken,

1. daß in den Ministerien die Bearbeitung der für die chemische Industrie und den Chemikerstand wichtigen Fragen Chemikern übertragen werde,
2. daß die verantwortliche Leitung von behördlichen Anstalten zur Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln nur Chemikern, die den Ausweis als Nahrungsmittelchemiker haben, übertragen werde.

Vorsitzender: Hat jemand etwas dagegen einzuwenden. Das ist nicht der Fall, dann ist die Resolution in der vorgelesenen Form angenommen.

13. Bericht des Kuratoriums der Hilfskasse über den Stand derselben.

Dir. Prof. Dr. Duisberg übernimmt den Vorsitz.

Dir. Fritz Lüty: Den Bericht über die Verhältnisse der Hilfskasse habe ich Ihnen schriftlich erstattet, damit Sie in der Lage sind, die angeführten Zahlen Ihren Bezirksvereinen vorzulegen. Sie gestatten mir, daß ich Ihnen die Hauptmomente aus meinem Bericht vorführe.

In der Hauptversammlung des Vereins zu Berlin wurde am 2. Juni 1903 auf Antrag des Vorstandes beschlossen, eine Hilfskasse für den Gesamtverein zu errichten gemäß den von einer besonderen Kommission aufgestellten Satzungen.

Der Vorstandsrat beschloß am gleichen Tage, der neuen Hilfskasse einen Betrag von 1000 M für die Ausgaben im Jahre 1904 zu bewilligen.

Um die Hilfskasse lebensfähig zu machen, muß dafür Sorge getragen werden, der Kasse dauernd feste Einnahmen zuzuführen. Diese Einnahmen müßten möglichst unabhängig sein von den Bewilligungen des Hauptvereins und der Bezirksvereine. Ich habe mich daher in der Zeit von Ende August bis Mitte September 1903 an eine größere Anzahl der besser gestellten Mitglieder des Vereins mit der Bitte gewendet, beizutragen zur Stiftung eines Grundkapitals der Hilfskasse. Dieses Grundkapital soll in seinem Bestande unantastbar sein, seine Zinsen sollen jedoch alljährlich der Kasse zur Verfügung stehen. Der Aufruf war von gutem Erfolg gekrönt, denn von allen Seiten kamen Beiträge, bald größere, bald kleinere.

Ermutigt durch diesen Erfolg trat ich auch an die Bezirksvereine heran mit dem Ersuchen, auch ihrerseits Beiträge zum Stammkapital der Hilfskasse zu leisten, andererseits aber auch Beiträge zu den laufenden Ausgaben der Kasse zur Verfügung zu stellen. Auch hier ist zu meiner großen Freude der Erfolg nicht ausgeblieben.

Bis zum 31. Dezember 1903 war das Stammkapital der Hilfskasse angewachsen auf 21920,46 M, welche Summe sich im Laufe der ersten vier Monate des Jahres 1904 erhöht hat auf 25133,95 M. Von den Bezirksvereinen sind im ganzen ca. 5000 M an einmaligen Beiträgen aufgebracht worden, während einzelne Mitglieder im ganzen den Betrag von 20000 M beigesteuert haben. Es ist dies ein schöner Beweis für den Gemeinsinn, welcher in unserem Vereine herrscht. Die Liste der einzelnen Zeichner wird demnächst auf Beschuß des Vorstandes veröffentlicht werden. Das Grundkapital ist in mündelsicheren Wertpapieren angelegt, und zwar wurden beschafft:

6000 M 3½%ige Bremer Staats-	anleihe	5994,— M
1000 M 3½%ige Kölner Stadt-	anleihe	997,— „
2000 M 3½%ige Hamburger	Staatsanleihe	1999,— „
5000 M 3½%ige Halberstädter	Stadtanleihe	4995,— „
11800 M 3%ige deutsche Reichs-	anleihe	10590,70 „
	Summe	24575,70 M.

Der Rest der eingegangenen Beiträge ist bei der Sparkasse in Halle verzinslich angelegt, bis der Betrag den Ankauf von Wertpapieren wieder gestattet.

Zehn Bezirksvereine haben der Hilfskasse für das Jahr 1904 außerdem noch Beiträge zu den laufenden Ausgaben zur Verfügung gestellt und zwar:

Aachen	30 M
Frankfurt	150 „
Hamburg	100 „
Hannover	100 „

Mittel-Niederschlesien	100 M
Oberschlesien	100 „
Pommern	40 „
Rheinland	150 „
Rheinland-Westfalen	50 „
Sachsen-Thüringen	100 „

Die Bezirksvereine tragen also zu den laufenden Ausgaben der Hilfskasse für 1904 920 M. bei.

Entsprechend dem Wortlaut der Satzungen hat der Vorstand dem Vorstandsrat unter dem 31. August vorgeschlagen, zu Mitgliedern des Kuratoriums zu wählen die Herren:
Dir. Dr. Kubierschky, Aschersleben,
Dir. Dr. August Lange, Niederschöneweide,
Dir. Fritz Lüty, Halle-Trotha.

Der Vorstandsrat ist einstimmig diesem Vorschlage beigetreten. Das Kuratorium hat Herrn Dir. Dr. Kubierschky zum Vorsitzenden und Herrn Dir. Dr. August Lange zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt, während der Geschäftsführer auch zum Geschäftsführer der Hilfskasse ernannt wurde.

Das Kuratorium trat am 12. Mai d. J. zu einer Sitzung in Aschersleben zusammen, um die allgemeinen Verhältnisse der Hilfskasse zu besprechen, den Haushaltungsplan aufzustellen und die Geschäftsordnung zu beschließen.

Die Geschäftsordnung hat den folgenden Wortlaut:

Geschäftsordnung für das Kuratorium der Hilfskasse.

1. Die Erledigung sämtlicher Eingänge der Hilfskasse findet durch Rundlauf statt; in besonders eiligen Fällen erscheint gleichzeitige Benachrichtigung der Mitglieder des Kuratoriums angezeigt.

2. Die Erledigung der Anträge findet durch einfachen Majoritätsbeschuß statt, solange dieselben ein Mitglied des Vereins betreffen. Soll eine Entscheidung über die Unterstützung eines früheren Mitgliedes oder eines Nichtmitgliedes erfolgen, so ist für Gewährung der Unterstützung Einstimmigkeit erforderlich.

3. Die Festsetzung der Höhe der zu gewährenden Unterstützung geschieht durch den Vorsitzenden des Kuratoriums nach Anhörung der übrigen Mitglieder.

Der Vorsitzende teilt dem Antragsteller die Art der Erledigung seines Antrages mit und weist gegebenenfalls die Zahlung bei dem Geschäftsführer an.

4. Jedes Mitglied des Kuratoriums soll berechtigt sein, Anträge auf Gewährung von Unterstützungen entgegenzunehmen, um dieselben den übrigen Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen. Im allgemeinen sollen die Anträge der Bezirksvereine und der Mitglieder an den Vorsitzenden des Kuratoriums gerichtet werden.

5. Jedes Mitglied des Hauptvereins soll das Recht haben, unbeschadet der Bestimmungen von § 6 der Satzungen der Hilfskasse, sich direkt an ein Mitglied des Kuratoriums zu wenden. Das Kuratorium soll in derartigen Fällen den oder die in Betracht kommenden Bezirksvereine benachrichtigen und ihre Hilfe

zwecks Erkundigung usw. in Anspruch zu nehmen.

6. Die Unterstützungen sind in der Regel in Form eines Darlehens zu gewähren.

Das Kuratorium bestimmt unter Berücksichtigung der Verhältnisse die Bedingungen, unter welche das Darlehen gewährt werden soll. In diesen Bedingungen ist festzulegen der Zinsfuß und die Höhe und der Termin der jeweiligen Abzahlung oder Rückzahlung.

7. Das Höchstdarlehen, welches seitens der Hilfskasse gewährt wird, soll 250 M im Einzelfalle nicht überschreiten. Im Laufe eines Jahres darf dieser Maximalbetrag derselben Person nur zweimal gewährt werden.

8. Erscheint ein Darlehen nach zwei Jahren nicht einbringbar, so kann unter Berücksichtigung der obwaltenden Verhältnisse die Niederschlagung des Betrages durch einstimmigen Beschuß des Kuratoriums erfolgen.

9. Die Beiträge, welche in einem Rechnungsjahr nicht verwendet werden, sind mit 50 % zum Stammkapital abzuführen, während die andere Hälfte der nicht verwendeten Beiträge in den Haushaltungsplan des folgenden Jahres einzustellen ist.

10. Das Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

11. Die sämtlichen Akten der Hilfskasse sind bei dem Geschäftsführer aufzubewahren und in übersichtlicher Form zu ordnen.

12. Die Mitglieder des Kuratoriums treten jedes Jahr wenigstens einmal zu einer mündlichen Besprechung der Angelegenheiten der Hilfskasse zusammen.

Über diese Besprechungen ist vom Geschäftsführer ein Protokoll zu führen.*

Der Haushaltungsplan der Hilfskasse für 1904 stellt sich wie folgt:

Einnahmen	M	Ausgaben	M
Zuschuß des Hauptvereins	1000	Auslagen f. Porto, Drucksachen u.	
Beiträge von zehn Bezirksvereinen	920	s. w. . . .	100
Zinsen d. Stammkapitals und der Sparkassen-Einlage	875	Zur Verfügung für Unterstützungen . . .	2715
Jahresbeitrag eines Mitgliedes	20		
	2815		2815

Zu dem Haushaltungsplan ist zu bemerken, daß die Portoausgaben, welche den Mitgliedern des Kuratoriums erwachsen, von der Hilfskasse erstattet werden sollen. Die Portoausgaben der Bezirksvereine sollen dagegen von denselben getragen werden.

Der am Ende des Jahres nicht verausgabte Teil der Einnahmen ist entsprechend Satz 9 der Geschäftsordnung der Hilfskasse mit der Hälfte dem Stammkapital der Hilfskasse zuzuführen, während die andere Hälfte in den Haushaltungsplan des folgenden Jahres einzustellen ist.

Gesuche um Unterstützungen sind bislang bei der Hilfskasse nicht eingelaufen.

So erfreulich das Resultat meiner ersten Sammlung gewesen ist, so reicht doch das Kapital nicht aus, um dauernd den Anforderungen zu genügen, welche voraussichtlich an die Hilfskasse gestellt werden. Ich bitte daher die anwesenden Vertreter der Bezirksvereine, im Kreise ihrer Vereinsgenossen das Interesse für die Hilfskasse lebendig zu erhalten und das Kuratorium zu unterstützen durch Übermittlung reicher Beiträge zur Erhöhung des Stammkapitals. Die vielfachen Aufgaben, welche dem Verein deutscher Chemiker erwachsen, stellen große Anforderungen an die Vereinsmittel, so daß es in hohem Grade wünschenswert erscheint, die Hilfskasse recht bald vollständig auf eigene Füße zu stellen. Namentlich bitte ich die Vertreter derjenigen Bezirksvereine, welche noch nicht beigetragen haben zum Stammkapital oder zu den laufenden Ausgaben der Hilfskasse, recht bald den Geschäftsführer zu erfreuen durch nennenswerte Beiträge. Festliche Veranstaltungen, freudige Ereignisse, unvorhergesehene Gewinne und reichliche Tantième sollen unsere Mitglieder immer wieder aufs neue veranlassen, der Hilfskasse zu gedenken, um auf diese Weise behilflich zu sein, das Los unserer wirtschaftlich schwachen Kollegen zu erleichtern. Namentlich bitte ich auch bei letztwilligen Verfügungen der Hilfskasse zu gedenken und größere Stiftungen und Schenkungen zu ihren Gunsten zu machen.

Wenn wir in dieser Weise fortfahren, wie wir angefangen haben, so werden wir in einigen Jahren in der Lage sein, die Hilfskasse unseres Vereins unabhängig zu sehen von den Mitteln des Hauptvereins.

Prof. Dr. C. Duisberg: Ich glaube, wir sind es Herrn Dir. Lüty schuldig, daß wir ihm in dieser Angelegenheit unseren Dank hier öffentlich aussprechen, nachdem er es durch seine unermüdliche Tätigkeit auf diesem Gebiet fertig gebracht hat, die doch wirklich recht ansehnliche Summe von 25000 M zusammenzubringen. Ich möchte Sie aber auch alle bitten, da, wie Sie gehört haben, der Verein finanziell wegen seiner großen Aufgaben einer schweren Zeit entgegengesetzt, und daher für diesen Zweck vorerst keine größeren Mittel bereitzustellen kann, für die Sache weiter werbend tätig zu sein. Zu diesem Zwecke hat der Vorstand beschlossen, den Herrn Geschäftsführer zu ersuchen, die bisherige Sammelliste gedruckt der Zeitschrift beizulegen, damit dieselbe als Anreiz auf diejenigen wirkt, die in der Lage sind, bei passenden Gelegenheiten der Hilfskasse Zuwendungen zu machen.

14. Verschiedene geschäftliche Mitteilungen.

Medizinalrat Dr. E. A. Merck übernimmt wieder den Vorsitz.

Dir. Fritz Lüty: Von dem Pommerschen Bezirksverein ist unter dem 15. Mai das nachfolgende Schreiben an mich gelangt:

Pommerscher Bezirksverein
Deutscher Chemiker.

Stettin, den 15.5. 1904.

Sehr geehrter Herr!

Im Auftrage des Pommerschen Bezirksvereins meldet der ergebenst Unterzeichneter untenstehende Interpellation bei der Vorstandssitzung in Mannheim an und bittet wegen der hohen Wichtigkeit der Angelegenheit für alle Vereinsmitglieder um ihre gütige Unterstützung:

Interpellation: Ist es dem Vorstande bekannt, daß die Unfallversicherungsgesellschaften allgemein es nicht als einen Unfall betrachten, wenn der Versicherte sich eine Hautverletzung zuzieht, welche später durch Berührung mit einer ätzenden Flüssigkeit zu einer Entzündung führt, daß die Gesellschaften für die Herren Ärzte allgemein eine Ausnahme durch die sogenannte Infektionsklausel zugestehen, welche einzelne Gesellschaften auch den Herren Tierärzten bewilligt haben? Welche Schritte empfehlen sich, um auch den Chemikern jene Vergünstigung zu erwirken?

Erläuterung: Ein Mitglied des Pommerschen Bezirksvereins, welches bei Zürich gegen Unfall versichert war, hatte sich die Hand leicht verletzt. Durch spätere Berührung mit einer ätzenden Flüssigkeit wurde die Hand und später der Arm von einer Entzündung betroffen, und der Vorfall wurde der Unfallversicherungsgesellschaft gemeldet, welche darauf erklärte, eine derartige Verletzung sei für den Chemiker kein Unfall, sondern nur für den Arzt, welchem die sogenannte Infektionsklausel zugestanden werde. Auf eine Anfrage bei der Frankfurter Transport-, Unfall-, und Glasversicherungs-A.-G. erhielten wir die Auskunft, daß sie auf denselben Standpunkte wie Zürich stehe. Auf weitere Erkundigungen erfuhren wir, daß der Verein deutscher Tierärzte dieselbe Vergünstigung der Infektionsklausel bei dem allgemeinen deutschen Versicherungsverein in Stuttgart für seine Mitglieder erwirkt hat, und scheint es uns für den Verein deutscher Chemiker von hoher Wichtigkeit, daß er diese Vergünstigung auch für seine Mitglieder erstrebt.

Die Angelegenheit ist eilig, da die Unfallversicherungsgesellschaften in nächster Zeit einen festen Verband schließen, — und dann dürfte jenes Ziel schwer zu erreichen sein.

Hochachtend

gez. Creutz,

Vorsitzender des Pommerschen Bezirksvereins.

Sofort nach Eingang der Interpellation habe ich mich an die Frankfurter Transport- und Unfallversicherungsgesellschaft, mit der wir einen Vertrag haben, gewendet und sie gebeten mir mitzuteilen, wie sich die Gesellschaft derartigen Unfällen gegenüber stellt, wenn sie einem Chemiker im Betriebe oder im Laboratorium vorkommen. Weiter habe ich angefragt, falls die jetzigen Bedingungen es nicht gestatten, solche Vorfälle als Unfall zu behandeln, ob die Gesellschaft geneigt sein würde, auf Wunsch des Vereins deutscher Chemiker den Mitgliedern des Vereins die Infektionsklausel zuzugestehen.

Darauf habe ich das nachfolgende Schreiben erhalten:

„Auf die unter dem 15. Mai an uns gerichtete Anfrage beeilen wir uns ihnen ergebenst zu erwidern, daß wir zu unserem Bedauern bis auf weiteres nicht in der Lage sind, die sogenannte Infektionsklausel anderen Personen als Ärzten einzuräumen, da diese Klausel von allen Gesellschaften ausschließlich nur den Ärzten zugestanden wird.

Der Gegenstand ist übrigens auch an sich von gar nicht so erheblicher Bedeutung, denn gemäß § 1 unserer Versicherungsbedingungen sind Blutvergiftungen infolge äußerer Verletzungen stets in die Versicherung eingeschlossen, und lediglich die Frage des Nachweises der tatsächlich vorhanden gewesenen Verletzung ist für die Ärzte durch die Infektionsklausel etwas günstiger geregelt.“ —

Der Vorsitzende des deutschen Haftpflicht- und Versicherungsschutzverbandes, dessen Mitglied unser Verein ist, Landtagsabgeordneter Dir. Dr. Henry T. Böttinger in Elberfeld hat in liebenswürdigster Weise die Angelegenheit in die Hand genommen und unter dem 20. Mai das nachfolgende Schreiben an mich gerichtet:

„Im Anschluß an die Eingabe Ihres verehrlichen Pommerschen Bezirksvereins bezüglich Ausdehnung der Versicherungspflicht auf solche Fälle, wo infolge einer Hautverletzung bei späterer Berührung mit ätzenden Flüssigkeiten eine Entzündung entsteht, habe ich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des deutschen Haftpflicht- und Versicherungsschutzverbandes das nachfolgende Schreiben an die sämtlichen deutschen Versicherungsgesellschaften gerichtet.

Indem ich mich beeile, Ihnen hiervon Kenntnis zu geben, bemerke ich, daß unser Verband die Angelegenheit weiter verfolgen wird und werde ich nicht versäumen, Ihnen weitere Mitteilungen über das Ergebnis unserer Verhandlungen mit den Versicherungsgesellschaften bzw. mit dem Aufsichtsamt über das gesamte Versicherungswesen zugehen zu lassen.“ —

Das Schreiben an die Versicherungsgesellschaften hat den nachfolgenden Wortlaut:

„Aus den Kreisen der chemischen Industrie Deutschlands wird bei unserem Verbande Beschwerde darüber erhoben, daß die Unfallversicherungsgesellschaften allgemein es nicht als einen entschädigungspflichtigen Unfall betrachten, wenn der Versicherte sich eine Hautverletzung zuzieht, welche später durch Berührung mit einer ätzenden Flüssigkeit zu einer Entzündung führt.

Nachdem die Unfallversicherungsgesellschaften für die Ärzte in dem gleichen Falle durch die sogenannte Infektionsklausel bereits eine Ausnahme gemacht, die einzelnen Gesellschaften ebenfalls den Tierärzten bewilligt haben, wäre es u. E. billig und gerecht, auch den Chemikern die gleiche Vergünstigung einzuräumen, die ebenso wie die Ärzte in ihrer beruflichen Tätigkeit die Berührung mit ätzenden Flüssigkeiten nicht vermeiden können.

Unser Verband kann sich also nur der obigen Beschwerde der chemischen Industrie anschließen und richtet demnach an Ihre Gesell-

schaft die ergebenste Bitte, die sogenannte Infektionsklausel auch den Chemikern zugute kommen zu lassen.“

Soeben überendet mir Herr Dr. Böttinger per Eilboten das nachfolgende Antwortschreiben der Kölnischen Unfallversicherungsgesellschaft vom 23. Mai:

„Den Empfang des geehrten Schreibens vom 19. bestätigend, teile ich ihnen ganz ergebenst mit, daß ich den geäußerten Wunsch, auch den Chemikern die sogenannte Infektionsklausel zugute kommen zu lassen, sofort dem Ausschuß des Verbandes der in Deutschland arbeitenden Unfallversicherungsgesellschaften befürwortend, unterbreitet habe. Sofort nach Beschlusßfassung werde ich nicht verfehlen, ihnen weitere Nachrichten zukommen zu lassen.“ —

Die Kölnische Unfallversicherungsgesellschaft ist demnach bereit, auf die Anregung unseres Pommerschen Bezirksvereins einzugehen. Sobald in dieser Angelegenheit weitere Mitteilungen an mich gelangen, werde ich den Bezirksvereinen Nachricht geben.

Dir. J. Creutz: Im Namen des Pommerschen Bezirksvereins spreche ich den Dank aus, daß die Sache so tatkräftig gefördert worden ist.

Dir. Fritz Lüty: Der Bezirksverein an der Saar hat bei dem Hauptvorstand den Antrag gestellt, daß ihm die Erlaubnis erteilt werde, in seinen Satzungen unter § 9 aufzunehmen: „Nichtmitglieder des Hauptvereins können dem Bezirksverein als außerordentliche Mitglieder beitreten und an seinen Versammlungen und Veranstaltungen teilnehmen, sind aber nicht wahlberechtigt und üben das Stimmrecht nur in Angelegenheiten des Bezirksvereins, soweit sie den Hauptverein nicht berühren, aus und haben kein Anrecht an den Leistungen des Hauptvereins für seine Mitglieder. Jedes ordentliche Mitglied hat das Recht, Anmeldungen von außerordentlichen Mitgliedern beim Vorstand zu bewirken, der dieselben in der nächsten Versammlung mitteilt. Erfolgt dann gegen einen Vorschlag bis zur nächstfolgenden Versammlung kein Widerspruch, so ist der Eintritt genehmigt, andernfalls entscheidet darüber geheime Abstimmung mit $\frac{3}{4}$ Mehrheit der anwesenden Mitglieder.“

Außerordentliche Mitglieder zahlen als Jahresbeitrag an den Bezirksverein direkt 3 M.“ —

Ich bemerke dazu, daß der Hauptverein bis jetzt in allen Fällen dem Bezirksverein gestattet hat, außerordentliche Mitglieder aufzunehmen. Die vom Bezirksverein an der Saar vorgeschlagene Fassung entspricht den Anforderungen, die der Hauptverein an die Aufnahme von außerordentlichen Mitgliedern knüpft. Ich bitte Sie daher dem Antrage des Bezirksvereins an der Saar Ihre Genehmigung zu erteilen.

Vorsitzender: Da seitens der Versammlung Einwendungen gegen den Antrag des Bezirksvereins an der Saar nicht gemacht werden, erkläre ich den Antrag für genehmigt.

Hiermit haben wir unsere Tagesordnung erledigt. Ich bitte die Herren Referenten, sich

morgen in der geschäftlichen Sitzung recht kurz zu fassen, da unsere Zeit knapp bemessen ist.

Ich danke Ihnen für die Ausdauer, mit welcher Sie den heutigen Verhandlungen gefolgt sind, und schließe hiermit die Versammlung.

L.

2. Festsetzung am Donnerstag den 26. Mai vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr im Musensaale des Rosengartens.

Der Vorsitzende, Medizinalrat Dr. E. A. Merck, eröffnete die Versammlung 9 $\frac{3}{4}$ Uhr mit der folgenden Ansprache:

Hochansehnliche Versammlung! Im Namen des Vorstandes des Vereins deutscher Chemiker beeindruckt mich, die Vertreter einer hohen Staatsregierung, der staatlichen Hochschulen, der städtischen Behörden und befreundeten Vereine, sowie die Mitglieder des Vereins herzlich willkommen zu heißen und ihnen für ihr Erscheinen zu danken. Wir haben die Ehre, heute hier begrüßt zu dürfen:

Als Vertreter der großherzoglichen badischen Staatsregierung:

Se. Exzellenz den Herrn Staatsminister Dr. Schenkel, den Herrn Landeskommisar Geheimrat Pfisterer, Mannheim, und den Herrn Geheimrat Lang, Mannheim.

Als Vertreter der kgl. bayerischen Staatsregierung den Herrn Regierungspräsidenten von Neuffer aus Speyer.

Als Vertreter der technischen Hochschule zu Karlsruhe Herrn Geheimrat Prof. Dr. Bunte.

Als Vertreter der Universität zu Heidelberg Herrn Geheimrat Prof. Dr. Curtius.

Als Vertreter dieser Stadt Herrn Oberbürgermeister Beck.

Als Vertreter der Militärbehörde Herrn Oberst von Specht und

Herrn Oberstleutnant Jägerschmidt.

Als Vertreter der Stadt Ludwigshafen Herrn Bürgermeister Krafft.

Als Vertreter der Handelskammer von Mannheim Herrn Dir. Hoffmann-Friedrichsfelde.

Von befreundeten Vereinen haben wir das Vergnügen zu begrüßen:

Den Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, vertreten durch seine Vorsitzenden, Herrn Kommerienrat Dr. Holtz-Charlottenburg und Herrn Dir. Dr. Brunek-Ludwigshafen.

Die freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker vertreten durch Herrn Prof. Dr. Wilhelm Fresenius-Wiesbaden.

Den Verein deutscher Ingenieure vertreten durch Herrn W. Staby, Direktionsrat der pfälzischen Eisenbahnen, Ludwigshafen.

Die deutsche Bunsengesellschaft vertreten durch Herrn Geheimrat Prof. Dr. Engler-Karlsruhe.

Den Verband selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands, und den Verein öffentlicher Analytiker in Sachsen vertreten durch Herrn Dr. Treumann-Hannover.

Den Mannheimer Fabrikantenverein, vertreten durch Herrn Dr. Engelhorn.

Vor allem aber möchte ich nicht versäumen, dem verehrten Mannheimer Lokalkomitee, das uns hierher geladen und die Mühen der Vorbereitung auf sich genommen hat, meinen wärmsten und aufrichtigsten Dank auszusprechen.

Daß unsere Hauptversammlung, nachdem sie in den letzten Jahren in Dresden, Düsseldorf und Berlin getagt hat, sich Mannheim als Festort gewählt hat, ist in den Kreisen der Berufsgenossen mit allseitigem Beifall begrüßt worden.

Ich glaube, es ist übergroße Bescheidenheit, die sich durch nichts rechtfertigen läßt, wenn der oberrheinische Bezirksverein in seiner Einladung sagt, er habe einen schweren Standpunkt gegenüber den Festorten früherer Jahre. Nein, ganz und gar nicht, ist doch Mannheim, das seit 1607 als Stadt besteht, heute eine der ersten Handelsstädte und unbestritten der erste deutsche Binnenhafen. Hier am Zusammenfluß vom Rhein und Neckar ist auf einem engen Platz zusammen gedrängt ein großer Teil der chemischen Industrie Deutschlands, so daß man mit Recht sagen kann, daß wenig Plätze so prädisponiert sind zum Hauptversammlungs ort unseres Vereins wie Mannheim.

Allein die Badische Anilin- und Soda-fabrik gibt ein Bild des Aufschwunges der chemischen Industrie Deutschlands in den letzten 30 Jahren. Ebenso eine große Reihe anderer Werke der chemischen Branche von großer Bedeutung rechtfertigen den Namen Mannheim und des benachbarten Ludwigshafen als eines ganz spezifischen Sitzes der chemischen Industrie. Aber nichts zeigt mehr die innige Verbindung zwischen Wissenschaft und Praxis, die zum Heile der Industrie Deutschlands besteht, als die Beziehungen von Mannheim zur benachbarten Universität Heidelberg. Aus der Hochschule,

von der aus einst der Altmeyer Bunsen die Welt mit seinen Entdeckungen beschenkte, sind heute die berufensten Vertreter unseres Faches hier versammelt. Und auch ein Teil unseres Programmes spielt sich in der altehrwürdigen Musenstadt am Neckar ab, allwo auch sie Gelegenheit haben, im Hörsale der Universität Vorträge zu hören. Darum glaube ich, meine verehrten Fachgenossen, daß sie alle reichlichen Gewinn haben werden von der diesjährigen Versammlung durch das, was sie sehen und hören, wie auch durch den Austausch der Gedanken von Mund zu Mund.

Willkommen denn in der Metropole der südwestdeutschen Industrie! Willkommen in der fröhlichen Pfalz! Glück auf! zur rüstigen Arbeit und zum fröhlichen Beisammensein!

Se. Exz. Staatsminister Schenkel: Hoch geehrte Versammlung! Namens der großherzogl. badischen Regierung beehe ich mich, die hier versammelten Chemiker Deutschlands herzlich zu begrüßen. Ich danke dem Verein der deutschen Chemiker, daß er die große Freundlichkeit hatte, mich, der ich kein Chemiker bin und herzlich wenig von Chemie verstehe, an die Spitze ihres Ehrenausschusses zu berufen. Ich danke dem Herrn Vorsitzenden des Vereins, daß er mich mit so freundlichen Worten heute begrüßt hat.

Das badische Ministerium des Innern hat ja mit chemischen Dingen recht vielzu tun, und dem verdanke ich es ja allein, daß ich heute zu dieser ehrenvollen Stellung hierher berufen worden bin. Wir sind ja das Gewerbeministerium, und als solches haben wir uns mit den chemischen Fabriken schon in dem Moment, wo sie entstehen, wo sie geboren werden, zu beschäftigen. Unsere Aufgabe ist, dafür zu sorgen daß sie sich von ihrer Geburtsstunde an recht anständig und gut namentlich gegenüber der Umgebung verhalten, keinen großen Rauch verursachen und auch kein allzu großes Gelärm entstehen lassen. Und auch während ihres weiteren Betriebes schwebt die Hand unseres Ministeriums einigermaßen über ihnen. Ich kann aber den chemischen Fabriken das Zeugnis auf Grund der Erfahrungen meines Gewerbeministeriums ausstellen, daß sie ihre Aufgabe auch von diesem Gesichtspunkte aus im ganzen trefflich erfüllen und keine Quelle der Belästigung für die Umgebung darstellen.

Ich habe aber auch als Minister für Landwirtschaft ein großes Interesse an den chemischen Fabriken. Sie liefern uns ja in immer größerem Umfange und immer größerer Mannigfaltigkeit die künstlichen Düngemittel, deren unsere Landwirtschaft so sehr bedarf;

und beständig ist hier ein schöner Fortschritt zu verzeichnen. Ich hoffe, diese Versammlung wird uns vielleicht noch einen neuen Fortschritt bringen. Wenn es Ihnen gelingen sollte, den in der Luft so weit verbreiteten Stickstoff zu billigem Preise der Landwirtschaft zugänglich zu machen, dann würde ich meinen ganz besonderen Glückwunsch namens meines landwirtschaftlichen Ministeriums an sie auszurichten haben.

Aber wir sind auch Gesundheitsministerium, und in dieser Beziehung haben wir ganz erfreuliches von der Chemie zu erfahren. Sie liefert ja alle die verschiedenen Heilmittel und schmerzstillenden Mittel, deren die moderne Zeit zum Segen der Menschheit sich erfreuen kann. Weniger erfreulich vom Gesichtspunkte des Gesundheitsministeriums ist es freilich, daß die chemischen Fabriken, die vielfach an unseren großen und kleinen Flüssen angesiedelt sind, ihre Abgänge immer noch in diese Flüsse hineinströmen lassen. Aber auch in dieser Beziehung haben wir große Hoffnungen auf die Entwicklung der Technik. Sie versteht es ja auch, diese Abgänge allmählich durch feine chemische Prozesse wieder wirtschaftlich nutzbar zu machen; und ich hoffe, das wird immer so weiter gehen, und überall dort, wo eine chemische Fabrik an einem Flusse oder Bache steht, wird es dahin kommen, daß das Wasser ganz hell und fröhlich mit vielen Fischen besetzt dahinfließt. (Heiterkeit.)

Aber es ist nicht bloß das Ministerium des Innern, das sich für die Chemie und die Vertreter der Chemie, die heute so zahlreich hier versammelt sind, interessiert; es ist auch noch das Unterrichtsministerium, welches die Chemiker sehr an sein Herz geschlossen hat. Wir haben drei Hochschulen, zwei Universitäten in Heidelberg und Freiburg und eine technische Hochschule, und an jeder dieser Hochschulen ist ein Mittelpunkt wissenschaftlicher Tätigkeit und beständiger wissenschaftlicher Neuerzeugung auf dem Gebiete der Chemie. Von hier strömen alljährlich Hunderte von wissenschaftlich ausgebildeten Chemikern nach Deutschland hinaus, die eine Ehre und eine Zierde des chemischen Namens bilden, und auch im Namen dieses Unterrichtsministeriums will ich diese Versammlung heute herzlich begrüßen.

Und endlich ein drittes Ministerium nimmt an der Chemie und den chemischen Fabriken einen sehr wohlwollenden Anteil: Das ist das Finanzministerium. (Heiterkeit.) Das Finanzministerium freut sich ungemein, daß seit etwa 30 Jahren in unserem Lande

so viel große Kamine der chemischen Fabriken entstanden sind. Das Finanzministerium hat großes Wohlgefallen an diesem Rauch und Ruß, denn Hunderte von Millionen sind bereits von den chemischen Fabriken aus in die Steuerlisten eingeschrieben, und ich wünsche daher sehr, daß die Chemie unter der Einwirkung ihrer Versammlung weiter gedeihe, und noch recht viel chemische Fabriken in unserem Lande entstehen mögen. Wie bereits gesagt, das badische Land ist reichlich ausgestattet mit chemischen Fabriken. Nicht bloß in Mannheim, wo ja, man kann wohl sagen, der Mittelpunkt der chemischen Fabrikation ist, sondern auch im Mittelland und im Oberland sieht man überall die Kamine der Fabriken rauchen, welche die chemischen Erzeugnisse hervorzubringen haben; wir haben gerade auch in neuerer Zeit — es ist leider etwas zu weit von hier, als daß viele der Herren dort hin gehen werden — Spezialitäten der chemischen Fabriken in den großen elektrochemischen Fabriken, die in Rheinfelden errichtet worden sind, erhalten, die gestützt auf Tausende von Wasserkräften, ein weithin schauendes Beispiel der modernen technischen Entwicklung darstellen. Daher ist auch von uns und unserem Lande ihrer Hauptversammlung hier mit großem Interesse entgegengesehen worden, wie der zahlreiche Besuch beweist.

Sie haben ja zwei Zwecke: Einsteils in wissenschaftlicher und technischer Beziehung sich weiter zu bilden durch persönliche Begegnung, Anhören von Vorträgen, und in dieser Beziehung wird über Ihnen jene alte, gerade für Mannheim charakteristische technische Atmosphäre, jenes feine Düftchen, das die chemischen Fabriken und Laboratorien charakterisiert, wehen.

Sie haben aber auch andererseits den Zweck, sich zu unterhalten, etwas zu sehen von den Schönheiten unseres Landes, und in dieser Beziehung wird Ihnen ohne jenes Düftchen die grüne Farbe unserer Wälder und der würzige Hauch unseres Frühlingsfeldes entgegen wehen, und in beiderlei Beziehung möchte ich — und damit schließe ich — Ihnen wünschen, daß die Arbeit und das Vergnügen gut von statten gehen, daß sie bei uns wertvolle Früchte für ihre weitere Tätigkeit ernten, daß aber auch jenes Maß von Frohsinn und Freude sich einstellt, das für jeden Beruf notwendig ist. (Lebhafter Beifall.)

Geh. Hofrat Prof. Dr. Bunte: Hochansehnliche Versammlung, liebe Kollegen! Rektor und Senat der technischen Hochschule von Karlsruhe haben mich beauftragt, den Verein deutscher Chemiker bei seiner

Tagung in der Nachbarstadt Mannheim den herzlichsten Willkommengruß zu überbringen. Die technische Hochschule nimmt an den Bestrebungen Ihres Vereins das lebhafteste Interesse; insonderheit die chemische Abteilung derselben. Darf ich Sie doch als Helfer und Bundesgenossen begrüßen bei der Arbeit an der Ausgestaltung des technischen Unterrichtswesens, insbesondere in bezug auf die Ausbildung unserer Chemiker. Seit langen Jahren hat der Verein deutscher Chemiker sich dieser für die Entwicklung unserer Industrie so wichtigen Frage in besonderer Weise angenommen, und seiner Anregung und seinem tatkräftigen Eintreten sind viele wertvolle Fortschritte zu verdanken. Das Zusammenwirken von Technik und Wissenschaft, von Männern des praktischen Berufs und des Unterrichts hat sich von jeher als außerordentlich fruchtbar erwiesen. Diesem Zusammenwirken verdankt unsere deutsche chemische Industrie ihr Emporblühen; in diesem Zusammenwirken ist sie aufgewachsen und an die Spitze getreten in dem Wettkampf der Nationen. Wenn Sie in den nächsten Tagen während der Versammlung da hinausgehen zu den Werkstätten der chemischen Industrie und die Städte besuchen, die innerhalb weniger Jahrzehnte an den beiden Ufern des Rheins emporgeblüht sind, so werden Sie auch diese Schöpfungen begrüßen dürfen als Kinder des gesegneten Bundes, der zwischen chemischer Wissenschaft und Technik geschlossen worden ist. Tatkräft und wissenschaftliche Einsicht, weitschauende Intelligenz und gründliches Wissen haben hier Werke geschaffen, die einzig dastehen in der Entwicklung unserer Industrie. Aber wie hoch wir auch den Wert einer geordneten und gründlichen Erziehung und Ausbildung der jüngeren Generation unserer Chemiker einschätzen mögen, so müssen wir doch gestehen, daß selbst unsere besten Hochschulen nur die Vorschulen sein können für jene eigentlichste Hochschule des praktischen Lebens, in der jeder Tag neue Lehren bringt und neue Aufgaben stellt, zu deren Lösung neue Mittel ersonnen, neue Wege eingeschlagen werden, durch die der lebendige Strom der chemischen Technik in ganz ungeahnter Weise abgelenkt werden kann. Eine Hochschule, deren Lehrer fern bleiben wollten von diesem lebendigen Strome der Technik, die darauf verzichten würden, im Meinungsaustausch mit Fachgenossen, die im praktischen Leben stehen, ihre Ansichten zu klären, neue Anregungen zu finden, an neuen Aufgaben sich zu versuchen, eine solche Hochschule würde sehr bald versagen. Deshalb begrüßen wir Lehrer der technischen

Hochschule ganz besonders freudig eine so glückliche Vereinigung von technischer Intelligenz und wissenschaftlichem Geist, wie sie sich hier in den Vertretern der angewandten Chemie und in den Lehrern der Hochschulen in dem Verein deutscher Chemiker findet. Mögen Ihre Verhandlungen hier im Mittelpunkte der chemischen Industrie von Südwest-Deutschland vom besten Erfolg begleitet sein, nicht nur in technischer und wissenschaftlicher Richtung, sondern auch in bezug auf die Geselligkeit; möge die Mannheimer Versammlung wie die früheren dazu beitragen, daß der Verein deutscher Chemiker wachse, blühe und gedeihe! Das ist der herzliche Wunsch unserer technischen Hochschule Friedericiana, die mit Recht den Namen unseres geliebten Landesfürsten trägt, unter dessen Schutz und Schirm sie emporgewachsen ist. (Lebhaftes Bravo.)

Vorsitzender: Ich möchte nicht versäumen, darauf aufmerksam zu machen, daß die Hochschule Heidelberg sich vorbehalten hat, uns in Heidelberg selbst zu begrüßen.

Oberbürgermeister Beck: Fast um die gleiche Zeit hatten wir im vorigen Jahre die Ehre, einen Kongreß — den der Elektrotechniker — in unserer Stadt zu bewillkommen, der vor allem einen Berührungspunkt mit Ihrer hochgeschätzten Versammlung bietet, den der umwälzenden Bedeutung der wissenschaftlichen und experimentellen Forschungen auf die ganze Industrie. Wie in der Elektrotechnik, so entrollt sich auch in dem Entwicklungsgange der chemischen Wissenschaft in ihrer Bedeutung für unser Wirtschaftsleben ein wunderbares Bild deutscher Geistesarbeit.

Nicht viel mehr ja als ein Jahrhundert ist verflossen, seit die Chemie noch als identisch oder wenigstens nahe verwandt mit den geheimen Künsten der Magie und Alchemie angesehen wurde, und ihre praktische Bedeutungslosigkeit hinter dem mystischen Dunkel phantastischer Spielereien sich versteckte. Der Stein der Weisen, das große Elixier, das große Magisterium oder die rote Tinktur, das waren die Probleme, mit deren Lösung Jahrhundertelang gutgläubige Schwärmer sich selbst und freche Gaukler im Talare der Wissenschaft die Welt betrogen. Und wie ein roter Faden zieht durch die traurige Periode jener Afterwissenschaft die auri sacra fames, der Drang, wertlose Stoffe in den kostbarsten — in Gold — umwandeln zu können.

Und heute — jenes Jahrhundertelang vergeblich verfolgte Ziel, das die verbündeten Köpfe bis zum Wahnsinn erhitzte, heute ist es erreicht — aus früheren Abfallstoffen werden Berge von Gold gewonnen — allerdings nicht auf dem übernatürlichen, dunklen

Irrwege, den die Adepten der Geheimkunst aufzuspüren vermeinten, nicht in ängstlich verschlossenem Turmgemache, zwischen Totenschädeln und mit kabbalistischen Zeichen bedeckten Folianten, sondern in dem durch wissenschaftlichen Forschergeisterhellten Laboratorium, wo mit der durch verfeinerte Technik verschärften Sinneswahrnehmung Zählen, Messen, Wägen an die Stelle des Murmelns von Zauberformeln trat — in gewaltigen Arbeitssälen, in denen tausend fleißige Hände sich regen, um die Triumpe der Wissenschaft in wunderbare, das Leben erleichternde und verschönernde Erzeugnisse, in Wohlerüche und Wohlgeschmack, in Farben- und Fasermaterial in Leucht- und Nährstoffe umzusetzen.

Überwunden ist auch die falsche Bahn, in die kurze Zeit die Chemie einzulenken drohte, als man in Verkennung des Wertes der Empirie zur Zeit eines Schelling und Hegel das Getriebe der Naturkräfte einzig aus dem menschlichen Verstände herauszubegreifen, das Weltall als ein Erzeugnis des Menschengeistes aufzufassen, als man an Stelle der Naturwissenschaft die Naturphilosophie zu setzen suchte. Mit dem Aufgebot des höchsten Maßes geistiger Kräfte hat in kaum einem Jahrhunderte die chemische Wissenschaft auf dem wenig verlockenden, bescheidenen, mühseligen, aber umso erprobteren Wege des unermüdlichen Sammelns von Erfahrungstatsachen, des rastlosen Verknüpfens der einen gewonnenen Erkenntnis mit der anderen, auf der unerbittlichen Grundlage des Kausalitätsprinzips an der Hand der induktiven Methode einen heute fast nicht mehr übersehbaren Siegeslauf zurückgelegt.

Und seitdem die Chemie aus dem Halbdunkel mystischer Vorstellungen heraustrat in das helle Tageslicht hypothesenfreier, naturwissenschaftlicher Erkenntnis, wurde sie auch populär im besten Sinne des Wortes; die Ergebnisse der Forschungen eines Liebig u. a. sind in einer wahren Flut neuer Ideen Ge meingut der weitesten Volkskreise aller Länder und Zonen geworden.

Die Hausfrau in ihrem stillen Walten am häuslichen Herde, die elegante Dame in ihrer modernen farbenschönen Gewandung, der Photograph in seiner Dunkelkammer, der Pharmazeut in seinem Laboratorium, der Arzt am Operationstische und Krankenbette, der Landwirt in seinem Benützen, die geschwächte Urkraft der Mutter Erde zu erneuern, die Land- und Seewehr mit ihren verderbenschwangeren Geschossen, der Bergwerks- und Hüttenbesitzer, dessen Produkte flammende Hochöfen in eigenartigen metallurgischen Prozessen verarbeiten, der Goldschmied bei der

Herstellung seiner prächtigen Geschmeide, der Unternehmer, der in den Eingeweiden der Erde das Urgestein zerklüftet, sind sie nicht alle lebende Zeugen von den epochemachenden Entdeckungen, von der Sieghaftigkeit der modernen chemischen Technik?

Beschränkten sich die früheren Kulturen darauf, die wunderbaren Geheimnisse des Weltalls anzustauen, dankbar anzunehmen, was in unerforschlichem Wirken dem Menschen die Natur darbot, das heutige Geschlecht, es erkämpft sich immer mehr und mehr, mit steigendem Erfolge in ihre Mysterien einzudringen, der Natur ihre Geheimnisse abzuzwingen, alle die Zusammenhänge der Produktionsprozesse zu begreifen, viele der Gebrauchsgüter, die bisher nur das Pflanzenleben und der Tierorganismus bot, auf dem Wege künstlicher Synthese anorganischer Stoffe in Retorte und Schmelzgiegel in beliebiger Menge unabhängig von Zeit und Ort zu erzeugen.

Wir sind stolz darauf, daß die Vertreter einer Wissenschaft und Technik, zu deren Entwicklung und Fortschreiten deutscher Fleiß und deutsche Forschung das Wichtigste beigetragen haben, Einkehr bei uns halten, an einem Industriplatz, der in gewissem Sinne Heimatrecht in Anspruch nehmen darf, denn nicht leicht wird eine Stätte mit uns in Wettkampf treten können, an der in dem Umfange wie an diesen beiden Uferstrecken des Vaters Rhein, in den beiden Schwesterstädten Mannheim-Ludwigshafen, die chemische Industrie eine gleiche Heimstätte gefunden hätte.

Zwischen unseren Städten, deren Wohl und Wehe in so engem, unauflöslichem Zusammenhang mit den Früchten Ihres stillen Forscherfleißes steht, und die darum — wie Ihrem Kongresse — so auch Ihnen als den Förderern und Trägern der gewaltigen kulturellen Errungenschaften die wärmsten Sympathien entgegenbringt, zwischen unserer Stadt, sage ich, und Ihnen waltet deshalb das chemische Gesetz der Affinität.

Wir begrüßen sie aufs freundlichste als unsere liebwerten Gäste, denen wir neben ernsten Beratungen auch frohe Stunden der Geselligkeit und Erholung wünschen. Seien sie uns von Herzen willkommen! (Lebhafter Beifall.)

Dir. Hoffmann, Mannheim: Hochansehnliche Festversammlung! Die Handelskammer für den Kreis Mannheim hat mich beauftragt, Ihnen unsern Dank auszusprechen für Ihre freundliche Einladung. Wenn es im allgemeinen auch nicht Sitte sein mag, daß bei Ihren Hauptversammlungen die Vertretung rein wirtschaftlicher Interessen Anteil nimmt, so liegen doch in dieser Beziehung in Mannheim ganz besondere Verhältnisse und Gründe

dazu vor. Gibt es doch in deutschen Landen wohl kaum einen anderen Handelskammerbezirk, in dem die chemische Industrie so stark vertreten ist wie hier. Es besteht die gewaltige Industrie unseres Kammerbezirks hauptsächlich aus Betrieben, die der chemischen Wissenschaft ihre Existenz zu verdanken haben. Es ist daher auch ganz natürlich, daß unsere Handelskammer einer Versammlung so ausgezeichneter Männer der chemischen Wissenschaft und Praxis ihr volles Interesse entgegenbringt. Mögen daher Ihre Verhandlungen hier dazu angetan sein, der chemischen Wissenschaft zu einer immer weiteren Erkenntnis der noch zu lösenden Probleme zu verhelfen; möge der chemische Forscher und Erfinder sich immer weitere Gebiete ausprobieren, damit die chemische Industrie Deutschlands auch fernerhin den hohen Rang behaupten kann, den sie heute einnimmt. Das sind die herzlichsten Glückwünsche der hiesigen Handelskammer. (Bravo!)

Kommerzienrat Dr. Holtz: Hochansehnliche Versammlung! Es ist mir eine große Ehre, in Gemeinschaft mit meinem Mitvorsitzenden und Freunde Herrn Dr. H. Brunk Ihnen die Grüße und guten Wünsche des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands überbringen zu dürfen. Seine Exz. der Herr Minister hat zu Anfang seiner Ansprache geäußert, daß er von Chemie recht wenig verstehe; dessen ungeachtet möchte ich mir den Vorschlag erlauben, Se. Exz. ganz zu den unseren zu rechnen, weil der Herr Minister in dem weiteren Verlauf seiner Rede sich als hervorragender Chemiker entpuppt hat, indem er Fingerzeige dafür gab, wie der Stickstoff der Luft nutzbar zu machen wäre; ich hoffe, daß aus dem Jungbrunnen der Chemie, deren Jünger heute hier versammelt sind, als Vertreter des Vereins deutscher Chemiker, recht viele Koryphäen erstehen mögen, die auch diesem Problem sich widmen und es zu einem guten Ende führen werden.

Ich möchte die weiteren Ausführungen des Herrn Ministers in die Worte zusammen fassen: „Edel sei das Wirken der Chemiker, geruchlos und gut ihre Arbeit!“ (Heiterkeit); möchte sich dieses „geruchlos“ auch auf das Wasser erstrecken, das sie in die schönen Ströme Deutschlands fließen lassen! Nun, ich glaube berichten zu können, daß nach den eingehenden, sich auf viele Jahre erstreckenden Arbeiten des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie sich bereits herausgestellt hat, daß die Fische mit den Abwässern der chemischen Industrie gar nicht so unzufrieden sind. Gerade da, wo die Einflüsse aus den chemischen Fabriken

in unsere Flüsse sich befinden, sammeln sich die meisten Fische. (Heiterkeit.) Was geschehen kann, um möglichst nach keiner Seite hin eine Belästigung herbeizuführen, das glaube ich versprechen zu können, wird auch ferner geschehen, dem stimmt gewiß auch die Versammlung des Vereins deutscher Chemiker bei.

So wünsche ich denn auch der heranwachsenden Jugend, die in dem Verein deutscher Chemiker zahlreich vertreten ist, ein recht gutes Gedeihen und Gelingen ihrer Arbeiten und einen dauernden Erfolg. (Bravo!)

Prof. W. Fresenius: Den herzlichsten Glückwunsch der freien Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker möchte ich der heutigen Versammlung darbringen, um damit zu dokumentieren, daß ein Verein wie die freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker, der sich gebildet hat unter dem Einfluß der Spezialisierung, sich sehr wohl bewußt ist, daß nur dann, wenn er den Zusammenhang mit den gesamten Vertretern der Wissenschaft und ihrer Anwendung nicht verliert sondern hoch hält, ein gedeihliches Wirken für ihn möglich ist. Die Beziehungen sind von jeher freundlich gewesen zwischen den beiden Vereinen; viele der Mitglieder der freien Vereinigung der deutschen Nahrungsmittelchemiker gehören unserem hiesigen Verein an, und aus diesem Grunde und in diesem Sinne möchte ich nochmals den herzlichsten Gruß der verehrten Versammlung entgegen bringen. (Bravo!)

Direktionsrat Staby: Hochansehnliche Festversammlung! Im Namen und Auftrag des Vereins deutscher Ingenieure heiße ich Sie heute zu Ihrer Festversammlung an den Ufern des Rheins herzlich willkommen. Die Hauptversammlungen der großen wissenschaftlichen Gesellschaften und Vereine gleichen einer Heerschau. Sie gewähren einen Rückblick auf das Errungene, einen Überblick auf die verfügbare Kraft, und einen Ausblick auf die Aufgaben, die zunächst der Lösung harren. Mit Stolz und Befriedigung kann der Verein deutscher Chemiker eine derartige Umschau halten. Von dem hohen Stande der chemischen Wissenschaft und Forschung zeugen eine große Zahl berühmter Namen in Ihren Reihen. Die angewandte Wissenschaft, die chemische Industrie steht in bisher unerreichter Blüte da. Welcher Gau unseres deutschen Vaterlandes vermöchte ein trefflicheres Bild der chemischen Industrie zu gewähren als unsere Rheinstädte Mannheim-Ludwigshafen, in deren zahlreichen Großbetrieben ein großer Teil unserer Bevölkerung Erwerb und Unterhalt findet. Neidlos erkennt der deutsche Ingenieur die herrschende Stellung der Schwesterindustrie an. Ist es ihm auch noch

nicht gelungen, der jungen deutschen Technik einen gleichen Platz zu erringen, so berechnigen seine Erfolge ihn doch, gegenüber der hochentwickelten Technik älterer Industrievölker als berechtigter und gefürchteter Bewerber überall aufzutreten. Auch für den Chemiker gilt es jetzt, die Kräfte zusammen zu fassen, um den bisher errungenen Platz an der Sonne des Weltmarktes zu behaupten. Mögen Ihre heutigen Beratungen, möge der bei Ihren geselligen Veranstaltungen eintretende anregende und befriedende Austausch von Gedanken und Meinungen erneut dazu beitragen, der deutschen chemischen Wissenschaft und der deutschen chemischen Industrie die bisherige Vorrangstellung zu erhalten und neue Erfolge zu sichern; das ist der Wunsch der deutschen Ingenieure. (Bravo!)

Geh. Rat Prof. Dr. Engler: Hochgeehrte Versammlung! Im Auftrage des Vorsitzenden der Deutschen Bunsengesellschaft, welcher zu seinem Bedauern verhindert ist, heute selbst zu erscheinen, entbiete ich dem Verein deutscher Chemiker den Gruß und spreche zugleich den Dank dafür aus, daß auch die deutsche Bunsengesellschaft mit einer Einladung zu Ihrer Hauptversammlung geehrt worden ist. Gewiß sind viele Mitglieder dieses Vereins auch hier anwesend, und ganz besonders solche Herren, welche gemeinsam den beiden Vereinigungen angehören, dem Verein deutscher Chemiker und der deutschen Bunsengesellschaft, und gerade diese bilden ein ständiges Band zwischen diesen beiden Vereinigungen, ein Band der Zusammenghörigkeit und des festen Zusammenhaltens. Aber auch ohne dieses äußere Band birgt doch wohl schon der Name und der Geist des Mannes, dessen Name an der Spitze des einen Vereins steht, dafür, daß unsere Bestrebungen immer parallel gehen werden. Ist es doch gerade der große Forscher, zu dem wir alle mit Bewunderung empor blicken, Robert Bunsen, der gewissermaßen in dem Weichbild der heutigen Feststadt Mannheim seine Wirksamkeit entfaltet hat. Die deutsche Bunsengesellschaft wird im nächsten Jahre ihre Versammlung in Karlsruhe abhalten, und sie hat mich beauftragt, heute schon die Mitglieder des Vereins der deutschen Chemiker zu jener Versammlung einzuladen, und sie zu bitten, sich recht zahlreich an derselben zu beteiligen; auch ich selbst als Karlsruher möchte diesem Wunsche noch Ausdruck geben haben. (Bravo!)

Dr. Treumann: M. H. Kollegen! Der Verband selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands und im Anschluß an diesen der Verein der Analytiker des Königreichs Sachsen hat mich hierher entsandt, um Ihnen zugleich

mit dem Wunsche für einen erfolgreichen Verlauf Ihrer Versammlung die herzlichsten Grüße zu überbringen. M. H., Ihr Verein umfaßt viele Mitglieder unseres Verbandes, und zahlreiche Mitglieder desselben sind mit mir Ihrer freundlichen Einladung gern gefolgt, um zu bekunden, daß wir gleich Ihnen gewillt sind, in erster Linie das zu betonen, was uns eint, und daß wir gesonnen sind, die tatkräftige Förderung unserer Standesinteressen, wie sie an den Tag tritt in den von Ihren Bezirksvereinen eingebrochenen Anträgen, besonders in dem Antrag des Märkischen Bezirksvereins, nach bestem Vermögen zu unterstützen. M. H., gerade Ihr Verein, der den größten Teil der deutschen Chemiker zu seinen Mitgliedern zählt, ist in hervorragender Weise berufen, die gesamten Berufssinteressen unseres Standes wahrzunehmen, und namentlich die Erfüllung der Wünsche herbeiführen zu helfen, welche in neuerer Zeit in den weitesten Kreisen unserer Fachgenossen laut geworden sind. Gewiß, m. H., nichts liegt dem Chemiker ferner als irgend welche zünftlerische Abgrenzung der verschiedenen Arbeitsgebiete, und nichts liegt dem Chemiker ferner, als die Beanspruchung irgend welcher privilegierten Sonderstellung; aber kein Mensch wird es uns verdenken, wenn wir den Wunsch hegen, daß auch wir endlich das erreichen, was unseren technischen Genossen, den Bau- und Maschinentechnikern schon seit Jahren eingeräumt ist, wenn wir wünschen, daß man zum mindesten den Chemikern das beläßt, was des Chemikers ist. Bietet uns nun m. H. Ihre Hauptversammlung die willkommene Gelegenheit zum Meinungsaustausch über diese Dinge, so gibt sie uns auch Gelegenheit, neues zu sehen und zu lernen, und gibt vor allen Dingen Gelegenheit, alte persönliche Beziehungen zu erneuern und neue anzuknüpfen. So wünsche ich denn, Namens des durch mich offiziell vertretenen Verbandes, daß Ihre Verhandlungen dazu beitragen mögen, daß die schönen Worte, die wir im vorigen Jahre auf dem Berliner Kongreß gehört haben, sich mehr und mehr in Taten umsetzen. So wünsche ich denn, daß jeder Teilnehmer an Ihrer Arbeit und Ihrem Feste die besten Erinnerungen mit nach Hause tragen, die besten Erinnerungen nicht nur an diese Versammlung, sondern auch an dieses schöne und gastliche Land, dessen Bewohner sich in Deutschland von altersher eines wohl begründeten Rufes zu erfreuen haben in Bezug auf Frohsinn, Lebenslust und Schaffensfreudigkeit. Auch unser Losungswort sei in diesen Tagen: Fröhlich Pfalz, Gott erhalts! (Bravo!)

Vorsitzender: Meine Herren, aus den warmen Worten, die dem Verein von den

verschiedensten Seiten zu Teil geworden sind. kann derselbe mit Recht den Schluß ziehen, daß seine Bestrebungen anerkannt und genehmigt werden. Der Verein kann hierauf stolz sein. Ich spreche allen Herren, die hier gesprochen haben, den wärmsten Dank aus, und bitte die Herren Kollegen zum Zeichen Ihres Dankes sich von den Sitzen zu erheben.

Hochansehnliche Versammlung! Es ist ein stolzes Recht der jetzt lebenden Generation, nach dem sich unsere Väter und Großväter lange Jahre hindurch gesehnt haben, und das uns so selbstverständlich erscheint, daß wir jedes Fest eröffnen dürfen mit der Huldigung für des deutschen Reiches Oberhaupt.

Allzuleicht vergessen wir, über den kleinen Streit des Tages das zu schätzen, was wir mühsam erworben haben, das zu besitzen und zu erhalten unsere Pflicht ist, und doch haben wir allen Grund, uns auch heute zu freuen. Rastlos und unermüdlich sehen wir des Kaisers Majestät arbeiten für unseres Vaterlandes Größe. Nicht müde wird er, uns immer und immer wieder zu mahnen, nicht nachzugeben in kriegerischer Tüchtigkeit zu Wasser und zu Lande. Nur so können wir der Zukunft begegnen. Nur ein starkes Deutschland kann den Frieden erhalten, und nur im Frieden können Handel und Industrie blühen und die führende Stellung erhalten, die unzertrennlich ist von der politischen Machtstellung.

Was einst in heißer Schlacht errungen, wir wollen es festhalten uns zum Heil und denen zum Danke, die vor mehr als 30 Jahren das Reich bauten. Als der letzte der Fürsten aus großer Zeit, der einzige noch lebende Paladin Kaiser Wilhelms weilt der ehrwürdige Herrscher dieses gesegneten Landes heute allein noch unter uns. Zu ihm blicken wir auf als zu einem der hervorragendsten Träger des Reichsgedankens. Unter seiner Regierung blühen alle Werke des Handels und der Industrie. Unserer Versammlung wandte er seine Huld zu.

M. H.! Einst nannte man die Chemie die Scheidekunst, heute aber ist sie mehr die Kunst, wirksame Stoffe zu verbinden. Wohl denn, verbinden wir, was sich nicht scheiden läßt, die Person des erhabenen Schirmherrn des deutschen Reiches mit der Person des ehrwürdigen Badischen Landesherrn in dem Rufe, Se. Majestät der deutsche Kaiser Wilhelm II. und Se. Königliche Hoheit der Großherzog Friedrich von Baden leben hoch!

M. H.! Vor zwei Jahren auf der Hauptversammlung in Düsseldorf hat der Verein deutscher Chemiker beschlossen, zu Ehren

des 100-jährigen Geburtstages Justus von Liebigs eine goldene Denkmünze zu stiften, die auf Vorschlag von Vorstand und Redaktionsbeirat alljährlich einmal auf der Hauptversammlung einem deutschen Chemiker für hervorragende Verdienste um die angewandte Chemie verliehen werden kann. Als erster hat im vorigen Jahre Herr Geheimrat Prof. Dr. von Baeyer in München die Denkmünze erhalten; in diesem Jahre hat der Vorstand und der Redaktionsbeirat beschlossen, die Liebigdenkmünze Herrn Dr. Rudolf Knietsch von Ludwigshafen zu verleihen.

Ich habe mich doppelt gefreut, gerade hier in Mannheim ein Mitglied des Oberrheinischen Bezirksvereins auszeichnen zu können.

Dr. R. Knietsch: Hochgeehrter Herr Präsident, hochansehnliche Versammlung! Durch die Verleihung der Liebigdenkmünze hat der Verein mir eine hohe Auszeichnung erwiesen. Aber nicht nur die Auszeichnung ist eine große gewesen, sondern auch die Überraschung, in die ich versetzt wurde, als ich erst im letzten Augenblick davon Kenntnis bekam, daß mir eine solche Ehrung zugeschlagen sei. Ich muß deshalb die Versammlung um Entschuldigung bitten, daß es mir nicht möglich ist, ihr mit den Worten zu danken, mit welchen ich es gerne getan hätte, und ich muß Sie bitten, mit den wenigen schlichten Worten vorlieb zu nehmen, die mir gerade in den Sinn gekommen sind.

Wie Sie wissen, m. H., bin ich nur ein Glied in dem großen Fabrikunternehmen der badischen Anilin- und Soda-Fabrik, und als solches habe ich diejenigen Arbeiten auszuführen, welche Sie zu ehren heute die große Güte gehabt haben. Es ist aber ganz etwas anderes, ob ein Privatmann eine Erfindung oder eine Unternehmung lebensfähig macht, oder ob ein Techniker mit sehr großen Mitteln, und dem Kapital einer großen Fabrik zu arbeiten in die Lage versetzt wird, wie das bei mir der Fall gewesen ist. Es ist mir deshalb auch nicht möglich, Ihre Ehrung für meine Person allein in Anspruch zu nehmen; ich tue es aber gern, indem ich die mir erwiesene Ehre mit der Fabrik, in erster Linie mit dem hervorragenden, Ihnen allen bekannten genialen Leiter derselben, Herrn Kommerzienrat Brunck, teile, der die Richtung und den großen Rahmen, in welchem diese Arbeiten auszuführen waren, angegeben hat.

Unser Altmeister Liebig hat in einem seiner berühmten chemischen Briefe den Ausspruch getan, daß man den Wohlstand eines Landes nach seinem Verbrauch an Seife beurteilen könne; an gleicher Stelle sagt aber Liebig auch, daß man die chemische Industrie eines Landes nach seinem Verbrauch

an Schwefelsäure messen kann. Zu jener Zeit, als Liebig dies schrieb, vor mehr als einem halben Jahrhundert, lag die deutsche Industrie noch sehr im Argen. In Frankreich blühte die Seifen- und Soda-fabrikation; England stand an der Spitze mit seiner großen Soda-, Chlorkalk- und Schwefelsäurefabrikation. Wie würde Liebig staunen, wenn er heute unter uns weilen könnte und sähe, daß ein vollständiger Umschwung in diesen Verhältnissen eingetreten ist: denn Deutschland ist nicht mehr das Aschenbrödel wie früher, sondern marschiert an der Spitze der chemischen Industrie. Welche Veränderungen sind nicht allein bei dem Verbrauch der Schwefelsäure eingetreten. Nicht mehr wird sie, wie Liebig damals hervorhob, hauptsächlich zur Seifenfabrikation, resp. Soda-fabrikation verwendet, denn diese Industrie ist ja zum größten Teile durch die großartige Erfindung Solvays unabhängig geworden von der Schwefelsäure. Die organische Farbenchemie, ein Kind Liebigs, ist jetzt an die Stelle jener anorganischen Industrien getreten und hat die Schwefelsäurefabrikation groß gemacht. In der Tat sind heute die Teerfarbenfabriken die größten Verbraucher für Schwefelsäure, und das ist der Grund, weshalb sie auch den größten Anteil an der Auffindung und Weiterbildung des modernen Kontaktverfahrens besitzen, so daß auch heute noch Liebig's vorhin zitierte Ausspruch zu Recht besteht.

Lassen Sie mich nun, m. H., meinen Dank in dem Wunsche zusammenfassen, daß es unserem Verein wie bisher so auch weiterhin gelingen möge, durch die Zusammenfassung vieler verschiedenartiger Kräfte größeres zu leisten, als es der einzelne allein vermag, zu Nutz und Frommen unserer deutschen Chemischen Industrie. Nochmals herzlichsten Dank!

Vorsitzender: Von vielen befreundeten Vereinen und an ihrem Erscheinen verhinderten Freunden unseres Vereins sind herzliche Begrüßungsschreiben eingelaufen. Ich gestatte mir, aus der großen Zahl die nachfolgenden beiden Telegramme zu verlesen:

„Den festlich versammelten Herren Fachgenossen sendet, gedeihliche Zusammenarbeit wünschend, ergebenen Gruß.

Clemens Winkler.“

„Neu-York sendet herzliche Grüße.
Schweizer, Krekeler, Heß, Weil,
Siebert, Wedekind.“

Zu unserem Bedauern hat Se. Königliche Hoheit, der Großherzog von Baden, welcher sein Erscheinen bei unserer Festsitzung zugesagt hatte, im letzten Augenblick aus Gesundheitsrücksichten absagen müssen. Der

Vorstand des Oberrheinischen Bezirksvereins hat das folgende Schreiben erhalten:

„Dem Vorstande des Oberrheinischen Bezirksvereins deutscher Chemiker beeilen wir uns im höchsten Auftrag ergebenst mitzuteilen, daß Se. Königliche Hoheit, der Großherzog, sehr bedauern, den beabsichtigten Besuch Ihrer Hauptversammlung nicht zur Ausführung bringen zu können. Se. Königliche Hoheit lassen höchst ihre besten Wünsche für den Verlauf der Versammlung aussprechen.

gez. von Babo.“

Der Vorstand übersandte an Se. Majestät den deutschen Kaiser das nachfolgende Huldigungstelegramm:

„Die in der Handelsmetropole und dem Sammelpunkt der chemischen Industrie des Oberrheins zahlreich versammelten Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker entbieten Ew. Majestät, dem Schützer und Förderer von Wissenschaft und Technik, ehrfurchtsvollen Gruß.

I. A.: Medizinalrat Merck, Vorsitzender.“

Sr. Königlichen Hoheit dem Großherzog von Baden wurde das nachfolgende Telegramm gesandt:

„Ew. Königliche Hoheit, dem Mitgründer des deutschen Reiches, dem Schirmherrn von Wissenschaft, Technik und Fortschritt, entbietet der in großer Schar aus allen Gauen Deutschlands in der süddeutschen Handelsmetropole und dem Treffpunkt der chemischen Industrie des Oberrheins zusammengeströmte Verein deutscher Chemiker Dank für die übermittelten Wünsche und ehrfurchtsvollen Gruß.

I. A.: Medizinalrat Merck, Vorsitzender.“

Von Sr. Majestät dem deutschen Kaiser ist die folgende Antwort eingelaufen:

„Se. Majestät der Kaiser und König lassen dem Verein deutscher Chemiker für den treuen Gruß bestens danken.

Auf allerhöchsten Befehl

Der geheime Kabinetsrat
gez. von Lucanus.“

Von Se. Königlichen Hoheit dem Großherzog von Baden ist das nachfolgende Telegramm eingetroffen:

„Die so werte Begrüßung der zahlreich versammelten deutschen Chemiker hat mich sehr erfreut. Ich danke Ihnen allen für diese freundliche und warm ausgedrückte Kundgebung und freue mich zu wissen, welche großen und bedeutungsvollen Interessen von Ihrer Vereinigung besprochen und beraten werden. Die mächtigen Fortschritte in dem weiten Gebiete der Chemie

eröffnen Ihren Verhandlungen die wertvollsten Aussichten auf fernere Erfolge im Bereich der praktischen Anwendung Ihrer Forschungen. Gern wäre ich in Ihrer Mitte erschienen, um zu hören und zu lernen, aber mein hohes Alter gebietet manchmal Schonung der Kräfte, und so begrüße ich Sie heute aus der Ferne in treuer Teilnahme und tiefempfundenen Interesse für Ihre so nützliche Tätigkeit.

Friedrich,
Großherzog von Baden."

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein, und ich bitte Herrn Hofrat Dr. H. Caro, das Wort zu nehmen zu seinem Vortrage:

,Über die Entwicklung der chemischen Industrie von Mannheim-Ludwigshafen a./Rh.'

Hofrat Dr. H. Caro^{*)}): Hochansehnliche Versammlung!

In den jährlichen Wanderversammlungen des Vereines Deutscher Chemiker ist es alter, gastlicher Brauch, den Fachgenossen einen Einblick in die chemische Industrie des Festbezirkes zu gewähren. Auch unser diesjähriges Programm gibt hiervon Kunde. Bei der flüchtigen Durchwanderung einzelner Fabrikbetriebe gewinnt man aber keinen Gesamteindruck von der vielgestaltigen Industrie und kein Urteil über ihre eigenartigen Entstehungs-, Entwicklungs- und Existenzbedingungen. Über viele Arbeitsstätten der modernen chemischen Technik breitet auch noch immer das Geheimnis der alten Schwarzkunst seine dichten Schleier. Da muß denn das Wort ergänzen, was dem Auge verhüllt bleibt. Auch diesem in unsrern Jahresversammlungen oft geübten Brauch wollte der oberrheinische Bezirksverein, unser diesjähriger Gastfreund, heute folgen. Mit dankenswertem Eifer haben ihm seine Mitglieder und Freunde geschichtliche, technische und statistische Angaben über die industrielle Entwicklung der Schwesterstädte Mannheim-Ludwigshafen a. Rh. in überreicher Fülle zur Verfügung gestellt, und mich, sein ältestes Mitglied, hat er beauftragt, eine Auslese des Wissenswertesten dieser festlichen Versammlung zum Willkommengruße darzubringen.

Sei es mir nun gestattet, in großen, flüchtigen Umrissen ein Bild der wesentlichen Momente zu entwerfen, denen die hiesige chemische Industrie ihre staunenswerte Entwicklung von kleinen, ärmlichen Anfängen an bis zu ihrer gegenwärtigen Machtenfaltung verdankt. Den Rahmen und Hintergrund unserer Skizze bilde die Erinnerung an die

große Zeit, in welcher der wunderbare Aufschwung der deutschen chemischen Wissenschaft und Technik sich vollzog. Um das Bild aber ranke sich Epheu und Lorbeer zum dankbaren Andenken an die dahingeschiedenen Gründer und Förderer unserer oberrheinischen chemischen Industrie von Mannheim-Ludwigshafen.

Die chemische Industrie — im heutigen Sinne des Wortes — ist erst durch die seit Lavoisier auf quantitative Forschung gründete Chemie in das Leben gerufen und, schritthalrend mit dem Fortschritt der Wissenschaft, erst seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts in die gegenwärtigen Bahnen ihrer kraftvollen Entwicklung geleitet worden.

Die Wandlung der bis in die dunkelsten Zeiten der Alchemie und Iatrochemie zurückreichenden chemischen Technik aus blinder Empirie zu einer ihres Ziels und Wegs sich bewußten Industrie — aus Nacht zum Licht — begrüßte Justus Liebig¹⁾) zu jener Zeit an mehreren Stellen seiner klassischen „Chemischen Briefe“ mit den Worten:

„Die Entdeckung der Gesetze, denen sich alle Vorgänge, die Zahl und Maß umfassen, in der organischen sowohl, wie in der Welt der Mineralien unterordnen, die alle chemischen Prozeße regeln und beherrschen, ist der anerkannt wichtigste und in seinen Folgen reichste Erwerb dieses Jahrhunderts . . . Seit der Entdeckung des Sauerstoffs hat die zivilierte Welt eine Umwälzung in Sitten und Gewohnheiten erfahren. Die Kenntnis der Zusammensetzung der Atmosphäre, der festen Erdrinde, des Wassers, ihr Einfluß auf das Leben der Pflanzen und Tiere, knüpfen sich an diese Entdeckung. Der vorteilhafte Betrieb zahlloser Fabriken und Gewerbe, die Gewinnung von Metallen steht damit in der engsten Verbindung. Man kann sagen, daß der materielle Wohlstand der Staaten um das Mehrfache dadurch seit dieser Zeit erhöht worden ist, daß das Vermögen eines jeden einzelnen damit zugewonnen hat. Eine jede einzelne Entdeckung in der Chemie hat ähnliche Wirkungen in ihrem Gefolge, eine jede Anwendung ihrer Gesetze ist fähig, nach irgend einer Richtung hin dem Staate Nutzen zu bringen, seine Kraft, seine Wohlfahrt zu erhöhen.“

Und mit prophetischem Blicke verkündet Liebig²⁾:

„Wir halten es für möglich, ganze Städte aufs glänzendste zu erleuchten mit Lampen ohne Flamme, ohne Feuer, und zu denen

^{*)} Für die Veröffentlichung ist der Vortrag durch die beigefügten Anmerkungen und einige Zusätze ergänzt worden.

H. C.

¹⁾ Chemische Briefe von Justus Liebig.
III. Aufl. (1851.) Brief 1 u. 2.

²⁾ I. c. Brief 3 u. 9.

die Luft keinen Zutritt hat . . . Wir glauben, daß morgen oder übermorgen jemand ein Verfahren entdeckt, aus einem Stück Holzkohle einen prächtigen Diamanten, aus Alaun Saphire oder Rubine, aus Steinkohlenteer den herrlichen Farbstoff des Krapps oder das wohltätige Chinin oder das Morphin zu machen . . . Eine neue Wissenschaft, unerschöpflich wie das Leben selbst, entwickelt sich auf dem gesunden und festen Stamm der anorganischen Chemie; nach den Knospen, Blättern und Zweigen muß die Blüte, nach der Blume sich die Frucht entwickeln; die Pflanzen- und Tierchemie sucht im Verein mit der Physiologie die geheimnisvollen Quellen des organischen Lebens zu erforschen.“

Wie vieles von diesen Prophezeiungen ist bereits in glänzende Erfüllung gegangen! Wie vieles liegt in absehbarer Nähe! Wie bezeichnet alles den Weg, den seither Wissenschaft und Technik gemeinsam eingeschlagen haben, von den organischen Produkten zu der Farbstoffwelt des Steinkohlenteers, von dem künstlichen Farbstoff zu dem synthetischen Heilmittel, zu der Antiseptik, zu der Erkennung und Bekämpfung der Krankheitserreger, und weiter bis zu den letzten Forschungen der physiologischen Chemie!

Aber auch rückwärts wendet der Meister seinen Blick, und dankbar gedenkt er der mühseligen Arbeit der vergangenen Jahrhunderte, die im Irrlichtschimmer falscher Theorie den Boden für den späteren Fortschritt schuf. „Auf welchem Standpunkt“ — fragt er³⁾ — „wäre die heutige Chemie ohne die Schwefelsäure, welche eine über 1000 Jahre alte Entdeckung der Alchemisten ist, ohne die Salzsäure, die Salpetersäure, das Ammoniak, ohne die Alkalien, die zahllosen Metallverbindungen, den Weingeist, Äther, den Phosphor, das Berlinerblau! Die Goldmacherkunst schloß alle technisch-chemischen Geberbszweige in sich ein. Was Glauber, Böttger, Kunkel in dieser Richtung leisteten, kann kühn den größten Entdeckungen dieses Jahrhunderts an die Seite gestellt werden. Die Alchemie war die Wissenschaft. Der Stein der Weisen, den die Alten im dunkeln, unbestimmten Drange suchten, ist in seiner Vollkommenheit nichts anderes gewesen, als die Wissenschaft der Chemie. Ist sie nicht der Stein der Weisen, der uns verspricht, die Fruchtbarkeit unserer Felder zu erhöhen und das Gedeihen vieler Millionen Menschen zu sichern, verspricht sie uns nicht, statt sieben Körner, deren acht und mehr auf demselben Felde zu erzielen? Ist nicht die Chemie der Stein der Weisen, welcher die Bestandteile

des Erdkörpers in nützliche Produkte umformt, welche der Handel in Gold verwandelt; ist sie nicht der Stein der Weisen, der uns die Gesetze des Lebens zu erschließen verspricht, der uns die Mittel liefern muß, die Krankheiten zu heilen und das Leben zu verlängern?“

Diese unvergänglich schönen und denkwürdigen Aussprüche des größten deutschen Chemikers haben heute und hier eine besondere Bedeutung. Nicht nur, weil unsere jährlichen Festversammlungen seinem Andenken geweiht sind, und weil die heutige Verleihung der Liebig-Denkprobe „für hervorragende Verdienste auf dem Gebiete der angewandten Chemie“ in uns aufs neue das Bild des bahnbrechenden Forschers wachgerufen hat, der mehr, als dies je zuvor geschehen, die Wissenschaft dem Leben dienstbar machte und der Praxis die wissenschaftlichen Wege des Erfolges wies, indem er beiden mit dem Feuereifer eines Apostels zufrief:

„Durch die Wissenschaft macht der Mensch die Naturgewalten zu seinen Dienern, in dem Empirismus ist es der Mensch, der ihnen dient. Die Wirkungen regieren seinen Willen, während er durch Einsicht in ihren inneren Zusammenhang die Wirkungen beherrschen könnte⁴⁾.“

Justus Liebig, der Forscher, der Entdecker, der Lehrer und Prophet, mußte hier zum ersten Wort gelangen, weil sich gerade in dem Entwicklungsgange der chemischen Industrie von Mannheim-Ludwigshafen sein gewaltiger Einfluß noch bis heute unverkennbar geltend macht. War doch das nahe Liebigsche Laboratorium die erste Pflanzstätte des chemischen Unterrichts und der experimentellen Forschungsmethode, denen die deutsche chemische Technik ihre wissenschaftliche Denk- und Arbeitsweise und ihre heutige Armee geschulter Hilfskräfte verdankt. In Darmstadt, dem Geburtsorte Liebigs, und in Gießen, der Stätte seines langjährigen Wirkens, führt seine wunderbare persönliche Anziehungskraft nicht nur den Architekten August Kekulé und den Philologen August Wilhelm Hofmann dem von ihm neu erschlossenen Gebiete der organisch-chemischen Forschung zu, sondern auch in den weitesten Kreisen erweckt seine neue, verheißungsvolle Lehre das allgemeine Interesse an der Chemie, zahlreiche Schüler strömen ihm zu, Darmstadt vor allen wird eine Chemikerstadt, und aus Gießen geht die Chemikerfamilie Clemm hervor, die an der Entwicklung der hiesigen chemischen

³⁾ l. c. Brief 3.

⁴⁾ l. c. Brf. 2.

Industrie, drei Generationen hindurch, auf das hervorragendste beteiligt ist. Liebigs Assistenten und Schüler: Clemm-Lennig und Gundelach, werden die ersten wissenschaftlich geschulten Gründer und Leiter unserer chemischen Großindustrie, und ihr wissenschaftlicher Berater, bleibt bis an sein spätes Lebensende Liebigs einstiger Assistent und Kollege: Remigius Fresenius, gefeierten Angedenkens. Die von Liebig begründete chemische Düngerlehre veranlaßt hier die Errichtung von Superphosphat- und Schwefelsäurefabriken, den Rübenfeldern der im Umkreise von Mannheim-Ludwigshafen bestehenden, altberühmten Zuckerindustrie führt sie die Kalisalze zu. Sein Chloral und Chloroform werden zu schwunghaft betriebenen Fabrikationen, „Liebigs Silberspiegel“ verdrängen auf dem Waldhof den früheren Quecksilberbelag. Die unter Liebigs Einfluß und Leitung im Gießener Laboratorium begonnenen bahnbrechenden Untersuchungen von August Wilhelm Hofmann über das Anilin und dessen Derivate schaffen aber im Verein mit der Benzoltheorie seines denkgewaltigen Schülers August Kekulé die wissenschaftlichen Grundlagen für die glänzende Entwicklung, welche die Teerfarbenindustrie, und — mit ihr und durch sie mitbedingt — die gesamte chemische Industrie von Mannheim-Ludwigshafen seither genommen hat.

Wenden wir uns nun ihrer Betrachtung zu.

Industrien zeigen ein organisches Wachstum, dem der Bäume vergleichbar. Der Unternehmungsgeist trägt die Keime herbei, findet er für sie in richtiger Erkenntnis ihrer Lebensbedingungen — oder durch Glück und Zufall — den geeigneten Boden, so treiben sie Wurzeln, Stämme wachsen empor, und aus diesen entwickeln sich bald die Blätter und fruchttragenden Zweige. Die industrielle Aussaat bedarf aber der Befruchtung durch den schöpferischen menschlichen Geist; die daraus hervorgehenden Industriezweige tragen daher auf Jahre hinaus das individuelle Gepräge des Genies, der Tatkraft und der Sinnesart ihrer ersten Gründer. Werfen wir daher zunächst einen Blick auf die Gründungsgeschichte unserer hiesigen Industrie.

Die deutschen chemischen Fabriken verdanken ihren Ursprung zum Teil dem von alters her bestehenden Bedarf der Künste und Gewerbe, zum Teil dem der Heilkunst. Letztere, und manche der ersteren, gingen aus den Apotheken hervor, den alten deutschen Pflegestätten gewerblich-chemischer Forschung.

Beide industrielle Richtungen sind auch hier vertreten, aber unter anderen Lebensbedingungen entstanden als anderwärts. Während für die Gründung von vielen deutschen Fabriken der Bezug ihrer Rohmaterialien maßgebend war, wie z. B. für die in unmittelbarer Nähe von Salinen, Bergwerken, Hütten, Wäldern, Kohlensäurequellen, entstandenen Werke von Schönebeck, Staßfurt, Heilbronn, Bernburg, Freiberg, Stolberg, Rübeland, Brohl usw., siedelten sich andere Fabriken in der Nähe ihrer Absatzgebiete an, wie z. B. die für den Bedarf der Textilindustrie arbeitenden Werke von Berlin und dessen Umgebung, oder wie die chemischen Fabriken von Elberfeld, Duisburg, Crefeld, Chemnitz und andere mehr. Solche günstige Bedingungen für Produktion und Absatz waren hier aber ursprünglich nicht vorhanden. Die Rohmaterialien mußten von auswärts, zum Teil aus weiter Ferne, bezogen werden, für die Fabrikate fand sich hier nur ein beschränkter Markt. Diese Nachteile wurden aber nach und nach durch die günstige geographische Lage von Mannheim an unserer mächtigsten deutschen Verkehrsader, der großen Wasserstraße des Rheins, an dessen Zusammenfluß mit dem Neckar, reichlich wieder ausgeglichen. Dazu trat die Tatkraft eines weitblickenden, vermögenden Handelsstandes und der großzügige pfälzische Unternehmungsgeist. Bereits seit der 1827 erfolgten Einführung der Dampfschiffahrt auf dem Rhein⁵⁾), und mehr noch seit der Eröffnung der hiesigen Dampfschleppschiffahrt, wurde das Kohlenrevier der Ruhr der hiesigen Industrie allmählich erschlossen, nach der Vollendung der pfälzischen Ludwigsbahn am Schlusse der vierziger Jahre trat noch die Saarkohle als weitere Energiequelle hinzu. Mit der unter der Initiative erleuchteter Regierungen und Städteverwaltungen rasch und unaufhaltsam voranschreitenden Entwicklung des Verkehrswesens schwand immer mehr der hemmende Einfluß weiter Entfernung, Handel und Industrie zogen immer weitere Kreise über ganz Deutschland hin, und bald über seine Grenzen hinaus, sie durchbrachen die Alpen und strebten dem Weltmeere zu, neue Bezugsquellen, neue Absatzgebiete in den fernsten Ländern eröffneten sich der hiesigen chemischen Produktion. Hin und her trug

⁵⁾ Vgl. Oeser, Geschichte der Stadt Mannheim, S. 625 ff. Die „Mannheimer Dampfschleppschiffahrts-Gesellschaft“ wurde 1842 von dem Mannheimer Handels- und Schifferstand gegründet. Die Zufuhr von Ruhrkohle stieg in Mannheim (nach den Jahresberichten der Zentral-Kommission für Rheinschiffahrt) von 5396 t i. J. 1841 auf das Zehnfache i. J. 1860 und auf 2 284 661 t i. J. 1900.

das Rheinschiff das Rohmaterial und das durch die Veredlungskunst des Chemikers erzeugte Fabrikat.

Und als dann die große Zeit der Wieder-aufstehung des Deutschen Reiches kam, als der Rhein nicht mehr „Deutschlands Grenze“ geblieben, sondern „Deutschlands Strom“ geworden war, da gewann auch die hiesige, und insbesondere die im Aufblühen begriffene linksrheinische, chemische Industrie das langentbehrte Gefühl der Sicherheit, daß sie sich nicht mehr auf einem vom Nachbar begehrten und bedrohten Grenzposten befand. Die deutschen Siege hatten das Bewußtsein der eigenen Kraft neu erweckt, dem Unternehmungs- und Erfindungsgeiste neue Triebkraft verliehen. Alles drängte jetzt an das Licht, alles strebte vorwärts. Ein unerhörter Aufschwung zeigte sich auf allen wirtschaftlichen Gebieten, der Wohlstand mehrte sich, die Städte wuchsen, die Fabriken. Da wandte sich auch das geschäftliche Interesse weitester Kreise der chemischen Industrie zu; durch Neugründungen oder Fusionen bereits bestehender Fabriken entstanden große Gesellschaften, das Kapital suchte und fand ein neues Arbeitsfeld, und man rüstete sich nun gemeinsam zu einem neuen, friedlichen Kampfe gegen das Ausland. Jetzt galt es, dessen Industrie zu überflügeln und mit vereinter Kraft unter deutscher Flagge den Weltmarkt zu erobern. Und als die Sonne des neuen Jahrhunderts über der Pariser Weltausstellung hellstrahlend heraufstieg, da leuchtete sie dort auf den Sieg der deutschen chemischen Industrie. In dem Ruhmeskränze glänzten die Namen: Mannheim-Ludwigshafen.

Auf diesem Hintergrunde hebt sich nun unser Bild der hiesigen Industrieentwicklung ab. Betrachten wir es näher.

Auch unsere hiesige chemische Industrie⁶⁾ hat sich „auf dem gesunden und festen Stamm der anorganischen Chemie entwickelt“. „Die Fabrikation der Soda aus gewöhnlichem Koch-

⁶⁾ Die ersten Anfänge einer hiesigen chemischen Gewerbtätigkeit sind aus dem für die damalige Zeit außerordentlichen industriellen Unternehmungsgeist des Hofkammerrats Jean Baptiste von Villiez hervorgegangen, der 1788 das kurfürstliche Privileg für eine Puder- und Stärkefabrik erhielt und solche in Verbindung mit einer Ölmühle neben der Michelschen Krappmühle in der Schwetzinger Vorstadt erbaute. Nachdem der Eisgang von 1789 das Fabrikgebäude zerstört hatte, verlegte Villiez seinen Betrieb nach Käferthal, wo er das kurfürstliche Jagdgebäude in Erbpacht erhielt. Er nahm nun mehr die Essigsiederei, Brannweinbrennerei und Bierbrauerei auf. In den 90er Jahren projektierte er bereits die Aufstellung von Dampfmaschinen, u. a. auch für Mühlzwecke, besonders aber zur Torfgewinnung und Torfverkohlung in

salz“ — sagt Liebig⁷⁾ — „kann als Grundlage des außerordentlichen Aufschwungs betrachtet werden, welchen die moderne Industrie nach allen Richtungen gewonnen hat“. Wie ist dieser zum Fundament der „Chemischen Großindustrie“ gewordene „Leblanc-Sodaprozeß“ hierher gelangt? Darüber hören wir folgendes:

In den Jahren 1810—1815 kam der Handelsmann Paolo Giulini von Oberitalien nach Mannheim als Mitglied der Drogen-gesellschaft Maggi-Graselli & Co., welche Drogen von Italien nach Deutschland einführte und verschiedene Filialen errichtete. Die Mannheimer Filiale wurde von Paolo Giulini geleitet und, als die Firma aufgelöst wurde, von ihm erworben und weitergeführt. 1823 kaufte er das Gut „Grohhof“ bei Mannheim und gründete dort eine chemische Fabrik. Der daselbst 1836 aufgenommene Schwefelsäurebetrieb war unbedeutend, die Anlage bestand aus einer Bleikammer, in der man die aus sizilianischem Schwefel erzeugte schweflige Säure durch Verpuffen von Salpeter und Einspritzen von Wasser in Schwefelsäure überführte. Als Heizmaterial diente Torf aus der Umgegend von Lampertheim⁸⁾. Auch etwas Soda wurde um diese Zeit schon hergestellt. Das Drogengeschäft verkaufte Giulini 1834 an Friedrich Bassermann, der bei ihm im Geschäft war und mit diesem Erwerb den Grund zu der heutigen großen Drogenfirma „Bassermann & Co.“ legte. 1851 kaufte Dr. Carl Clemm-Lennig aus Gießen in Gemeinschaft mit Heinrich Fries aus Mannheim die inzwischen aufgeblühte Giulinische Fabrik und gründete eine Aktiengesellschaft unter der Firma „Chemische Fabrik Wohlgelegen bei Mannheim“¹⁰⁾.

Sandtorf (bei Lampertheim), da er Torf und Torfkohle als billiges Ersatzmittel für Brennholz einzuführen beabsichtigte, — in erster Linie natürlich im Hinblick auf seine „Feuermaschinen“. Im Anfang des 19. Jahrhunderts wandelte Villiez seine industrielle Anlage in eine Bleizuckerfabrik um, die im Gegensatz zu seinen früheren verlustreichen Experimenten einen guten Fortgang nahm und wohl als die erste chemische Fabrik des Mannheimer Bezirkes gelten darf. (Nach gefl. Mitteilung von Herrn Dr. Friedr. Walter.)

⁷⁾ Chemische Briefe, Brf. 11.

⁸⁾ Vgl. Anmerk. 6.

⁹⁾ Friedrich Bassermann verkaufte das unter seiner Namensfirma gegründete Geschäft 1841 an seinen Bruder Julius Bassermann und an seinen seitherigen Mitarbeiter August Herrschel, die es unter der Firma „Bassermann & Herrschel“ weiterführten. Mitte 1902 wurde nach dem Ausscheiden von August Herrschel die Firma in ihre gegenwärtige Bezeichnung umgeändert.

¹⁰⁾ Die Angaben über den „Verein Chemischer

Zu derselben Zeit setzten Dr. Gustav Clemm aus Gießen, der Bruder von Dr. Clemm-Lennig, u. Christian Boehringer aus Stuttgart die „Chemische Fabrik Heilbronn“ in Betrieb. Anlaß zu diesen beiden Neugründungen hatte die Prosperität der von der Saline Ludwigshall und einem Konsortium 1828 gegründeten „Großherzoglich Hessischen konzessionierten chemischen Fabrik Neuschloß bei Worms“ gegeben. Nach Erwerbung einer in Käfertal bestehenden Soda-fabrik war der Betrieb derselben nach Neuschloß (bei Lampertheim) verlegt und dort 1829 aufgenommen worden. Die durch ehemalige Apotheker gemachten Betriebseinrichtungen erwiesen sich aber bald als verbesserungsbedürftig und veranlaßten den kaufmännischen Direktor der Fabrik, Ernst T. Hintz, 1840 von Charles Kestner in Thann die in der damals berühmten Elsässer Fabrik seit 1823 eingeführten und seitdem vervollkommenen Fabrikations-einrichtungen für Neuschloß zu erwerben. Der in der Folge zwischen den Fabriken Wohlgelegen, Heilbronn und Neuschloß entbrennende Konkurrenzkampf führte zunächst zu der Vereinigung von „Wohlgelegen“ und „Heilbronn“ und schließlich, 1854, zu der Fusion der drei Fabriken unter der noch heute — also seit 50 Jahren — bestehenden Firma „Verein chemischer Fabriken Mannheim“.

Die Leitung verblieb anfänglich in den Händen von Ernst T. Hintz, Dr. Gustav Clemm und Christian Boehringer. Dagegen schied Dr. Clemm-Lennig aus und errichtete 1855, hauptsächlich auf den epochemachenden Arbeiten seines großen Meisters Liebig über Pflanzenernährung fußend, in Mannheim, jenseits der Neckarbrücke, die erste größere chemische Düngerfabrik in Südwestdeutschland, die ihren Betrieb zunächst mit der Verarbeitung von Knochen und Koproolithen begann und dann auf die Darstellung von Superphosphat aus Mineral-phosphaten ausdehnte. Daran schlossen sich andere ausgedehnte Fabrikationen, namentlich von Schwefelsäure, Baryt- und Strontian-präparaten, Blanc fix, Kupfervitriol und Sublimat zur Schwellenimprägnierung usw. Mitte der 60er Jahre setzte sich der vielseitig tätige und erfolgreiche Dr. Clemm-Lennig in Heidelberg zur Ruhe, und seine Fabrik ging in die Hände seines Neffen Georg Carl Zimmer, dem Sohne des Chininfabrik-

kanten Dr. Conrad Zimmer in Frankfurt a. M., unter dessen Namensfirma über.

Auch Christian Boehringer und Dr. Gustav Clemm schieden frühzeitig aus der Leitung des Vereins chemischer Fabriken aus. Letzterer folgte 1855 einem Ruf in die Direktion der Aktiengesellschaft für chemische und metallurgische Produktion in Außig. An seine Stelle trat 1856 Dr. Carl Gundelach, ein Schüler Liebigs.

Dr. Gundelach hatte seine technische Schule in der Kestnerschen Fabrik zu Thann durchgemacht. Unter seiner äußerst energischen und umsichtigen Leitung erreichte der Verein chemischer Fabriken bald seine höchste Blüte. Die Dividende, welche auf ein Aktienkapital von rund 1800000 Mark 1856/57 bereits 10% betragen hatte, stieg schon 1859/60 auf 15%, dann auf 20%, erreichte 1862/63 die außerordentliche Höhe von 35% und erhielt sich auf 30% während der darauffolgenden Geschäftsjahre 1864 bis 1867. Dann trat ein auf bemerkenswerte Ursachen zurückführbarer, mehrjähriger Rückgang der Geschäftserträge ein: die chemische Industrie war inzwischen in eine neue Phase ihrer Entwicklung angelangt. In England und Frankreich war mit dem Schluß der 50er Jahre die Teerfarbenindustrie entstanden, der Wellenschlag der neuen Bewegung hatte sich nach Deutschland fortgepflanzt und brandete, Einlaß begehrend, an den Toren des Vereins chemischer Fabriken. Gehen wir nun auf den Ursprung dieser allesfrühere umgestaltenden Bewegung zurück.

August Wilhelm Hofmann hatte 1843 auf Veranlassung von Liebig die Reihe seiner grundlegenden Arbeiten über das Anilin und dessen Derivate mit einer „chemischen Untersuchung der organischen Basen im Steinkohlen-Teeröl“ — wie der Titel seiner ersten Veröffentlichung lautete — eröffnet. Neun Jahre vorher hatte Runge in Oranienburg bei Berlin in dem bis dahin von den Chemikern gemiedenen Steinkohlenteer, außer der Karbolsäure, dem Pyrrol und der Rosolsäure, zwei Basen entdeckt, unser heutiges Chinolin und Anilin. Letzteres nannte er „Kyanol“ wegen der prächtig blauen Färbung, die es auf Zusatz von Chlorkalklösung annahm, und die ihm bereits den Gedanken an seine technische Verwertung nahe legte.

Runge's Entdeckungen kamen aber zu früh für die Begründung einer Teerfarbenindustrie. Noch fehlte es an der wissenschaftlichen Erkenntnis ihrer ersten Grundlagen, noch fehlte ihr Ausgangsmaterial: das Benzol des Steinkohlenteers. Auf dem spärlichen, schwer trennbaren Basengemische des Teers hätte die Industrie sich nicht mit Erfolg aufbauen

Fabriken“ und die Familie Clemm sind freundlichen Mitteilungen von Prof. Dr. E. Hintz (Wiesbaden) und Kommerzienrat Dr. Adolf Clemm (Mannheim) zu verdanken.

lassen. Mit noch nicht 2 Kilo eines rohen Basengemisches, das er selbst in der Sellschen Fabrik zu Offenbach — einer der ältesten deutschen Teerdestillations- und Karbolsäure-Fabriken, der heutigen Anilinfarbenfabrik von Karl Oehler — aus 500—600 Kilo Teerölen extrahiert hatte, beginnt Hofmann seine epochemachenden Untersuchungen. Eines ihrer ersten Ergebnisse ist die Feststellung der Identität des Run geschen „Kyanols“ mit dem schon 1826 aus dem Indigo, dem arabischen „Anil“, und 1840 aus der Anthranilsäure dargestellten „Anilin“. Zwei Jahre später weist Hofmann im Steinkohlenteer das Vorkommen des früher nur aus der Benzoesäure erhaltenen Benzols durch dessen Überführung in Nitrobenzol und Anilin nach. Damit sind einer Teerfarbenindustrie ihre ersten Schritte vorgezeichnet. Stein auf Stein trägt jetzt Hofmann durch seine umfassende Erforschung des Anilingebietes zum späteren Aufbau der Industrie herbei. Entdeckung reiht sich an Entdeckung, Materialien und Methoden, die zu Grundpfeilern der Farbstofftechnik geworden sind, gehen in Fülle aus seinen rastlosen Arbeiten hervor.

1845 wurde Hofmann an das neu gegründete „Royal College of Chemistry“ in London als dessen Leiter berufen. Ein Laboratorium nach dem Vorbilde des Gießener Laboratoriums sollte errichtet, der Liebigsche Geist, die Liebigsche Forschungs- und Unterrichtsmethode nach England verpflanzt werden. Niemand war dazu geeigneter als Hofmann. Mit Feuereifer nahm er sich seiner Aufgabe an. Ein zweites Gießen erstand. Bald wurde Hofmann der geistige Mittelpunkt der englischen chemischen Wissenschaft und Industrie. Dort erfolgte nun im Verein mit begeisterten Schülern der völlige Ausbau des schon in Deutschland von ihm begonnenen Fundamentes für die Teerfarbenindustrie, und diese Industrie ging dort aus wissenschaftlicher Forschung hervor, als Hofmanns 17 jähriger Assistent, William Henry Perkin, 1856 den ersten Anilinfarbstoff im Verlaufe synthetischer Versuche zur Darstellung des Chinins entdeckte. Aber noch mußte ein weiter Weg vom Laboratorium bis zum Fabrikbetrieb durchmessen werden. Der Technik war noch alles neu und unbekannt: die Gewinnung des Benzols, die Darstellung des Anilius; man mußte neue Apparate, neue Fabrikationsmethoden ersinnen, das Interesse des Färbers und Druckers auf den neuen, die bisherige Färbe Kunst völlig umgestaltenden Farbstoff lenken. Aber mit dem Mut und der Ausdauer des großen Erfinders bewältigte Perkin alle sich vor ihm auftürmenden Schwierigkeiten. 1858 trat der neue Farbstoff in den Markt. Er war von

nie gesehener Schönheit, die sicherte ihm den glänzenden Erfolg. An der Wiege der Anilinfarbenindustrie hatte eine gütige Fee gestanden: die Huld der farbenfrohen Frauенwelt.

Mit dem ersten Anilinfarbstoff war eine neue Zeit für Wissenschaft und Technik angebrochen, der Forschung und der Tatkraft hatte sich ein unabsehbares Gebiet erschlossen, vergleichbar der Entdeckung eines neuen Erdteils. Zur Ergründung seiner Berge, Seen und Flüsse, zur Hebung seiner Bodenschätze, zu seiner Besitznahme, reichte das bisherige Wissen und Können des Einzelnen nicht mehr aus. Vereint gingen der Gelehrte und der Praktiker an das Werk. Einer trug dem anderen die Leuchte, bald griff dieser, bald jener zur Hacke und zum Spaten, gemeinsam bahnten sie Straßen und Wege, stiegen hinab in den dunklen Schacht, erklimmen die Bergesgipfel und blickten entzückt weit hinaus auf das vor ihnen liegende, von Justus Liebig einst verheißene, gelobte Land. Und ihre Entdeckungen und Funde tauschten sie brüderlich miteinander aus. Die Wissenschaft fand aber hier den Kompaß für die planvolle Weiterforschung: die Kekulésche Benzoltheorie, und zur Technik sprach sie fortan in der gemeinfäßlichen neuen Sprache der Strukturchemie.

Dem Perkinschen Anilinviolett folgte 1859 das in Frankreich entdeckte herrliche Anilinrot, das Fuchsins, und bald darauf die glänzende Reihe seiner violetten, blauen und grünen Abkömmlinge. Zur ersten Herstellung des Fuchsins hatte ein altes Agens der Alchemisten gedient, der „Spiritus fumans Libavii“. Jetzt hatte es die einst darauf gesetzten Hoffnungen der Goldmacher erfüllt. Gold ging aus seiner Wirkung hervor, Goldströme rauschten in den englischen und französischen Fabriken.

Diese neue, mächtige Bewegung mußte bald auch das Land ihres geistigen Ursprungs, das Land Justus Liebigs, die deutsche Heimat August Wilhelm Hofmanns, erfassen. Nach dem Erscheinen des Fuchsins fand die neue Industrie auch in Deutschland Eingang. Ihr Begründer in Mannheim-Ludwigshafen war Friedrich Engelhorn.

Glück und Zufall haben über dieser Gründung gewaltet, aber — mit einem Worte des ersten Napoleon¹¹⁾ — „der Zufall bleibt immer ein Geheimnis für mittelmäßige Köpfe und wird eine Wirklichkeit für überlegene Menschen“. Engelhorn war ein den meisten seiner Zeitgenossen überlegener Mann. Er wußte das Glück im Zufall wahrzunehmen —

¹¹⁾ Mémoires de Mme. de Rémusat.

und festzuhalten. Verweilen wir ein wenig bei dem so vielen hier unvergänglich gebliebenen Bilde eines der hervorragendsten Industriellen unserer Zeit, eines „self-made man“, eines Mannes von dem Schlag und der äußeren Erscheinung eines alten Nürnberger Patriziers.

Friedrich Engelhorn¹²⁾ war 1821 zu Mannheim geboren. Vierzehn Jahre alt, trat er bei dem hiesigen Juwelier Goehring in die Lehre, ging dann, nach bestandener dreijähriger Lehrzeit auf die Wanderschaft nach Mainz, Frankfurt, München, Wien, Genf, Lyon und Paris und ließ sich Mitte der vierziger Jahre in Mannheim als Juwelier nieder. Hier wurde er 1847 zufällig durch einen in seinem Hause wohnenden Engländer Smyers-Williquet auf den Gedanken gebracht, gemeinsam mit der bereits in Mannheim bestehenden „Privilegierten Gas-Apparat-Gesellschaft C.L.Köster & G.Smyers-Williquet“ eine Kommandit-Aktiengesellschaft zur Herstellung von portativem Gas zu gründen. Der erfolgreiche Betrieb dieser unter der Firma „Engelhorn & Comp.“ am 1. Oktober 1848 hier auf dem Jungbusch begonnenen Gasfabrikation führt Engelhorn vollends in das Gasfach über. Inzwischen hat die Stadtgemeinde Mannheim ihr bis zur Vollendung der pfälzischen Ludwigseisenbahn, im Hinblick auf die dann zu erwartende Zufuhr billiger Steinkohle, seit 1840 zurückgestelltes Projekt einer eigenen städtischen Gasbeleuchtung wieder aufgenommen, überträgt 1851 an Friedrich Engelhorn in Gemeinschaft mit den Gasunternehmern Spreng und Friedrich Sonntag von Karlsruhe, unter der Firma: „Badische Gesellschaft für Gasbeleuchtung“ die Errichtung eines Gaswerkes aus städtischen Anleihemitteln und verpachtet an das Konsortium den Betrieb auf 30 Jahre. Engelhorn wird der technische und geschäftliche Leiter der Fabrik¹³⁾. Von dem Gasteer bis zu den

¹²⁾ Nach Mitteilungen von Dr. Fr. Engelhorn. Eine treffliche Lebensskizze des am 11. März 1902 dahingeschiedenen Kommerzienrats Friedr. Engelhorn findet sich, nebst Angabe seiner zahlreichen industriellen und kommerziellen Gründungen, in der „Chronik der Hauptstadt Mannheim 1902 von Dr. Fr. Walter“.

¹³⁾ Vgl. den Bericht der Gemeindekommission vom 31. Dezember 1850 und die Bau-, Pacht- und Lieferungsverträge in dem Abdruck: „Die Gasbeleuchtung der Stadt Mannheim“. (Buchdruckerei von H. Hogrefe, 1851). Der städtische Bauschilling sollte inkl. des Erwerbs der Engelhornschen Gasfabrik 200000 fl., die jährliche Pachtsumme 8000 fl. im ersten Jahr und dann, um jährlich 500 fl. steigend, bis zu 22000 fl. betragen, die Pächter waren u. a. verpflichtet, die öffentliche Gasbeleuchtung mit 631 Lampen und 1400 Brennstunden für 6100 fl. jährlich, und die Privatbeleuchtung für den Höchst-

Teerfarben war aber für den von weitfliegenden Ideen und kühnem Unternehmungsgeiste beseelten Mann nur ein kleiner Schritt. Als die Kunde von den märchenhaften Erfolgen der neuen Anilinfarben nach Deutschland drang, war es daher natürlich, daß auch Engelhorn an ihnen teilnehmen wollte. Und zur rechten Stunde führte ihm auch hier Glück und Zufall in Dr. Carl Clemm¹⁴⁾ aus Gießen, einem Neffen von Dr. Clemm-Lennig und früherem Betriebschemiker in dessen Fabrik, einen jungen, arbeitsfreudigen und tatkräftigen Mitarbeiter zu.

Im Verein mit dem bereits genannten Gasunternehmer Friedrich Sonntag und dem Kaufmann Otto Dyckerhoff aus Mannheim gründen Engelhorn und Dr. Carl Clemm am 8. Juni 1861 eine offene Handelsgesellschaft zur Herstellung von Anilin- und Teerfarben unter der Firma „Chemische Fabrik Dyckerhoff, Clemm & Co. in Mannheim“. Nach dem Ausscheiden von Dyckerhoff und dem Eintritt von Dr. August Clemm, einem jüngeren Bruder von Carl

preis von 6 fl. pro 1000 Kubikfuß zu liefern, bei einem jährlichen Reingewinn über 6000 fl. Installation von über 2000 Privatlichtern, fallenden Kohlenpreisen usw. sollten Preismäßigungen eintreten, jährliche Überschüsse über 12000 fl. Reingewinn sollten zur Hälfte der Stadtgemeinde zufallen. Gegen Ende der sechziger Jahre hatte der Pachtvertrag wegen der hohen Gaspreise für Privatbeleuchtung vielfache Mißstimmung in der Bürgerschaft erregt. Mitte Juli 1873 übernahm die Stadt Mannheim das Gaswerk in eigene Verwaltung.

¹⁴⁾ Kommerzienrat Dr. Carl Clemm wurde am 16. August 1836 zu Gießen als Sohn des dortigen Kanzleirats Clemm, eines Bruders der vorerwähnten Dr. Carl Clemm-Lennig und Dr. Gustav Clemm, geboren und schied aus seinem taten- und erfolgreichen Leben am 20. Februar 1899. Nach Beendung seiner Studien in Karlsruhe und Gießen und nach zweijähriger Lehrzeit in der Mannheimer Fabrik seines Onkels Clemm-Lennig kehrte Dr. Karl Clemm 1859 nach Gießen zurück, um sich im dortigen Universitätslaboratorium mit den neu entdeckten Anilinfarbstoffen zu beschäftigen. Dies führte 1860 zu seiner Verbindung mit Engelhorn. Der von ihm mitgegründeten Badischen Anilin- und Sodaefabrik gehörte er bis Anfang 1884 als Direktionsmitglied und Leiter der anorganischen Betriebe an. Nach seinem Austritt gründete er gemeinschaftlich mit Kommerzienrat Carl Haas von Mannheim 1885 die Zellstofffabrik Waldhof und widmete neben der Leitung dieses schnell emporblühenden Werkes seine unermüdliche Arbeitskraft zahlreichen anderen industriellen und kommerziellen Unternehmungen, sowie seiner Tätigkeit im Reichstage. Dr. Carl Clemm war eine sympathische Persönlichkeit, warmherzig, arbeitsfreudig, hilfsbereit. In einem Nachrufe heißt es, „daß seine große Herzengüte sprichwörtlich geworden war“. (Mannh. Generalanzeiger vom 21. Febr. 1899.) Vgl. auch: Berl. Berichte 1899, 429 (C. Liebermann) und Chem. Industr. 1899, 89.

Clemm, als weiterer Geschäftsteilhaber, wird die Firma im März 1863 in „Sonntag, Engelhorn & Clemm“ umgeändert. Eine seltene Vereinigung von vorsichtigem Wägen und entschlossenem Wagen, von chemischem Wissen und geschäftlicher Erfahrung hatte sich hier in Engelhorn und den Brüdern Clemm zusammengefunden. Dazu trat der weite Blick, das Organisationstalent und die frühzeitig schon in kritischen Momenten¹⁵⁾ bewährte Energie von Engelhorn.

Die Geburtsstätte der jungen Industrie war die ehemalige „Zinkhütte“ auf dem Jungbusch in Mannheim. Diese Stätte besitzt ein historisches Interesse für die Entwicklung der hiesigen chemischen Industrie. 1853 errichteten dort die Mannheimer Kaufleute Gebrüder Anton und Philipp Reinhardt eine ausgedehnte Anlage zur Verhüttung der in ihrem Wieslocher Bergbau¹⁶⁾ geförderten

¹⁵⁾ Über den denkwürdigen Anteil des Bürgerwehrersten Fr. Engelhorn an der Durchführung der Kontrarevolution in Mannheim am 22. Juni 1849, vgl. v. Feder, Geschichte der Stadt Mannheim, II, Seite 356.

¹⁶⁾ Der noch heute von der „Vieille Montagne“ in geringem Umfang betriebene Zinkbergbau zu Wiesloch (bei Heidelberg) reicht bis in das 8. Jahrhundert, mutmaßlich sogar bis in die Römerzeit zurück und diente vom 8.—11. Jahrhundert der Gewinnung von silberhaltigem Bleiglanz. Im 15.—18. Jahrhundert wurde der früher mißachtete Galmei zur Messing- und Bronzeerzeugung gefördert. Die Gewinnung von Galmei und Blende zur Darstellung von Zinkmetall datiert erst aus dem 19. Jahrhundert. 1845 entdeckte man zufällig beim Kalksteinbrechen eine drei Fuß mächtige Galmeialagerung, und das veranlaßte den Kaufmann Reinach aus Frankfurt und die Gebrüder Reinhardt aus Mannheim zur Wiederaufnahme der seit langen Jahren unterbrochenen Schürfungen. Am 22. Febr. 1851 fand durch die Gebr. Reinhardt die Entdeckung der ältesten Strecken und Gänge statt, die durch eine mächtige Galmeialagerung hindurch getrieben waren, und in welchen sogar ein großer Vorrat schon gewonnenen Galmeis als Versatz angehäuft war. Dieser Fund gab dem Wieslocher Bergbau einen plötzlichen Aufschwung. Auch Reinach fand angrenzende reiche Lagerstätten und verkaufte 1852 seinen Besitz an die „Vieille Montagne“, während die Gebrüder Reinhardt eine glänzende Kaufofferte ablehnten und alle Mittel an die eigene Ausbeutung ihrer Erzfunde setzten. Sie erbaute mit großem Aufwande die „Zinkhütte“ auf dem Jungbusch in Mannheim, in welcher vom März 1853 bis Juni 1855 bereits über eine Million Kilo Galmei und Zinkblüte zur Verhüttung kam. Im Dezember 1855 gründeten sie mit einer Gruppe von Großkapitalisten eine Aktiengesellschaft unter der Firma „Badische Zinkgesellschaft“, die den Bergbau während 1856—1859 bis zu einer Jahrestförderung von nahe 9 Millionen Kilo Galmei steigerte, den Betrieb der nicht rentierenden Mannheimer Zinkhütte dagegen einstellte und die verlustbringende Hüttenanlage 1857 veräußerte. Da aber die reiche Lagerstätte sich erschöpfte und 1860—1863 bei dem Mangel neuer Erzaufschlüsse die Förderung

Zinkerze. Auf dem Nachbarterritorium erbaute 1860 Carl Dietsch die Mannheimer Portland-Zement-Fabrik¹⁷⁾. In den Werkstätten der inzwischen eingegangenen Zinkhütte wurde 1861 die Fabrikation von Anilin und Fuchsin begonnen, und 1869 stand dort die Wiege der deutschen Alizarinindustrie¹⁸⁾. In der gegenüberliegenden städtischen Gasfabrik wurde ein in der Anilinfabrik 1869 aufgefundenes Verfahren zur Gewinnung von Benzol aus dem Steinkohlengas durch Auswaschen mit Schwerbenzol zuerst in größerem Maßstabe erprobt. Daraus ging die heutige Gewinnung des Benzols aus den Koksofengasen hervor¹⁹⁾. Nach der völligen Übersiedlung ihrer Mannheimer Betriebe nach Ludwigshafen verkaufte die Anilinfabrik ihr Fabrikterrain 1870 an Christoph Boehringer, der seine in Stuttgart 1859 gegründete Chininfabrik, wegen dortiger Schwierigkeiten in der Wasserbeschaffung und wegen ungünstiger Transportverhältnisse nach Mannheim verlegen wollte. Die Chininfabrik nahm hier den erwarteten Aufschwung, begegnete aber neuen Schwierigkeiten in der Beseitigung der extrahierten Chinarinden, die sich vom Neckar nicht unbeanstandet fortschwemmen ließen, und siedelte 1882 an den Altrhein

stetig zurückging, verpachtete die „Badische Zinkgesellschaft“ ihre Gruben 1864 an die „Eschweiler Gesellschaft in Stolberg“ (später „Rheinisch-Nassauische Bergwerks- und Hütten-A.-G.“ in Stolberg), ließ dieselben dann 1877 versteigern und löste sich auf. (Vgl.: Die Zinkerz-Lagerstätten von Wiesloch (Baden) von Dr. Adolf Schmidt. Verhdlg. d. Naturhist.-mediz. Vereins zu Heidelberg. Neue Folge. II. Bd. 1880.)

¹⁷⁾ Die jetzt auf Abbruch verkauft Mannheimer Fabrik war die drittälteste deutsche Portland-Zement-Fabrik. 1863 ging sie in den Besitz von J. L. Espenschied aus Mannheim über, wurde 1876 in eine Aktiengesellschaft verwandelt und vereinigte seit 1901 ihren Betrieb mit dem 1878 gegründeten „Portland-Cementwerk Heidelberg“, vormals Schifferdecker & Söhne“, das nach seiner gänzlichen Zerstörung durch Brand am 4. Febr. 1895, dem Verlangen der Stadtbehörde und Regierung nachgebend, seinen die landschaftlichen Reize von Heidelberg beeinträchtigenden Betrieb nach Leimen (bei Wiesloch) verlegt hatte. Zu der unter der gegenwärtigen Firma „Portland-Cement-Werk Heidelberg und Mannheim, A.-G.“ gebildeten Vereinigung gehören auch die Fabriken von Weisenau bei Mainz (seit 1887), sowie von Nürtingen, Diedesheim-Neckarelz und Budenheim mit einer Gesamtproduktionsfähigkeit von jährlich über 2 Millionen Faß (à 180 kg). Das neue Werk in Leimen ist jetzt das größte auf dem Kontinent. (Nach Mitteilung von Dir. Dr. Schott.)

¹⁸⁾ In einer dortigen Versuchsfabrik wurden 1869/70 die ersten größeren Darstellungen von künstl. Alizarin aus Anthrachinon unter Anwendung von gußeisernen Sulfonierungskesseln und Druckschmelze ausgeführt.

¹⁹⁾ Vgl. H. Caro, „Entwicklung der Teerfarbenindustrie“, Berl. Berichte 25, c, 972, Anm. 3.

nach dem Waldhof über. Nach manigfachen weiteren Schicksalen der „Zinkhütte“ fabriziert dort seit 1898 die heutige Firma „H. Schlinck & Co.“ das unter dem Namen „Palmin“ bekannte Speisefett der Kokosnuss.

Die Aussaat des Engelhornschen Unternehmungsgeistes hatte in der Teerfarbenindustrie den geeigneten Boden für ihre Entwicklung gefunden. Die junge Anilinfabrik wuchs und gedieh. Aber in einer harten Schule der Arbeit und Sorge wuchs sie auf, wie alle unsere ersten deutschen Anilinfabriken. Es war eine freud- und gewinnlose Nachahmungsindustrie, die der ersten Jahre, lähmend den Flug des allein segenbringenden, eigenen Entdeckens und Erfindens. Noch gab es kein deutsches Patent, noch keinen Weltmarkt für den deutschen Gewerbefleiß. Ungehindert ahmte man die wertvollsten in englischen und französischen Patentschriften beschriebenen Erfindungen nach und konkurrierte hart miteinander auf dem beschränkten deutschen Absatzgebiet. Dadurch lernte man aber mit bescheidenen Gewinnen sich begnügen, rationell und nach kaufmännischen Grundsätzen die Fabrikations- und Verkaufs betriebe leiten, rastlos verbessern, sparen und zusammenhalten, und legte das Fundament für einen gesicherten Aufbau der Industrie, während die durch weittragende Monopole geschützten Erfindungen den ausländischen Konkurrenten sorglos und achtlos machten. Und die Stunde kam, in der die Schranken der ausländischen Monopolherrschaft fielen, wo zunächst der weite englische Markt dem deutschen Absatz verschlossen wurde, und dann nahte die Zeit, wo unter dem Schutz und dem Antrieb des deutschen chemischen Verfahrenspatentes der deutsche Erfindungsgeist seinen mächtigen Aufschwung nehmen und den Weltmarkt sich erobern sollte.

1864, nach kaum dreijährigem Betriebe der Anilinfabrik, war diese glückliche Zeit noch nicht gekommen. Noch durfte man nur an die Verringerung der Herstellungskosten von Anilin und Fuchsin denken, um konkurrenzfähig zu bleiben. Das erschwerten der jungen Fabrik aber die exorbitant hohen Preise, die der Verein chemischer Fabriken in Mannheim, ihr Hauptlieferant, für die von ihr in großen, steigenden Mengen benötigten Hilfsprodukte, namentlich für Schwefelsäure, Salpetersäure und Arseniksäure, damals forderte. Das war nun die Zeit, zu der — wie früher erwähnt — die neuerstandene Teerfarbenindustrie dringend Einlaß an den Toren des Vereins chemischer Fabriken begehrte.

Engelhorns weiter Blick erkannte damals die Notwendigkeit einer Vereinigung

der Teerfarbenindustrie mit der chemischen Großindustrie. Die von ihm sofort eingeleiteten und schon bis zum Abschluß ge diehenen Fusionsverhandlungen scheiterten aber noch in letzter Stunde an dem stolzen Selbstbewußtsein des Vereins, und auf der Stelle erfaßt er den Gedanken, selbst eine große Anilin- und Soda fabrik vor den ihm verschlossenen Toren des Vereins chemischer Fabriken zu errichten. Sein stets hilfsbereiter Ratgeber und Freund, der Mannheimer Bankier Seligmann Ladenburg, der Chef des Bankhauses W. H. Ladenburg & Söhne, bietet seine Hand zur Gründung einer neuen Aktiengesellschaft und bewirbt sich für dieselbe bei den städtischen Behörden um den Ankauf von 40 Morgen städtischen Geländes auf den „großen Neuwiesen“ nahe am linken Neckarufer. Der Gemeinderat akzeptiert sein Gebot von 900 Gulden pro Morgen und beantragt am 12./4. 1865 beim großen Bürgerausschuß die Genehmigung des freihändigen Verkaufs. Aber Gegen- und Unterströmungen haben sich eingestellt, und nach langer, erregter Debatte wird der gemeinderätliche Antrag in namentlicher Abstimmung mit 68 gegen 42 Stimmen abgelehnt. Noch an demselben Tage findet Engelhorn auf dem Hemshof bei Ludwigshafen ein vortrefflich geeignetes Terrain für die neue Fabrikanlage, am 24. April ist bereits der gesamte Grundstückserwerb vollendet, am 10. Mai trifft schon die Konzession der pfälzischen Regierung für die nunmehr konstituierte „Badische Anilin- & Soda fabrik“ ein, und unmittelbar darauf geschieht der erste Spatenstich²⁰⁾.

Diese unerwartete Schicksalswendung der in Mannheim entstandenen und emporgewachsenen Teerfarbenindustrie gereichte ihr und ihrer neuen Heimat Ludwigshafen zu reichem Segen. Auf dem projektierten Mannheimer Terrain, in unmittelbarer Nähe der aufstrebenden Handelsmetropole und ihrer später nach Osten zu drängenden baulichen Erweiterung, fern von dem Rhein, hätte sie nicht die Grundbedingungen für ihre unge-

²⁰⁾ Vgl. „Mannheimer Journal“ 1865, Nr. 83, 88, 93, 97, 99, 111. Der folgenreiche Ausfall der Abstimmung vom 12./4. 1865 ist hauptsächlich auf ein erst in der Sitzung eingelaufenes schriftliches Höhergebot des Vereins chemischer Fabriken zurückzuführen. Dadurch erschien vielen der Weg einer öffentlichen Versteigerung der Grundstücke im städtischen Interesse für vorteilhafter als der Weg des freihändigen Verkaufs. In der vom Gemeinderat auf den 26./4. anberaumten öffentlichen Versteigerung erschienen aber keine Kaufliebhaber. Von der Tagespresse wurde diese Wendung der Dinge lebhaft beklagt.

hinderte, gedeihliche Entwicklung finden können. Man bedenke, daß der gegenwärtige Grundbesitz der Fabrik²¹⁾ ein Terrain von 220 ha umfaßt — über das Fünfzehnfache der ihr einst in Mannheim versagten 40 Morgen-, daß davon $\frac{1}{6}$ mit 450 Fabrikgebäuden, 656 Arbeiter- und 108 Beamtenwohnungen überbaut ist, daß ihr Wasserwerk aus dem Rheine jährlich über 41 Mill. cbm Wasser fördert, und daß die entsprechend großen Abwassermengen von dem mächtigen Strome schnell dahingetragen werden, während ihr seine Wasserstraße einen großen Teil ihrer Rohmaterialien, namentlich die Ruhrkohlen und die spanischen Pyrite, zuführt, wobei allein ihr jährlicher Kohlenkonsum über 355 000 t und ihr anderweitiger Rohmaterialbedarf gegen 174 000 t beträgt! Sechs große Dampfkrahne laden und entladen die Schiffe, über 500 Eisenbahnwagen vermitteln auf einem 52 km langen normalspurigen Schienennetz — einer Strecke von hier über Heidelberg nach Bruchsal — den inneren Transportverkehr. Und diese Fabrik — die größte aller chemischen Fabriken —, in der jetzt 7531 Arbeiter, Aufseher und Handwerker mit einem Stabe von 195 Chemikern, 101 Ingenieuren und Technikern und 587 kaufmännischen Beamten tätig sind, in der 355 Dampfmaschinen mit zusammen 21 620 PH und 12 Dampfdynamomaschinen mit zusammen 9015 PH die erforderliche mechanische und chemische Energie für die Betriebe, für elektrische Beleuchtung und Elektrolyse und für die jährliche Erzeugung von 18 Mill. kg Eis, im Verein mit 140 Dampfkesseln von 23 000 qm Heizfläche und über 25 Mill. cbm von selbsterzeugtem Leucht- und Heizgas liefern, diese Fabrik, deren heutigen Liegenschaften-, Gebäude- und Apparatewert 80 Mill. Mark übersteigt, hat 1865 ihren Betrieb in Ludwigshafen mit nur 30 Arbeitern aufgenommen. Diese glänzende industrielle Entwicklung prägt sich naturgemäß auch in dem außerordentlich schnellen und großen Aufschwung von Ludwigshafen aus — der erst vor 50 Jahren entstandenen „jüngsten Stadt am Rheine“²²⁾, deren anfängliche Zahl von etwa 1500 Einwohnern jetzt die Ziffer

²¹⁾ Die nachstehenden Angaben über die Badische Anilin- und Soda-fabrik sind hauptsächlich einer von der Direktion den Festteilnehmern „Zur Erinnerung an den Besuch des Vereins deutscher Chemiker am 27. Mai 1904“ freundlichst gewidmeten, reichhaltigen Festschrift entnommen.

²²⁾ Vgl. über diese und einige der folgenden Angaben: Geschichte der Stadt Ludwigshafen a./Rh., Entstehung und Entwicklung einer Industrie- und Handelstadt in 50 Jahren, 1853—1903, Jubiläumsschrift des Bürgermeisteramts.

71 000 überschritten hat. Kamen doch von der ersten Stunde an die Arbeitslöhne und die bei dem Aufbau der Fabrik den dortigen Handwerkern und Lieferanten gezahlten Summen der aus drohendem Verfall sich aufraffenden Stadt zugute. Im Jahre 1903 zahlte die Fabrik an ihre Arbeiter und Aufseher die Lohnsumme von nahezu 9 Mill. M, und gegen $4\frac{1}{3}$ Mill. M an Ludwigshafener Handwerker und Lieferanten.

Aber auch die Entwicklung der Ludwigshafener Chemischen Industrie ist, mittelbar oder unmittelbar, durch die dortige Ansiedlung der Badischen Anilin- und Soda-fabrik bedingt und gefördert worden.

1865 waren nur drei chemische Fabriken in Ludwigshafen vorhanden. Die älteste, noch in die Vorzeit der Stadt zurückreichende Gründung war die der Firma „Gebrüder Giulini“.

Wir erinnern uns, daß Paolo Giulini 1851 seine Mannheimer Fabrik an Dr. Carl Clemm-Lennig verkauft hatte. Vertraglich an einer Aufnahme der Soda-fabrikation verhindert, gründete er noch in demselben Jahre mit seinem Bruder Baptista in Ludwigshafen eine Alaunfabrik und Schwefelraffinerie, der 1852 sein Sohn Lorenz hinzutrat. 1866 nahm die Firma die Darstellung von Tonerdehydrat aus Kryolith und später aus Bauxit auf. Daran reihte sich die Fabrikation von Tonerdenatron, Schwefelsaurer Tonerde, Mineralsäuren und künstlichen Düngern. 1893 wurde eine zweite Fabrik, das „Giuliniwerk“ in Mundenheim bei Ludwigshafen errichtet. Diese in ihrer Art zu den bedeutendsten deutschen chemischen Fabriken zählenden Werke beschäftigen jetzt gegen 560 Arbeiter.

Die zweitälteste, im Jahre 1858 von Dr. Louis Reimann gegründete Ludwigshafener Fabrik war die Weinsteinsäure-fabrik der Firma Joh. Adam Benkiser, eine Zweigniederlassung derselben 20er Jahren in Pforzheim bestehenden gleichnamigen Firma. Infolge der günstigeren Lage an den Hauptverkehrswegen wurde die Ludwigshafener Filiale bald zum Hauptgeschäft. Eine zweite Fabrik wurde 1882/83 für die Darstellung von Mineralsäuren und Kalisalzen errichtet.

Einen Grenznachbar fand die Badische Anilin- und Soda-fabrik bereits in der 1862 auf dem „Hemshof“ errichteten Dünger-fabrik von Michel & Co. vor. Die Abfallschwefelsäure der Anilinfabrikation fand dort sofort eine willkommene und lohnende Verwendung zur Darstellung von Superphosphat.

Auf die gleiche Verwendung ihrer Abfallschwefelsäure gründete 1890 ein späterer Nachbar der Anilinfabrik, die chemische

Fabrik F. B. Silbermann, eine Superphosphatfabrikation.

Auch die Salzsäure ihres Leblanc-Soda-betriebs veranlaßte das Entstehen neuer Fabriken.

Dr. Emil Saame von Göttingen errichtete 1871 unter der Firma „Saame & Co.“ in unmittelbarer Nachbarschaft der Badischen Anilin- und Soda-fabrik eine Anlage zur Darstellung des damals noch neuen und vielbegehrten Chloralhydrats. Nach seinem Tode übernahmen 1873 Dr. P. W. Hofmann, ein Neffe und Schüler von August Wilhelm von Hofmann, und Saames früherer Associé Otto Schoetensack, gemeinschaftlich die Fabrik und dehnten unter der Firma „Hofmann & Schoetensack“ ihren ansehnlichen Betrieb auf die Darstellung anderer Chlorpräparate, insbesondere des Chloroforms, des Phosgens, der Benzylchloride usw. aus. Dazu traten anderweitige pharmazeutische Produkte und Hilfsprodukte für die Teerfarbenindustrie, Mineralsäuren, Essigsäure aus der Holzdestillation von Hochspeyer und, gemeinschaftlich mit dem früher genannten Christoph Boehringer, die Fabrikation von Äther für dessen Chinin-extraktion. 1882 wurde die Fabrik in eine Aktiengesellschaft unter der Firma „Chemische Fabrik vormals Hofmann & Schoetensack“ umgewandelt. 1893 war der Erwerb ihres Terrains für die sich immer weiter ausdehnende Badische Anilin- und Soda-fabrik erforderlich geworden, der Ankauf erfolgte, der Fabrikbetrieb wurde 1894 nach Gernsheim a. Rhein verlegt und 1898 die Firma in „Chemische Fabrik Gernsheim“ umgeändert.

Einen weiteren großen Konsumenten ihrer Salzsäure, zum Zweck der Gewinnung von Leim, Knochenfett und Calciumphosphat aus Knochen und Hautabfällen, zog die „Anilinfabrik“ — wie sie hier allgemein nur genannt wird — in der 1871 auf dem „Hemshof“, als Filiale einer Hamburger Fabrik, gegründeten chemischen Fabrik für Leim und Dünger „Zimmermann“ herbei.

Auch in der Gründung der 1886 durch den früheren kaufmännischen Direktor von Hofmann & Schoetensack, Max Daege, im Verein mit Hans Knoll und Dr. Albert Knoll, errichteten „Chemischen Fabrik Knoll & Co.“, welche die Darstellung chemisch-pharmazeutischer Präparate, meist eigener Erfindung, in schwungvollem Maße betreibt²³⁾, äußert sich noch die Nachwirkung

²³⁾ Die Fabrik beschäftigt 10 Chemiker, 1 Ingenieur, 25 kaufmännische Beamte und 90 Arbeiter. Die große Reihe ihrer synthetischen Produkte eröffnete sie 1886 mit dem Codein. Die

des durch die Verpflanzung der Anilinfabrik nach Ludwigshafen der dortigen Industrieentwicklung gegebenen Impulses. Bei dieser Gründung haben nicht nur persönliche Momente gewaltet, auch nicht nur die Anziehungs-kraft eines bereits vorhandenen industriellen Kristallisierungspunktes oder der Hinblick auf die geschäftlichen Vorteile der Ansiedlung in einem großen Industriezentrum mit den dadurch geschaffenen, jedem zugute kommenden, günstigen Arbeits- und Verkehrs-verhältnissen. In diesem Falle ist in dem Entstehen der neuen Fabrik, wie früher schon in dem Entwicklungsgange der Betriebe von Hofmann & Schoetensack, auch eine innere verwandschaftliche Beziehung zu der Teerfarbenindustrie erkennbar. War doch aus ihrem Stamme in den 80er Jahren der Industriezweig der synthetischen Heilmittel hervorgewachsen, und ist doch dieser neue Zuwachs zur pharmazeutisch-chemischen Technik stets in engster Fühlung mit dem Fortschritt in den Materialien und Methoden der Farbstoffsynthese geblieben.

Ähnlich, nur noch direkter, läßt sich der Einfluß der Teerfarbenindustrie auf das Entstehen neuer Werke in der durch einen früheren Betriebsleiter der Anilinfabrik 1891 erfolgten Gründung der Chemischen Fabrik von Dr. Fritz Raschig in Mundenheim²⁴⁾ nachweisen. Auch diese größte jetzt bestehende Anlage für die Darstellung von synthetischer und aus roher englischer Carbolsäure erzeugter reiner Carbolsäure und deren Homologen, die mit ihrer täglichen Produktion von ca. 5000 Kilo „Kristallcarbolsäure“ einen großen Teil des Weltbedarfs an dem in der Antiseptik, der Sprengstoff-, pharmazeutischen und Farbstofftechnik, insbesondere zur Darstellung von Pikrinsäure- und Salicylsäure, in größtem Maßstabe verwendeten Teerdeivate liefert, auch dieses Ludwigshafener Werk ist samt seinen Fabrikationsmethoden aus der Teerfarbenindustrie hervorgegangen und gehört dem allmählich selbstständig gewordenen Industriezweig ihrer „Zwischenprodukte“ an. Schon in der Vorzeit der Anilinfarben, lange ehe die Carbolsäure berufen ward, Wunden zu heilen, die ihr zerstörender Sprößling, die Pikrinsäure, schlug, hatte sie schon ihre farbstoffbildende Kraft in der aus ihr erzeugten Rosolsäure enthüllt, und erst die spätere industrielle Darstellung dieses Farbstoffs führte zu ihrer Reindarstellung, und dann erst zur

drei Firmeninhaber sind aus der Schule des Drogenhauses Gehe & Co. in Dresden hervorgegangen.

²⁴⁾ In der Fabrik sind 4 Chemiker, 1 Ingenieur, 8 Kaufleute und 100 Arbeiter tätig.

erfolgreichen Verwertung ihrer segensreichen antiseptischen Eigenschaften. Und auch die Farbstoffnatur der Pikrinsäure war früher als ihre Explosionskraft zur praktischen Nutzung gelangt, sie war der erste in der Färberei verwendete „künstliche“ Farbstoff gewesen.

Aber auch über den Rhein hinüber drang bald der fördernde Einfluß der sich mächtig entwickelnden linksrheinischen Teerfarbenindustrie. Naturgemäß mußten mit dem Emporwachsen des Stammes auch die ihm Nahrung zuführenden Wurzeln immer weiter sich ausbreiten und erstarken. Mit der zunehmenden Entdeckung neuer Farbstoffgebiete hatte die Destillation des Steinkohlenteers und die Gewinnung und Trennung der farbstoffliefernden Teerdestillate, technisch und wissenschaftlich, weiter fortschreiten müssen, dem ursprünglichen Bedarf an Benzol und Carbonsäure war der an Naphtalin und Anthracen gefolgt, und statt der früher verwendeten, in ihrem Gehalte an wirksamen Stoffen schwankenden Gemische verlangte man die reinen Produkte, ihre Isomeren und Homologen.

In Mannheim, auf dem „Lindenholz“ war bereits 1872 eine Teerdestillationsanlage von Dr. Heinrich Propfe errichtet worden. Nach der totalen Zerstörung der Fabrik durch Brand im Mai 1876 wurde sie im folgenden Jahre durch die von Dr. Carl Weyl, einem früheren Leiter in der Alizarinfarbenindustrie, gegründete Firma „C. Weyl, Commandit-Gesellschaft“ wieder neu aufgebaut und in Betrieb gesetzt. 1902 wurde sie in eine Aktiengesellschaft unter ihrer gegenwärtigen Firma „Chemische Fabrik Lindenholz, C. Weyl & Co., Aktiengesellschaft“ umgewandelt. In den jetzigen Leitern der Fabrik, Dr. Karl Dyckerhoff und Dr. August Clemm, einem Sohne des gleichnamigen, früher genannten Mitbegründers unserer Teerfarbenindustrie, begegnen wir wiederum den vereinigten Namen ihrer ersten hiesigen Gründer „Dyckerhoff und Clemm“.

1879 wurde eine Fabrikationsfiliale in Hüningen a. Rhein, 1884 eine andere in Duisburg a. Rhein und 1889 eine dritte auf dem „Waldhof“ bei Mannheim in Betrieb gesetzt. Die auf dem „Lindenholz“, in Hüningen und Duisburg, erzeugten Rohprodukte der Teerdestillation werden in Mannheim, gemeinsam mit den von in- und ausländischen Teerdestillationen bezogenen Halbprodukten, auf die Reinprodukte des Handels weiter verarbeitet, und für die hervorragende Entwicklung des durch die Teerfarbenindustrie in das Leben gerufenen großen Unternehmens spricht, daß 1877 auf dem Mannheimer Werke gegen 2000 t, und 1903 in den drei Teer-

destillationen zusammen gegen 66 000 t Steinkohlenteer verarbeitet wurden. Die auf dem „Waldhof“ errichtete Anlage dient dagegen nur zur Herstellung von synthetischer Carbonsäure, Pikrinsäure und von „Zwischenprodukten“ für die Teerfabrikation. In dieser Anlage war zuvor die Herstellung von Anilin und Teerfarbstoffen von dem Verein chemischer Fabriken vorübergehend betrieben worden.

Gehen wir jetzt wieder zu der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik zurück.

Kaum in Betrieb gesetzt, nahm sie auf dem Sodamarkte den Konkurrenzkampf mit dem „Verein Chemischer Fabriken“ energisch auf und führte ihn in den nächstfolgenden Jahren erfolgreich durch. Das war nun die Zeit, in welcher der früher erwähnte erste Stillstand und vorübergehende Rückschritt in den glänzenden Geschäftsergebnissen des „Vereins“ eintrat. Seine Dividenden fielen von 30% in den Jahren 1864—1867 bis auf 20% und darunter in den darauf folgenden 4 Jahren und stiegen dann, trotz eingetretener Erhöhung des Aktienkapitals, von 1871—1872 ab wieder auf die Höhe von 30%, nachdem zwischen den Gegnern Frieden geschlossen und eine Verkaufsvereinigung erzielt worden war.

Aber drohendere Wolken waren inzwischen aufgezogen.

Durch die im Juni 1873 erfolgte starke Herabsetzung des Eingangzolles auf calcinierte Soda war die deutsche Soda-industrie in eine ungünstigere Periode ihrer Entwicklung eingetreten²⁵⁾. Auf Kosten der deutschen Produktion stieg der Import von englischer Soda. Manche Fabrik mußte ihren unrentabel gewordenen Betrieb einstellen.

Es war ferner 1873 eine neue große Konkurrenzfabrik zur Herstellung von Soda, kaustischer Soda, Chlorkalk, Schwefelsäure usw. auf der „Rheinau“ bei Mannheim von Rudolph Haas und einem Konsortium Mannheimer Kaufleute unter der Firma „Chemische Fabrik Rheinau“ gegründet und unter der energischen technischen Leitung von Dr. Philipp Pauli, nach dem Vorbilde neuester englischer Sodafabriken, erbaut und in Betrieb gesetzt worden.

In demselben Jahre, 1873, trat auf der Wiener Weltausstellung zum ersten Male die Bedeutung des in der Stille herangewachsenen Ammoniaksodaverfahrens, — des „Solvayprozesses“ — als dereinst

²⁵⁾ Hasenclever, Chem. Industr. 1878, 7. Die deutsche Produktion ging infolge der Reduktion des Eingangszolls von 4 M auf 1,5 M per 1000 kg von 58 000 t in 1872 auf 42 500 t i. J. 1877 zurück, während der Import von 14 400 t i. J. 1872 bis auf 32 100 t in 1876 stieg.

gefährlicher Rivale des „Leblancprozesses“ in ihre überraschend glänzende Erscheinung. Es begannen harte, sorgenvolle Zeiten. Immermehr wichen die Verkaufspreise. Von noch 200 Mark im Jahre 1878 fiel der Preis der Tonne Soda auf 80 Mark im Jahre 1886²⁶⁾). Aber am verhängnisvollsten für den Verein chemischer Fabriken war sein Entschluß, den der Teerfarbenindustrie früher verwehrten Einlaß in seine Tore sich jetzt mit eigenen Kräften zu erzwingen. Anfangs der 70er Jahre hatte er die bereits erwähnte Fabrik auf dem „Waldhof“ zur Herstellung von Anilin errichtet, anfangs der 80er Jahre trat daselbst die Fabrikation von Teerfarbstoffen unter der Leitung namhafter Chemiker und Erfinder hinzu. Aber da zeigte es sich bald, daß man die mit ihren weithin verzweigten Wurzeln und Lebensfasern im sorgsam vorbereiteten Boden emporgewachsene Industrie nicht mehr in fremde Erde verpflanzen und dort zur Blüte bringen konnte²⁷⁾). Dazu trat der durch den Tod der bewährten kaufmännischen und technischen Direktoren Hanser und Gundelach 1878 eingetretene Wechsel in der Geschäftsleitung. Alles wirkte zusammen zu einem zweiten, viel ernsteren Rückgang der Geschäftsergebnisse. 1875 mußte schon der Heilbronner Leblancsodabetrieb als unrentabel aufgegeben werden. Sprungweise fielen die Dividenden, und von 1883—1888 konnte eine Dividende überhaupt nicht mehr verteilt werden. Erst als unter der trefflichen Leitung des kaufmännischen Direktors Christian Clemm²⁸⁾, eines Sohnes des früher erwähnten Mitgründers des „Vereines“ Dr. Gustav Clemm, die verlustbringende Fabrikation von Anilin und Teerfarbstoffen eingestellt und eine finanzielle Reorganisation des Aktienunternehmens erzielt worden war, trat ein neuer und seit 1889 ununterbrochen andauernder, kräftiger Aufschwung ein²⁹⁾). Chemische und mechanische Ver-

²⁶⁾ Wichelhaus „Wirtschaftliche Bedeutung chemischer Arbeit“ S. 12.

²⁷⁾ Diese Erfahrung bestätigte sich auch bei den in den 80er Jahren von Julius Espenschied in Friedrichsfeld (bei Mannheim) und von Georg Carl Zimmer in Mannheim ohne nachhaltigen Erfolg unternommenen Farbstoffbetrieben.

²⁸⁾ Vgl. den Nachruf an Christian Clemm: Chem. Industr. 1892, 307.

²⁹⁾ Der „Verein“ beschäftigt jetzt 35 Chemiker und Techniker, 52 kaufmännische Beamte und 1400 Arbeiter, mit einer jährlichen Gehalts- und Lohnsumme von 11½ Mill. Mark. Die Produktion des „Vereins“ an Soda ist hente nach den Deutschen Solvaywerken (Bennburg) die größte in Deutschland. Bei einem Aktienkapital von 4 Mill. M. sind die Dividenden seit 1894 bis auf 16 % wieder gestiegen.

besserungen im Leblancsodabetrieb erhielten ihn in Wohlgelegen und Neuschloß lebensfähig. Das Ammoniaksodaverfahren wurde in Heilbronn erfolgreich eingeführt. An der neuesten Entwicklung des Schwefelsäurebetriebes nahm der „Verein“ hervorragenden Anteil durch ein von Dr. Adolf Clemm³⁰⁾, dem jüngsten der drei Brüder: Carl, August und Adolf Clemm, erfundenes und mit ihm gemeinsam ausgestaltetes Verfahren zur Darstellung von Schwefelsäureanhydrid aus den Röstgasen der Pyrite. So zeigte es sich schließlich auch in dem so glänzend begonnenen Leben des Vereins chemischer Fabriken, daß bleibender industrieller Erfolg ein Kind der Sorge ist.

Auch der chemischen Großindustrie der „Rheinau“ war gleichzeitig eine ähnliche, aber ungleich härtere Prüfungsperiode beschieden worden. Auch hier folgte einem anfänglich schnellen Aufschwung ein durch den siegreichen Kampf von „Solvay versus Leblanc“ bedingter Niedergang. Als vollends nach dem Übertritt von Dr. Pauli in die Leitung der Höchster Farbwerke 1882 die Fabrikation pharmazeutischer und photographischer Präparate von der „Chemischen Fabrik Rheinau“ aufgenommen wurde, ging es rascher bergab; 1886 liquidierte die Fabrik, eine neu entstandene Gesellschaft, die „Aktien-Gesellschaft für chemische Industrie“ veräußerte 1887 die Soda- und Säureabteilung an Robert Hasenclever³¹⁾ zur Errichtung einer Zweigniederlassung der „Rheania“ in Aachen, während sie selbst die Chemikalienabteilung weiterführte und vergrößerte. Bekannt ist, wie sie 1902 schließlich in Konkurs geriet, und welche traurige Katastrophe damit über die großzügig geplante und zukunftsreiche Entwicklung des Rheinau-Hafengebietes hereinbrach. Aber Hoffnung und Zuversicht sind auch dort wieder eingekehrt, seitdem 1903 die altberühmte Berliner Firma „Kunheim & Co.“ die fallite Fabrik für eine Zweigniederlassung erwarb. Die Namen besten Klanges „Kun-

³⁰⁾ Kommerzienrat Dr. Adolf Clemm, Vorsitzender des Aufsichtsrats des Vereins Chemischer Fabriken, ist während langer Jahre der technische Leiter der früher erwähnten Fabrik von „Georg Carl Zimmer“ in Mannheim gewesen, deren Betrieb seit mehreren Jahren eingestellt worden ist.

Die Firma „Georg Carl Zimmer“ ist nur noch für die Misch- und Lagerungsanstalt der Firma „Chemische Werke N. & E. Albert in Biebrich“ im hiesigen Industriehafen beibehalten worden.

³¹⁾ Robert Hasenclever, † 23. Juni 1902. Siehe den Nekrolog des um die Deutsche chemische Großindustrie hochverdienten Mannes: Berl. Berichte 1902, IV. 4550 (v. Fr. Quincke).

heim“ und „Hasenclever“ sind Bürgen des ferneren Erfolgs. Und schon steigt eine neue farbenstrahlende Morgenröte am wolkenlos gewordenen Himmel der „Rheinau“ empor, kündend das baldige Erscheinen einer dortigen Teerfarbenindustrie, einer Fabrikationsfiliale der großen Berliner Anilinfabrik. So zieht die Weltverkehrstraße des Rheinstroms immer neue industrielle Anlagen in ihren hiesigen Bereich.

Während der geschilderten Ereignisse in der chemischen Großindustrie Mannheim-Ludwigshafen vollzog sich die unablässig fortschreitende Entwicklung der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik. 1873 erhielt sie durch ihre Fusion mit den Stuttgarter Fabriken von Rudolf Knosp und Heinrich Siegle eine erweiterte Gestaltung und einen Zuwachs an Kapital, hervorragender Arbeitskraft und Geschäftserfahrung. Erfolgreich betrat sie das Erfindungsgebiet. Traten auch anfangs der 80er Jahre die ersten Gründer, Engelhorn und die Brüder Clemm, von der geschäftlichen Leitung zurück, so folgte doch ein jüngerer, kräftiger Nachwuchs³²⁾ den von ihnen vorgezeichneten Bahnen. Allen Schritten in dem fast 40-jährigen Entwicklungsgange des Ludwigshafener Werkes nachzugehen, würde aber eine hier unlösbare Aufgabe sein. Man müßte die oft gehörte und uns doch stets wie ein Märchen anmutende Geschichte der Teerfarbenindustrie wiedererzählen, denn mit allen ihren vielgestaltigen Phasen, mit allen ihren wunderbar verschlungenen Wegen ist auch der Werdegang des großen Werkes auf das innigste verknüpft gewesen. Nur einige der bedeutungsvollsten Momente in der Entwicklung der Teerfarbenindustrie sollen hier an uns vorüberziehen, weil sie die wichtigsten Etappen auf der Bahn des Fortschritts unserer deutschen und damit auch unserer hiesigen Teerfarbenindustrie gewesen sind.

Die Entwicklungsgeschichte der Teerfarbenindustrie zeigt uns das fesselnde Schauspiel nationaler Kämpfe um die Führerschaft auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiete.

³²⁾ 1884 traten Dr. Heinrich Brunck, Dr. Carl Glaser und August Hanser, letzterer als kaufmännischer Leiter, in den Vorstand der Gesellschaft ein. Seiner rastlosen und äußerst erfolgreichen Tätigkeit wurde der mit ungewöhnlicher Arbeitskraft und seltenen Charaktereigenschaften begabte Komm.-Rat August Hanser am 18./9. 1895 durch den Tod entrissen. (Vergl. den tief empfundenen Nachruf von Dr. C. Glaser in Chem. Ind. 1895, 397). Auch Geh. Komm.-Rat Rudolf von Knosp, der langjährige Vorsitzende des Aufsichtsrats, einer der ältesten deutschen Anilinfarbenfabrikanten, schied am 26./3. 1897 aus seinem arbeitsreichen, von großen Erfolgen begleiteten Leben.

Vom deutschen Standpunkte aus können wir darin zwei Hauptperioden erkennen. In der ersten erwerben England und Frankreich, in der zweiten erringt Deutschland die Hegemonie.

Die erste Periode ist die der ältesten Anilinfarben. Man könnte sie auch die „Hofmannsche“ nennen. Sie geht — wie früher erwähnt — aus den Forschungen und der Schule Hofmanns hervor, sie trägt den Stempel seines Geistes und ist eine Periode überraschender empirischer Funde, glänzender wissenschaftlicher Entdeckungen und grundlegender industrieller Einzelleistungen — ein Heroenzeitalter. In England und Frankreich an den Hauptquellen ihres Rohmaterials, des Steinkohlenteers, entstanden, durch geniale, bahnbrechende Entdecker und unter weitreichendem Monopolschutz in das Leben gerufen, begünstigt durch die großen heimischen und überseeischen Absatzgebiete; schnell weltberühmt und kapitalmäßig geworden, erwirbt die ausländische Farbstoffindustrie während des ersten Dezenniums ihres Bestehens das geistige und materielle Übergewicht über die auf einem noch jungen Kulturboden sich entwickelnde und des inneren — seelischen — Antriebs entbehrende deutsche Nachahmungsindustrie. Gegen Mitte der sechziger Jahre beginnt die Wage sich zu unsern Gunsten zu neigen. Das uns den Hauptmarkt verschließende englische Fuchsmonopol wird 1865 nach jahrelangem Patentstreit vernichtet, das französische noch viel weiter greifende Monopol „auf den Farbstoff selbst und alle seine Anwendungen“ hat bereits den industriellen Fortschritt Frankreichs gelähmt und führt zum baldigen Ruin der den Markt beherrschenden Gesellschaft „La Fuchsine“, die großen Erfinder treten vom Schauplatz ab oder wandern aus, und Hofmann — die Seele der Bewegung — verläßt das ohne ihn jetzt steuerlos gewordene Schiff. Schwerer neigt sich die Wage auf unsere Seite, als die preußische Regierung nunmehr den wirtschaftlichen Wert des von Liebig begründeten chemischen Experimentalunterrichts erkennt und Hofmann mit der Errichtung der großen Lehrstätten von Berlin und Bonn betraut. 1868 lehren bereits Hofmann in Berlin, Kekulé in Bonn, in ihren neuen Laboratoriumspalästen. In demselben Jahre gründet Hofmann die Deutsche chemische Gesellschaft als Zentralstätte für die Förderung deutscher chemischer Wissenschaft und Industrie.

Um dieselbe Zeit sind nun die seit 1865 errichteten Werke der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik bereits in schwungvollen

Betrieb getreten. Dr. August Clemm³³⁾ ist der Leiter der Farbenabteilung. Außer ihm und einem Betriebsführer ist aber darin bis gegen Ende 1868 noch kein weiterer wissenschaftlich gebildeter Chemiker und noch kein Forschungslaboratorium vorhanden.

Die zweite Periode beginnt bereits auf deutschem Boden und steht — bis heute noch — unter dem Zeichen der Kekulé-schen Benzoltheorie. In ihr tritt in Deutschland an die Stelle der früheren Einzelleistungen das bis zur wissenschaftlichen Massenarbeit sich steigernde planvolle Zusammenwirken vieler Kräfte. „Wissenschaftliche Laboratorien“ werden in den Fabriken errichtet, die Aufsicht und die Verbesserung der Betriebe geht in die Hände von akademisch gebildeten Chemikern über, der hemmende Einfluß von ungebildeten Aufsehern und „alten Praktikern“ wird völlig beseitigt, während im Ausland die Herrschaft des „contre-maître“ und des „foreman“ noch weiter floriert. Die deutsche Industrie hat jetzt ihr Ziel erkannt: die völlige Verdrängung der natürlichen Farbstoffe durch gleiche, bessere oder billigere Produkte der synthetischen Chemie, und mit vereinten Kräften steuert sie los auf die Gründung einer nationalen Industrie, die unter deutscher Flagge mit deutschen Farbstoffen den Weltmarkt sich erschließt und an die Stelle des früheren, dem Auslande tributpflichtigen Imports von Indigo, Krapp, Cochenille, Farbhölzern und anderen Naturprodukten den lohnenden Export ihrer Kunstprodukte treten läßt.

Diese zweite Periode datiert von 1869, von der Synthese des Alizarins durch Graebe und Liebermann. Sie war die erste Synthese eines natürlichen Farbstoffs und ging aus dem Laboratorium und der Forschungsrichtung von Adolf von Baeyer hervor, dem „ersten“ Schüler Kekulés, dem großen Nachfolger von Justus Liebig.

In dieser Periode gelangt der umgestaltende Einfluß der Kekuléschen Benzoltheorie auf chemisches Denken und Schaffen, zuerst und mächtiger als anderswo, in der deutschen chemischen Wissenschaft und Technik zu sichtbarer Wirkung. Der Ausbau der Theorie ruft deutsche Meister, Gesellen und Lehrlinge herbei, die deutschen Hochschullaboratorien mehren und erweitern sich, der mit ihnen und ihren großen Leitern in lebendig-persönlicher Fühlung stehenden Industrie führen sie neue Gesichtspunkte, neue wissenschaftliche Grundlagen, neue Methoden und Produkte, und zugleich von ihnen ge-

schulte und ausgewählte, hervorragende Mitarbeiter zu. Das industrielle Verfahren zur Herstellung des „künstlichen Alizarins“ — das seltsamerweise in der früheren Heimat des durch ihn verdrängten Pfälzer Krappbaues³⁴⁾, an welchen noch die Mannheimer „Krappmühlenstraße“ in der Schwetzinger Vorstadt erinnert, seinen Ursprung genommen hat, ist selbst nur eine Anwendung der von Kekulé schon 1867 vorgezeichneten Oxydationsmethode mittels der Alkalischmelze von Sulfosäuren. In der Folgezeit führt diese klassische Methode zur Erschließung zahlreicher anderer Farbstoffgebiete, insbesondere der Gebiete der Resorcin- und Naphtolfarbstoffe. Aber auch die Industrie der anorganischen Produkte empfängt von dieser Methode mächtige, lang nachwirkende Impulse. Das bis zur völligen Vernichtung des Krappbaues rasch und unaufhaltsam voranschreitende „künstliche Alizarin“ steigert die Produktion von kaustischer Soda und Schwefelsäure und ruft den Bedarf an Schwefelsäureanhydrid hervor. 1875 schenkt Clemens Winkler³⁵⁾ der Industrie seine Methode zur synthetischen Erzeugung des Anhydrids. Auf ihr baut die hiesige Teerfarbenindustrie sofort eine Fabrikationsmethode der rauchenden Schwefelsäure auf, die bald die Steinkrüge des „Nordhäuser Vitriols“ der alten Alchemisten aus ihrem Alizarinbetrieb verdrängt, dann, fortschreitend an der Hand theoretischer Forschung, zum modernen „Kontaktverfahren“³⁶⁾ sich entwickelt, und seit 1889 in der Stille sogar dem alten Bleikammerbetrieb die ferneren Existenzbedingungen entzieht. Das neue „Kontakt-Verfahren“ wird aber seit 1897 zur Grundlage für die nach 17 jähriger rastlos-zielbewußter Arbeit unter der genialen Leitung von Dr. Heinrich Brunck³⁷⁾ glücklich erreichte Lösung des größten wirtschaftlichen Problems der Teerfarbenindustrie: der Konkurrenzfähigkeit des aus den wissenschaft-

³⁴⁾ 1778 erhielt der Mannheimer Bürger und Handelsmann Michel das Kurpfälzische Privileg für seine Krappfabrik in der Schwetzinger Vorstadt, die bis in die 1850er Jahre bestand und von Michels Sohn auf dessen Schwiegersohn Friedrich Lauer überging (Mitteilg. v. Dr. Friedr. Walter).

³⁵⁾ Clemens Winkler, „Entwicklung der Schwefelsäurefabrikation“. Festvortrag im Verein Deutscher Chemiker 1900. Zeitschr. f. angew. Chemie 1900, 738.

³⁶⁾ R. Knietsch, „Kontaktverfahren“ Vortrag im Hofmann-Haus 1901. Berl. Berichte 1901, III, 4069, und Clemens Winkler I. c. S. 739.

³⁷⁾ H. Brunck, „Entwicklungsgeschichte der Indigofabrikation“. Festvortrag zur Weihe des Hotmann-Hauses 20./10. 1900. Berl. Berichte 1900, „Sonderheft“ S. LXXI.

lichen Forschungen von Adolf von Baeyer³⁸⁾ schon 1880 hervorgegangenen „synthetischen Indigos“ mit dem uralten Farbstoff der Indigopflanze. Als weitere Grundlage für den ökonomischen Erfolg der Indigo-synthese sind billiges Chlor und Alkali erforderlich. Auch diese Forderungen werden erfüllt durch die zu rechter Stunde in das industrielle Dasein getretene Elektrolyse des Kochsalzes — die letzte Wandlung des Leblancprozesses. Verflüssigtes Chlor stand schon seit 1888 zur Verfügung³⁹⁾. Der Anbau von Indigo, welcher 1897 noch einen jährlichen Produktionswert von 60—80 Millionen Mark besaß, ist heute bereits derart zurückgegangen, daß seine schließliche Vernichtung nicht mehr in Frage stehen kann; er wird das Schicksal der Krappkultur erleiden, deren jährlicher Produktionswert vor dem Erscheinen des künstlichen Alizarins im Markte noch auf 40—50 Millionen Mark sich belief.

Auf diesem Wege vom „künstlichen Alizarin“ zum „künstlichen Indigo“, mit allen seinen Zwischenstufen der Anilin-, Phenol- und Azofarbstoffe, hat nun die deutsche Teerfarbenindustrie die Bahn ihrer glänzenden Entwicklung durchlaufen, auf der sie stark nach innen und stark nach außen und zu einer Quelle unseres nationalen Wohlstands und Ansehens geworden ist. Zweig auf Zweig ist in dieser Zeit aus dem Stamme der Industrie hervorgewachsen — Farben, Heilmittel, Riechstoffe, Sprengstoffe, Genussmittel, — die Blätter, Blüten und Früchte sind unzählbar. Die deutsche Jahresproduktion beträgt allein an Farbstoffen jetzt über 160 Millionen M, und der Exportwert etwa $\frac{3}{4}$ dieser Zahl. Aber nicht abschätzbar ist der umgestaltende Einfluß der Teerfarbenindustrie auf alle Industriezweige und Gewerbe, denen sie dienstbar, oder die ihr dienstbar geworden sind, auf die Textil-, Montan- und Maschinen-industrie, und unabmeßbar ist ihre belebende Einwirkung auf Handel und Verkehr.

Und in diesem glänzenden Entwicklungs-gange hat unsere hiesige Teerfarbenindustrie den Vortritt sich errungen und gewahrt.

Oft hat man nach den Quellen des deutschen Erfolges geforscht. Viele suchten sie nur in dem deutschen chemischen Unterricht, andere nur in einer durch deutsche Schulbildung und Erziehung entwickelten natürlichen Veranlagung unseres deutschen „Denker-

volkes“ zur industriellen Lösung chemischer Probleme. Mancher pries nur den deutschen Erfindungsgeist, mancher wollte nur den persönlichen Anteil einzelner großer Erfinder oder die persönliche Leistung einzelner hervorragender Leiter auf chemischem, technischem oder kaufmännischem Gebiete gelten lassen, und schließlich sah mancher in unserem Erfolge nur das Walten von Glück und Zufall oder die naturgemäße Wirkung jener großen Zeit, die uns das auf staatlichem und wirtschaftlichem Gebiete geeinte deutsche Reich, den allgemeinen Aufschwung von Handel und Industrie und den gesicherten Frieden schuf. Noch viele andere Deutungen haben sich eingestellt. Alle zusammen genommen, treffen sie nahezu das Richtige, jedoch keine für sich. Aus allen diesen vereinten Quellen hat die deutsche Teerfarben-industrie ihre erfolgreiche Entwicklung hergeleitet, — aber nicht allein aus ihnen. Zu keiner Zeit, bis in die jüngste Gegenwart, hat es dem ausländischen Wettbewerb an hervorragenden Chemikern und Fabrikanten und an epochenmachenden Erfindungen gefehlt. Mächtig nachwirkende industrielle Impulse sind auch noch nach dem Beginn der Alizarinindustrie, noch in der Periode unseres bereits entschiedenen Übergewichtes, von Frankreich, England und der Schweiz zu uns gelangt. Erinnern wir nur an die ersten Azofarbstoffsäuren der Naphtole von Roussin und Poirrier, an das Primulin von Green, an die ersten Phosgensynthesen von Alfred Kern und an das Vidalsche Schwarz. Aber erst in den deutschen Fabriken sind alle diese ausländischen Erfindungen zu ihrem vollen wissenschaftlichen und technischen Ausbau, zu ihrer vollen industriellen und kommerziellen Bedeutung gelangt. Ein Vergleich der beiden flüchtig skizzierten Hauptperioden in der Entwicklungsgeschichte der Teerfarbenindustrie läßt uns die Ursache erkennen. Wir sehen, daß der deutsche Fabrikant die Fehler des Auslandes weise vermied und, schöpfend aus dem goldenen Schatze der gesammelten Erfahrung, sich nicht mit der aus alten Erfolgen und nationaler Charakterveranlagung hervorgewachsenen „self-reliance“ des Engländer oder mit der sanguinischen Sorglosigkeit unseres französischen Nachbars allzusehr auf die eigene Kraft und das eigene Genie verließ, sondern daß er mit klarem Blick und zur rechten Stunde das Heil und die Zukunft seiner Industrie in der Mitarbeit vieler geistigen Kräfte und in dem harmonischen Zusammenwirken aller erkannte. So hielt er Glück und Zufall fest und schuf ein ganzes Werk, worin ein jeder seiner Mit-

³⁸⁾ R. Knietsch, „Über die Eigenschaften des flüssigen Chlors.“ Liebigs Ann. **259**, 100.

³⁹⁾ A. v. Baeyer, „Zur Geschichte der Indigosynthese“. Festvortrag im Hofmann-Haus 20./10. 1900. Berl. Berichte 1900, „Sonderheft“ S. LI.

arbeiter den besten Platz für seine Kraftentwicklung fand, des deutschen Dichterwortes eingedenk:

„Immer strebe zum Ganzen, und kannst du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließt an ein Ganzes dich an.“

Und diese richtige Erkenntnis, die einst der deutschen Teerfarbenindustrie die Quellen des Erfolges wies, hat in der Folgezeit auch der gesamten deutschen chemischen Industrie — und nicht zum mindesten der von Mannheim-Ludwigshafen — das schon äußerlich sichtbare Gepräge des modernen Kulturfortschrittes verliehen. Nirgends begegnen wir mehr dem wild-desolaten, finsternen Bilde, wie es einst in unseren alten „Gifthütten“ und chemischen Fabriken, und eindrucks voller noch in den großen englischen Fabrikzentren von St. Helens, Widnes und Newcastle, vor unsere Augen trat. Unsere deutschen chemischen Fabriken sind zu wissenschaftlichen Forschungsstätten geworden, hell und licht, so weit verschieden von ihren Vorgängern, wie die modernen Laboratorien von den ehemaligen Kellergewölben der im Dunkeln tastenden Alchemisten.

Und in diesen Stätten webt die deutsche chemische Industrie von Tag zu Tag an ihrem herrlichen Schmuckgewand. Wohl möchte das Ausland uns die Industrie entführen, es wartet nur auf die Vollendung des Gewandes. Aber das Gewand wird nicht fertig. Der klugen Penelope gleich, vernichtet die Industrie an jedem Abend ihr Tagewerk, und an jedem folgenden Morgen webt sie neue, schönere und glänzendere Fäden ein. Solange die Erfindungsgabe sie nicht verläßt und ihre Webekunst nicht ermattet, wird das Ausland die umworbene Braut nicht heimführen! Aber man nehme ihr nicht Luft und Licht und treibe sie nicht selbst aus der deutschen Heimat hinaus in die Fremde! Luft und Licht für unsere chemische Industrie ist ihr ungehemmter Export in den Weltmarkt. Man denke an die unwiderlegbar wahren, warnenden Worte Liebigs⁴⁰⁾, mit denen er einst auf die durch eine unweise Zollpolitik vernichtete Ausfuhr des sizilianischen Schwefels und des russischen Talgs und der Pottasche hinwies:

„Nur durch die Not gezwungen kauft man Waren in einem Lande, welches unsere eigenen Waren von seinem Verkehr ausschließt.“

Doch noch ist die Betrachtung unseres Bildes unvollständig. In seinem Vordergrunde

lenkt noch eine Reihe hervorragender Werke unsrern Blick auf sich. Wenden wir uns nochmals den Industriestätten des „Waldhofs“ und der „Rheinau“ zu.

Dort, wo der alte Lauf des Rheins, der Altrhein, in weitem Bogen den Neckar mit dem Rhein verbindet und in jüngster Zeit die immer mächtiger emporstrebende Handels- und Industriestadt Mannheim ein ihrem Handelshafen ebenbürtiges Industriehafengebiet geschaffen hat, dort auf dem „Waldhof“ hatte frühzeitig schon die chemische Industrie eine Heimstätte für ihre gedeihliche Entwicklung gefunden. Es ist uns erinnerlich, daß anfangs der siebziger Jahre der Verein chemischer Fabriken dort eine Anilinfabrik errichtete, und daß 1882 Christoph Boehringer seine Mannheimer Chininfabrik dorthin verlegte. Aber noch viel früher, schon vor fünfzig Jahren, hatte die Lage am Rhein, verbunden mit der Fundstätte eines für die Spiegelglasfabrikation besonders geeigneten Flugsandes, eine Zweigniederlassung der seit Colberts Zeiten hochberühmten französischen Werke von St. Gobain herbeizogen. Wem es je vergönnt war, unter kundiger Führung die großartige Anlage der „Mannheimer Spiegelmanufaktur Waldhof“⁴¹⁾ zu durchwandern und einen Blick in ihre Glasschmelze, in den imposanten Spiegelguß, in die Schleiferei- und Politurbetriebe und in die schließliche Herstellung ihrer Liebigschen Silberspiegel werfen zu dürfen, der wird ein unvergessliches Bild von einer durch die Wissenschaft erleuchteten Technik mit sich genommen haben, aber auch einen nicht minder nachhaltigen, wohltuenden Eindruck von dem humanen Geiste, der die dortigen Einrichtungen für das leibliche und geistige Wohl der seit Generationen seßhaften, heimische Sitte und Sprache bewahrenden, französischen Arbeiterkolonie durchweht. Diese ältesten Wohlfahrtseinrichtungen des „Waldhofs“ sind für die spätere Arbeiterfürsorge unserer hiesigen großen Werke vorbildlich gewesen, und auch in

⁴¹⁾ Der Betrieb der Spiegelmanufaktur wurde im Oktober 1854 eröffnet. Die Fabrik beschäftigt ca. 400 Arbeiter, ihr jährlicher Produktionswert ist etwa 1½ Millionen Mark. Die Herstellung der Spiegel mittels Quecksilberbelag wurde wegen ihres gesundheitsschädlichen Einflusses auf die Arbeiter anfangs der achtziger Jahre gänzlich aufgegeben und durch die Einführung der Liebigschen Silberspiegel ersetzt. Das jetzige Versilberungsverfahren ist im wesentlichen das von Petitjean (1854) verbesserte Liebigsche Verfahren, wobei eine dem Sonnenlicht während längerer Zeit ausgesetzte Weinsteinsäurelösung als Reduktionsmittel zur Verwendung kommt. (Frdl. Mitteil. von Herrn Dir. Jules Meyer.)

⁴⁰⁾ Chemische Briefe, 3. Aufl., Brief XI, 183.

diesem edlen Wettbewerbe hat wiederum die Badische Anilin- und Soda-fabrik den ihrer industriellen Stellung entsprechenden Vorrang sich errungen und gewahrt^{42).}

Vorbei an der früher erwähnten Weyl-schen Anlage zur Herstellung von „Zwischen-produkten“ für die Teerfarbenindustrie folgen wir dem Laufe des Altrheins bis zu der Chininfabrik von „C.F. Boehringer & Söhne“^{43).} Alleinhaber der Firma ist seit 1892 ihr früherer Teilhaber Dr. Friedrich Engel-horn, der älteste Sohn des hochverdienten Gründers unserer Teerfarbenindustrie. Unter seiner auf die Mitarbeit zahlreicher wissen-schaftlicher Chemiker in- und außerhalb der Fabrik gestützten Leitung vergrößerten und vervielfältigten sich die ursprünglichen Be-triebe. Der Hauptartikel blieb das Chinin, von dem die Fabrik zusammen mit den beiden andern deutschen Chininfabriken in Frankfurt a. M. und Braunschweig mehr als die Hälfte des Weltbedarfs produziert. Die Jahresproduktion der Waldhofer Fabrik be-trägt etwa 60 000 kg des noch von keinem synthetischen Heilmittel völlig erreichten und auch selbst synthetisch noch immer nicht erreichbaren „wohl-tätigen“ Chinins. An die ursprüngliche Fabrikation von China-alkaloiden, Äther, Chloroform usw. schloß sich nach und nach die Darstellung fast sämtlicher Alkaloide, Extrakte, Glykoside, synthetischer Riechstoffe, zahlreicher pharma-zeutischer und technischer Präparate, ins-besondere des Glycerins aus den Unterlaugen der Seifenfabriken und anderweitiger Hilfs- und Zwischenprodukte für die Teerfarben-industrie. Eine ihrer Spezialrichtungen ist die Ausbildung elektrochemischer Verfahren. So entsteht dort gegenwärtig eine Anlage zur elektrolytischen Darstellung von Anilin unter gleichzeitiger Gewinnung von Chlor und Alkali. Auf dem von Emil Fischer eröffneten Gebiete der Xanthinbasensynthese ist die Fabrik schon seit längerer Zeit er-folgreich tätig. Eines ihrer technisch ge-wordenen Forschungsresultate ist die Fa-brikation des Kaffeins aus der von Liebig und Woehler zuerst eingehend untersuchten Harnsäure des Guano, — eine kaum minder

⁴²⁾ Vgl. Festschrift der B. A. S. F. (Anm. 21) und „Geschichte der Stadt Ludwigshafen“ (Anm. 22) über die Wohlfahrteinrichtungen der Anilinfabrik.

⁴³⁾ Die Fabrik beschäftigt 400 Arbeiter und 65 Handwerker mit einer jährlichen Lohnsumme von 450 000 M. Die Zahl ihrer Chemiker be-trägt 31, davon sind 9 Chemiker im „wissen-schaftlichen“ Laboratorium und 4 im elektro-chemischen Versuchslaboratorium tätig. Es werden jährlich für mehr als 2½ Mill. M. Drogen verarbeitet.

bizarre Leistung unsrer modernen Schwarz-kunst, als die Erzeugung von Blumenfarbe und Blüthenduft, von Saccharin und Anti-pyrin, aus dem schwarzen, übelduftenden Steinkohlenteer. —

Weiter gelangen wir zu den mächtigen Fabrikanlagen der „Zellstofffabrik Waldhof“⁴⁴⁾, eines Weltabblissements. Das Werk wurde 1884 von dem nach 23 jähriger Tätigkeit in der von ihm mitbegründeten Teerfarbenindustrie noch immer unvermin-dert schaffensfreudigen Dr. Carl Clemm gemeinsam mit dem Mannheimer Kaufmann Carl Haas als Aktiengesellschaft gegründet und nahm bald einen schnellen und großen Aufschwung. Die Produktion von trockner Sulfitzellulose stieg von 4100 t im Jahre 1886 auf das zehnfache im Jahre 1895 und erreichte gegen 50 000 t im Jahre 1903. Dazu kommt die Produktion ihrer großen russischen Zweignieder-lassung, der „Fabrik Waldhof“ bei Pernau, mit jetzt 44 000 t. Mitten in den Vorarbeiten für die Errichtung dieses zweiten großartigen Etablissements, das gegenwärtig schon über 1500 Beamte und Arbeiter beschäftigt, wurde 1899 Dr. Carl Clemm jählings aus dem Leben abberufen. Der in der Ge-schichte der hiesigen chemischen Industrie-entwicklung so oft und rühmlich genannte Name „Clemm“ verblieb aber in dem von ihm geschaffenen Werke. Sein Nachfolger in der Leitung der „Zellstofffabrik Waldhof“ wurde sein jüngster Sohn, Dr. Hans Clemm.

Von der Zellulose wenden wir uns nun zu ihrer Nitrierung auf der „Rheinau“. Auf dem Wege erblicken wir wiederum eine aus der Teerfarbenindustrie hervorgegangene und ihr durch die Darstellung eines ihrer wichtigsten Hilfsmittel, des Natriumnitrits, dienst-bar gewordene Fabrik: die Fabrik von Manz & Gamber.

Die Nitrierung von Zellulose zum Zwecke der Darstellung von Zelluloid wurde bald nach dessen Erscheinen im Markte (1880) in der von Friedrich Julius Bensinger 1873 unter der Firma „Rheinische Hart-gummwaren-Fabrik“ in Neckarau bei Mannheim gegründeten Fabrik aufgenommen, und der gesamte Nitrierungsbetrieb, infolge

⁴⁴⁾ Die Gesamtzahl der in der Mannheim-Waldhofer Fabrik selbst beschäftigten Beamten und Arbeiter beträgt ca. 1700, dazu kommt noch eine große Anzahl Waldarbeiter. Die Gesell-schaft besitzt 1471 ha Fichtenwaldungen. In Betrieb sind 32 Kocher und 11 Langsiebmaschinen. Die erforderliche Menge des reinsten Wassers wird aus einem weitverzweigten Netz von 80 Rohrbrunnen durch 5 Dampfmaschinen von 500 HP. gefördert (24 000 l pro Minute). Die russische Zweigfabrik hat 14 Kocher und 5 Langsiebmaschinen in Betrieb. Ihr Wald-bezirk beträgt 6504 ha.

einer Explosion in Neckarau und wegen des leichteren Säurebezuges, 1882 nach Rheinau in die Nähe der ehemaligen „chemischen Fabrik Rheinau“ verlegt, während die Umwandlung der Nitrozellulose in Zelluloid und die weitere Verarbeitung dieses so vielfach verwendbaren Materials, zugleich mit der Fabrikation von Hart- und Weichgummiwaren, in Neckarau verblieb. In den großartigen Anlagen des nach mehrfachem Brandunglück aus schwerer Sorgenzeit zu glänzender Entwicklung unter der heutigen Firma „Rheinische Gummi- und Zelluloid-Fabrik Mannheim-Neckarau“⁴⁵⁾ gelangten Unternehmens sind jetzt über 2000 Arbeiter und Beamte beschäftigt.

Gedenken wir an dieser Stelle noch der beiden anderen hiesigen, sehr hervorragenden Niederlassungen der Gummiindustrie: der Hutchinsonschen Weichgummifabrik an dem Industriehafen und der „Mannheimer Gummi-, Guttapercha- und Asbest-Fabrik“, einer Engelhornschen Gründung, zur Herstellung von Hart- und Weichgummiwaren.

Auch die Salzsäure der Rheinauer chemischen Großindustrie hatte schon vor Jahren die Gründung einer benachbarten Fabrik von Chlorpräparaten, u. a. von Chloral, Chlor-schwefel und Tetrachlorkohlenstoff, unter der Firma „Müller & Dubois“ (jetzt: „Dubois & Kaufmann“) veranlaßt, und auch die „Chemische Fabrik Gernsheim“ errichtete später dort eine Zweigfabrik, aber erst die früher erwähnte Schöpfung des neuen Rheinauhafengebiets erregte weithin die Hoffnung auf ein neues industrielles Eldorado und zog in jüngster Zeit die Ansiedlung mächtiger Großbetriebe herbei. So gründete 1899 die bekannte Seifenfabrik von Lever Brothers in Port Sunlight im Verein mit einer Anzahl deutscher Industrieller die A.-G. „Sunlight Seifenfabrik“ und errichtete eine ausgedehnte, elegante und muster-gültige Anlage zur Fabrikation von „Sunlightseife“ und Glycerin. Daneben erblicken wir das „Stahlwerk Mannheim“ mit Siemens-Martins Schmelzöfen zur Erzeugung von Gußstahl für Formguß, insbesondere für widerstandsfähige Apparate der chemischen Industrie, mit großen Gießerei-, Schmiede- und mechanischen Werkhallen. Und weiter entfernt erhebt sich der Bau der „Diamant“, Deutsche Zündholzfabrik A.-G., in dem mit durchweg selbst-

tätigen Maschinen in der Minute 1500 Schachteln = 100000 Zündhölzer fabriziert werden.

Zur Vervollständigung unseres Bildes müßte noch auf zahlreiche andere, große und kleine, mit der chemischen Industrie mehr oder minder zusammenhängende Betriebe hingewiesen werden, z. B. auf die Lack- und Firnisfabriken, auf die schon seit 1837 bestehende „Zuckerraffinerie Mannheim“, auf das hiesige hochentwickelte Gärungsgewerbe, auf Fabriken von Teer- und Harzprodukten, sowie auch auf die für die chemische Apparate-technik von hervorragendem Interesse gewordenen Leistungen der „Deutschen Steinzeugwarenfabrik für Kanalisation und chemische Industrie“ in dem nahen Friedrichsfeld. Doch dürfte auch unser unvollständig gebliebenes Bild uns einen genügend starken Eindruck von dem Entwicklungsgang, der Eigenart und der Bedeutung der chemischen Industrie von Mannheim-Ludwigshafen bereits gewährhaben. Aber noch eindringlicher sprechen zu uns die Zahlen des Volkswirts und Statistiklers. In Ergänzung meiner Worte hat sie der oberrheinische Bezirksverein den Festteilnehmern in einer Festschrift⁴⁶⁾ dargebracht.

Den von berufenster Seite und in dankenswerter Weise angestellten Ermittlungen entnehmen wir an dieser Stelle nur, daß in Mannheim-Ludwigshafen in 36 chemischen Betrieben mit mindestens 10000 M jährlicher Lohnsumme 15243 Arbeiter, davon 8919 in Ludwigshafen und 6324 in Mannheim, regelmäßig beschäftigt sind. „Es dürften also in beiden Städten zusammen etwa 55000 Menschen von den Arbeitslönen der chemischen Industrie existieren, und zwar in Ludwigshafen etwa 35000, nicht viel weniger als die Hälfte der gesamten Einwohnerschaft, in Mannheim rund 20000.“ Abgesehen ist hierbei von den zahlreichen Chemikern, dem kaufmännischen und technischen Beamtenpersonal. Und ferner:

„Für 1903 darf der Gesamtwert der Produktion der deutschen chemischen Industrie im engeren Sinne auf wenigstens 1350 Millionen M geschätzt werden. Der Gesamtproduktionswert der chemischen Industrie in den Schwesterstädten Mannheim-Ludwigshafen berechnet sich auf rund 134 Millionen M und dürfte hiernach etwa den zehnten Teil des gesamten Produktionswerts

⁴⁵⁾ „Führer bei der Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Mannheim 1904“ S. 49: Dr. Emminghaus (Sekretär der Mannheimer Handelskammer): „Vom volkswirtschaftlichen Wert der chemischen Industrie“.

⁴⁶⁾ Friedr. Julius Bensinger wurde im Januar 1891 in seinem 50ten Lebensjahre aus seinem arbeits- und erfolgreichen Leben abberufen.

der deutschen chemischen Industrie in sich vereinigen.“

Mögen nun Liebigs goldene Worte uns auch zum Schluß geleiten!

Er sagt uns: „Wir wissen jetzt, daß alle besonderen Zwecke der Alchemisten der Erreichung eines höheren Ziels dienten. Der Weg, der dazu führte, war offenbar der beste. Um einen Palast zu bauen, sind viele Steine nötig, welche gebrochen, und viele Bäume, welche gefällt und behauen werden müssen. Der Plan kommt von oben, nur der Baumeister kennt ihn⁴⁷⁾.“

Das Werk der alten Meister haben die jüngeren fortgesetzt. Auch unsere Industrie hat in den letzten 50 Jahren ihrer Entwicklung viele Steine gebrochen, viele Bäume gefällt und behauen. Den Bau sahen wir zur Ehre und zum Ruhme des deutschen Namens herrlich emporwachsen, aber noch wissen wir nicht, wohin er strebt. Ziel und Plan unseres Werkes sind in dem vor uns aufgeschlagenen Buche der Natur verzeichnet, Seite um Seite enträtselfen wir seine Schrift, aber die kühnste Phantasie kann nicht errinnen, was uns die nächste Zeile noch verbirgt. Doch wissen wir, daß wir die Diener eines höheren Willens sind und sehen, daß unsere Arbeit Wohlfahrt, Gesittung und Nächstenliebe fördert. Das künden uns schon jetzt die einem vorahnenden Verständnis für die höheren Ziele der Industrie entsprossenen Wohlfahrtseinrichtungen unserer großen Werke.

Und wenn nach hundert und aber hundert Jahren der Plan des Baumeisters sich enthüllt hat, so möge dann ein zweiter Liebig im Hinblick auf die Arbeit unserer Tage sagen, daß auch die chemische Industrie von Mannheim-Ludwigshafen stets den besten Weg gegangen ist, und daß die Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker im Jahre 1904 ein Markstein auf dem Wege ihres Fortschritts war. Das walte Gott!

Vorsitzender: Sie haben durch ihren rauschenden Beifall bereits dem Herrn Festredner den ihm gebührenden Dank erstattet.

Ich bitte nunmehr Herrn Geheimrat Prof. Dr. Engler das Wort zu nehmen.

Geheimrat Prof. Dr. Engler: Chemische Aktivität und Radioaktivität (s. das Referat S. 767).

Dir. Prof. Dr. C. Duisberg: Im Namen der Versammlung spreche ich Herrn Geheimrat Dr. Engler den wärmsten Dank

aus für den hochinteressanten Vortrag und die vorzüglich gelungenen Experimente.

Der Vorsitzende schließt sodann gegen 1^{3/4} Uhr die Versammlung. L.

3. Geschäftliche Sitzung

im Versammlungsraum des Rosengartens, Donnerstag, den 26. Mai 1904 nachmittags 3 Uhr.

Vorsitzender Medizinalrat Dr. E. A. Merck: Ich eröffne die geschäftliche Sitzung und konstatiere, daß die Einladungen rechtzeitig erfolgt sind.

Zum Protokollführer schlage ich unseren Geschäftsführer Herrn Dir. Fritz Lüty vor. Es erfolgt kein Widerspruch, Herr Lüty ist hiermit zum Protokollführer im Sinne unserer Satzungen ernannt.

Auf Vorschlag der Versammlung werden zu Beurkunden des Protokolles ernannt:

Dr. Karl Goldschmidt, Essen.
Dr. Karl Hohmann, Düsseldorf.
Dr. G. Popp, Frankfurt.
Dir. Fr. Russig, Schwientochlowitz.
Dr. W. Scheithauer, Waldau.
Carl Schärtler, Hruschau.
Dr. F. Wilhelm, Leipzig.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.

Der Geschäftsbericht (s. S. 1298) liegt gedruckt vor und wird von der Versammlung ohne Diskussion genehmigt.

2. Jahresrechnung für 1903, Bericht der Rechnungsprüfer.

Die gedruckt vorliegende Jahresrechnung (s. S. 1305) wird nach Verlesung des Berichtes der Rechnungsprüfer einstimmig genehmigt. Auf Vorschlag von Herrn Prof. Dr. Freund wird dem Vorstand und dem Geschäftsführer Entlastung erteilt.

3. Haushaltungsplan für 1905.

Dir. Fritz Lüty: Der Haushaltungsplan für 1905 ist nach den gleichen Grundsätzen aufgestellt wie in früheren Jahren, obgleich die Zeitschrift von dem Verein als eigenes Unternehmen in die Hand genommen ist. Dadurch wird erreicht, daß der Haushaltungsplan für die Verwaltung des Vereins in der gleichen Weise übersichtlich bleibt wie in früheren Jahren, und daß die Ergebnisse der Vereinsverwaltung unabhängig bleiben von den Erträgnissen der Zeitschrift. Die Zeitschrift, welche der Verein für jedes Mitglied bezieht, wird nach wie vor mit dem Betrage von 12,50 M berechnet und dem Zeitschriftenunternehmen gutgebracht. Der Haushaltungs-

⁴⁷⁾ Chemische Briefe, Brf. 3.

plan für die Verwaltung des Vereins unterliegt der Genehmigung der Hauptversammlung, während die Genehmigung des Voranschlags für die Zeitschrift allein dem Vorstande zusteht.

Dem Haushaltungsplan für 1905 ist die Zahl von 3000 Mitgliedern zugrunde gelegt, was bedingt wird durch den jetzigen Mitgliederbestand. Die allgemeinen Ansätze halten sich im Rahmen früherer Jahre, und bitte ich Sie im Namen des Vorstandes, dem Rechnungsvoranschlag für 1905 Ihre Genehmigung zu erteilen.

Vorsitzender: Da sich kein Widerspruch erhebt, erkläre ich den Haushaltungsplan für 1905 für genehmigt.

4. Wahl eines Ehrenmitgliedes (s. S. 1306).

Vorsitzender: Vorstand und Vorstandsrat schlagen Ihnen vor, in diesem Jahre Herrn Prof. Dr. Ferd. Fischer in Göttingen als Mitbegründer des Vereins, langjähriges Vorstandsmitglied, Herausgeber der Zeitschrift und hervorragendem Gelehrten und Schriftsteller auf chemischem und technischem Gebiete zum Ehrenmitgliede zu ernennen. (Lebhaftes Bravo.)

M. H.! Ihr Bravo genügt wohl, und ich brauche nicht über den Antrag abstimmen zu lassen.

Prof. Dr. Ferd. Fischer: Gestatten Sie mir, Ihnen für die große Ehrung zu danken, die Sie mir haben widerfahren lassen. Auf der vorigen Hauptversammlung hat Herr Prof. Dr. G. Lunge gesagt, ich wäre der eigentliche Vater des Vereins. Tatsächlich waren damals die Verhältnisse für die Bildung des Vereins sehr günstig, und mein Verdienst besteht wohl nur darin, daß es mir damals gelungen ist, eine Anzahl guter Freunde für die Vereinsidee zu gewinnen. Ich danke Ihnen nochmals von Herzen. (Bravo!)

6. Vorstandswahl (s. S. 1306).

Vorsitzender: Satzungsgemäß scheiden aus dem Vorstande aus der zweite Vorsitzende, Herr Dir. Prof. Dr. Duisberg und ein Beisitzer Herr Dir. Dr. Krey. Vorstand und Vorstandsrat schlagen Ihnen vor, beide Herren wiederzuwählen. (Vielseitiger Beifall.)

Ich stelle zunächst die Wiederwahl des Herrn Prof. Dr. Duisberg zur Abstimmung und frage, ob jemand dagegen ist. Das ist nicht der Fall, Herr Dr. Duisberg ist daher zum zweiten Vorsitzenden wiedergewählt, und ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

Dir. Prof. Dr. Duisberg: Ich nehme die Wahl mit bestem Dank an.

Vorsitzender: Ich stelle nunmehr die Wiederwahl des Herrn Dir. Dr. Krey zur Abstimmung. Es erfolgt kein Widerspruch,

Herr Dir. Dr. Krey ist demnach wiedergewählt.

Dir. Dr. Krey: Ich nehme die Wahl dankend an.

7. Wahl von zwei Rechnungsprüfern (s. S. 1306).

Vorstand und Vorstandsrat schlagen Ihnen die Wiederwahl der Herren Max Engelcke in Trotha und Paul Kobe in Halle für 1904 vor. Hat jemand etwas dagegen einzuwenden oder werden andere Vorschläge gemacht? Da dies nicht der Fall ist, erkläre ich die beiden Herren als Rechnungsprüfer für wiedergewählt.

Die beiden Herren haben Ihre Bereitwilligkeit erklären lassen, die Wiederwahl anzunehmen.

8. Feststellung von Ort und Zeit der Hauptversammlung 1905 (s. S. 1306).

Der Geschäftsführer verliest das Schreiben des Chemikervereins in Bremen und teilt mit, daß die Kollegen aus Bremen, welche die Einladung mündlich wiederholen wollten, zu ihrem Bedauern im letzten Augenblick verhindert worden sind, an der Hauptversammlung teilzunehmen. Die Versammlung nimmt unter lebhaftem Beifall die Einladung nach Bremen an und überläßt es dem Vorstande, die Zeit für die Versammlung festzustellen.

9. Berichte des Vorstandes.

a) Vereinszeitschrift (s. S. 1307).

Dir. Fritz Lüty berichtet kurz über die Abrechnung der Zeitschrift für 1903 und beantragt im Namen von Vorstand und Vorstandsrat, den Überschuß dem Zeitschriftenreservefond zu überweisen.

Die Versammlung erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden.

Prof. Dr. Rassow: Als ich am 1. Januar d. J. die Redaktion der Zeitschrift übernahm, habe ich ein Programm aufgestellt, daß vom Vorstand genehmigt wurde. In seinen Hauptzügen ging es darauf hinaus, daß unbeschadet aller Spezialzeitschriften, die den verschiedensten Gebieten der chemischen Industrie und der chemischen Praxis angehören, und die unsere Mitglieder doch halten müssen, die Vereinszeitschrift den Lesestoff bringen solle, den ein jeder braucht, sowohl der in der Praxis als der in wissenschaftlicher Tätigkeit stehende Chemiker, um in jeder Beziehung auf dem Laufenden zu bleiben, um alles dasjenige zu erfahren, was nicht gerade seiner speziellen Disziplin angehört, und was er deshalb in seiner Spezialzeitschrift wahrscheinlich nicht liest. Es war daher die Absicht, das bisher bestehende Programm der Zeitschrift zu erweitern, indem neben Originalaufsätzen, die immer den Grundstock des Zeitschriftunternehmens unseres Vereins

bilden müssen, auch die Fortschrittsberichte ausführlicher und mit mehr Vielseitigkeit herangezogen würden, als es besonders in den letzten Jahren der früheren Redaktion der Fall war.

Weiter haben wir die Patentberichterstattung und die Referierung über die angewandt- und technisch-chemische Literatur auszubauen gedacht, damit auch in der Beziehung nicht so große Lücken wie früher bestehen blieben.

Es hat sich erwiesen, daß dieses Programm insofern auf keine Schwierigkeiten stößt, als reichliches Material zur Publikation bei der Redaktion einläuft. Die größere Lücke, die mir und auch wohl den meisten der Leser aufgefallen ist, findet sich auf dem Gebiet der Berichte der praktisch tätigen Chemiker über Fortschritte und Erfolge in ihren Spezialgebieten.

Ich möchte an alle Herren, die in der Praxis stehen, die dringende Bitte richten, mit Publikationen, von denen sie auch nur im entferntesten annehmen, daß sie ein Interesse bei den Vereinsgenossen erwecken könnten, nicht zurückzuhalten, sondern sie der Redaktion zu übermitteln.

In allen anderen Beziehungen hat die Redaktion reichliches Material bekommen, so reichlich, das in mancher Beziehung nur eine langsamere Publikation möglich war. Es ist deshalb von der Redaktion mit größtem Danke begrüßt worden, daß der Vorstand es ermöglichte, ab und zu stärkere Hefte herauszugeben.

Als Neuling bin ich in die Redaktions-tätigkeit hereingekommen und habe mit manchen Schwierigkeiten kämpfen müssen; ich muß deshalb in vieler Beziehung um Nachsicht bitten, aber ich hoffe, daß die Herren einigermaßen mit dem zufrieden sind, was bisher geleistet wurde, und kann nur sagen: Wenn die Redaktion der Zeitschrift größere Bewegungsfreiheit bekommt, wenn die Zahl der Mitglieder des Vereins und der Leser zunimmt, dann wird die Zeitschrift immer vielseitiger und interessanter werden, dann werden die Wünsche und Hoffnungen, die die Mitglieder des Vereins auf die Zeitschrift setzen, sich im Laufe der Jahre wohl erfüllen lassen.

Vorsitzender: Ich mache darauf aufmerksam, daß die größere Bewegungsfreiheit, die der Herr Redakteur für sich in Anspruch nehmen möchte, viel Geld kostet. Wir werden daher in den nächsten Jahren trotz vermehrter Inserate voraussichtlich nicht nur keinen Gewinn haben, sondern werden noch einen Zuschuß leisten müssen.

Dir. Fritz Lüty: Der Herr Vorsitzende

hat Ihnen soeben eine sehr beachtenswerte Mitteilung gemacht.

Wir entbehren zurzeit für die Zeitschrift des Verlegers, denn die Firma Springer hat nur den Kommissionsverlag und kümmert sich in keiner Weise um die Herstellung der Zeitschrift. Die Arbeit der Herausgabe der Zeitschrift, die geschäftliche Behandlung und alles, was hierzu gehört, liegt der Geschäftsführung ob; ich bitte Sie daher, der Geschäftsführung diese Arbeit möglichst zu erleichtern. Ich weise darauf hin, daß alle Sachen, die die Redaktion betreffen, alle Aufsätze und Publikationen nur an die Adresse des Herrn Prof. Dr. Rassow zu richten sind, daß dagegen alle geschäftlichen Sachen wegen Versendung der Zeitschrift, alle Fragen wegen des Mitgliederverzeichnisses und derartiger Dinge nur an den Geschäftsführer zu richten sind. Wenn sich die Mitglieder an diese einfache Regel halten, wird viel unnötige Arbeit für die Geschäftsstelle erspart.

Weiter bitte ich im Interesse eines prompten Versandes der Zeitschrift, möglichst jede, auch die kleinste Adressenänderung der Geschäftsstelle mitzuteilen. Sie wissen, daß die Post nicht verpflichtet ist, über eine gewisse Frist hinaus die Zeitschrift nachzuschicken, selbst wenn Sie in derselben Straße von Nr. 13 nach Nr. 14 verziehen. Die richtige Adresse soll auf der Zeitschrift stehen.

Andererseits bitte ich Sie, am Jahres-schluß die Vereinsbeiträge recht prompt an den Geschäftsführer einzusenden, damit Sie es dem Verein erleichtern, zur Postüberweisung überzugehen. Diese Art der Ver-sendung würde dem Verein eine Ersparnis von einigen Tausend Mark bringen, welche wir zur Verbesserung und Erweiterung der Zeitschrift verwenden könnten.

Endlich bitte ich Sie, möglichst dazu beizutragen, das Inseratenwesen der Zeitschrift zu entwickeln und damit die Bestrebungen der Firma Scherl zu unterstützen. Jedes Inserat, welches Sie uns überweisen, bringt uns Geld. Ich richte meine Bitte namentlich an die Vertreter der größeren Firmen, welche jahraus jahrein größere Mittel für Inserate aufwenden, und hoffe zuversichtlich, eine Fehl-bitte nicht zu tun.

b) Bericht über die Stellenvermittlung (s. S. 1308).

Dir. Fritz Lüty: Im Geschäftsbericht habe ich einen kurzen Abriß über die Ent-wicklung der Stellenvermittlung gegeben, welcher Ihnen zeigt, daß diese Institution sich nach und nach besser gestaltet hat. Wir dürfen nicht erwarten, daß wir mit unserer Stellenvermittlung plötzlich reformierend ein-

greifen, dies kann nur langsam geschehen. Ich bitte Sie, wie in früheren Jahren, die Geschäftsführung dadurch zu unterstützen, daß Sie allenthalben auf die Stellenvermittlung des Vereins hinweisen, daß Sie, soweit Sie Stellen zu vergeben haben, die Hilfe des Vereins in Anspruch nehmen. Wie Sie wissen, ist die Stellenvermittlung für die Mitglieder kostenlos.

Die Zahl der Fälle, in welchen die Stellenvermittlung in Anspruch genommen wurde, ist im vorigen Jahr gegenüber den Vorjahren wesentlich gewachsen. Immerhin ist unser Institut nur in 66 Fällen zu Rate gezogen worden. Sie werden mir zugeben, daß das eine relativ kleine Zahl ist, im Hinblick auf die große Zahl von Stellen, welche in einem Jahre besetzt wird. Ich konstatiere allerdings mit großer Befriedigung, daß einige Firmen uns konstant treu geblieben sind und uns immer wieder in Anspruch nehmen bei der Besetzung kleinerer und auch größerer Stellen.

Die Stellenvermittlung ist auch im vorigen Jahre vielfach von Nichtmitgliedern in Anspruch genommen worden, wodurch Gebühren eingegangen sind, die nicht nur erlaubten, die Ausgaben der Stellenvermittlung zu decken, sondern gestatteten, noch ca. 300 M in die Reserve zu legen. Ich bitte Sie auch fernerhin, der Stellenvermittlung Ihr Wohlwollen zu bewahren.

Dr. Leimbach: Ich muß mich dahin aussprechen, daß ich es nicht für richtig halte, auf Kosten von Nichtmitgliedern die Kasse des Vereins deutscher Chemiker zu bereichern. Wenn tatsächlich ein Überschuß erzielt worden ist, bin ich der Meinung, daß dann die Gebühren ermäßigt werden sollen.

Dir. Fritz Lüty: Der Verein ist nicht verpflichtet, für Nichtmitglieder Stellungen zu besorgen. Wenn Nichtmitglieder mit unseren Einrichtungen nicht einverstanden sind, mögen sie den Verein in Ruhe lassen. Jedenfalls werden die Kosten, die dem Verein durch die kostenlose Hergabe der Arbeitskräfte der Geschäftsführung, der Inserate und dergl. erwachsen, nicht durch die erhobene Gebühr gedeckt. Ein Überschuß wird nur dadurch erzielt, daß der Verein für diese Aufwendungen bei der Abrechnung der Stellenvermittlung nichts in Ansatz bringt.

Die Überschüsse kommen der Stellenvermittlung übrigens wieder zu gute, indem die Zinsen des kleinen angesammelten Kapitals dazu beitragen, die Kosten zu yerringern.

Dr. Leimbach: Ich möchte im allgemeinen den Standpunkt festgehalten wissen, daß auch Nichtmitglieder eventuell an den Einrichtungen, die der mit größeren Mitteln

ausgerüstete Verein ins Leben gerufen hat, teilnehmen können. Nicht jeder Chemiker ist imstande, einen Beitrag in der Höhe, wie der Verein deutscher Chemiker ihn fordert, zu leisten. Viele sind genötigt, die wenigen Mittel, die sie haben, in Bewegung zu setzen, um eine Stellung zu finden. Ich glaube, wir sollten aus Kollegialität diesen Herren etwas freundlicher gegenüberstehen.

Vorsitzender: Ich mache darauf aufmerksam, daß die Hauptversammlung in Düsseldorf die Frage, ob die Nichtmitglieder für die Stellenvermittlung etwas zahlen sollen oder nicht, dahin entschieden hat, daß Nichtmitglieder Gebühren zu entrichten haben. Soll darin eine Änderung vorgenommen werden, so müßte für die nächste Hauptversammlung ein neuer Antrag eingebracht werden.

Die Geschäftsstelle kommt übrigens denjenigen Kollegen die irgendwie in bedürftigen Verhältnissen sind, mit Zustimmung des Vorstandes weitgehend entgegen. Wenn also bedürftige Nichtmitglieder sich an den Verein wenden, so werden die Gebühren nicht nur in erster Linie gestundet, sondern meist ganz erlassen, namentlich dann, wenn die Inanspruchnahme des Vereins ohne Erfolg geblieben ist. Ein größeres Entgegenkommen können wir gar nicht zeigen den Herren gegenüber, welche sich von uns fern halten. Inserate in den Fachzeitschriften kosten ebenfalls Geld und werden nicht gestundet.

Dr. Karl Hohmann: Das Auftreten eines Überschusses ist hier wie überall ein Zeichen dafür, daß eine Einrichtung gut funktioniert. Da der Gewinn nicht dadurch herbeigeführt wird, daß etwa unbillige Anforderungen gestellt werden, so zeigt sich, daß unsere Einrichtung gut funktioniert, und ich denke, wir sollten dabei bleiben.

Th. Kyll. Ich bin in jeder Beziehung einverstanden mit den Ausführungen des Herrn Vorredners, denn ich halte dafür, daß eine Arbeit, die der Verein unternimmt, auch honoriert werden muß. Ich bin der Meinung, daß der Vorstand und der Verein sich über alle Maßen koulant benehmen, und nicht die mindeste Veranlassung vorliegt, von dem bisherigen Verfahren abzugehen.

c) Technolexikon (s. S. 1308).

Dir. Dr. Scheithauer: Nach dem Tode des Herrn Dr. Zipperer wurde ich vom Vorstande beauftragt, die Geschäfte des Vereins deutscher Chemiker in Sachen des Technolexikons wahrzunehmen. Ich kann meinen Bericht nicht beginnen, ohne der Tätigkeit meines Vorgängers dankend und rühmend zu gedenken. Herr Dr. Zipperer hat, wie er im Vorjahr berichtete, die Organisations-

arbeiten ausgeführt und abgeschlossen. Ich bin daran gegangen, die Saat, die er in so rühriger Weise gesät hatte, einzuernten.

Nach Übernahme der Geschäfte habe ich mich mit den Vertrauensmännern der einzelnen Bezirksvereine in Verbindung gesetzt und auch die anderen Mitglieder, die keinem Bezirksvereine angehören, aufgefordert, mir möglichst bald ihre Arbeiten einzusenden, um sie gemeinsam an die Redaktion des Technolexikons abzuliefern.

Es sind mir daraufhin die Arbeiten der folgenden Herren zugegangen, die ich am 26. März und am 5. Mai an Herrn Dr. Hubert Janssen, den Vertreter der Redaktion des Technolexikons weitergegeben habe. Nämlich:

Dr. B. Emde: Die Türkischrot-Färberei,

Dr. Vollberg: Die Alaun- und Aluminiumsulfatfabrikation,

Dr. Hugo Kauffmann: Die physikalische Chemie,

Dr. Kubierschky: Die Kaliindustrie,

Dr. Scheithauer: Die gesamte Braunkohlenindustrie,

Dr. Marzahn: Die Kautschuk-, Gutta-percha- und Asbestindustrie,

Dr. Bromberg: Die Arsenverhüttung,

Dr. Löwenthal: Die Färberei,

Dr. Wermund: Die Harze, Fette und Öle,

Fr. M. Neumann: Die chemische Technik,

Dr. Enoch: Die Bakteriologie,

Dr. Klünder: Das chemische Laboratorium,

H. Rosenbaum: Die chemische Technik.

Hierzu kommt noch die Arbeit von Dr. Binz über den Zeugdruck, der sie direkt an die Redaktion des Technolexikons eingesandt hatte. Auch habe ich 24 Stück verschiedene Geschäftskataloge in französischer Sprache mit abgeliefert, die vom Bezirksverein Belgien zur Verfügung gestellt worden waren.

Ich sage all den genannten Herren zugleich im Namen der Redaktion des Technolexikons verbindlichsten Dank für die gehabte Mühe.

Die anderen Herren, die zurzeit ihre Mitarbeit an dem Technolexikon zugesagt haben, und die entweder von mir oder von dem Vertrauensmann ihres Bezirksvereins zur Abgabe ihrer Arbeiten in diesem Jahre aufgefordert worden sind, aber dieser Aufforderung noch nicht Folge geleistet haben, ersehen hieraus, daß unser großer Verein bisher noch nicht genug für das Technolexikon getan hat, und ich bitte diese Herren daher nochmals an dieser Stelle dringend, recht bald ihre hoffentlich begonnenen Arbeiten abzuschließen und mir zu übersenden.

Auch können, da der Ablieferungstermin von der Redaktion des Technolexikons bis Ende 1904 hinausgeschoben ist, noch neue Mitarbeiter eintreten, und ich bitte die Herren, die sich dazu entschließen, sich mit mir in Verbindung zu setzen. Es sind hoffentlich recht viele!?

Erwähnenswert erscheint mir noch, zu berichten, daß mehrere Mitglieder unseres Vereins auch direkt mit der Redaktion des Technolexikons in Verbindung stehen oder als Mitglieder anderer Vereine schon für das Technolexikon tätig sind, so daß die Arbeiten dieser Herren auch für unsere Vereinsmitarbeit am Technolexikon in Betracht zu ziehen sind.

Vorsitzender: Ich danke Herrn Dr. Scheithauer für seine Mitarbeit und kann mich dem Ersuchen, das er ausgesprochen hat, nur anschließen.

d) Patentkommission (s. S. 1308).

Die Patentkommission hat im abgelaufenen Jahre nicht getagt, es lag nichts vor, und ist auch nichts darüber zu berichten.

10. Antrag des Bezirkvereins Rheinland-Westfalen: (s. S. 1309).

Der Vorstand wird beauftragt, sich bei den ihm gewordenen Antworten auf die Eingabe an die deutschen Ministerien nicht zu beruhigen, sondern durch schriftliche und mündliche Anträge darauf zu dringen, eine Besserung der Gebühren im Sinne dieser im vorigen Jahre gemachten Eingabe herbeizuführen.

Dabei mögen die Grundsätze zur Geltung gebracht werden, welche beim Reichsgesundheitsamt bei der Gebührenfrage bereits in Anwendung sind.

Zur Förderung wird folgende Kommission eingesetzt:

Prof. Dr. W. Fresenius, Wiesbaden,
Dr. Hohmann, Düsseldorf,
Dr. Woy, Breslau.

Vorsitzender: Wir kommen jetzt zu den Anträgen der Bezirksvereine, über die wir gestern sehr eingehend im Vorstandsrat diskutiert haben. Die Anträge haben infolgedessen eine etwas andere Fassung gefunden. Da unsere Zeit beschränkt ist, bitte ich, daß über diese Anträge, wenn möglich, nur noch Referent und Korreferent sprechen, sonst würden wir vielleicht heute noch länger zur Verhandlung brauchen als gestern.

Dr. Karl Hohmann: Der Antrag Rheinland-Westfalen geht dahin, im Wege der Interpretation durch den Minister eine Neuregelung der Gebührenfrage zu erzielen und namentlich gewisse besondere Schwierigkeiten zu haben. Es handelt sich im wesentlichen darum, daß in Preußen für die Renumerierung der Tätig-

keit als gerichtliche Sachverständige immer auf das Gesetz von 1872 verwiesen wird, daß im wesentlichen für Medizinalbeamte gilt, in dem aber ein § 8 vorhanden ist, der auch chemische Untersuchungen ins Auge faßt. Die Hauptschwierigkeit bei diesem Paragraph besteht darin, daß für die gesamten Untersuchungen ein Höchstbetrag von 75,00 M in Ansatz gebracht wird, der allerdings infolge einer späteren ministeriellen Verfügung mehrmals angesetzt werden kann, wenn es sich um verschiedene Beweistatsachen handelt. Unser Verein hat in Eingaben an den Reichskanzler und die verschiedenen Ministerien eine Regelung der Gebührenfrage im weiteren Sinne schon seit Jahren angestrebt; namentlich die Eingabe vom April vorigen Jahres zielt darauf hin, die Reichsgebührenordnung generell zu regeln. In den letzten Tagen ist uns bekannt geworden, daß das preußische Kultusministerium an den Landtag mit einer Vorlage gekommen ist, die im wesentlichen eine erneute Auflage des Gesetzes von 1872 enthält, also auch unsere Verhältnisse berührt.

Es erschien nun im Vorstandsrat zunächst nicht praktisch, unsere letzte Eingabe an das Reichskanzleramt gänzlich zu ignorieren und unabhängig davon an das preußische Justizministerium heranzutreten. Es erscheint dem Vorstandsrat praktischer, die Verhandlungen des preußischen Kultusministeriums mit dem preußischen Landtag zu benutzen, um unsere Angelegenheiten wieder in Gang zu bringen. Der Vorstandsrat hat daher eine Kommission ernannt mit dem Auftrage, die Angelegenheit noch weiter zu behandeln und namentlich sich mit der Kommission des Landtages in Verbindung zu setzen, um während der Verhandlungen über die Vorlage des Kultusministers unsere Wünsche zur Geltung zu bringen.

Ich glaube, mich hier auf dasjenige zu beschränken zu können, was zur Charakterisierung des augenblicklichen Standes der Angelegenheit wesentlich ist, indem ich mich gern bereit erkläre, noch weitere Auskünfte über die Sache im einzelnen zu geben. Die Sache liegt also so:

Es ist vom Vorstandsrat eine Kommission in Aussicht genommen worden, die die Aufgabe haben soll, sowohl im allgemeinen sich der Förderung unserer Angelegenheiten anzunehmen, als auch im besonderen sich mit den maßgebenden Persönlichkeiten der Landtagskommission in Verbindung zu setzen, um zunächst das zu erreichen, was durch unseren Antrag vorgesehen ist. Wir hoffen, daß infolge einer Regelung der Angelegenheiten in Preußen die einen besonders dringenden Notstand bedeutet, sich auch eine Klärung der allgemeinen Verhältnisse der Gebührenordnung von selbst ergeben wird, und daß wir auf diesem Wege die Sache weiter fördern können.

Prof. Dr. W. Fresenius: Sie finden einen nicht geringen Unterschied zwischen dem Antrag des Rheinisch-westfälischen Bezirksvereins, wie er ursprünglich vorgelegen hat, und dem, was der Vorstandsrat Ihnen heute vorlegt.

Der wesentliche Unterschied in der ursprünglich vorgeschlagenen Fassung und der jetzigen besteht darin, daß es dem Vorstand bedenklich erschien ist, durch ein Vorgehen in dem Sinne wie es der Rheinisch-westfälische Bezirksverein ursprünglich vorgeschlagen hat, alle die weitergehenden Wünsche gewissermaßen außer Kraft zu setzen und beiseite zu schieben, die erst im vorigen Jahre in der Eingabe an die verschiedenen Behörden ausgesprochen worden sind. Sie finden den Wortlaut dieser Eingabe im vorliegenden Geschäftsbericht.

Der Vorstandsrat hat sich dahin schlüssig gemacht, daß es dankbar anzuerkennen ist, wenn der Rheinisch-westfälische Bezirksverein anregt, es nicht bei der einmaligen Eingabe an den Reichskanzler und die einzelnen Ministerien zu belassen, und eventuell dann riskieren zu müssen, daß sie dort auf unbestimmte Zeit weiter schwebt, sondern daß die Sache neuerdings energisch betrieben werden möge. Es soll nun, soweit ich den Besluß des Vorstandsrates interpretieren kann, nicht allein die Kommission, die hier in der gedruckt Ihnen vorliegenden Resolution vorgeschlagen wird, sondern diese Kommission in Verbindung mit der Leitung des Gesamtvvereins die Sachen im Namen des Vereins vertreten.

Es sind zwei getrennte Dinge, die zu fordern sind: Einerseits die Regelung der Frage im allgemeinen und zweitens die Regelung der Frage, wie sie in Preußen in bezug auf das Gesetz von 1872 vorliegt. Es ergibt sich in der gegenwärtig dem Landtag vorliegenden neuen Fassung der unmittelbare Anstoß, jetzt nicht an der Frage vorbeizugehen. Nach den Mitteilungen, die im Vorstandsrat seitens des Vorstandes gemacht worden sind, ist zu hoffen, daß die von dem Kultusminister in Aussicht gestellte Gebührenordnung, die an Stelle des § 8 des Gesetzes vom 9. März 1872 treten soll, dem Wunsche Rechnung trägt, welcher in der Eingabe vom vorigen Jahre die Hauptsache bildet, nämlich dem Wunsche, daß die Prinzipien auch bei dieser Gebührenordnung zur Geltung kommen, welche in dem gewissermaßen offiziösen oder offiziellen Tarif niedergelegt sind, der einen gewissen Teil der gesamten Gebührenfrage regelt, nämlich die Nahrungsmitteluntersuchung. Es würde an und für sich jedenfalls wünschenswert sein, wie das auch zum Teil die Antworten der verschiedenen Ministerien auf die Eingabe angegeben haben, wenn auch weiterhin ein offizieller oder offiziöser Tarif vorläge, auf den man sich bei den gerichtlichen Gebühren stützen könnte, weil damit die ganze Regelung der Sache und ihre Handhabung außerordentlich erleichtert würde. In der Weise, wie der Bezirksverein Rheinland-Westfalen die Sache vorgeschlagen hat, würde es sich praktisch nicht durchführen lassen, weil durch einen ministeriellen Erlass ein Gesetz nicht geändert oder beseitigt werden kann. Ich empfehle, daher dem Vorschlag des Vorstandsrates Ihre Zustimmung zu geben.

Dr. Bein: Vor etwa 12 Jahren habe ich die Gebührenfrage bei dem Vorstande des Vereins

angeregt und bearbeitet. Der Antrag des Vorstandes ist nach meinem Ermessen vollständig sachgemäß. Nur möchte ich denselben erweitern, weil der preußische Landtag bereits nach der ersten Lesung den Entwurf des neuen Gesetzes betreffend die Gebühren der Medizinalbeamten an die Kommission verwiesen hat. In diesem neuen Gesetz werden die alten Bestimmungen aufgehoben bis auf diejenigen, die die Chemiker betreffen, während auf der anderen Seite der Minister für Medizinalangelegenheiten ermächtigt wird, im Einverständnis usw. anderweitig die Gebühren zu regeln. Dann unterliegen wir aufs neue der Aufsicht der Medizinalbeamten.

Mir wurde gesagt, daß eine Eingabe des Vorstandes und zwar eine sehr nachdrückliche und schleunige Eingabe den letzten Paragraphen, soweit er uns betrifft, zur Aufhebung bringen werde. Das ist zunächst die dringendste Aufgabe. Nachher bin ich damit einverstanden, daß eine Kommission die Sache weiter behandelt.

Ich möchte bemerken, daß in unserer Eingabe vom 27. April 1903 einige kleinere Irrtümer unterlaufen sind, und sich manches findet, das ich leicht widerlegen könnte. Der Verfasser konnte natürlich nicht so informiert sein wie ich, der ich die Angelegenheit zunächst sehr mühsam und eingehend bearbeitet und zusammengestellt, sowie endlich in Prozessen und Beschwerden durchgeföhnt habe.

Ferner gestatte ich mir, zu der Bemerkung des Herrn Referenten, daß eine mehrmalige Ansetzung der Gebühr von 12—75 M zulässig sei, darauf hinzuweisen, daß in einer Entscheidung des Reichsgerichts oder Kammergerichts diese Verfügung des Justizministers als ungültig erklärt worden ist, weil sie niemals publiziert, d. h. auf Grund des Gesetzes erlassen und nicht im Justizministerialverordnungsblatt veröffentlicht worden sei. Wenn sie irgendwo zugelassen wird, dann geschieht dies aus Billigkeitsrücksichten.

Wir haben jetzt die beste Gelegenheit, die Kommission, genau wie der Vorstand vorschlägt, einzusetzen. Ich möchte aber noch weiter gehen, weiß allerdings momentan nicht, ob es zulässig erscheint, einen Zusatzantrag oder eine Abänderung dahin zu beantragen: Der Vorstand möge sofort, d. h. heute noch am Schlusse der Sitzung, eine ganz kurzgefaßte Zuschrift an die Kommission des Landtages richten, in der er bittet, die Chemiker aus dem Gesetz ganz herauszulassen.

Dr. Prof. Dr. Duisberg: Ich glaube, es wird die Verhandlungen abkürzen, wenn ich erkläre, daß ich nicht nur mit dem Herrn Vorredner einverstanden bin, sondern daß wir im Vorstandsrat eigentlich bereits über diese Vorschläge hinausgegangen sind. Wenn eine neue Gesetzesvorlage einmal einer Kommission überwiesen ist, dann helfen alle papiernen Eingaben nichts mehr; da heißt es persönlich handeln. Zu dem Zweck schien uns aber der Vorstand nicht ausreichend, sondern wir hielten es für richtiger, noch drei bewährte Kräfte hinzuzuziehen. Mit dieser Kommission wollen wir

jetzt die Sache bearbeiten. Wir werden uns zunächst mit guten Empfehlungen an einige hervorragende Mitglieder der Kommission des Abgeordnetenhauses wenden. Wenn diese es für notwendig erachten, wird auch noch eine Eingabe gemacht werden; kurz, wir wollen das Eisen schmieden, solange es noch warm ist. Ich empfehle daher, daß Sie an der Resolution nichts mehr ändern; werfen Sie die ganze Verantwortung, alle Wünsche, die sie haben, auf unsere Kommission.

Dr. Bein: Nach den Aufklärungen, die mir soeben Herr Prof. Dr. Duisberg gegeben hat, bin ich mit dem Vorschlage des Vorstandes vollständig einverstanden.

Dir. Prof. Dr. Duisberg: Ich bitte noch, in der Resolution eine redaktionelle Änderung vorzunehmen. Wir sind darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Gebührensätze nicht vom Reichsgesundheitsamt festgesetzt worden sind, sondern unter der Ägide des Reichsgesundheitsamtes ausgearbeitet wurden. Es muß also heißen: Dabei mögen die Grundsätze zur Geltung gebracht werden, die in der unter der Ägide des kaiserlichen Gesundheitsamtes entstandenen Gebührenordnung in Anwendung sind.

Dr. Popp: Es wird ihnen vielleicht selbstverständlich erscheinen, daß die akademischen Berufsklassen gleich eingeschätzt werden müssen, in der Praxis behandeln die Gerichte die verschiedenen Berufsarten aber nicht gleichmäßig. Ich weiß, daß in einem bestimmten Oberlandesgerichtsbezirk in Preußen eine Verfügung des Oberlandesgerichtspräsidenten an die Amtsgerichte ergangen ist, dahin, daß die Chemiker in Tarifangelegenheiten nicht den anderen akademischen Berufsarten durchweg gleichgestellt sind, sondern mit denjenigen Gewerbetreibenden gleichgestellt werden, die nicht über eine bestimmte Größe des Unternehmens verfügen. Sie wissen, daß als Grundsatz bei Zeugengebühren maßgebend ist der Satz von einer Mark als Höchstgebühr. Die Chemiker figurieren in diesem Tarif mit 0,90 M. Ich denke, wir müssen bei dieser Gelegenheit auch darauf hinwirken, daß die Chemiker anderen Berufsarten gleichgestellt werden müssen. Das könnte man in der Eingabe einfach durch einen Zusatz erreichen, indem man vor dem Worte „herbeiführen“ einschiebt: „und eine allgemeine Gleichstellung der akademischen Berufsklassen.“

Dr. Bein: Ich will noch mitteilen, daß unsere Eingabe vom 27. April 1903 nicht etwa in den Papierkorb geworfen worden ist, sondern daß sie Gegenstand amtlicher Behandlung ist. Ich empfehle der Kommission, mit dem jetzigen Referenten im Reichsamt des Inneren in Verbindung zu treten, da von diesem Herrn ein weitgehendes Verständnis für unsere Wünsche zu erwarten ist.

Das preußische Kultusministerium scheint aber der Regelung der Gebührenfrage durch das Reich voreignen zu wollen, um die Chemiker unter Aufsicht zu behalten, denn im neuen Gesetzentwurf ist vorgesehen, daß wenn einmal eine Gebührenordnung für Chemiker erlassen werden sollte, sollen die Regierungen,

d. h. die beamteten Ärzte trotzdem über die Maximal- und Minimalgebühren der Chemiker endgültig zu entscheiden haben.

Vorsitzender: Da niemand das Wort mehr wünscht, kommen wir zur Abstimmung über die vorgeschlagene Resolution. Wer gegen dieselbe ist, den bitte ich, sich zu erheben. —

Die Resolution ist einstimmig genehmigt und damit die Kommission, bestehend aus den Herren Prof. Dr. Fresenius, Dr. Hohmann und Dr. Woy, gewählt. Ich hoffe, die Herren walten ihres Amtes sofort.

11. Antrag des Bezirksvereins Rheinland-Westfalen (s. S. 1318).

Vorsitzender: Dieser Antrag hat bei der Beratung im Vorstandsrat die folgende Fassung erhalten:

„Die Hauptversammlung des Vereins Deutscher Chemiker beauftragt den Vorstand, in einer Eingabe an die Reichsregierung und an die Regierungen der deutschen Bundesstaaten dahin zu wirken, daß nach gemeinsamen Grundsätzen Vorrkehrungen getroffen werden gegen den Zuzug von solchen ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen, welche eine nicht genügende Bildung besitzen, und zwar durch die Forderung, daß die Ausländer eine Vorbildung nachweisen, welche einmal den Anforderungen gleichwertig ist, welche wir an die Zulassung als ordentliche Studierende stellen, und welche ferner im Heimatlande dieser Ausländer zum Studium an einer technischen Hochschule oder an einer Universität als ordentliche Studierende berechtigt. Ferner sollen die Ausländer aber auch nur so weit zugelassen werden, als die Plätze nicht von deutschen Studierenden beansprucht werden.“

Dr. Karl Goldschmidt bespricht als Referent die Entstehung des Antrages und die Gründe, welche den Bezirksverein Rheinland-Westfalen veranlaßt haben, den Antrag zu stellen in dem gleichen Sinne, wie Seite 1318 f. dieser Z.

Geheimrat Prof. Dr. Beckmann: Gestern ist eine lange Diskussion über die Frage gepflogen worden; der Vorstandsrat hat sich schließlich dahin geeinigt, den Passus in den Vordergrund zu rücken, in welchem eine ausreichende Vorbildung von Ausländern gefordert wird.

Es wurde das als das Wesentlichste hingestellt. Wir müssen besonders darauf dringen, daß nicht diejenigen Elemente unsere Hochschulen überfluten, welche im Auslande gar nicht die Berechtigung haben würden, Hochschulstudium zu betreiben, schon um deswillen, damit wir das Ansehen unserer Hochschulen nach außen wahren. Sodann ist in zweiter Linie der Passus gekommen, daß die Ausländer nur so weit zugelassen werden sollen, als die

Plätze nicht rechtzeitig von deutschen Studierenden beansprucht werden. Es soll das eine etwas mildere Form sein gegenüber der Form, die ursprünglich beantragt wurde. Ich hätte sie noch ein bisschen milder gewünscht; am liebsten hätte ich den Passus ganz weggelassen.

Ich empfehle ihnen im Namen des Vorstandes und Vorstandsrates die Annahme in der vorliegenden Fassung.

Dr. E. Erdmann: Der Antrag des Bezirksvereins Rheinland-Westfalen ist in der Fassung des Vorstandsrates schon stark abgeschwächt gegenüber dem ursprünglichen Antrag; aber er scheint mir immer noch zu weitgehend zu sein in Anbetracht der liberalen Grundsätze, welche auf den Hochschulen für wissenschaftliches Studium maßgebend sind. Die Wissenschaft hat nun einmal einen internationalen Charakter, und ich halte es für bedenklich, stark einschränkende Bestimmungen hinsichtlich der Zulassung von Ausländern zu befürworten. Eine Zurückweisung von Ausländern von unseren Hochschulen würde vermutlich bei anderen Nationen Gegenmaßregeln hervorrufen.

Der vorliegende Antrag scheint mir in erster Linie in formeller Hinsicht zu weit zu gehen, weil er sich auf alle Studierende bezieht, während wir doch nur ein Interesse haben an dem Studium der Chemiker. Es würde daher zweckmäßiger heißen: „Gegen den Zuzug von an deutschen Hochschulen Chemie studierenden Ausländern.“ Sonst könnte man den Antrag auch beziehen auf Physiker, Philologen usw., die ihre Seminarplätze erhalten. Ist das ihre Absicht? (Zuruf Jawohl!)

Daran haben wir aber kein Interesse. Auch dürfen wir uns kein Urteil darüber anmaßen, inwiefern es z. B. für den Leiter eines romanischen Seminars zweckmäßig ist, Franzosen oder Italiener zuzulassen.

Weitere Einwendungen habe ich gegen den Schlusspassus des Antrages zu machen.

Ich stimme mit dem Herrn Geheimrat Beckmann durchaus darin überein, daß die Forderung gleichartiger Vorbildung berechtigt ist. Aber alles, was in dem Antrage darüber hinausgeht, geht zu weit. Wenn es heißt: „und welche ferner im Heimatlande dieser Ausländer zum Studium an einer technischen Hochschule oder einer Universität als ordentliche Studierende berechtigt“, so verstehe ich zunächst diesen Zusatz nicht. Er hätte nur dann Sinn, wenn die Anforderungen, welche andere Staaten für den Besuch einer Hochschule stellen, höher wären als bei uns; das ist meines Wissens aber nicht der Fall. (Zuruf: Doch!)

Ist es irgendwo der Fall, so haben wir darnach nicht zu fragen; wir haben unsere Forderung zu stellen, wie sie unseren bestehenden Einrichtungen entsprechen.

Der weitere Zusatz: „Ferner sollen die Ausländer aber auch nur so weit zugelassen werden, als die Plätze nicht von deutschen Studierenden beansprucht werden“, scheint mir praktisch unausführbar. Ich möchte bitten, das fallen zu lassen.

Sollen wir dem Ausländer sagen, sie müssen warten bis zum letzten Immatrikulationstermin? Das läßt sich praktisch kaum ausführen und wird jedenfalls viel böses Blut machen. Mir scheint es richtig, vom Beginn des offiziellen Semesters ab die Plätze zu vergeben, Vorausbestellungen aber nur von seitherigen Praktikanten anzunehmen. Am Anfang des Semesters bekommt dann den Platz, wer sich zuerst meldet, vorausgesetzt, daß er immatrikuliert ist und den Anforderungen an die Vorbildung genügt. Ich möchte sie also bitten, den Antrag in diesem Sinne abzuändern.

Prof. Dr. Duisberg: Was der Herr Vorredner wünscht, ist in dem vorliegenden Antrag bereits zur Geltung gebracht. Wir wollen durchaus nicht den Zuzug der Ausländer beschränken, erschweren oder gar unmöglich machen, im Gegenteil, wir sind gestern im Vorstandsrat bemüht gewesen, die Resolution so versöhnlich wie möglich zu stimmen. In der Begründung zur Eingabe soll das noch besonders betont werden. Es ist sogar gewünscht worden, in die Resolution hineinzusetzen: „Wir heißen die Ausländer willkommen,“ das trifft auch die Ansicht der Mehrheit, würde aber mit dem übrigen Inhalte der Resolution nicht gut übereinstimmen. Im übrigen ist die Fassung des Antrages, wie er jetzt gedruckt vorliegt, nach der redaktionellen Seite hin noch verbessерungsbedürftig. Es ging gestern zu schnell, und ich bitte daher, den Vorstand zu ermächtigen, nachher noch eine redaktionelle Verbesserung vorzunehmen.

Aber, meine Herren, der Ausländer soll im Inlande nicht besser gestellt werden wie der Inländer. (Sehr richtig! Bravo!) Darauf läuft es hinaus, und das ist bisher der Fall.

Sie werden gefragt haben, warum gehen wir Chemiker aber allgemein vor? Warum beschränken wir uns nicht auf chemiestudierende Ausländer? Wir haben mit 'gutem Grunde allgemein für alle Studierende unsere Forderungen gestellt. Wir wollen keine Sonderrechte haben. Was die Ingenieure auf den technischen Hochschulen bei ihren Zeichenplätzen, was die Physiker an den Universitäten im physikalischen Laboratorium fordern müssen, das wollen wir Chemiker für die chemischen Laboratorien haben.

Was den Punkt der behaupteten Undurchführbarkeit anbetrifft, so ist der Gegenbeweis in Charlottenburg bei den Plätzen in den Zeichensälen und in Darmstadt bei den chemischen Plätzen erbracht. In Darmstadt kommen die Ausländer erst 14 Tage nach Schluß der Immatrikulation an die Reihe, wenn da noch Plätze übrig sind, dann erst werden diese berücksichtigt, sonst nicht. Also durchführbar ist die Maßregel.

Wir wollen aber keinen Schutzzoll auf die deutsche Bildung legen. Wir haben deshalb die ganze Gebührenfrage vollkommen ausgeschaltet, aber wir bitten sie, den Antrag nicht im Sinne des Herrn Vorredners einzuschränken, sondern generell zu fassen; wir bitten zweitens, den Passus stehen zu lassen, daß der Ausländer

der, wenn er in seiner Heimat, z. B. in Rußland kein Recht hat zu studieren, daß er dann auch in Deutschland nicht an Universitäten oder technischen Hochschulen aufgenommen werden darf. Der große Zuzug von russischen Studenten nach Deutschland beruht vielfach darauf, daß diejenigen, die im eigenen Lande kein Recht haben, eine Universität oder technische Hochschule zu besuchen, sich an uns wenden. Wir bitten daher, diesen Passus stehen zu lassen und auch den Schlußpassus, daß Ausländer nur so weit zugelassen werden, als Plätze vorhanden sind. (Lebhaftes Bravo!)

Dr. Erdmann: Die praktischen Arbeiten im Laboratorium werden in der Regel als Privatissimum gelesen. Der betreffende Dozent hat also stets die Möglichkeit, und das geschieht wohl auch, die deutschen Studenten zu bevorzugen, ungeeignete Elemente aber zurückzuweisen. Man soll das aber den Dozenten überlassen, nicht Vorschriften machen, die doch nur auf dem Papier stehen, ohne daß die Direktoren der Universitätslaboratorien sich danach richten würden. Ich halte den Antrag in der vorliegenden Form für ganz unmöglich. Ich glaube nicht, daß er eine Anregung für das Kultusministerium bilden kann.

Dr. O. Klenker: Ich bemerke ganz kurz, daß solche Maßregeln, wie sie hier verlangt werden, an der technischen Hochschule in München mit bestem Erfolg seit einer Reihe von Jahren eingeführt sind. Erst von einem bestimmten Tage der Immatrikulation an können Ausländer Plätze belegen. Seit Einführung dieser Bestimmung sind die früher häufigen und berechtigten Klagen der deutschen Studierenden verstummt.

Prof. Dr. Brunck: Es möchte scheinen, als wenn bei uns in Freiberg keine Vorkehrungen beständen gegen das Überhandnehmen von Ausländern. Das ist aber wohl der Fall. Wir haben schon lange, ehe der Sturm gegen die Ausländer an den deutschen Hochschulen sich erhob, diesbezügliche Maßnahmen getroffen. Die Ausländer müssen besonders hohe Gebühren bezahlen, und außerdem verlangen wir von ihnen nicht nur das bestandene Abiturium, wir verlangen auch von den Russen, die das Hauptkontingent zu den Ausländern stellen, das bestandene russische Konkurrexamen, worüber ein Zeugnis in beglaubigter Übersetzung vorzulegen ist.

Außerdem ist an der Freiberger Bergakademie schon längst der Grundsatz aufgestellt worden, daß bei Vergabeung der Arbeitsplätze in erster Linie die Deutschen zu berücksichtigen sind. Die Art der Ausführung derselben bleibt aber den Dozenten überlassen. Niemals ist ein Deutscher zu kurz gekommen, wenn er zur rechten Zeit sich um einen Arbeitsplatz kümmerte. Wenn aber ein deutscher Studierender aus Indifferentismus 14 Tage nach Eröffnung des Semesters kam und dann die Plätze besetzt fand, so kann dafür die Hochschule nicht verantwortlich gemacht werden.

Beschwerden über Bevorzugung der Ausländer an unserer Bergakademie entbehren jeder

Berechtigung, und Mißstände haben sich aus den geschilderten Maßnahmen in keiner Weise ergeben. Die Maßnahmen hatten auch den Erfolg, daß die Zahl der Ausländer erheblich zurückgegangen ist, während die der Deutschen zugenommen hat. Wenn trotzdem der Besuch durch Ausländer immer noch ein großer ist, so ist dies vielleicht zurückzuführen auf den internationalen Charakter, der speziell dem Berg- und Hüttenwesen eigen ist, und auf den hohen Wert, den man dem Freiberger Ingenieurdiplom im Auslande allenthalben beimäßt. Die Interessen der deutschen Studierenden werden aber durch die Ausländer bei uns in keiner Weise geschädigt.

Dr. Karl Goldschmidt: Ich bedauere, daß die Debatte nicht geschlossen worden ist unter dem Eindruck der Worte des Herrn Dr. Duisberg.

Was als Bedenken gegen diese Resolution hervorgerufen worden ist, daß man sie für unausführbar hält, das ist ja dadurch widerlegt, daß in Berlin, Stuttgart, Darmstadt, München und, wie wir vorhin gehört haben, auch in Freiberg derartige und sogar noch schärfere Bestimmungen bestehen.

Bezüglich der Bedenken gegen den letzten Satz bemerke ich, daß natürlich dem Inländer eine angemessene Zeit gelassen werden muß; es darf nicht, wie es er Fall gewesen ist, bereits ein halbes Jahr vorher der Platz von einem Ausländer belegt sein.

Ich möchte daher nochmals bitten, die Resolution anzunehmen in der Fassung, wie sie gestern von dem Vorstandsrat beschlossen worden ist.

Dr. E. Erdmann: Ich ziehe meinen Abänderungsantrag zurück.

Vorsitzender: Dann haben wir über den vorliegenden Antrag nach der Redaktion des Vorstandsrates abzustimmen. Ich bitte die Herren, die dafür sind, aufzustehen. — Ich bitte um die Gegenprobe. —

Gegen vier oder fünf Stimmen ist der Antrag in der vorliegenden Fassung angenommen.

12. Antrag des Märkischen Bezirksvereins (s. S. 1328).

„Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker beauftragt den Vorstand, dahin zu wirken:

1. daß in den Ministerien die Bearbeitung der für die chemische Industrie und den Chemikerverband wichtigen Fragen Chemikern übertragen werde;
2. daß die verantwortliche Leitung von behördlichen Anstalten zur Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln Chemikern, die den Ausweis als Nahrungsmittelchemiker haben, übertragen werde.“

Dr. Lange: Bei gesetzgeberischen Maßnahmen und ministeriellen Verordnungen werden häufig die Interessen der chemischen Industrie und des Chemikerstandes wenig berück-

sichtigt. Diese Klagen sind nicht neu, sie sind aber in letzter Zeit besonders lebhaft laut geworden über die zu dem Gesetz, betreffend die Dienststellung des Kreisarztes erlassene Ausführungsbestimmung: „Dienstanweisung für die Kreisärzte.“ Hierin sind den Kreisärzten Befugnisse eingeräumt, z. B. bei Beurteilung der Verunreinigung der Wasserläufe durch Abwässer aus gewerblichen Anlagen, ferner bei Konzessionierung von gewerblichen Anlagen, die ein Maß von chemischen Kenntnissen voraussetzen, über welches Kreisärzte ihrem Bildungsgange nach nicht verfügen können.

Ich füge hinzu, daß bekanntlich die Liquidationen der Chemiker nach der Medizinaltaxe erfolgen, und daß Kreisärzte chemische Laboratorien zu beaufsichtigen haben. Seitens anderer chemischer Verbände ist neuerdings versucht worden, einzelne dieser Bestimmungen abzuändern oder rückgängig zu machen: wir glauben jedoch, daß selbst wenn diese Bestrebungen auf Abstellung einzelner Mißstände Erfolg haben, dennoch bei nächster Gelegenheit wieder Mißstände zutage treten können, welche die Industrie und den Chemikerstand schädigen, falls nicht das Übel an der Wurzel angefaßt wird und weitergehende Maßnahmen getroffen werden, die von vornherein eine gerechte Würdigung der chemischen Interessen gewährleisten. Dieses Ziel kann nach unserer Meinung erst dann erreicht werden, wenn in den einzelnen zuständigen Ministerien Chemiker vorhanden sind, welche die Bedürfnisse der chemischen Industrie und des Chemikerstandes vollständig zu würdigen wissen.

Dabei ist noch hervorzuheben, daß es nicht genügen dürfte, Chemiker in den technischen Kommissionen oder in den den Ministerien unterstellten technischen Behörden zu haben; ein wirklicher Nutzen wird nur dann erwachsen, wenn in der Zentralbehörde selbst chemische Sachverständige zur Mitarbeit berufen sind. Es wird auch schon lange als selbstverständlich betrachtet, daß den Ärztestand betreffende Angelegenheiten in den Ministerien von Ärzten begutachtet werden; auch für die Angelegenheiten der Apotheker ist in dem preußischen Kultusministerium eine pharmazeutische Kraft herangezogen. Eine gleiche Berücksichtigung darf der Chemikerstand wohl auch erwarten.

Für den zweiten Teil ist eigentlich sehr wenig zu sagen: er ist selbstverständlich; aber die Praxis lehrt, daß in vielen Fällen Ärzten die Leitung von behördlichen Anstalten zur Untersuchung von Nahrungsmitteln übertragen worden ist, so besonders in Hamburg, Dresden, Leipzig, Halle, Posen, trotzdem ein Bundesratsbeschuß vom 22. Januar sagt, daß bei Auswahl der Arbeitskräfte von öffentlichen Anstalten für Untersuchung von Nahrungsmitteln nur solche Chemiker mit dem Befähigungsnachweis als Nahrungsmittelchemiker zu berücksichtigen seien. Also nur Chemiker, die dieses Examen gemacht haben, sollen berücksichtigt werden, nicht andere. Es werden tatsächlich aber vielfach Mediziner angestellt. Ich bitte Sie also, dem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Dr. Treumann: Ich halte den Antrag in der modifizierten Form, wie er jetzt vorliegt, nicht für zweckmäßig. Ich spreche hier, wie ich ausdrücklich hervorheben will, nicht als Vertreter des Verbandes selbständiger öffentlicher Chemiker, sondern in meiner Eigenschaft als Mitglied des Vereins. Für mich liegt der Schwerpunkt dieser Angelegenheit in der deutlich hervortretenden Minderbewertung unseres Standes. Wenn man sich die preußische Dienstordnung für Kreisärzte näher ansieht, so wird man finden, daß dem Kreisarzt koordiniert sind der Kreisbautechniker, alle anderen Techniker und der Kreistierarzt, dagegen sind dem Kreisarzt subordiniert die Apotheker und die Chemiker. Man behandelt die Nahrungsmittelchemiker in gleicher Weise wie die Lehrlinge der Apotheken, wie das Apothekenwesen überhaupt und verquickt aufs neue in Preußen das chemische Studium und den Chemikerstand mit dem Apothekergewerbe. Es liegt mir durchaus fern, diejenigen unter den Anwesenden, die aus dem pharmazeutischen Stande hervorgegangen sind, irgend wie verletzen zu wollen, ich weiß, daß wir dem Apothekerstande ganz ausgezeichnete Chemiker verdanken. Aber heute liegen die Verhältnisse in den Apotheken ganz anders als früher. Heute geht die Laufbahn des Chemikers nicht mehr durch die Apotheke, sondern der Chemiker, der heute seine Studien absolviert — ich spreche hier nicht von Ausnahmen, von ausgezeichneten Leuten, die sich ihre Kenntnisse auf anderem Wege angeeignet haben, ich spreche von dem Durchschnittschemiker —, der Normalchemiker besucht heute eine Mittelschule und nach deren Absolvierung eine Hochschule, er studiert gerade so wie die Mediziner, Jüristen und die Angehörigen der anderen Fakultäten. Warum will man nun fortfahren diese Chemiker mit den Apothekern, die eine gänzlich abweichende Vorbildung erhalten, gleichzustellen? Die deutschen Apotheker haben den Antrag bei der Reichsregierung eingebracht, man möge für die Zulassung zum Apothekergewerbe und zur Laufbahn der Pharmazeuten als Vorbedingung stellen die erfolgreiche Absolvierung einer Mittelschule. Dieser Antrag der Apotheker ist abgelehnt worden, weil es im gegenteiligen Falle den Apothekern an einer genügenden Anzahl von Lehrlingen fehlen würde. Sollen wir uns davon abhängig machen? Sollen wir unsere ganze Laufbahn, die Bewertung unseres Standes davon abhängig machen lassen, ob die Apothekenbesitzer Lehrlinge in genügender Zahl bekommen? Ich bin der Meinung, daß ein Apotheker, der sich später zum Chemiker ausbilden will, gerade so gut wie etwa ein Kaufmann, ein Jurist, ein Mediziner oder Philologe, welcher seine Laufbahn aufgeben und Chemiker werden will, auch seiner Vorbildung nach den zur Zeit geltenden Vorschriften entsprechen muß. Die Servierzeit in der Apotheke bietet keinen Ersatz für den Besuch der neunklassigen Mittelschule und die dort erworbene allgemeine Bildung. Andere Verbände sind bei dem Bundesrat bereits nach dieser Richtung hin vorstellig geworden. Aber

wenn Sie meinen, daß Sie durch Weglassung des zweiten Satzes des Antrages des Märkischen Bezirksvereins etwas erreichen werden, so befinden sie sich m. E. im Irrtum. Die Vorsteher der hier fraglichen Anstalten sind überall Nahrungsmittelchemiker, aber die Oberaufsicht über diese Anstalten ist den Hygienikern, den Ärzten übertragen. Wir müssen uns verwahren gegen die Minderbewertung unseres Standes, welche in erster Linie der fortdauernden Verquickung des Apothekergewerbes und der pharmazeutischen Laufbahn mit dem Studium der Chemie und der Stellung des Chemikers zuzuschreiben ist. Eine solche Verquickung mag gerechtfertigt gewesen sein vor Jahrzehnten. Sowie die Verhältnisse heute liegen, wo der Apotheker seine Präparate nicht mehr selbst anfertigt, sondern aus der chemischen Fabrik bezieht, wo er nicht mehr der Botaniker von früher ist, sondern seine Drogen von der Drogerie bezieht, heute ist die Apotheke nicht mehr die gewiesene Vorbildungsanstalt für den Chemiker; dafür gibt es andere und geeignete Wege, und ich bin der Meinung, daß wir uns gegen die Minderbewertung unseres Standes entschieden verwahren müssen. Weshalb soll gerade neben dem Apotheker auch der Chemiker und nur der Chemiker dem Kreisarzt untergeordnet sein, weshalb fängt man bei dem Chemiker an und hört auch bei dem Chemiker wieder auf? Dagegen müssen wir uns verwahren, und durch Weglassung des zweiten Satzes erreichen Sie dies nicht.

Es ist von Hamburg gesprochen worden. Da steht an der Spitze der Anstalt ein Nahrungsmittelchemiker, er ist der Vorgesetzte der Anstalt.

Ich habe mit Mitgliedern der Kommission des Märkischen Bezirksvereins korrespondiert, und weiß, was der Märkische Bezirksverein durch seinen Antrag hat erreichen wollen, weshalb er den zweiten Satz, den der Vorstandsrat gestrichen, in seinem Antrag aufgenommen hat. Ich will nicht darauf zurückkommen, aber ich möchte Sie dringend bitten, daß der Verein deutscher Chemiker, wo er nur kann, Stellung nimmt und Front macht gegen eine derartige Minderbewertung unseres Standes und ein für allemal Verwahrung einlegt dagegen, daß wir nach wie vor verquickt werden sollen mit dem Apothekergewerbe, nicht weil, sondern obschon viele ausgezeichnete Chemiker aus dem Apothekerstande hervorgegangen sind.

Th. Kyll: Der Herr Vorredner hat seinem geprefsten Herzen Luft gemacht in einer Art und Weise, die ich nur billigen kann. Indes ist nicht zu leugnen, daß ein Teil desjenigen, was er ausgeführt hat, etwas neben der Sache liegt, die uns heute beschäftigt. Ich glaube, wir kommen mit der Resolution weiter, und ich würde nicht das Wort ergriffen haben, wenn ich nicht beantragen wollte, ein Wort zu ändern. Es heißt hier, daß die verantwortliche Leitung und die Überwachung solcher Anstalten nur von Nahrungsmittelchemikern ausgeübt werde. Das geht zu weit. In der Regel wird die Ausübung der Aufsicht nicht einer einzigen Person

übertragen, sondern einem Kollegium, wenigstens sind zwei Personen zugegen. Dieser Tatsache ist in der Fassung der Resolution nicht Rechnung getragen.

Prof. Dr. Duisberg: Ich glaube, der Vorstand ist wieder einmal mißverstanden worden. Der Antrag, der ihnen jetzt vorliegt, ist gegenüber dem ursprünglichen nicht nur redaktionell verändert, sondern es ist auch ein Passus in dem ursprünglichen Antrage gestrichen worden. Alles, was Herr Kyll bekämpft hat, haben wir längst gestrichen, „die Aufsicht“ ist gefallen; wir haben gestern ausdrücklich gesagt, übereinstimmend mit dem, was Herr Kyll ausführte, daß wir nicht so aggressiv sein möchten bezüglich bestimmter, schon bestehender Einrichtungen, ich erinnere an das Reichsgesundheitsamt, dessen Vorsitzender ein Jurist ist. Ich erinnere daran, daß der Überwachende auch ein Hygieniker oder ein Mediziner sein kann, denn überwachen kann jeder Mensch, der das nötige Organisationstalent hat. Nur der Leiter des Instituts muß ein Fachmann sein, und deshalb ist gestern beschlossen worden, den letzten Passus in dem Antrage des Märkischen Bezirksvereins zu streichen.

Mir wird von dem Herrn Vorsitzenden eben mitgeteilt, es werde gewünscht, daß die Beaufsichtigung und verantwortliche Leitung von behördlichen Anstalten nur Chemikern übertragen werden solle. Das ändert ja die Sache vollständig ab. Ich bin dagegen, daß Sie das überhaupt hineinsetzen. Wir wollen nur die verantwortliche fachmännische Leitung den Fachmännern übertragen; wollen sie aber weiter gehen, so müssen sie einen bezüglichen Antrag einreichen, dann kann hier darüber abgestimmt werden. Natürlich kann jeder Anwesende einen Antrag wieder aufnehmen, der im Vorstandsrat gestrichen worden ist.

Prof. Dr. W. Fresenius: Der Grund, weshalb überhaupt der Antrag von dem Märkischen Bezirksverein gestellt wurde, liegt im wesentlichen in dem Punkt, der gestern im Vorstandsrat gestrichen worden ist. Er richtete sich in erster Linie gegen die Dienstanweisung der Kreisärzte, durch die den Kreisärzten die Verpflichtung auferlegt worden war, die in ihren Bezirken befindlichen öffentlichen Untersuchungsanstalten zu überwachen. Die Praxis der Sache hat sich so gestaltet, wie vielleicht manchem der Herren aus dem Vorstandsrat nicht bekannt ist, daß sich am Niederrhein z. B. ein Fall derart zugetragen hat, daß einem Inhaber eines Untersuchungslaboratoriums von seiten des Landrats eröffnet wurde, daß er jedes seiner Gutachten dem Herrn Kreisarzt einzureichen habe. Es ist also nicht richtig, daß man irgend einem beliebigen Manne, der besonderes Organisationstalent hat, sagte: Du kannst dir die geeigneten Chemiker herausuchen, sondern die ganze Geschäftsführung des als selbständigen Chemiker fungierenden Chemikers soll hier unter die Beaufsichtigung des Kreisarztes gestellt werden, und der Kreisarzt ist seiner ganzen Vorbildung nach durchaus nicht in der Lage, eine richtige Beaufsichtigung der Sache herbeizuführen. Es kann vielleicht einen Kreisarzt geben, der zufällig so viele chemische Kenntnisse hat; im Durchschnitt wird er sie aber

nicht haben. Ich würde den Antrag stellen, den ursprünglichen Antrag des Märkischen Bezirksvereins wieder aufzunehmen, weil das Wesentliche dessen, was er anstrebt, gestern offenbar herausgestrichen worden ist.

Dr. Karl Hohmann: Die Institution der sogenannten Nahrungsmittelämter bestand ursprünglich eigentlich nur in einer Kommission, bestehend aus Kreisarzt, Tierarzt und einem Chemiker. Also was die Städte leisteten, war die Einsetzung einer derartigen Kommission, und die Städte schlossen nach bestimmten Vorschriften des Ministeriums einen Vertrag mit einem Privatlaboratorium; der Inhaber eines Privatlaboratoriums kam dann auch in die Kommission. Es scheint nun, daß die Sachen sich dadurch verschoben haben, daß das Nahrungsmitteluntersuchungswesen sich sehr viel weiter entwickelt hat, und daß die Städte zur Einrichtung eigener Laboratorien geschritten sind. In der ursprünglichen Fassung bestand offenbar gar kein Aufsichtsrecht über die Führung des Laboratoriums, sondern die Regierung versicherte sich durch eine Inspektion, daß das Laboratorium gewissen Anforderungen entspräche, und dann war der Laboratoriumsinhaber ein Geschäftsmann, der mit den betreffenden Behörden bezüglich der Ausführung der Untersuchungen gewissermaßen einen Privatvertrag hatte. Die Hauptschwierigkeit liegt darin, daß die Mediziner ihre Befugnisse überschreiten und in den inneren Betrieb des Laboratoriums eindringen.

Prof. Dr. Duisberg: Ich bitte Sie zu berücksichtigen, daß der Antrag, wie er jetzt vorliegt, das Ergebnis der gestrigen Beratung im Vorstandsrat ist. Wir haben ja die Einrichtung dieser Vorberatung, damit die Anträge, die hier zur Hauptversammlung unvorbereitet eingebbracht werden, nicht etwa angenommen werden, ohne daß man ihre Tragweite richtig erfaßt hat. Ich bin im Irrtum gewesen, wenn ich vorhin sagte: Es kann jemand einen Antrag wieder aufnehmen, der im Vorstandsrat gefallen ist. Ein Antrag, der im Vorstandsrat gefallen ist, kann erst in der nächsten Hauptversammlung wieder aufgenommen werden, und ich halte das für eine sehr weise Einrichtung, damit nicht, wenn vielleicht einmal nur eine geringe Zahl von Mitgliedern in der Hauptversammlung anwesend ist, Anträge durchgehen, die nicht den Anschauungen der Mehrheit des Vereins entsprechen.

Ich will noch auf das eingehen, was Herr Dr. Fresenius gesagt hat. Er hat den Elberfelder Fall gemeint. Wenn Sie jetzt beabsichtigen, die Beaufsichtigung der Institute einem Chemiker zu übertragen, dann frage ich, wie soll denn das eigentlich gemacht werden? Wenn das Elberfelder Untersuchungsaamt von einem Chemiker überwacht werden soll, so bitte ich mir zu sagen, von welchem denn? Das könnte doch nur wieder ein Kollege in derselben Stadt sein. Man müßte also einen neuen Chemiker einsetzen, der die Sache überwacht.

Ich bitte daher, der Ansicht des Vorstandsrates beizupflichten. Wir wollen, daß unsere Kollegen mit im Ministerium sitzen, wir wollen

solche Herren haben, die unsere Interessen in den Ministerialkonferenzen vertreten können.

Vorsitzender: Wenn niemand mehr das Wort zu diesem Antrage nimmt, kommen wir zur Abstimmung.

Der Antrag ist gegen zwei Stimmen angenommen.

13. Bericht des Kuratoriums der Hilfskasse über den Stand derselben (s. S. 1330).

Dir. Kubierschky: M. H., die vorgerückte Stunde könnte mir den Mut nehmen, Ihnen den Bericht zu erstatten, aber die Lebhaftigkeit der Diskussion bis noch in diese Minute hinein läßt mich hoffen, daß Sie noch Kraft genug haben, auch mir einige Augenblicke zuzuhören. Ich wende mich deshalb vertrauensvoll an Sie, als meine verehrten Herren Kollegen, und lege einen besonderen Ton auf das Wort Kollegen, weil ich glaube, daß der Punkt, über den ich den Vorzug habe, Ihnen hier zu berichten, die Kollegialität zur ganz besonderen Voraussetzung hat.

M. H., den meisten von Ihnen, oder vielleicht allen ist es bekannt, daß der alte Immanuel Kant unsere Wissenschaft nicht als solche anerkennen wollte, daß er vielmehr meinte, die Chemie sei eine Kunst. Nun, wenn die Prämissen, die Kant zu dieser Meinung geführt haben, heute auch nicht mehr zutreffen, so möchte ich doch an der Meinung festhalten, daß wir in unserem Beruf immer noch eine gewisse Verwandtschaft mit den Künstlern haben. Wir mögen die besten Methoden haben: wenn uns nicht das Gefühl für die richtige Anwendung innewohnt, wenn nicht etwas vom Künstler in uns steckt, sind wir verloren. Deshalb ist es wohl auch nicht wunderbar, daß wir unter denselben Misern, wie der Künstlerstand zu leiden haben. Nach dieser Kantschen Definition müssen wir also unsere Schutzgöttin unter den neun Musen suchen, und zu den neun Musen gehört eine bekanntlich auch sonst viel umworbene Dame, die Fortuna, nicht, weshalb wohl diese Göttin den Künstlern und in diesem Zusammenhange auch den Chemikern nicht hold ist. Die Güter sind unter die Chemiker recht ungleich verteilt. Wir können leicht eine ganze Reihe von Künstlern nennen, die, trotzdem sie in ihrem Beruf viel erreicht und viel geschaffen haben, schwer mit der Not zu kämpfen hatten, und dieser Reihe von großen Künstlern könnten wir eine Reihe von Chemikern an die Seite stellen, die auch viel geleistet und doch des Lebens Not ganz gründlich kennen gelernt haben.

Viele von Ihnen werden sagen, heute sei das nicht mehr der Fall, daß heute ein Künstler verkümmere, komme nicht mehr vor, und es komme wohl auch nicht vor, daß ein Chemiker verkümmere, der etwas taugt. Ich brauche nur daran zu erinnern, viele haben es wohl mit angesehen, daß die Brutalität in dem modernen Kulturleben vielfach gewachsen ist, und daß auch die Brutalität einzelner Personen sich heute mehr geltend machen kann, als das früher möglich war. Ich will das nicht weiter ausführen, aber wir, die wir hier im Trocknen sitzen, sollten nicht vergessen, daß unter uns Kollegen sind,

und wahrlich nicht die untüchtigsten, die auf das Trockene zu sitzen kommen.

Es war deshalb im vorigen Jahr ein guter Gedanke, daß man beabsichtigte, die hier und da in unseren Kreisen auftretende Not zu lindern, daß man anregte, eine Hilfskasse zu gründen. Es ist mehrfach die Frage erwogen worden, ob es wohl die rechte Zeit war; mancher möchte die Zeit wohl nicht für gekommen erachten. Wer helfen will, der muß selber etwas stark sein, und der Verein deutscher Chemiker hatte alle Veranlassung, mit dieser Begründung der Hilfskasse so lange zu warten, bis er genügende Stärke hatte. Im vorigen Jahr nun meinte man, daß diese Stärke gekommen sei, und man hat sich glücklicherweise in dieser Annahme nicht geirrt.

Die Begründung der Hilfskasse hat nun einen für viele überraschend günstigen Erfolg gezeitigt. Im vergangenen Herbst erging ein Appell an die besser situierten Mitglieder unseres Vereins, und der hat das ganz nette Sämmchen von 20000 M ergeben. Nur ganz wenige haben dem Appell ihr Ohr verschlossen, und es sind einzelne Beiträge bis zu 1000 M eingekommen. Zu diesen 20000 M treten Beiträge von seiten der Bezirksvereine in Höhe von 5000 M, so daß heute dem Kuratorium der Hilfskasse ein Kapital von rund 25000 M zur Verfügung steht. Dieses Kuratorium wurde auf Vorschlag des Vorstandes vom Vorstandsrat gewählt: es besteht aus den Herren Dr. Lange, Dir. Lüty und meiner Person. Meine beiden Herren Kollegen haben mir das Vertrauen geschenkt, mir das Amt des Vorsitzenden zu übertragen, und ich bin stolz darauf, dieses Amt führen zu dürfen. (Bravo!)

Für das Jahr 1904 stehen uns an Mitteln zur Verfügung: erstens die Zinsen aus den genannten 25000 M. außerdem ist der Hauptvorstand bereit gewesen, uns 1000 M für das Jahr 1904 zur Verfügung zu stellen, und die Bezirksvereine haben weitere Beiträge von ca. 1000 M zur Verfügung gestellt als laufende Jahresbeiträge, so daß uns also für 1904 ein Beitrag von fast 3000 M bereit gestellt ist. Es ist dies für den Anfang gewiß ein ganz schönes Resultat. Wenn man einen Vergleich zieht mit der Hilfskasse des Vereins deutscher Ingenieure, so ergibt sich folgendes: Der Verein deutscher Ingenieure ist uns ja in vieler Beziehung vorbildlich, ja wir sehen vielleicht mit einem kleinen Neid zu diesem Verein auf, der etwa sechsmal so stark ist wie unser Verein. Allein, m. H., unser Verein hat sich in vieler Hinsicht durchaus zufriedenstellend entwickelt. Wie steht es nun mit der Hilfskasse? Die Hilfskasse des Vereins deutscher Ingenieure verfügt gegenwärtig über ein Kapital von 127000 M, das ist im Verhältnis noch nicht soviel, wie wir schon jetzt haben, und die jährlichen Mittel, die dem Verein deutscher Ingenieure in der Hilfskasse zur Verfügung stehen, betragen rund 18000 M. Das ist im Verhältnis zur Mitgliederzahl ungefähr das, was auch wir jetzt haben. Wir haben also in der Tat Schönes erreicht. Ich möchte dennoch

die Mahnung nicht unterdrücken, daß wir nun nicht etwa die Hände in den Schoß legen sollen. — Daraus, daß das Kuratorium noch nicht in die Lage gekommen ist, etwas zu verabreichen, kann ich nicht den Schluß ziehen, daß nichts zu tun sein werde. Auch aus dem Umstände, daß später nicht mehr ausgegeben werden kann, als da ist, wird man nicht den Schluß ziehen dürfen, daß die zu lindernde Not nicht größer wäre. Ich glaube, daß das Bedürfnis, etwas zu tun, überhaupt niemals eine Grenze finden wird. Wenn es nun auch dem Verein deutscher Chemiker nicht so bald gelingt, die Mitgliederzahl des Vereins deutscher Ingenieure zu erreichen, so wird vielleicht das andere Ziel zu erreichen sein, daß die Mittel der Hilfskasse ungefähr ebenso hoch kommen wie die des Vereins deutscher Ingenieure. Dann werden wir vielleicht auch noch manches, was wir gern täten, nicht tun können, aber wenn wir auch nicht allen werden helfen können, die das unbarmherzige Kulturmeer zu verschlingen droht, so werden wir uns doch freuen dürfen, daß wir nicht tatenlos zuzuschauen brauchen, wenn wir einen Kollegen mit diesen Fluten ringen sehen. Ich hoffe, Sie sind alle mit mir in dem Wunsche einverstanden, daß dem schönen Anfang eine kräftige Weiterentwicklung folgen werde. (Lebhafter Beifall.)

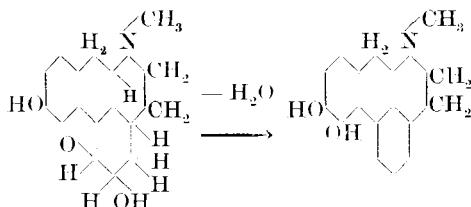
Vorsitzender: Ich danke Herrn Direktor Dr. Kubierschky für seine schönen Ausführungen. Wünscht sonst noch jemand das Wort?

C. Schärtler: Im Namen der Hauptversammlung erlaube ich mir, dem Kuratorium der Hilfskasse für die bisherigen Erfolge und Bemühungen den herzlichsten Dank auszusprechen.

I. 2. Pharmazeutische Chemie.

Dr. Peter Bergell und Dr. Robert Pschorr.
 Über das Euporphin (Apomorphinbrom-methylat). (Aus dem 1. chem. Institut, Berlin. Sonderabdruck aus der „Therapie der Gegenwart“, 1.—2. Juni 1904.)

Konz. Salzsäure bewirkt im Morphin Wasserabspaltung und Aufrichtung des ätherartig gebundenen, indifferenten Sauerstoffs; es entsteht Apomorphin:



Mit dieser chemischen Änderung wird auch die physiologische Wirkung eine andere. Apomorphin wirkt anders als Morphin. Ersteres nun ist als Expektorans nicht ohne Nebenwirkung, es erzeugt Brechreiz und beeinflußt die Herzaktivität. Beide Nachteile zu heben, führte zum Euporphin. Man fand, daß die spezifische, emetische Wirkung des

14. Geschäftliche Mitteilungen (s. S. 1332).

Der Vorsitzende macht Mitteilung von der Interpellation des pommerschen Bezirksvereins und der Erledigung, welche dieselbe einstweilen gefunden hat.

Dr. Popp: Mit der heutigen Sitzung schließt für uns ein Vereinsjahr. Wir haben die angenehme Pflicht, unserem Vorstande und namentlich unserem Herrn Vorsitzenden und unserem Herrn Geschäftsführer den herzlichsten Dank auszusprechen für die große Mühewaltung, mit der sie den Verein im verflossenen Jahre geleitet haben. Zahlreiche Fragen sind an den Vorstand aus den Kreisen der Vereinsmitglieder wie aus seinem engeren Kreise heraus herangetreten, und mit bewunderungswürdiger Aufopferung, Sachkenntnis und Geschick hat der Vorstand diese Aufgaben zu erledigen gewußt. Ich denke, Sie sind alle damit einverstanden, daß ich in Ihrem Namen dem Vorstande, insbesondere dem Herrn Vorsitzenden und dem Herrn Geschäftsführer für die unserem Verein gewidmete nach innen und außen erfolgreiche Tätigkeit unseren herzlichsten Dank ausspreche.

Ich bitte Sie, zum Zeichen Ihrer Zustimmung sich von Ihren Plätzen zu erheben. (Lebhafter, andauernder Beifall.)

Vorsitzender: Im Namen des Vorstandes und des Herrn Geschäftsführers danke ich Ihnen für das Vertrauensvotum, das Sie uns ausgestellt haben. Wir werden versuchen, uns weiter desselben würdig zu zeigen. Ich danke Ihnen für die große Ausdauer, mit der Sie den heutigen Verhandlungen gefolgt sind, und schließe die Sitzung mit dem Ruf:

„Auf Wiedersehen in Bremen!“

L.

Referate.

Apomorphins auf den Phenolhydroxylen beruhte; diese durften keine Änderung erfahren, wohl aber wurden beide Nachteile durch Eingriffe am Stickstoff gehoben. Man stellte Salze der quaternären Base her, unter denen sich das Apomorphinbrommethylat durch seine leichte Löslichkeit in Wasser und hohe Haltbarkeit vor den anderen auszeichnete. Nach Michaelis¹⁾ ruft diese neue Verbindung in geringerem Grade als das Apomorphin Brechreiz hervor und wirkt weniger aufs Herz ein. Euporphin fand Verwendung bei akuter und chronischer Bronchitis, Asthma und Pneumonie.

Das Präparat kommt als „Euporphin-Riedel“ in den Handel. Fritzsche.

Über ein neues Verfahren der Darstellung von Brommethylaten und anderen quaternären Salzen der Alkalioide. (Riedels Berichte 1904, 5—8. Berlin.)

Nach den bisherigen Darstellungsmethoden ließen sich manche quaternäre Alkaloidsalze wegen ihrer zu verschiedenen Wirkung therapeutisch nicht verwenden. J. D. Riedel berichtet im Einverständnis mit dem Autor über das neue

¹⁾ Sonderabdruck aus der Therapie der Gegenwart, S. 2—4. Juni 1904.